

liberale drucksachen

Zeitschrift für freisinnige Politik

Projekt '87: Ende der Wende



*Beiträge zum
Thema von:*

*Inge Sollwedel
Ingeborg Drewitz
Peter Juling
Peter Glotz/
Hubert Kleinert
Hans H. Wilhelmy
Wolfgang Roth*

*Überwachungs-
gesetze:
Norbert Mann
Andreas v. Schoeler*

Foto: E. Meissner

ZUM FRIEDEN GIBT ES KEINE ALTERNATIVE

Raketen-Aufrüstung, weltweite Waffenproduktion, gesellschaftliche Militarisierung und dogmatische Sicherheitspolitik richten sich gegen den Menschen. Diese lebensgefährlichen Entwicklungen erzeugen in ihrer vielfältigen Friedlosigkeit eine *Zivilisation des Todes*.

Perspektivlosigkeit, materielles und soziales Elend und die Zerstörung und Vernichtung von unverzichtbaren Lebensräumen sind aber in einer Demokratie nicht wortlos hinzunehmen. Kritik, Widerspruch und Protest ermöglichen eine bewährte Praxis der sozialen und solidarischen Lebensverwirklichung gegen anwachsende Gewalttätigkeiten des Unfriedens.

Friedensarbeit hat hierbei die Aufgabe der Bewußtseinsbildung und der Aufbauarbeit für gewaltfreie und politische Lebenseinstellungen zu bewerkstelligen, damit menschliche und gesellschaftliche Zukunft weiter entwickelt und auch geschützt werden können. Frieden versteht sich hierbei als eine besondere Lebenskultur, durch die sich zentrale Überlebenschancen, Grund- und Lebensrechte von Menschen ausbauen und sichern lassen.

Johannes Esser (Hrsg.)

Friedensarbeit nach der Raketen-Stationierung

Grundlagen und Anregungen

206 Seiten, 19,80 DM, ISBN 3-88657-047-9

Esser, Johannes: Friedensarbeit nach der Raketen-Stationierung

Hoehne, Rainer: Die Unmöglichkeit ärztlicher Hilfeleistung nach dem Atomkrieg – Medizinische und gesellschaftliche Aspekte

Rosemann, Hermann: Feindbilder

Wurms, Renate: Militarisierung durch Zivilschutz

Möller, Hans Jürgen: Dialog oder Belehrung? Anmerkungen zum Verhältnis der Parteien zur Friedensbewegung

Pedersen, Ulf: Zur Friedenspolitik der *Liberalen Demokraten*

Küchenhoff, Erich: Widerstand und ziviler Ungehorsam können nicht aufhören!

Esser, Johannes: Gewalt-Ächtung und Friedensfähigkeit

Cremer, Christa: Zum politischen Bewußtsein und politischen Handeln von Frauen in der Friedensarbeit

Nolting, Hans-Peter: Gewaltfreies Handeln lernen

Wurms, Renate: „Mitmachen macht Mut . . .?“ Zur Friedensarbeit an Volkshochschulen

Wildt, Bea: Voneinander lernen – miteinander kämpfen! Bericht aus der Praxis: Eine Schule im Aufbruch der Friedensbewegung

Ruez, Waldemar: Kirchliche Friedensarbeit – Praktische Möglichkeiten

Schiele, Eckart: Wehrerziehung in der DDR als verhinderte Friedenserziehung

Vogel, Ralph-Günther: Medien und Arbeitsschwerpunkte für die Friedensarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen

Literatur-Auswahl (geordnet nach 16 Themenbereichen der Friedensarbeit)

Weiterführende Medienhinweise, Anschriften

Agentur Pedersen

Steinweg 5

3300 Braunschweig

Bestellungen bitte an: Agentur Pedersen, Steinweg 5, 3300 Braunschweig, oder an Ihren Buchhändler

Ich/wir bestelle(n) hiermit

...Ex. Esser (Hrsg.), Friedensarbeit, ISBN 3-88657-047-9

Name, Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

Datum: Unterschrift:

liberale drucksachen

Zeitschrift für freisinnige Politik

Impressum

Herausgeberbeirat:

William Borm, Martin Budich, Ingeborg Drewitz, Sybille Engel, Leonhard Froese, Friedrich Hölscher, Karl Holl, Ulrich Klug, Hanspeter Knirsch, Egmont R. Koch, Jürgen Koppelin, Jürgen Kunze, Werner Lutz, Norbert Mann, Ulf Pedersen, Helmut Ridder, Theo Schiller, Thomas Schmid, Helga Schuchardt, Christoph Strässer

Redaktion:

Heinz-Hermann Storck
Roland Appel, Martin Budich, Wolfgang Froese, Markus Groß, Thomas Hetzer, Marianne Hochgeschurz, Volker Hummel, Georg Hundt, Astrid Jacobsen, Michael Kleff, Ulla Limberger, Helmut W. Lindner, Reinhard Lütkemeyer, Dieter Noth, Heidrun Schmitt, Michael Staak, Christian Walther

Redaktionsanschrift:

Id, Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg

Anzeigen:

Es gilt die Anzeigenpreisliste von 3/85. Anfragen und Aufträge an den Verlag

Auflage: 4000

Preise:

Einzelheft DM 5,-; Abonnement über 1/4 Jahr DM 15,-; 1/2 Jahr DM 30,-; 1 Jahr DM 60,-. Für Schüler, Studenten, Zivil- und Wehrdienstleistende, Arbeitslose und Sozialrentner: Abonnement über 1/4 Jahr DM 10,50; 1/2 Jahr DM 21,-; 1 Jahr DM 42,-. Förderabonnement: 1/2 Jahr DM 45,-; 1 Jahr DM 90,-. Im Preis ist die gesetzliche Mehrwertsteuer enthalten.

Bankverbindung:

Volksbank Marburg, Kto. 258172, BLZ 53390000

Verlag:

liberale drucksachen Verlagsgesellschaft mbH

Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg

Satz und Layout:

Marbuch Verlag GmbH, Marburg

Druck:

Neue Pfälzer Post, Neustadt

ISSN 0176-7712

Inhalt

Drucksachen	4
Hermann Flux Medizinische Friedensbewegung	5
Thesen zum Zivilschutz	7
Inge Sollwedel FDP Grundsatzprogramm: Heldinnenklau	8
Ingeborg Drewitz Nachdenken über mögliche Perspektiven einer neuen liberalen Politik	9
Peter Juling Die liberale Partei ist die F.D.P.	10
Michael Kleff Zurück in die Klinik?	11
Peter Glotz/Hubert Kleinert Linke Mehrheit – aber wie?	12
Von Tag zu Tag	19
Ralf Bartz William Borms Position zur Deutschen Frage	20
Thomas Schmid Die Entökonomisierung der Gesellschaft	21
Wolfgang Roth Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern	23
Hans H. Wilhelm Neue Arbeit	28
Thomas Hetzer Jungdemokraten-BDK: Operation „Wende“ gelungen	33
Roland Appel Jungdemokraten unter „grüner“ Leitung?	34
Norbert Mann Im Zweifel für die Sicherheit: Die Überwachungsgesetze der Regierung Kohl/Bangemann	36
Andreas von Schoeler Ein anderes Staatsverständnis Zum neuen „Verfassungsschutzgesetz“	38
Carl Sund 40 Jahre Freie Demokraten	41
Friedrich Henning Hellmut von Gerlach – Kämpfer für Frieden und soziale Gerechtigkeit	43
Leonhard Froese Zum Zwiespalt des Liberalismus in Deutschland – Gestern, Heute und Morgen	46
Michael Kleff Newport Folk Festival	49

Perspektiven
des Demokratischen
Sozialismus



Zeitschrift der
Hochschulinitiative
Demokratischer
Sozialismus (HDS)
ISSN 0176-0750

Herausgegeben von:

Irving Fetscher
Jiri Kosta
Leo Kibler
Norbert W. Kunz
Karl Theodor Schuon

Das neue Heft:

TECHNOLOGIESTEuerung
NEUE MEDIEN

M. Kausch: Vom linken Umgang
mit der Telematik + H. Peter:
Plädoyer für menschenwürdige
Technologiepolitik + G. Fuchs:
Kritik der Modernisierungspoli-
tik der Bundespost + H.-D.
Zollonds: Anti-Kabel-Initiativen
gegen die programmierte Ge-
sellschaft

außerdem:

Kritik ökosozialistischer Grundan-
nahmen + Biologismus, Spiel-
theorie und libertäre Sozialis-
muskonzepte + Technologische
Formation und demokratisch-so-
zialistische Perspektive
ZUR PROGRAMMDISKUSION
IN DER SPD:
Susanne Miller, Jakob Moneta
Sabine von Oppeln
...und zu 3 Jahren erfolgreicher
Regierung Kohl gratuliert
Hans-Theodor Frankfurter

1985 Nr.3/4 - Doppelheft: DM 10

Die pds erscheinen
vierteljährlich mit
jeweils 80 Seiten
Einzelhefte DM 7,-
Jahresabo DM 15,- zzgl. Versandkosten

Die pds erscheinen im
SP Verlag, Norbert Schuon GMBH

Bestellungen an
SP Verlag
Deutschausstraße 31
3550 Marburg



Markige Worte gab es eigentlich nur vom saarländischen Umweltminister und ehemaligen BBU-Sprecher Jo Leinen (SPD). Nur seine Forderung nach einer Maschinensteuer war ebenso wenig neu wie die übrigen Ergebnisse des vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz in Freudenstadt veranstalteten dreitägigen Kongresses „Wirtschaft – Umwelt – Zukunft“. In 17 Arbeitsgruppen und Workshops diskutierten rund 350 Teilnehmer in dem verschneiten Schwarzwald-Städtchen mit Vertretern der Bürgerinitiativen, der Industrie, mit Gewerkschaftern, Politikern und Wissenschaftlern über Lösungsmodelle für die ökologischen Herausforderungen der 90er Jahre. Wer jedoch erwartet hatte, das Zusammentreffen von soviel Sachverstand und kontroversen Standpunkten würde wirklich neue Wege aufzeigen, wurde enttäuscht. Zwar war es sicherlich eine neue Erfahrung für alle Beteiligten, daß Bürgerinitiativ- und Industrievertreter,

BBU-Kongreß

wenn man einmal von dem ziemlich aufdringlich auftretenden Beobachter der Bayer-AG (Zitat: „Ich bin hier, um zum Mißerfolg des Kongresses beizutragen“) absieht, an einem Tisch saßen, sich gegenseitig zuhörten und auch die unterschiedlichen Grundpositionen erst einmal zu akzeptieren bereit waren. Leider kam man über diese Phase jedoch nicht hinaus. Die Chance, gemeinsame Wege aus der immer noch drohenden Umweltkatastrophe heraus zu entwickeln, wurde nicht genutzt. Vielleicht mag einen Teil Schuld daran die Tatsache haben, daß mehrere der angekündigten Referenten aus unterschiedlichen Gründen ihre Teilnahme kurzfristig absagten. -Nur das allein reicht zur Erklärung nicht

Michael Kleff

Neue Männer

Der „neue Mann“ ist zwar in Sicht, doch nur eine kleine Minderheit der Männer gehört dazu. Dies ist das wichtigste Ergebnis der repräsentativen Untersuchung „Der Mann“, die im Auftrag der Zeitschrift Brigitte durchgeführt wurde. Die Soziologinnen Prof. Dr. Sigrid Metz-Göckel, Universität Düsseldorf und Dr. Ursula Müller, Sozialforschungsstelle Dortmund haben das Frauenbild des deutschen Mannes unter die Lupe genommen. Dabei haben sie fünf Männertypen ausgemacht. Die neuen Männer, die sie „Die Egalitären“ nennen und zu denen höchstens jeder zehnte deutsche Mann gehört. „Die Chauvinisten“, die am liebsten Rechte, die Frauen errungen haben, wieder zurücknehmen würden. Dazu gehört mindestens jeder achte Mann. Und die Gruppen der „Liberalen“, „Schwankenden“ und „Konservativen“, die sich je nachdem, um welches Thema es sich handelt, mal mehr der einen oder anderen Extremgruppe zuschlagen. Hausarbeit ist eines der „trübsten Kapitel“ der Brigitte-Männer-Untersuchung. Gefragt nach ihrer Beteiligung an 15 verschiedenen

Hausarbeiten, vom Wäschewaschen über Einkaufen und Kochen, zeigt sich „eine systematische Nichtverrichtung von Hausarbeit“. Gefragt, ob sie sich durch Hausarbeit belastet fühlen, sagen 92 Prozent aller Männer, die mit einer Partnerin zusammenleben, nein. Zu Recht: sie tun so gut wie gar nichts.

Baum-schutz

Der LD-Kreisverband Heidelberg/Rhein-Neckar hat ein Konzept für eine kommunale Baumschutzverordnung erarbeitet und im Heidelberger Stadtrat den Oberbürgermeister zum Erlass einer Baumschutzordnung aufgefordert. Antrag und Begründung liegen schriftlich vor und können beim Kreisverband Heidelberg c/o Rüdiger Eggert, Boxberggring 12, 69 Heidelberg, Tel. 06221/380396 angefordert werden.

aus. Die Diskussionen in den einzelnen Arbeitsgruppen und Workshops zeigten ein Phänomen auf, das vielleicht auch für die nicht gerade aufregenden Ergebnisse verantwortlich sein dürfte: Die Auseinandersetzungen im ökologischen Bereich scheinen sich zunehmend von der Bundesebene auf die lokale Ebene zu verlagern. Der immer größer werdende Verlust der Organisationskraft des BBUs trägt hierzu natürlich bei. Wenn in der Schlußerklärung des Kongresses von den Teilnehmern festgestellt wurde, „daß die Bürgerinitiativbewegung aus der politischen Kultur der Bundesrepublik nicht mehr wegzudenken ist“, so mag diese Feststellung für sich genommen richtig sein. Ob der BBU allerdings noch die Kraft und den Einfluß hat, sich stellvertretend für die gesamte Bewegung Gehör in der politischen Auseinandersetzung zu verschaffen, bleibt nach Freudenstadt fraglich.

JUDOS zur Friedens-liste

Die DJD Rheinland-Pfalz sehen die geplante Kandidatur der „Friedensliste“ bei der nächsten Landtagswahl als Versuch, lokale Friedensinitiativen für Parteizwecke zu instrumentalisieren. Die „Friedensliste“ spalte dadurch diese Initiativen und blockiere letztendlich die inhaltliche Weiterentwicklung. Ferner wiesen die DJD Rheinland-Pfalz den Anspruch der „Friedensliste“, die Friedensbewegung zu repräsentieren, als falsch zurück.

Darüber hinaus diene der Aufbau und die Kandidatur der Friedensliste der Beschaffung von Finanzmitteln und der Werbung nicht für die Friedensbewegung, sondern für den Kern von DKP bis DFU. Dies sei abzulehnen. Auch wende man sich gegen jeden Etikettenschwindel und die Vernebelung von Begrifflichkeiten. Zudem schwäche die Kandidatur der „Friedensliste“ die Opposition gegen die CDU-Landesregierung.

Medizinische Friedensbewegung

Von Hermann Flux

Ich möchte zum einen das Umfeld schildern, in dem sich die medizinische Friedensbewegung und damit insbesondere die International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW) bewegt, zum anderen einige Anmerkungen zu Sachpunkten machen. Die Frage nach der Möglichkeit ärztlicher Hilfe in einem Atomkrieg ist seit der Veröffentlichung der WHO-Studie über die „Auswirkungen eines Atomkrieges auf die Gesundheit und das Gesundheitswesen“ mit unstrittiger wissenschaftlicher Sachkompetenz mit einem klaren Nein beant-



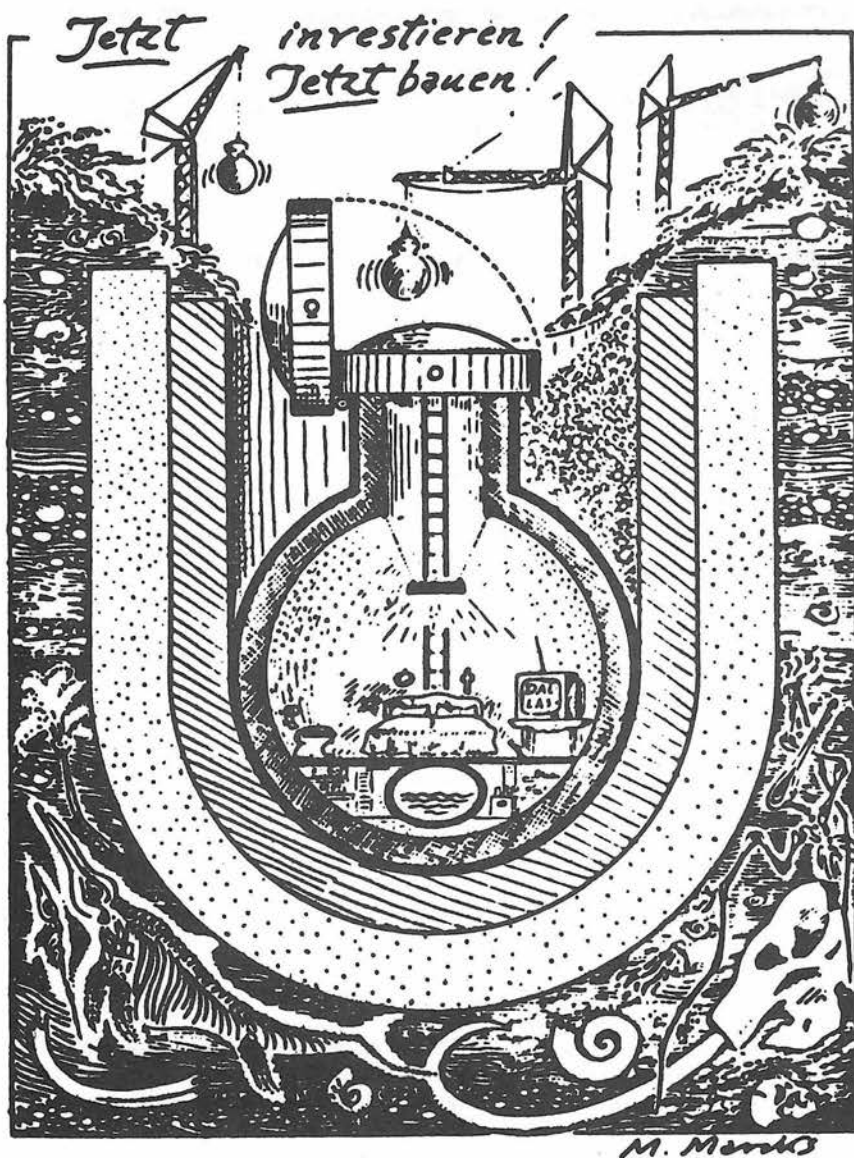
Weltgesundheitsorganisation WHO 1983

Auswirkungen eines Atomkrieges auf die Gesundheit und das Gesundheitswesen Zusammenfassung

1. „Konventionelle“ Kriege haben im Laufe der Zeit immer größere Zerstörungen angerichtet; die Einführung der Kernwaffen hat aber völlig neue Dimensionen der Kriegsführung geschaffen.
2. Eine einzige thermonukleare Bombe kann eine Sprengkraft besitzen, die das Millionenfache der größten konventionellen Sprengkörper übertrifft. In den heutigen Kernwaffenarsenalen lagert ein Vernichtungspotential, das um einige tausend Male größer ist als alle im Zweiten Weltkrieg gezündeten Sprengsätze. Bei Kernwaffenexplosionen kommen zu den Wirkungen von Druck und Hitze noch die der Strahlung und des radioaktiven Niederschlages, die sowohl unmittelbar als auch lange Zeit nach der Detonation verheerende Wirkungen zeitigen können.
3. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung werden drei vorstellbare Szenarien betrachtet:
 - a) die Detonation einer 1-Megatonnen-Bombe über einer Großstadt, die mehr als eineinhalb Millionen Tote und ebenso viele Verletzte fordern würde,
 - b) ein „begrenzter“ Atomkrieg, der unter Einsatz von kleineren taktischen Kernwaffen mit einer Gesamtsprengkraft von 20 Megatonnen geführt und auf militärische Ziele in einem relativ dicht besiedelten Gebiet gerichtet würde; in einem solchen Fall wären etwa neun Millionen Todesopfer und Schwerverletzte zu beklagen, darunter über acht Millionen aus der Zivilbevölkerung,
 - c) ein unbegrenzter Atomkrieg bei dem mindestens die Hälfte der gegenwärtigen Kernwaffenarsenale (mit einer Sprengkraft von insgesamt schätzungsweise 10.000 Megatonnen) zum Einsatz käme; ein solcher Krieg würde mehr als 1 Milliarde Tote und 1 Milliarde Verletzte fordern.
4. Es liegt auf der Hand, daß kein Land der Welt über ein Gesundheitswesen verfügt, das in der Lage wäre, die Hunderttausende angemessen zu versorgen, die allein bei der Detonation einer 1-Megatonnen-Bombe durch Druck, Hitze oder Strahlung schwer verletzt würden. Selbst wenn „nur“ ein einziger Sprengsatz aus dem riesigen Arsenal versehentlich detonierte, wären so viele Opfer zu beklagen, daß jedes staatliche Gesundheitswesen hoffnungslos überfordert wäre.
5. Die katastrophalen Folgen und das Ausmaß des menschlichen Leids, die durch Kernwaffendetonationen nach den Szenarien 2 und 3 ausgelöst würden, entziehen sich dem menschlichen Vorstellungsvermögen. Was von den medizinischen Versorgungssystemen der Welt auch immer übrigbliebe, wäre gewiß in keinem Fall in der Lage, die Folgen der Katastrophe spürbar zu mildern.
6. Außer der unmittelbaren Katastrophe ist mit langfristigen Auswirkungen auf die Umwelt zu rechnen. Ausgedehnte Gebiete wären von Hungersnöten und Krankheiten erfaßt und auf der ganzen Welt würden die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen völlig zusammenbrechen.
7. Somit besteht der einzig mögliche Weg zur „Behandlung“ der gesundheitlichen Schäden von Kernwaffenexplosionen darin, derartige Explosionen von vornherein zu verhindern, also in der Verhütung eines Atomkrieges.
8. Es ist nicht die Aufgabe dieses Ausschusses, das politische Vorgehen aufzuzeigen, durch das diese Bedrohung abgewendet und eine Verhütungstherapie durchgeführt werden könnte.
9. Die WGO kann jedoch einen bedeutenden Beitrag hierzu leisten, indem sie Informationen über die Folgen eines Atomkrieges gezielt verbreitet und die internationale Zusammenarbeit im Gesundheitswesen fortführt und ausweitet.

wortet. (Die Zusammenfassung dieser Thesen befindet sich in den nebenstehenden Thesen.) Diese Studie wurde von zahlreichen internationalen Wissenschaftlern erarbeitet und von der WHO mit großer Mehrheit verabschiedet. Selbst das „Deutsche Ärzteblatt“ sah sich genötigt, die WHO-Studie als „wissenschaftlich fundiert“ einzustufen und wesentliche Teile daraus zu veröffentlichen – wenn auch im hinteren Teil des Heftes in der kleinstmöglichen Drucktype. Schon früher waren der „Bericht über die Konsequenzen eines nuklearen Konfliktes“ der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften sowie eine Untersuchung der königlich-britischen ärztlichen Gesellschaft (British Medical Association) zu den gleichen Schlußfolgerungen gekommen.

Dagegen kommen alle Versuche, eine medizinische Versorgung für den Fall eines Atomkrieges vorzubereiten bzw. „sicherzustellen“, über das Niveau von Gesundheitsbetreuer nicht hinaus, ihnen fehlt jede seriöse wissenschaftliche Legitimation. Dies gilt für den vorliegenden Referentenentwurf eines Zivilschutzgesetzes ebenso wie für eine Sitzung „Sanitätswesen in der Bundeswehr und Zivilschutz“, die am 26.2.1983 im Hause der Bundesärztekammer stattfand. Sie wurde geleitet vom stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesärztekammer Dr. Osterwald, einem bekannten Befürworter der „Katastrophenmedizin“, und neben anderen hohen Bundeswehrärzten war auch der Inspekteur des Sanitätswesens der Bundeswehr anwesend. Zum Tagesordnungspunkt 2 „Ärztliche Versorgung beim Einsatz von Atomwaffen“ wurde dort ausgeführt: „Bei der gegenwärtig geführten Diskussion um die Verhinderung eines Atomkrieges wird von der unrealistischen Auffassung ausgegangen, daß ein zu befürchtender nächster Krieg ein Atom-



krieg mit dem Einsatz von A-Waffen im Megatonnenbereich sei. ... Diese Hypothese wird jedoch als unrealistisch und unwahrscheinlich bezeichnet... Es dürfte anzunehmen sein, daß beim Einsatz von A-Waffen zunächst 450 Ziele in Westeuropa ausgeschaltet werden. Ausgehend von einem solchen taktischen A-Waffeneinsatz im Kilotonnenbereich muß mit vielen verstrahlten und zerstörten Herden mit umfangreichen Randzonenbildungen gerechnet werden. ... Für diesen Fall muß ärztliche Hilfe **qualifiziert** vorbereitet sein.“ Abgesehen davon, daß auch die WHO-Studie einen „begrenzten“ Atomkrieg für sehr unwahrscheinlich hält und von einer raschen Eskalation nach jedem Einsatz von Atomwaffen ausgeht, entsprechen die hier angenommenen 450 taktischen Atomwaffen recht genau dem Szenario 2 der WHO-Studie, für das eine nennenswerte medizinische Hilfe für die Opfer ausgeschlossen wird. Vor diesem Hintergrund kann man die Planungen und Hilfeversprechungen der Bundesärztekammer wohl nur als leichtfertig bezeichnen. Sie liegen jedoch konsequent auf der Linie unseres höchsten Standesorganes zu Fragen des medizinischen Zivilschutzes. So begrüßt die Bundesärztekammer „die Zielsetzung und den grundsätzlichen Aufbau des vorläufigen Referentenentwurfes eines Zivilschutzgesetzes,

da er auch im Verteidigungsfall an dem bestehenden differenzierten Versorgungssystem festhält.“ (Da möchte man doch fast formulieren: Solange auch im Atomkrieg die freie Arztwahl gewährleistet ist, sind wir dafür!) Darüberhinaus regt die Bundesärztekammer in ihrer Stellungnahme „die Schaffung von ‘geschützten Arztpraxen’ nach dem Schweizer Modell“ an und fordert – wen wundert’s – „auch die Ärztekammern sollten im Hinblick auf die verteidigungswichtigen Aufgaben als schutzwürdige Objekte bezeichnet werden.“ Dazu paßt dann auch, daß in der Bundesrepublik von den offiziellen Standesorganen wie in keinem anderen westlichen Land die Anliegen der medizinischen Friedensbewegung und der IPPNW diffamiert werden. So veröffentlichte das Deutsche Ärzteblatt im Oktober 1981 nach dem 1. Medizinischen Kongreß zur Verhütung eines Atomkrieges in Hamburg einen Kommentar des Geschäftsführers der Bundesärztekammer Prof. Volrad Deneke unter dem Titel „Ein Angriff auf die sittliche Substanz des Arztums“ in dem es heißt: „Unter der Devise ‘Ärzte warnen vor dem Atomtod’ wurde zu Lasten der Selbstverteidigungsbereitschaft der NATO ganz offenkundig Propaganda zugunsten der vom sowjetischen Imperialismus militant gerüsteten sozialistischen Internationale betrieben. ... Die Parole

‘Ärzte warnen vor dem Atomtod’ unterstellt, daß es besondere ärztliche Gründe gäbe, gerade vor atomaren Energien zu warnen. Solche besonderen ärztlichen Gründe gibt es nicht. Die Schlagzeilen ‘Ärzte warnen vor dem Verkehrstod’ oder ‘Ärzte warnen vor dem Knollenblätterpilz’ haben keine geringere ethische Dimension. ... Was heißt das denn, daß die ‘deutsche Zivilbevölkerung bei einem Atomkrieg keine Überlebenschance habe? Nimmt man ‘Bevölkerung’ als die Summe aller heute Lebenden, so hat davon mit oder ohne Atomkrieg in keinem Fall irgend jemand eine Überlebenschance. Aber es sterben nicht alle auf einmal! Schon griechische Philosophen haben angesichts der Perserkriege gefragt, ob es sich in Gemeinschaft schwerer sterben lasse als allein.“ Mit diesem Kommentar wollte uns Herr Deneke als „ideologisch ambivalente Profilneurotiker“ und „ideologische Fremdenlegionäre“ demaskiert wissen.

In diesem Sinne, wenn auch leicht abgemildert in der Form, ging die Berichterstattung der offiziellen Standespresse dann über die Jahre weiter. In jüngster Zeit sind es dann süffisante Kommentare zur Verleihung des Friedensnobelpreises an die IPPNW und hämische Hinweise auf Herrn Tschasow. Zu einer Gratulation etwa zum Nobelpreis hat sich die offiziöse Ärzteschaft natürlich nicht durchringen können.

Dabei können sich unsere Standesoberen sicher nur auf eine Minderheit ihrer Kollegen berufen, wie zwei Umfragen des Deutschen Ärzteblattes ergaben. So lehnte im Jahr 1983 fast die Hälfte der befragten Ärzte die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen selbst für den Fall ab, daß die Genfer Verhandlungen zu keiner Einigung führte. Und Anfang des Jahres befürworteten zwei Drittel der Befragten Aktionen, in denen man die Bevölkerung darüber aufklärt, daß nach einem Atomschlag Hilfe nicht möglich sein wird.

Bleibt nur zu hoffen, daß diese Mehrheitsmeinung der deutschen Ärzte und die steigende Mitgliederzahl der bundesdeutschen Sektion der IPPNW, der z.Z. ca. 4000 Mediziner angehören, allmählich doch einen Sinneswandel der Ärztefunktionäre herbeiführen.

Über die Notwendigkeit der Notfall-Medizin für zivile Unfälle kann es gar keinen Streit geben. Dafür brauchen wir aber nicht jene nebulöse „Katastrophenmedizin“, die plötzlich in den letzten Jahren erst auftaucht, bei der sich insbesondere Bundeswehrärzte um den „Massenanfall von Verletzten“ Gedanken machen und die uns angeblich bei Erdbeben und ähnlichem zur Verfügung stehen soll.

Für den „Ernstfall“ kann es unter den heutigen waffentechnischen und militärpolitischen Bedingungen keine qualifizierte Vorsorge geben! Hier kann nur der Kernsatz der WHO-Studie gelten:

„Somit besteht der einzig mögliche Weg zur ‘Behandlung’ der gesundheitlichen Schäden von Kernwaffenexplosionen darin, derartige Explosionen von vornherein zu verhindern, also in der Verhütung eines Atomkrieges.“

Hermann Flux ist Arzt in Kassel und koordiniert dort die Gruppe der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e.V.“

Thesen zum Zivilschutz

Verfaßt von der „Sektion Bundesrepublik Deutschland der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e.V.“, Gruppe Kassel

1. Grundlage der offiziellen Zivilschutzbestrebungen ist die unrealistische Annahme, ein Krieg in Mitteleuropa würde ein konventioneller Krieg oder allenfalls ein „begrenzter“ Atomkrieg sein. Alle Sachkundigen gehen im Gegenteil davon aus, daß ein Krieg in unserem Land innerhalb von Stunden oder Tagen zum massiven Atomwaffeneinsatz eskalieren würde (u.a. General Rogers, offizielle NATO-Doktrin, WHO-Studie).

2. Wie leicht weltpolitische Situationen gegen jede „Logik“ außer Kontrolle geraten können, hat beispielhaft die Kuba-Krise 1962 gezeigt. Damals wären beide Weltmächte fast in den atomaren Untergang gestolpert – trotz der ernsthaften Bemühungen beider Seiten und ohne daß wesentliche Interessen berührt waren (Robert Kennedy, Tonbandprotokolle).

3. Wer auf die Schweiz und auf Schweden als Beispiel verweist, der vergleicht Unvergleichbares. Diese Länder sind seit Jahrzehnten neutral und atomwaffenfrei. Deutschland liegt im Schnittpunkt der Machtblöcke und hat mit Abstand die größte Atomwaffendichte aller Länder der Welt. Die meisten hier gelagerten Atomwaffen würden in Deutschland selbst eingesetzt.

4. In einem Atomkrieg aber, dessen Auswirkungen sich der menschlichen Vorstellungskraft letztlich entziehen, gibt es keinen nennenswerten Schutz durch Bunker, unterirdische Krankenhäuser und andere sogenannte Zivilschutzmaßnahmen. Nennenswerte medizinische Hilfe für Überlebende wird nicht möglich sein, zumindest läßt sie sich nicht vorbereiten und „sicherstellen“ (WHO-Studie).

5. Zivilschutz wird auch als Vorsorge für Katastrophen in Friedenszeiten ausgegeben. Dies verschleiert seine eigentliche Zielsetzung. Seit Kriegsende hat es in Mitteleuropa keine zivile Großkatastrophe gegeben, die nicht von den dafür vorgesehenen Hilfsdiensten und der Notfallmedizin beherrscht werden konnten. Eine Katastrophenmedizin in Friedenszeiten, bei der Bunker und unterirdische Krankenhäuser von Nutzen wären, ist kaum vorstellbar, zumal in Friedenszeiten immer rasch Hilfe von außen herangeführt werden kann.

6. Angesichts dieser Tatsachen sind Zivilschutzmaßnahmen wie der Bau von unterirdischen Hilfskrankenhäusern und Schutz bunkern nicht nur Verschwendung von öffentlichen Geldern, sie fördern auch die Gewöhnung an etwas, woran wir uns nicht gewöhnen dürfen. Sie lenken ab vom entscheidenden Ziel, einen Atomkrieg unter allen Umständen zu verhindern.

„Somit besteht der einzige mögliche Weg zur „Behandlung“ der gesundheitlichen Schäden von Kernwaffenexplosionen darin, derartige Explosionen von vornherein zu verhindern, also in der Verhütung eines Atomkrieges“ (WHO-Studie).



Die Regelung des Entwurfes eines Zivilschutzgesetzes (EZSG) für das Gesundheitswesen

Das geplante ZSG steht inhaltlich in der Kontinuität der Gesetzesvorhaben von 1980 und 1982. „Zur Bewältigung eines Massenankalles von Verletzten und Erkrankten im Verteidigungsfall“ (§ 23 Abs. 2) ist vorgesehen:

- Die Planung zur Erweiterung vorhandener personeller und sachlicher Kapazitäten im Gesundheitswesen,
- die Bedarfsermittlung für den „Verteidigungsfall“,
- die Erweiterung der Versorgung für den Zivilschutz.

Ein Schwerpunkt des Gesetzesvorhabens liegt dabei auf der rechtlichen Ausgestaltung des Verhältnisses der Zivilschutzbehörden und den „Trägern und Inhabern von Einrichtungen der gesundheitlichen Vorsorge“ (wie Krankenhausträgern, niedergelassenen Ärzten und Apothekern).

Im Rahmen der den Ländern obliegenden „Planung zur Nutzung vorhandener Einrichtungen“ (§ 23) sollen diese Träger der gesundheitlichen Vorsorge gegenüber den Zivilschutzbehörden, d.h. den Kreisen und kreisfreien Städten verpflichtet werden (§ 23 Abs. 4):

- sämtliche für die Planung erforderlichen Auskünfte zu erteilen
- das Betreten ihrer Grundstücke (Krankenhäuser und Arztpraxen) zur Überprüfung der Zivilschutztauglichkeit zu dulden und
- generell die Behörden in ihrer Aufgabe zu unterstützen.

Diese Unterstützungspflicht soll auch für die Kammern als Berufsvertretung der Ärzte und Apotheker und für die kassenärztlichen Vereinigungen gelten, die darüberhinaus die ihnen obliegende Bedarfsplanung auch für den Zivilschutz fortzuschreiben haben (§ 23 Abs. 3). Weiter sieht der Entwurf zur personellen

Kapazitätsplanung die Einführung einer Meldepflicht der nicht berufstätigen Angehörigen der Gesundheitsberufe durch Rechtsverordnung vor (§ 24 Abs. 3), während die berufstätigen Angehörigen bereits durch die Auskunftspflicht des Arbeitgebers erfaßt werden. Ebenso sollen ehemalige Zivildienstleistende aus dem Gesundheitsbereich durch das Bundesamt für Zivildienst den Zivilschutzbehörden gemeldet werden (§ 24 Abs. 2).

Entsprechend dieser Kapazitäts- und Bedarfsplanung soll die gesundheitliche Versorgung für den „Verteidigungsfall“ durch die Einrichtung von „Hilfskrankenhäusern“ (§ 21) und durch „Sanitätsmaterialbevorratung“ (§ 22) sichergestellt werden. Ergänzend dazu sollen die Zivilschutzbehörden ermächtigt werden, die Krankenhausträger zu verpflichten, „abgestimmte Einsatz- und Alarmpläne zur Bewältigung eines Massenankalles von Verletzten und Erkrankten im Verteidigungsfall aufzustellen und fortzuschreiben“ (§ 23 Abs. 2).

Schließlich sieht der Entwurf in § 25 vor, daß die Bundesregierung bereits vor Eintritt des Spannungsfalles i.S. Art 80 a GG(!) den Erlaß einer Anordnung durch die Kreise und kreisfreien Städte freigeben kann, nach der

- (1) „Träger und Inhaber von Einrichtungen der gesundheitlichen Vorsorge ihre Leistungsfähigkeit auf die Anforderungen des gesundheitlichen Zivilschutzes umzustellen, zu erweitern und die Einsatzbereitschaft herzustellen haben“,
- (2) den Zivilschutzbehörden alle Rettungsstellen ihres Bereiches unterstellt werden und die diesen zugeordneten Dienste Einsatzbereitschaft zu halten haben,
- (3) jede der stationären Behandlung dienende Einrichtung durch ihren Träger der zuständigen Rettungsleitstelle anzuschließen ist.



F.D.P.-Grundsatzprogramm: Heldinnenklau

von Inge Sollwedel

Da hat der Gott, der Eisen wachsen ließ, die FDP nun wirklich auf ein heißes Eisen gehetzt. Im neuen Grundsatzprogramm steht es schwarz auf weiß: „Frauen unterliegen der Wehrpflicht nicht. Sie sollen aber künftig freiwillig und gleichberechtigt in den Dienst der Bundeswehr treten können.“ Die Öffentlichkeit nahm denn auch von den Grundsätzen freidemokratischer Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik nur diese beiden Sätze wahr. Als jüngstes Beispiel eines FDP-Kehrtwendemanövers kamen sie gerade rechtzeitig, um von den eigentlichen liberalen Themen bei den Ausweis- und Sicherheitsgesetzen abzulenken.

1980 erklärte Jürgen Möllemann, Mitglied der FDP-Bundestagsfraktion, in der Bonner Depesche: „Für mich ist die Frage des Wehrdienstes der Frau ein geradezu typisches Beispiel dafür, wie man den Begriff Emanzipation kräftig mißbrauchen und wie mehr Gleichbehandlung zu mehr Ungleichbehandlung führen kann.“ Damit schien die Frage abgehakt; denn auch die Mehrzahl der Frauen hatte in der damals schon über ein Jahrzehnt währenden Diskussion eindeutig erklärt, für sie begründe die Gleichstellung nicht, jeden Unsinn, den Männer veranstalten, mitzumachen. Ein klares Votum. 1986 hält Ursula Seiler-Albring, Mitglied der FDP-Bundestagsfraktion, jedoch eine Diskussion über weibliche Bundeswehr-Freiwillige für „dringend erforderlich“. „Da ist ja“, sagt sie, „so ungeheuer viel Heuchelei im Spiel.“

Das ist es für wahr. Denn erneut segelt der vom FDP-Bundesvorstand abgesegnete Vorschlag unter den Schlagworten der Gleichbehandlung, Gleichberechtigung und Emanzipation. So genau nimmt es bei diesen Begriffen sowieso niemand. Hier handelt es sich schließlich um eine Profilierungsaktion.

Wie ist das nun aber mit der Emanzipation?

Als Recht auf Selbstbestimmung rangiert sie unter den urliberalen Forderungen, sie kann also auch die neue FDP-Idee allemal schmücken. Das Pech ist nur, auch der gewendetste Freidemokrat wird zugeben müssen, eine Armee ist ziemlich ungeeignet, um Eigenständigkeit einzuüben. Zum Militär werden weder Mann noch Frau geholt, damit sie dort selbständige Entscheidungen treffen. Wie alle Armeen baut auch die Bundeswehr auf strenger Hierarchie und unbedingtem Gehorsam auf. Es dürfte schwerfallen, den Frauen zu erklären, warum sie, kaum der Gehorsamspflicht gegenüber dem Mann entronnen, sich ausgerechnet in einer extrem an Gehorsam gebundenen Einrichtung emanzipieren sollen. Mit Liberalität kann diese Konstruktion also nicht aufwarten.

Nicht viel anders sieht es bei der Gleichberechtigung aus. Wie schon der Name andeutet, geht es dabei um die gleiche rechtliche Stellung der Geschlechter. Die aber will die FDP eben nicht, sonst hätte sie die Wehrpflicht für Frauen und eine Änderung des Grundgesetzes fordern müssen. Artikel 12 a Abs. 4 verbietet den Wehrdienst für Frauen. So weit aber haben sich

die Jungen Liberalen als Initiatoren des FDP-Purzelbaumes nicht vorgewagt. Es geht da mehr um Mogelpackungen nach dem Muster, im Fernmeldedienst, bei der Flugsicherung oder der Logistik, da könnten die Frauen ja dienen. Das Grundgesetz ist da ehrlicher, es sagt auch: „In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.“ Und Wehrdienst leistet nicht nur der, der die Knarre in der Hand hält. Unterschlagen wird oben-drein, daß der Grundwehrdienst für alle Soldaten an der Waffe abzuleisten ist. Völlig ungeklärt bleibt auch, welchem völkerrechtlichen Status, die eben nicht gleichberechtigten, waffenlosen Soldatinnen etwa bei der Gefangennahme unterliegen sollen. Noch heute bekommen Beamtinnen, die im 2. Weltkrieg mit Soldbuch ihre Kriegsdienstverpflichtung abgeleistet haben, diese Zeit noch nicht einmal auf ihr Ruhegeld angerechnet. Hier läge ein reiches Betätigungsfeld für FDP-Abgeordnete, den Zusammenhang zwischen Gleichberechtigung und Wehrdienst überhaupt erst mal herzustellen, bevor über Frauen in der Bundeswehr spekuliert wird. Auch der gleichberechtigte Zutritt zu Polizei und Feuerwehr



wäre noch durchzusetzen. Es wäre auch nichts dagegen einzuwenden, wenn die Gleichberechtigung der Männer etwa mit dem freiwilligen Eintritt in die Bundeswehr zur Sprache käme. Eigentlich traurig, daß noch kein Mann deshalb beim Bundesverfassungsgericht um Gleichstellung geklagt hat. Jedenfalls wäre die Verminderung des staatlichen Zwanges ein liberales Thema. Bleibt noch die Gleichbehandlung, an der der FDP so gelegen ist, angesichts der Frauen, die beim Verteidigungsminister um den Dienst in der Uniform nachgefragt haben sollen. Bei der Frage der beruflichen Gleichbehandlung liegt der Gedanke der Korrektur des Gesetzes zur Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz ziemlich nahe, da es doch der FDP-Wirtschaftsminister war, der diesem EG-Anpassungsgesetz mit nicht justiziablen Soll- und Kann-Bestimmungen die Wirksamkeit raubte. Aber soviel ernsthafte Beschäftigung mit Frauenproblemen wollte die FDP nun wohl auch wieder nicht. Die Folgen ihrer eigenen Politik, nämlich die leise Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt, jetzt mit der Eingliederung in die Bundeswehr auffangen zu wollen, ist ein frauenfeindlicher Taschenspielertrick. Denn ohne den Dienst an der Waffe wird es kaum Aufstiegsmöglichkeiten geben, es sei denn, Befehlshaber ohne Waffenpraxis kämen bei der Armee in Mode. Für die untere oder höchstens mittlere Ebene, fernab von jeder Gleichbehandlung, bedarf es keiner neuen Programmatik, dort arbeiten bereits um die 40.000 Frauen als zivile Angestellte oder Beamtinnen.

Beim Grundsätzlichen scheitert also das Grundsatzprogramm. Übrig bleibt das Personalloch der Bundeswehr. Die Frauen als Lückenbüsserinnen, wie gehabt. Weil die Sollstärke der Bundeswehr mit den pillengeknickten Jahrgängen der Wehrpflichtigen nicht mehr gehalten werden kann, soll die stille Reserve des Arbeitsmarktes als Reservearmee verschoben werden. Mit frauenfreundlicher Politik hat das nicht zu tun. Obendrein dürfte die Rechnung noch nicht einmal aufgehen. Zwar wäre es ein tröstlicher Gedanke, daß bei einem nennenswerten Soldatinnenanteil der Krieg nicht stattfinden könnte, wenn diese ihre Kinder bekommen, doch ist es wahrscheinlicher, daß die mit der Landesverteidigung beschäftigten Frauen ihrerseits wieder zum Geburtenrückgang beitragen werden, womit dann die Personalnot sich abermals vergrößert. Da scheint es nicht nur seriöser, sondern auch einfacher zur kürzlich am Kabinettschisch mitbeschlossenen Personalplanung des Verteidigungsministers zurückzukehren, als die eigenen Beschlüsse mit Publicity-Aktionen zu torpedieren. Heiße Eisen mutig anzufassen, ist gute alte liberale Tradition. Heiße Themen undurchdacht in die Diskussion zu bringen, verdient dieses Etikett nicht.

*Die Verfasserin war Landesfrauenbeauftragte in Hessen und lebt heute in Aargau/Schweiz.

Nachdenken über mögliche Perspektiven einer neuen liberalen Politik

Ingeborg Drewitz zum „Projekt 87“

Es scheint mir kaum zu früh zu sein, über das Paket nachzudenken, das die Liberalen Demokraten für die Bundestagswahl 1987 aufzuschnüren haben, wenn innerhalb der Partei die Entscheidung über die Beteiligung getroffen werden soll. Eine der Hauptschwierigkeiten wird die thematische Abgrenzung (nicht Ausgrenzung) sein, um als LD die Wählerschaft anzusprechen. Denn sowohl Umweltpolitik, Friedens- und Sicherheitspolitik, Außenpolitik sind von SPD und Grünen adaptiert; die Diskussion über einen möglichen Friedensvertrag ist nicht schon so weit ausgereift, um sie dem Wähler vorstellen zu können; die alte und die neue Armut sind Themen, die über die DGB-Gewerkschaften in die SPD eingebracht werden; die immer noch bestehende und wieder deutlicher nachweisbare Benachteiligung der Frauen sind Themen der SPD, die über die ASF die Verschleierungspraxis der Frauenproblematik der derzeitigen Regierung einklagt.

Die speziell liberalen Themen wie Rechtsstaat und Demokratie – das Schleifenlassen der Strafvollzugsreform sind einzuklagen, Gen-Technologie, die gestörte Spannung zwischen Freiheit und Verantwortung sind anzufragen, die schleichende Zensur durch den Proporz ist herauszuarbeiten – Themen, die sich nicht leicht „verkaufen“ lassen, obwohl sie auf den Demokratieverlust hinweisen, dem Einhalt geboten werden muß.

Als kleine Partei neben der sich eigentümlicherweise wieder stabilisierenden FDP sollten die Liberalen Demokraten in ein oder zwei Themenbereichen, die von den anderen, nicht konservativen Parteien nur nebenbei „gehandelt“ werden, Profil zeigen. So sollte ein Dritte-Welt-Förderungswirtschaftsprogramm vorgelegt werden, das den nachkolonialen Wirtschafts imperialismus nicht nur entlarvt, sondern die Balance zwischen den Binnenmärkten und dem Weltmarkt herausarbeitet, die die nachkoloniale imperialistische Polarisierung entschärft und dem Ideologiekontrast die Krallen kappt. So sollte die Ent-Humanisierung

unserer Öffentlichkeit/Gesellschaft nicht nur plakativ angeprangert, sondern z.B. die Zusammenhänge zwischen Gen-Forschung und Gen-Manipulation, zwischen Verachtung der physisch und psychisch Behinderten und der Ausgrenzung von



Ingeborg Drewitz

Ausländern, von alten Menschen eingängig nachgewiesen werden. So sollte der Zusammenhang zwischen Rüstungsabbau und Verbesserungen im Human-Bereich modellhaft entwickelt und vorgestellt werden. Die drei genannten Themen stehen im engen Zusammenhang mit dem Demokratieverschleiß.

Die Zielgruppe der Liberalen Demokraten werden die intellektuellen Wähler sein, die sich links von der Mitte verstehen, sich jedoch mit keinem der angebotenen Parteiprogramme identifizieren können, aber die Politik der konservativen Koalition ablehnen. Es ist also darüber nachzudenken, ob die Liberalen Demokraten sich mit einer Koalitionsaussage einbringen oder das „Zünglein-an-der-Waage-Spiel“ der FDP nachahmen sollten. Die Diskussion darüber sollte mit aller Präzision in den „liberalen drucksachen“ geführt werden. Auch das Themenpaket der Liberalen Demokraten wird hier in den nächsten Monaten aufgeschnürt werden müssen.

Die liberale Partei ist die F.D.P.

Von Peter Juling

Prof. Theo Schiller hat in seinem Aufsatz „Für einen liberalen Neuanfang“ (Id 1/2-85) zwei Kernsätze geprägt, zu denen ich mich äußern möchte. Dem einen muß man zustimmen, dem anderen aber energisch widersprechen. Richtig ist: „Liberalismus ist auch ohne FDP denkbar“. Falsch ist: „Eine neue liberale Partei von Grund auf und ehrlich neu aufzubauen.“ Schiller preist dafür seine Partei der „Liberalen Demokraten“ als „organisatorischen Ausgangspunkt“ an.

Warum soll man denn eine liberale Partei neu gründen, wenn man eine hat, und zwar die FDP? Trotz ihrer personellen und politischen Schwächen gibt es zu ihr keine Alternative. Sie ist die liberale Partei in der Bundesrepublik! Alle programmatischen Fragen, die Schiller aufwirft, werden oder können in der FDP diskutiert und entschieden werden. Wobei zu seinen sieben Themen noch andere hinzugefügt werden könnten. Darum geht es hier aber nicht. Entscheidend ist die Parteifrage.

Dazu schreibt Schiller sehr richtig, daß „die Liberalen Demokraten bisher noch viel zu schwach sind“. Sie hätten weder Platz noch Chance. Doch darüber dürfen sie sich nicht wundern. Ihren Daseinsanspruch hat der Wähler in keiner Weise bestätigt. Wo sie auftraten, erfüllten sie nur einen Zweck, den sie aber auch nicht immer erreichen konnten, nämlich der FDP zu schaden. Schillers Vorwurf an die FDP, „unbeweglich und diskreditiert“ zu sein, wird von ihm nicht begründet. Schlimmer aber ist, daß er die Grünen als liberale Partei „für einige Jahre“ ansieht. Kurzum: Man muß in die fixe Anti-FDP-Idee schon verbohrt sein, um der unpolitischen Illusion nachzujagen, aus Grünen, Liberalen Demokraten, ehemaligen FDP-Mitgliedern, „Teilen der jetzigen FDP“, Kräften aus Bürgerrechtsverbänden und von den Rändern der SPD und CDU eine „neue liberale Kraft von Dauer“ schaffen zu wollen.

Schillers Vorschlag kann man schnell vergessen. Die Liberalen Demokraten sollten sich wieder auflösen. Sie können nichts bewirken. Es bleibt nur die FDP. Daß man sich um sie sorgen muß, auch um ihr liberales Profil, ist nichts Neues. Dem kann nur von innen heraus abgeholfen werden. Liberale Mitglieder braucht die liberale Partei. Ratschläge von außen und Rachegelüste helfen überhaupt nichts. Sie sind der liberalen



Sache abträglich.

Nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen stellt sich die Lage für die FDP neu dar. In Thesenform zusammengefaßt läßt sich anhand der notwendigen fünf P's – Partei, Personen, Programm, Profil und Politik – feststellen:

1. Die **Partei** ist die Basis. Sie muß in den Kommunen, Ländern und im Bund gestärkt werden. Dazu gehört auch die Einigkeit der Mitglieder. Unser verstorbener Freund Klaus Scholder hat gewarnt: „Wenn es gelingt, die beiden Flügel der liberalen Partei, den altliberalen und den fortschrittlichen (wie immer sie sich inhaltlich bestimmen) in einer spannungsvollen Einheit zu erhalten, wird der Liberalismus sein politisches Gewicht behalten. Jeder Versuch dagegen, den einen oder anderen Flügel möglichst auszuschalten, wird über kurz oder lang zur Spaltung und damit zur politischen Bedeutungslosigkeit des Liberalismus führen. Es ist selten genug, daß die Geschichte eindeutige Lehren parat hat. Hier ist es ausnahmsweise der Fall. Und niemand kann sagen, er hätte das nicht gewußt.“ (Aus „Liberale Profile“, heraus-

gegeben von Jürgen Morlok, Stuttgart 1983.)

2. Die **Personen** an der Spitze der Partei müssen ein Team bilden, dessen Mitglieder sich nicht widersprechen, sondern eines Sinnes = liberalen Geistes sind und danach reden und handeln. Das Tandem Martin Bangemann/Helmut Haussmann allein genügt nicht. Vom Bund über die Länder bis zur letzten Gemeinde muß es eine homogene Führungsmannschaft geben.
3. **Programmarbeit** muß wieder aufgenommen werden. es kommt dabei nicht auf die Quantität und Vielfalt programmatischer Aussagen zu einer Fülle von Themen an. Lieber ein gutes Programm zu einem Thema in einem Jahr als eine Vielzahl von wenig aussagekräftigen Programmen zu vielen Problemen. Auch hier gilt es, der Inflation Einhalt zu gebieten.
4. Aber nur Personen und Programm ergeben das **Profil**. Und das muß besser werden, d.h. deutlich liberale Konturen aufweisen. Ständiger Clinch mit der CSU macht noch kein Profil. Unser unvergessener Freund Karl-Hermann Flach hat auch heute noch Gültiges dazu geschrieben: Die FDP stehe in der Gefahr, „als brave und auch unbequeme, als wirkungslose und gelegentlich auch einflußreiche, als dringend gebrauchte und gleichzeitig bis aufs Messer bekämpfte Mitregierungspartei an der Seite einer großen, aber politisch zerrissenen Union verschlissen zu werden.“ (In „Die neue Gesellschaft“, Januar/Februar 1966.)
5. Daraus folgt: Die FDP wird nur dann eine dauerhafte Zukunft haben, wenn ihre **Politik** liberalen Ansprüchen gerecht wird. Zur überzeugenden Politik gehört, daß sie klaren politischen Grundsätzen – im Falle der FDP also liberalen Grundsätzen – entspricht. Auf welchem Felde die Partei in der Koalition auch agiert – ob in der Wirtschafts- oder Gesellschaftspolitik, in der Außen- oder Innen- und Rechtspolitik –, die liberale Handschrift muß unverwechselbar sein und bleiben.

Wenn das wieder mehr und mehr gelingt, dann sind solche Vorschläge wie die von unserem Freund Schiller höchst überflüssig.

Zurück in die Klinik?

Erfahrungen mit einem Psychiatriemodell von Michael Klerr

Der psychisch Kranke ist behaftet mit dem Odium des Versagers, unverstanden und gilt daher als unberechenbar und unheimlich in seinen Äußerungen und Reaktionen. Er löst Unsicherheit und Angst aus und ist deshalb bislang in der Regel in ein Getto verbannt worden. Psychiatrische Großkliniken sind die heute noch vorhandenen, mittlerweile aber als Allheilmittel anachronistisch anmutenden Ausformungen dieser Art von Absonderung seelisch Kranker oder behinderter Menschen. Dabei ist von seelischen Leiden keineswegs nur eine kleine Minderheit betroffen. Gerade zehn Jahre ist es her, daß in einer ersten umfassenden Untersuchung Experten zu alarmierenden Zahlen über die Verbreitung von seelischen Störungen in der Bundesrepublik gekommen sind. Die Sachverständigen der Psychiatrie-Enquete schätzten seinerzeit eine Million Alkoholiker, 50.000 Drogensüchtige, 600.000 Psychiotiker, 13.000 Selbstmorde pro Jahr, 7 Millionen behandlungsbedürftiger Neurotiker. Wegen seelischer Krankheiten wurden 200.000 Bundesbürger jährlich in spezielle Kliniken aufgenommen. Und diese Zahlen haben sich bis heute nicht zum Guten hin verändert. Neuere Untersuchungen rechnen mit Raten zwischen 15 und 25 Prozent der Bevölkerung, bei denen seelische Störungen gegeben sein können. Die Sachverständigenkommission diagnostizierte 1975 gleichzeitig eine völlig mangelhafte Versorgungssituation. Beklagt wurde vor allem die fast vollständige Trennung ambulanter und stationärer Behandlung von psychisch Kranken sowie das Fehlen geeigneter Vor- und Nachsorgeeinrichtungen. „Zurück in die Gemeinde“ war daher die Devise für die angekündigte Psychiatriereform.

Seit 1980 hat man nun versucht, mit dem „Modellprogramm Psychiatrie“ in ausgewählten Regionen der Bundesrepublik den Aufenthalt seelisch kranker Menschen in Krankenhäusern zu vermeiden oder zeitlich zu begrenzen. Mit einem Aufwand von 250 Millionen Mark hat man bis Ende des vergangenen Jahres mit Formen ambulanter Behandlung, Tageskliniken, sozialpsychiatrischen Diensten, Wohnheimen, Patientenclubs und offenen Treffpunkten Erfahrungen mit der sogenannten gemeindenahen Psychiatrie gesammelt.

Mitten im Stadtzentrum von Gummersbach gelegen findet man die Tagesstätte des Oberbergischen Vereins zur Hilfe für psychisch Behinderte. Hier haben sich über 150 professionelle Helfer und interessierte Laien zusammengeschlossen, um die vom Modellprogramm angestrebte Verflechtung der Arbeit von Klinik, niedergelassenen Nervenärzten und ambulanten Angeboten

umzusetzen. Entsprechend groß ist auch das Behandlungs- und Betreuungsangebot im Oberbergischen Kreis. Neben der Landesklinik in Marienheide und dem Kontaktzentrum gibt es noch den Psychosozialen Dienst, mehrere Wohnheime und sogar einen therapeutischen Bauernhof.

Dreh- und Angelpunkt ist jedoch die Kontaktstelle. Sie dient als Übergang von einem Klinikaufenthalt bis zur Entlassung nach Hause oder in ein Wohnheim. Vor allem ist sie Treffpunkt, wo gebastelt, musiziert oder Karten gespielt wird. Hier kann man sich bei einer Tasse Kaffee oder Tee über Ängste und Probleme aussprechen. Allerdings wird im Kontaktzentrum nicht nur über die Krankheit gesprochen. Keiner wird dazu gezwungen, denn „Druck“ erfahren die Betroffenen sowieso schon viel zu viel. Der Tagesablauf orientiert sich vielmehr an den gesunden Dingen, die Bewältigung des Alltags soll eingeübt werden. Einkaufen gehen, Mittagessen für die Gemeinschaft kochen und Freizeitplanung anstellen – das sind die Punkte, die regelmäßig auf der Tagesordnung des für jedermann offenen Kontaktzentrums stehen.

Ein ganz wichtiger Bereich im Betreuungsangebot ist der Psychosoziale Dienst. Hier kümmert sich ein Sozialarbeiter um Menschen, die sich an ihrem Arbeitsplatz plötzlich von Kollegen oder Vorgesetzten verfolgt, sich von Maschinen bedroht fühlen und in ihrer Wahnvorstellung aus Angst immer wieder einfach ihren Arbeitsplatz verlassen. Hier sucht der Sozialarbeiter in Gesprächen mit den Betroffenen, mit Kollegen und mit dem Arbeitgeber nach Wegen, den Arbeitsplatz für den unter einer seelischen Störung leidenden Menschen zu erhalten. Dabei ist gerade die „Arbeit“ ein wunder Punkt des Modellprogramms von Anfang an gewesen. Alle therapeutischen Erfolge sind letztendlich zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht die Tür zum „normalen“ Leben wieder öffnen.

Was fehlt, sind jedoch Arbeitsplätze für psychisch Kranke. Dabei gibt es sicher Leute, die wieder arbeitsfähig sind, „für die wir aber keine Arbeitsplätze finden können – wo es günstig wäre, wenn wir eine Selbsthilfefirma oder ähnliches hätten“, meint Klaus Jöllenbeck, der Leiter des Gummersbacher Kontaktzentrums.

Das Problem Arbeitslosigkeit ist in einer anderen Modellregion noch viel drängender als in der ländlichen Struktur des Oberbergischen Kreises. Marita Nuttebaum, Sozialarbeiterin im Kontaktzentrum der Ruhrgebietsstadt Duisburg, sieht bei ihrer Arbeit eine Reihe von Zusammenhängen zwischen der sozialen Situation der Menschen und dem Ausmaß seelischer Belastungen,

die dann häufig zu Erkrankungen führen.

Viele ihrer Klienten sind arbeitslos oder Frührentner geworden, und diejenigen, die wieder in der Lage wären, einen Beruf zu ergreifen, haben kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Inwieweit es sich auf die Ursachen psychischer Erkrankungen auswirkt, ist natürlich schwer faßbar zu machen. „Wir bemerken jedoch, daß viele Familien durch die soziale Situation sehr belastet sind und häufiger in Krisen kommen. Und daß die Krisen sich durch die schwierigen Belastungen verschärft haben.“

Die wissenschaftliche Auswertung des Modellprogramms wird erst in ein oder zwei Jahren vorliegen. Bei einer öffentlichen Anhörung des Deutschen Bundestages wiesen Vertreter der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie darauf hin, daß es ein Unding sei, mit Finanzierungsregelungen für die ambulanten Einrichtungen bis dahin zu warten. Nach Ansicht der DGSP hat das Modellprogramm bewiesen, daß eine große Zahl von psychisch Kranken bei ambulanter Betreuung außerhalb von großen psychiatrischen Kliniken leben kann.

Diese Erfolge der fünfjährigen Arbeit sind mit dem Auslaufen der Modellfinanzierung jetzt gefährdet. In Nordrhein-Westfalen hat das Land zwar für 1986 eine Überbrückungsfinanzierung zugesagt. Doch keiner weiß, was danach kommt.

Finanziell ungesichert sind vor allem die vielfältigen, jedoch auch personalintensiven Angebote der Kontakt- und Beratungsstellen. Und gerade die sind es nach Ansicht der Duisburger Sozialarbeiterin Birgit Richterich gewesen, die in den letzten Jahren neue Hoffnung für psychisch Kranke und Behinderte zur Bewältigung ihres Alltags gebracht haben.

Wenn die Finanzierung über '86 hinaus nicht gesichert ist, wird es für sie unverantwortlich sein, noch neue Klienten z.B. aus der Landesklinik Viersen zu betreuen, weil es oft auch ein Prozeß von Jahren ist, Vertrauen aufzubauen und weitere Einweisungen zu verhindern. Sie sieht dann auch keinen in Duisburg, der diese Arbeit übernehmen könnte. „Die einzige Möglichkeit, die dann noch bliebe, wäre zurück in die Landesklinik, zurück in den Langzeitbereich.“

Eine solche Entwicklung würde jedoch die Absicht des Bonner Modellprogramms Psychiatrie in ihr Gegenteil verkehren. Es bleibt also zu hoffen, daß eine von allen Betroffenen und den Fachleuten als human und auch kostengünstiger beurteilte Versorgung nicht an der Unbeweglichkeit unseres Systems der sozialen Sicherung scheitert. Notwendig ist es noch in diesem Jahr die weitere Absicherung der gemeindenahen Psychiatrie zu regeln.

Linke Mehrheit – aber wie?

Id-Gespräch mit Peter Glotz (SPD) und Hubert Kleinert (Die Grünen)

Id: Peter Glotz, Sie haben vor ca. 8 Wochen in einer Boulevard-Zeitung erklärt: „Darauf wette ich meinen Kopf: Keine Koalition mit den Grünen!“ Was muß mit den Grünen passieren, damit Peter Glotz Anfang nächsten Jahres noch seinen Kopf behalten kann?

Glötz: Ich gebe zu, solche Werten sind immer problematisch, denn man verliert manchmal auch welche. Aber ich glaub, die werde ich nicht verlieren und deswegen werde ich meinen Kopf auch behalten. Und was heißt: Was muß mit den Grünen passieren? Selbstverständlich kann ich nicht ausschließen, daß die Grünen 1987 nochmal in den Bundestag kommen und daß sich dann Joschka Fischer, Hubert Kleinert, Schily und andere soweit durchsetzen, daß die fundamentalistische Strömung keinen wesentlichen Einfluß mehr hat und die Partei der Grünen sich sehr tiefgehend verändert. Dann hätten wir es 1991 u.U. mit einer sehr veränderten grünen Partei zu tun und dies wäre dann auch eine ganz andere Situation. Aber zur Zeit habe ich eher den Eindruck eines Dekompositionseffektes bei den Grünen. Es ist ja nicht Peter Glotz, der sagt: 'Vermutlich sind wir wahlkampfunfähig.' Ich könnte unser Archiv beauftragen und bekäme in 10 Minuten alle möglichen sehr scharfen Äußerungen von grünen Politikern vorgesetzt, die darauf hinaus laufen, daß sie selbst befürchten, daß sie unter den gegenwärtigen Zuständen nicht mehr in den Bundestag kommen und daß sie in jedem Fall nicht in der Lage sind, mit der SPD zusammenzuarbeiten. Dabei sollten wir es dann doch auch belassen.

Kleinert: Der Peter Glotz hat viel gesagt, aber die entschei-

dende Frage hat er eigentlich nicht beantwortet, nämlich die Frage, was 1987 passiert, wenn die Grünen wieder in den Bundestag hineinkommen. Und da kann ich nur ganz eindeutig feststellen: Wenn eine Chance bestehen sollte, die jetzige Regierung abzulösen, dann wird das nur mit den Grünen möglich

situation kommt, schwierige Diskussionen zu führen haben. Ich bin mir aber über das Ergebnis dieser Diskussionen in keiner Weise unsicher. Das Ergebnis wird sein, daß es an den Grünen nicht scheitern wird, wenn es darum geht, die jetzige Regierung abzulösen.

Id: Sie haben jetzt aber nicht gesagt, wo Sie die Möglichkeiten bei den Grünen sehen. Peter Glötz diskutiert bis 1991, Sie fordern ein 1987.

Kleinert: Ja, ich werfe Peter Glötz vor, daß er keine Antwort auf die Frage gegeben hat, was 1987 eigentlich passieren wird.

nicht in den Bundestag kommen. Aber ich kann das nicht ausschließen. Der zweite Punkt, das ist, glaube ich, der Interessanteste, den wir diskutieren müssen: Es ist ganz ohne Zweifel so, daß die Rechte in Deutschland, begründet in der deutschen Geschichte, eine strukturelle Mehrheit hat und gegenwärtig auch eine kulturelle Hegemonie. Die Frage ist, ob sich die Linke zutraut, sie zu überwinden oder nicht. Eine Partei wie die SPD muß meiner festen Überzeugung nach eine solche Strategie einschlagen; und der Versuch, von vornherein



Malte Ristau und Peter Ruhenstroth-Bauer im Gespräch mit Peter Glötz und Hubert Kleinert

Fotos: Peter N. Albaum

sein. Die SPD hat allein überhaupt keine Chance, die absolute Mehrheit zu bekommen, das weiß auch jeder halbwegs intelligente Mensch in der Bundesrepublik. Von daher wird die SPD die Frage zu beantworten haben, was sie in einer solchen Konstellation tun will: Will sie dann den Weg in die Große Koalition gehen oder wäre sie bereit, zusammen mit den Grünen substantielle Veränderungen in der Bundesrepublik einzuleiten? Die Grünen werden, falls es zu einer solchen politischen Mehrheitssi-

Ich sage, eine absolute Mehrheit für die SPD ist extrem unwahrscheinlich. Von daher muß er entweder darauf kalkulieren, daß die jetzige Regierung im Amt bleibt, oder aber er muß sich den Vorwurf gefallen lassen, hier politische Phantasterei zu betreiben, oder er geht davon aus, daß die Grünen nicht wieder in den Bundestag kommen. Das mag er tun, aber eben in seinen Ausführungen ist er nicht davon ausgegangen.

Glötz: Ich halte es in der Tat für das Wahrscheinlichste, daß sie

darauf zu verzichten, ist nichts anderes als die übliche linke Minderheitsgesinnung. Deutsche Linke fühlen sich in der Minderheit ja manchmal ganz gut und es gibt auch eine bestimmte Form der linken Larmoyanz. Ich glaube, die Mehrheitsstrategie von Rau muß ganz konsequent und bewußt gerade gegen diese linke Larmoyanz gesetzt werden. Natürlich ist es sehr schwer, in der Bundesrepublik eine absolute Mehrheit zu bekommen. Aber die Frage ist, ob wir eine Schritt-für-Schritt-

Dynamik zustande bekommen, und dann wird eben auch Ende des Jahres '86 der Konflikt zwischen SPD und Grünen sehr deutlich werden. Wir werden bis zum September/Oktobre alles tun, um in den wesentlichen Meinungsumfragen und in der Stimmung der Bevölkerung stärker zu sein als die CDU. Wenn es dann die Situation gibt, daß die SPD deutlich stärker ist als die Union, wird der Dekompositionseffekt bei den Grünen ganz entscheidend werden. Dann wird es um die Frage gehen, wie sich die schwach gebundenen Randwähler der Grünen verhalten. Dann ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß sie für die SPD stimmen. Insofern ist die Behauptung, die Kleinert immer wieder aus verständlichem Eigeninteresse abgibt, sozialdemokratische Wunschträume von der absoluten Mehrheit seien blanke Illusion, falsch. Es ist sehr schwer, aber die SPD zielt darauf, eine eigene Mehrheit zu bekommen; und die bekomme ich nicht, wenn ich lange darüber spekuliere, was wäre, wenn ich sie nicht bekäme.

Kleinert: Ich halte das Gerede von der absoluten Mehrheit für die SPD für Wahlkampfretorik. Ich nehme das den Sozialdemokraten nicht übel, jeder möchte so viele Stimmen haben wie möglich, glaubwürdiger wird es darum nicht. Interessanter ist ein Zweites: Was ist denn eigentlich das erste Wahlkampfziel der Sozialdemokraten? Ist es am Ende gar das eigentliche Wahlkampfziel der SPD, daß die Grünen möglichst wieder ver-

glaube nicht, daß Ihr selbst der Auffassung seid, daß Ihr eine absolute Mehrheit schaffen könnt. Wenn es aber Euer eigentliches Ziel im Wahlkampf '87 sein sollte, nicht zu gewinnen, aber die Grünen aus dem Bundestag herauszubringen, dann muß man sich die Frage stellen, welche Situation dann eintreten würde. Wem wäre damit gedient? Und da kann ich nur sagen, damit wäre einem linken Projekt, von dem auch Peter Glotz mehrfach gesprochen hat, nun in gar keiner Weise gedient. Die Konsequenz eines Scheiterns der Grünen an der 5%-Klausel wäre ein politischer Rechtsruck in der Bundesrepublik, eine erneute rechte Verschiebung in der Sozialdemokratie und ein Zurückdrängen aller ökologisch, sozial und friedenspolitisch reformerischen Kräfte, die das Bild der SPD in den letzten Jahren stärker bestimmt haben als früher. Meine Meinung ist, daß das nie und nimmer im Interesse eines linken Mehrheitsprojektes in der Bundesrepublik liegen kann. Natürlich kann man Politik nicht ständig aus der rechthaberischen Minderheitsperspektive angehen, aber wenn es hier schon um Mehrheitsperspekti-

landschaft oberhalb der 5 % würde nicht zuletzt auch bedeuten, daß die wesentlichen Themen Ökologie, konsequente Abrüstungspolitik und schließlich auch eine radikaldemokratische Position, im politischen System der Bundesrepublik nicht mehr vertreten wären. Und was den Dekompositionseffekt betrifft: Ich glaube, daß die Grünen im Herbst bei allen Linienstreitigkeiten, die nach wie vor vorhanden sein werden, mindestens in einer Frage zusammenstehen werden, nämlich, daß wir eine klare Wahlaussage machen und daß in dieser Wahlaussage auch klar erkennbar wird, daß wir unseren Beitrag dazu leisten werden, daß eine Chance besteht, die gegenwärtige Regierung abzulösen.

Id: Wir diskutieren jetzt zuviel über dieses reine Wahldatum. Ich denke, wir sollten doch ein bißchen weiter ausholen über

auf dem ich kürzlich war, hat mir einer dazwischen gerufen: Du willst die Grünen vernichten. Darauf habe ich gesagt: Ich will sie gar nicht vernichten. Ich fürchte nur, ich werde sie vor Jutta Dittfurth und Rainer Trampert nicht schützen können. Und...

Kleinert: Unsere Probleme lösen wir schon selber.

Glotz: Okay, dann tut das mal. Ich habe vorhin auch nicht völlig ausgeschlossen, daß es Euch gelingt, es ist nur völlig offen, ob es Euch gelingt. Für die Sozialdemokratie geht es nicht darum, von vornherein zu sagen, wir sind nicht kooperationsfähig mit

einer anderen Partei, wir wollen unbedingt das Monopol haben. Grundsätzlich halten wir es für möglich, daß es in der Linken noch eine Partei gibt, die wirklich als linke Partei übrig bleibt und die mit uns kooperationsfähig ist. Das Problem ist ja nur, daß die jetzige Partei der Grünen eben nicht mit uns kooperationsfähig ist. Das ist jedenfalls meine eindeutige Analyse für das Jahr 1987. Und nun: Kleinert sagt immer, wir glaubten selber nicht an die absolute Mehrheit. Ich dreh' das mal um und sage: Er glaubt ja selber nicht dran, daß im Jahr 1987 die grüne Partei, wenn sie noch mal reinkommt, wirklich kooperationsfähig sein könnte, in einer wirksamen, hart arbeitenden Koalition. Denn über eins muß man sich doch im Klaren sein: Der nächste zyklische Abschwung kommt bestimmt. Eine Regierung müßte tiefgehende schwere Entscheidungen treffen, vermutlich einzelne Entscheidungen gegen sehr starke Kräfte des Kapitals. Dazu müßte eine Regierung sehr stabil sein, und zwar von beiden Seiten her. Es müßte gewährlei-

ven geht, dann sehe ich eine realistische Chance dafür nur dann, wenn es gelingt, eine ökologisch und friedenspolitisch erneuerte SPD in ein Bündnis zu bringen mit jenen, vor allem intellektuellen, Zwischenschichten der Bevölkerung, die der wesentlichen Träger der Veränderungsimpulse sind, für die die Grünen stehen. Und ein Verschwinden der Grünen aus der politischen

das, was bei Ihnen beiden angedeutet worden ist. Stichwort: Reformprojekt, Stichwort: bestimmte soziale Schichten, Stichwort: allgemeine gesellschaftspolitische Ziele. Von Peter Glotz stammt das Zitat, daß keine linke Partei oder Bewegung in Westeuropa allein in der Lage ist, das etablierte Machtkartell der Rechten dauerhaft aufzubrechen. Was hat das für Konsequenzen strategischer und inhaltlicher Art für die Bundesrepublik. Da wäre jetzt mal so 'ne Profilzeichnung von sozialen und politischen Trägern notwendig. Und in einem zweiten Schritt müßten wir uns über Ziele unterhalten.

Glotz: Ich will sofort darauf eingehen. Ich will nur in einem Satz auf Kleinert antworten. Auf einem Juso-Kongreß in Mainz,

schwinden, um dann als einzige Oppositionspartei in der nächsten Legislaturperiode mit der dann immer noch nur schwachen Hoffnung auf eine Ablösung dieser Regierung 1991 Politik machen zu können? Ich

stet sein, daß von den Grünen die Gesamtposition der Regierung diszipliniert mitgetragen würde. Und umgekehrt, daß nicht Entscheidungen von den Grünen erzwungen würden, die bei uns Dekompositionseffekte auslösten und dazu führten, daß bei uns...

Kleinert: Aha.

Glottz: ...Abgeordnete nicht mehr mitmachen. Dies ist doch so, wenn man einmal realistisch analysiert, da braucht man gar nicht 'Aha' sagen, ich kenne meinen eigenen Laden auch...

Kleinert: Die Dekompositionseffekte bei Euch, das ist das Problem.

Glottz: Die könnte es auch geben, und die will ich nicht provozieren. Und aus diesem Grunde ist meine Analyse, daß eine solche Zusammenarbeit unter den heutigen Bedingungen nicht möglich ist. Und nun zur pazifistisch aufgemöbelten Sozialdemokratie. Also, die kann man halt nicht pazifistisch, auch nicht ökologisch aufmöbeln, sondern da gibt es zum Teil wirklich unvereinbare Positionen und Grundsätze. In einem interessanten Aufsatz von Kleinert finde ich das Zitat von Habermas, daß die Grünen und auch die neuen sozialen Bewegungen eine antiproduktivistische Allianz seien. Das ist sicherlich richtig. Aber die SPD ist nun mal nach wie vor eine Partei, die sich sehr stark auf Kernwähler stützt, die zum produktivistischen Kern dieser Gesellschaft gehören. Und von daher kann man sie nicht ein bißchen aufnorden, sondern muß man sich fragen: Was ist mit einer solchen Partei möglich und was nicht? Wir werden in der Wirtschaftskrise, in dem nächsten zyklischen Abschwung eine Wiederkehr der klassischen sozialen Konflikte bekommen, d.h. es wird sehr stark um Verteilungsfragen gehen, um neue Armut. Und in diesen Konflikten, fürchte ich, daß sich ein Teil der Anhängerschaft der antiproduktivistischen Allianz eher gegen die Interessen der Gewerkschaften, der Arbeitnehmer, der Kernschichten sozialdemokratischer Wähler entscheiden werden. Also in meiner Sprache heißt das, daß ein Teil der Wähler rechts rauskommt, obwohl sie sich links fühlen. Und deswegen bin ich sicher, daß unter der Belastungsprobe einer solchen ökonomischen Krise eine krisen-feste Zusammenarbeit zwischen der Sozialdemokratie und einer grünen Partei unter dem Stich-

wort 'antiproduktivistische Allianz' nicht möglich ist.

Kleinert: Also für die Vermutung, daß in einem solchen Falle die grüne Partei sich gegen die Interessen der Gewerkschaften entscheiden könnte, gibt es überhaupt keinen Anhaltspunkt. Im Gegenteil, die vergangenen Auseinandersetzungen haben doch wohl gezeigt, auf welcher Seite die Grünen stehen. Wir haben in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche sehr eindeutig...

Glottz: Sehr spät.

Kleinert: ...Partei bezogen; wir tun das gegenwärtig in der Frage des Streikparagraphen 116 in derselben Eindeutigkeit. Die

demokratischen Partei zu Auseinandersetzungen kommen würde und daß die Einschätzung von Peter Glottz, die da sagt, die Grünen würden so etwas nicht durchhalten, vor allem aus Furcht vor dieser Auseinandersetzung in der SPD geboren ist. Noch eine Bemerkung zu der von Peter Glottz angesprochenen sozialen Frage und zur wieder gestiegenen Bedeutung der klassischen Konfliktfelder. Es war schließlich der Kanzlerkandidat Rau, der auf eine sehr peinliche Art vor wenigen Wochen erst seine ursprüngliche Aussage, eine seiner ersten Maßnahmen würde sein, die Sozialkürzungen der Regierung Kohl



Grünen sind es gewesen, die 1984 einen Gesetzesantrag in den Bundestag eingebracht haben zum Verbot der Aussperrung. Die SPD ist es gewesen, die sich damit außerordentlich schwergetan hat und schwertut. Und es sind ja nicht die Grünen, die in der Frage des § 116 Aufweichungstendenzen zeigen – es sind nach meiner Kenntnis Sozialdemokraten, wo Zweifel angebracht sind über die Eindeutigkeit ihrer Haltung. Also, für diese Vermutung, daß eine Situation eintreten könnte, wo die Grünen gegen die Interessen der abhängig Beschäftigten in diesem Lande, gegen die Gewerkschaften auftreten könnten, gibt es überhaupt keinen Anhaltspunkt. Natürlich würde im Falle einer rot/grünen Mehrheit im Bund eine schwierige Situation eintreten für beide Parteien. Aber was uns anbetrifft, bin ich mir sicher, daß wir ein Bündnis durchhalten können, wenn dieses Bündnis eine politische Grundlage hat, die von der Sache her für uns akzeptabel ist. Ich sehe das eher so, daß es anhand der Inhalte eines solchen Bündnisses in der sozial-

zurückzunehmen, wieder korrigiert hat mit der Bemerkung, soweit werde er wohl doch nicht gehen können. Ich darf daran erinnern, daß die Grünen in vielen Anträgen im Bundestag, auch in Parteitagebschlüssen, mehrfach als eine ihrer zentralen Forderungen – damit werden wir auch in den Wahlkampf gehen – die Rücknahme der Sozialkürzungen gefordert haben, die seit 1982 vorgenommen worden sind. Da braucht Ihr Euch gar keine Sorgen zu machen, daß in der sozialen Frage der große Konfliktstoff auf Seiten der Grünen wäre. Ich glaube, daß Ihr da mit Euren eigenen Leuten größere Schwierigkeiten bekommen würdet. Und wenn jetzt Peter Glottz dieses Stichwort der „antiproduktivistischen Allianz“ in die Debatte geworfen hat, dann will ich dazu nur folgendes sagen: Ich glaube, daß ein mehrheitsfähiges linkes Reformprojekt in der Bundesrepublik in der Mitte der 80er Jahre nur dann eine Chance hat, wenn es gelingt, ein Bündnis herzustellen zwischen jenen traditionellen Kernschichten des sozialdemokratischen Wählerpotentials, die

stark in dem produktivistischen Bereich der Gesellschaft, im industriellen Bereich tätig sind, auf der einen Seite und jenen – nennen wir sie neue Mittelschichten oder neue Zwischenschichten –, die stärker zu dem neigen, was man in der wissenschaftlichen Diskussion postmaterialistische Wertorientierungen nennt und die ja die Grundlage bilden für bestimmte politische Haltungen, auch in Alltagsfragen, für eine bestimmte Sichtweise etwa des ökologischen Problems. Ich glaube, daß dieses Bündnis erst die Chance bietet, ein linkes Projekt in der Bundesrepublik mehrheitsfähig zu machen und daß es selbst aus sozialdemokratischer Sicht geradezu sträflicher Leichtsinn wäre, die Chance, ein solches Projekt durch ein Bündnis zwischen SPD und Grünen auch im parteipolitischen Raum zu ermöglichen, dadurch zu verspielen, daß man jetzt auf die Vernichtung der Grünen setzt.

Glottz: Ich halte für den zentralen Fehlschritt der von Kleinert gerade erläuterten Strategie die Idee, daß man eine sozusagen 51%-Linke in der Bundesrepublik konstruieren könnte, die auch Teile des akademischen Kleinbürgertums kompromißmäßig mitnimmt, die in Eurer eigenen Parteisprache die „Fundamentalisten“ heißen. Die Schlüsselgruppen für die...

Kleinert: Das sind allenfalls 10 % unserer Wähler, die Fundamentalisten.

Glottz: Davon gehe ich aus. Das ist aber eine Erfahrung, die ich auch in der Sozialdemokratie mache, daß die peer-groups, daß die Kader die Politik einer Partei vielleicht nicht gerade unabhängig von der Wählerschaft beeinflussen, aber doch, daß sie oft einen sehr viel größeren Einfluß haben als sie von der Zusammensetzung der Wählerschaft haben dürften. Insofern habe ich auch weniger Probleme mit Euren Wählern als ich Probleme mit Euch selbst habe oder mit einem Teil Eurer Funktionäre. Und noch einmal: Ich halte für die strukturelle Hegemonie in dieser Gesellschaft Schlüsselgruppen, beispielsweise bestimmte Teile der technischen Intelligenz, bestimmte Teile der Aufsteigerschaft, die in den letzten Jahrzehnten von den Sozialdemokraten stiefmütterlich behandelt wurden oder jedenfalls nicht genügend berücksichtigt wurden, für unverzichtbar. Das sind opinion-

leader in den Betrieben und in den Verwaltungen, die einen großen Einfluß haben. Und wenn ich mit denen ein Bündnis schließen will, wenn ich die für die Linke gewinnen will, was für die Weiterführung eines linken Projekts ganz entscheidend ist, das ja ungeheuer viel mit Technik zu tun haben wird, mit modernster Technik, und stattdessen meine Kompromisse auch mit den Fundamentalisten machen muß, weil die ein integrierender Bestandteil der Grünen sind, und die Grünen mit uns gar keine Kompromisse machen können, die nicht auch wieder Kompromisse mit den Fundamentalisten sind, dann bedeutet dies, daß unsere Chance, in den Bereich der Aufsteiger nicht nur einzubrechen, sondern die Position von etwa 50 %, die wir jetzt langsam bekommen haben in den letzten drei Jahren, zu halten und zu stärken, daß dies absolut ausgeschlossen wird. Die laufen uns wieder scharenweise davon und zur CDU zurück, weil wir ja unsere Kompromisse mit den Grünen und damit eben auch teilweise mit den Fundamentalisten dort machen müssen. Dies ergibt auch inhaltlich keinen Sinn, weil ich nochmal sage, das mag ja vorhin mit der pazifistisch aufgemöbelten Arbeiterpartei SPD ein sprachlicher Lapsus gewesen sein, aber man kann halt so eine Partei wie die SPD nicht pazifistisch und auch nicht ökologisch aufmöbeln oder aufrorden, sondern man muß...

Kleinert: Das ist doch Ihr eigener Anspruch. Also Ihre Hoffnungsträger treten doch im ökopazifistischen Gewande auf. Lafontaine ist so aufgetreten, Gerhard Schröder schmückt sich damit auch.

Glottz: Also, das ist ein etwas leichtfertiger Gebrauch des Begriffes Pazifismus. Lafontaine halte ich absolut nicht für einen Pazifisten, von Schröder ganz zu schweigen.

Kleinert: Na, dann nennen wir es ökofriedensbewegt. So sind sie doch aufgetreten, erfolgreich bislang...

Glottz: Man muß sich doch einfach mal klar machen: Gibt es nicht bestimmte Grundauffassungen in Teilen der Grünen und im Zentrum der SPD, die miteinander schlicht nicht kompatibel sind, sondern die sich gegenseitig ausschließen? Auch von den Interessen her, die von den jeweiligen Gruppierungen vertreten werden? Und deswegen glaube ich nicht, daß man die

leicht miteinander kombinieren kann, so daß sie sich gegenseitig fördern. Ich verschrecke produktivistische Kerngruppen absolut, wenn ich Arm in Arm mit Jutta Dittfurth über die Zeil ziehe.

Id: Ich möchte da gern mal nachhaken, worauf Sie beide dann eingehen sollten. Ich denke, Kinderkrankheiten der Grünen, wie die Fundis, müssen die Grünen selbst austragen. Das eigentlich Entscheidende ist, wie dieser Block von maximal 50 % zu erweitern ist. Und dann frage ich, was ist da an Angeboten da, um insbesondere die sogenannte technische Intelligenz zu gewinnen? Was haben da die SPD und die Grünen für konzeptionelle Vorstellungen? Trifft sich da was? Unterscheidet sich da was?

Glottz: Da trifft sich selbstverständlich was. Ich lese in Vorbereitung unseres Ingenieurkongresses mit hohem Interesse die VDI-Nachrichten und andere Zeitschriften dieser Art und stelle dabei fest, daß es durchaus eine ganze Reihe von den Grünen entwickelter oder mitvertreter Thesen gibt, die bei

die, jetzt, im Bereich Friedenspolitik, auf Austritt aus der NATO zielen, usw., also auf sehr viel grundsätzlichere Positionen, ob mit denen sozusagen Halbe-, Dreiviertelkompromißversuche gemacht werden können und sollen. Und, ich sag nochmal, unsere Fähigkeit, stärker zu werden und schwachgebundene Randwähler der Union zu gewinnen, mindert sich in dem Maße, in dem wir Kompromisse mit den Grünen machen. Und ich sage das völlig ohne jeden moralischen Vorwurf, das ist auch ein arithmetisches Problem. Von zehn Wählern, die wir gewinnen können, kommen sieben aus den schwachgebundenen Unionswählern und drei aus den schwachgebundenen Grünwählern. Und wenn ich dieses Rechenexempel aufstelle, dann kann ich die Sozialdemokratie, auf 87 gezielt sowieso, aber auch langfristig, nur davor warnen, sich nun sozusagen in diese Ecke des akademischen Kleinbürgertums hin zu orientieren. Wobei ich nochmal sage, ich bin nicht für die Ausgrenzung, auch nicht dieser Gruppen, auch nicht der Fundamentalisten, und ich



einer qualifizierten Minderheit der Ingenieure hohe Zustimmung finden. Und ebenso bin ich der Auffassung, daß viele auch von den Grünen diskutierte und bisweilen sogar erarbeitete Konzepte selbstverständlich in die Politik der SPD eingehen können und auch kompromißfähig sind, im Einzelfall. Von der Abfallwirtschaft bis zur Entstirkung. Aber das ist ja auch nicht der Streitpunkt. Der Streitpunkt ist die Frage, ob Teile der Konzepte, die von den Grünen entwickelt werden, die auf eine weitgehende, z.B. Zurückdrängung, wenn nicht, um es übertrieben zu sagen, Abschaffung der chemischen Industrie zielen,

halte sie auch nicht für terroristisch oder sonstwas. Ich bin nur aus Selbsterhaltungsgründen und aus dem Grunde, weil ich wirklich eine Mehrheit für die Linken will, dagegen, Experimente einzugehen, mit denen man meiner festen Überzeugung nach keine Mehrheit für die Linken kriegen kann.

Id: Mit welchen inhaltlichen Angeboten, mit welchen sozialdemokratischem Profil sollen denn diese sieben von zehn von der Union gewonnen werden? Und wo liegen dann, Frage an die Grünen, da Probleme, das inhaltlich zu akzeptieren?

Glottz: Um ein Beispiel zu nen-

nen: Ich möchte eine europäische Industriepolitik, die ein Zusammengehen von Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften etwa bei der Entwicklung neuer Technologien und gleichzeitig ein erweitertes Mitbestimmungsrecht bei der Einführung neuer Technologien fordert. Das ist etwas, wo ich Teile des Managements, Teile der technischen Intelligenz der Zukunftsindustrien dafür gewinnen kann. Das ist das inhaltliche Profil auf diesem Feld sozialdemokratischer Politik und ich bin ganz sicher, daß ich dafür auch eine ganze Reihe von Grünen bekomme, aber ich glaube nicht, die grüne Partei.

Kleinert: Also, ich muß jetzt doch nochmal kurz zurückkommen auf diese angeblichen Unvereinbarkeiten, die in politischen Grundorientierungen von Peter Glottz herausgestellt worden sind. Ich kann die so nicht erkennen. Der erste Punkt: Die Grünen sprechen von der Notwendigkeit des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft. Dies sind Begriffe, die auch der sozialdemokratischen Diskussion in der Wirtschaftspolitik inzwischen jedenfalls keinesfalls mehr fremd sind. Schon dieser Begriff macht deutlich, daß es uns nicht darum geht, daß wir hier etwa aussteigen wollten aus der Industriegesellschaft oder wesentliche Teile der industriellen Produktionsstruktur einfach beseitigen wollten. Allerdings sagen wir sehr klar, daß wir in bestimmten besonders umweltgefährdenden Produktionszweigen auch nicht darum herum kommen werden, Produktion einzuschränken. Das gilt für die chemische Industrie. Das gilt für andere Produktionszweige. Das gilt für die Atomindustrie. Das gilt selbstverständlich aus unserem pazifistischen Grundverständnis heraus ganz besonders für die Rüstungsindustrie. Aber ich kann nicht erkennen, wieso hier prinzipielle Unvereinbarkeiten vorliegen sollten, wenn es die SPD ernst meint mit ihrem Abrüstungswillen, wenn es die SPD ernst meint damit, daß sie selbst eine ökologische Wirtschaftspolitik betreiben will. Es macht keinen Sinn, Reparaturprogramme aufzulegen, die Milliardenbeträge kosten, wenn man gleichzeitig keine präventive Umweltpolitik treiben will, und dazu gehört nun einmal, daß man die Schadstoffproduktion möglichst an den Quellen ein-

schränken und beseitigen will und das wird auch Eingriffe in industrielle Produktionsstrukturen erforderlich machen. Das wird auch nicht ohne Konflikte mit den Unternehmen, mit mächtigen Kapitalfraktionen abgehen. Wenn die SPD in diesen Fragen Unvereinbarkeiten sieht, dann kann ich daraus nur schlußfolgern, daß sie diesem Konflikt aus dem Wege gehen will. Ich denke aber, wenn wir über ein linkes und ökologisches Reformprojekt hier reden, dann wird dieses immer solche Konflikte auch schon zur Voraussetzung haben, wenn es ein solches Reformprojekt sein soll. Zweite Frage: Nun mag es, das will ich hier gar nicht bestreiten, unterschiedliche Herangehensweisen an das Problem geben. Selbstverständlich verkennen wir auch nicht, daß für die SPD ein eher auch durch den gewerkschaftlichen Standpunkt mit geprägtes Herangehen an solche Probleme viel größere Bedeutung hat als für die Grünen, die als Minderheitenpartei natürlich sehr viel stärker auf dem Primat der Ökologie in der Wirtschaftspolitik stehen können. Aber daß es hier keine Möglichkeit der Verständigung geben soll, mag mir nicht einleuchten. Sofern die Bereitschaft der SPD vorhanden ist, hier wirklich Veränderungen einzuleiten und nicht nur in der Tradition von Zimmermann eine Umweltpolitik anzukündigen und immer dann, wenn es Ernst wird, wenn es dann auch an den Konflikt geht mit mächtigen Industrieinteressen, zu kneifen. In der zweiten Frage, Abrüstung/Friedenspolitik/Pazifismus, sehe ich das ganz ähnlich. Die Grünen werden nicht in diesen Wahlkampf gehen mit der Forderung: Raus aus der NATO! Das werden sie mit Sicherheit nicht tun.

Id: Aber sie stellen diese Forderung.

Kleinert: Die Grünen sehen die Forderung „Raus aus der NATO“ im Zusammenhang mit ihrer grundsätzlichen Vorstellung, daß man mit der Block-Logik brechen muß und daß wir in Mitteleuropa schrittweise eine Friedenspolitik einleiten müssen, die aus der Block-Konfrontation herausführt. D.h., daß ein NATO-Austritt der Bundesrepublik an eine ganze Reihe von Voraussetzungen gebunden wäre, die aus meiner Sicht gegenwärtig nicht vorliegen. Hier kommt es darauf an, daß man Schritte einleitet, um diesem Ziel „Herauslösung aus der Block-Konfrontation“

näher zu kommen. Da muß man dann die Sozialdemokratie im Wahlkampf fragen, was von ihren eigenen Beschlüssen – nämlich: Weg mit den Mittelstreckenraketen aus der Bundesrepublik – noch übrig bleiben würde, wenn es einen sozialdemokratischen Kanzler Rau gäbe. Durch die Gorbatschow-Vorschläge ist natürlich in dieser Frage eine etwas veränderte Situation entstanden. Man muß sehen, wie sich im Rahmen dieser Vorschläge das politische Gesamtzenarium in diesem Jahr entwickeln wird. Trotzdem würde ich sagen, wenn es im Rahmen einer rot/grünen Koalition auf Bundesebene möglich sein sollte, die Mittelstreckenraketen aus der Bundesrepublik abziehen, dann wäre eine ele-

gen, frei macht, dann hat sie da eine große Chance, auch ein politisches Feld zu besetzen, von dem ich meine, daß die Sozialdemokraten dieses in der Form nie werden besetzen können, weil sie als Volkspartei nach eigenem Anspruch natürlich nicht die Partei sein kann, die hier als Anwalt von Minderheitenrechten auftritt. Wohin so etwas führen kann, hat sich in Hessen gezeigt, wo es uns gelungen ist, das liberalste Ausländerrecht, was es in der Bundesrepublik überhaupt gibt, durchzusetzen und dies einem sozialdemokratischen Innenminister abzutrotzen. Das alles sind Punkte, wo ich nicht den Antagonismus erkennen kann, von dem Peter Glotz gesprochen hat, jedenfalls dann nicht,



mentare Forderung der Grünen erfüllt und dieses wäre eine zentrale inhaltliche Grundlage für eine Zusammenarbeit. Letzter Punkt, wo ich auch nicht sehen kann, wo die prinzipiellen Unvereinbarkeiten liegen: Die FDP hat durch ihre Rechts-Wende, die sie dahin geführt hat, daß sie jetzt im Parteiensystem der Bundesrepublik am rechten Rande angesiedelt ist, im Grunde genommen den Platz einer Partei freigemacht, die im besten Sinne liberal im Sinne des Anwalts demokratischer Rechte, des Anwalts von Minderheitenrechten, auftritt. Hier...

Id: Die Grünen jetzt als neue linksliberale Partei?
Kleinert: Die Grünen nicht als linksliberale Partei, die Grünen als radikaldemokratische Partei, die auf Grund der Entwicklung der FDP größere Chancen hat, auch dieses Profil überzeugend nach außen darzustellen. Wenn sie sich gleichzeitig vor Überstüpfungen, wie die Rede vom „Polizeistaat“ und solchen Din-

wenn die SPD den Namen Reformpartei überhaupt zu Recht tragen will.

Glotz: Diese Analyse geht ja genau an der Tatsache vorbei, Herr Kleinert, daß es bei den Grünen eben mindestens zwei Flügel gibt. Ich habe niemals die Behauptung aufgestellt, daß prinzipielle, tiefgehende Auseinandersetzungen etwa zwischen ihnen und mir passieren müssen. Ich gehe immer davon aus, daß wir eine Theorie und eine Praxis über den Umbau der Industriegesellschaft oder die ökologische Modernisierung oder die ökologische Erneuerung, wie immer man das nennen mag, formulieren können, die in den Prinzipien einigermaßen miteinander übereinstimmen, die dann nur an 36 Einzelpunkten voneinander abweichen, über die man in der Tat reden könnte. Das Grundproblem, das ich habe und das Sie haben, ist ja, daß Sie, solange die Grünen so gebaut sind wie jetzt eben immer noch, ihre eige-

nen Kompromisse mit einem Flügel machen wollen, der in der Tat nun andere Prinzipien formuliert. Ich will es mal an vier einzelnen Punkten deutlich machen: Ich fürchte, mit den Grünen wie sie heute gebaut sind, ist keine Chemiepolitik zu machen, die letztlich auch; sicherlich nach vielen Kompromissen, mit Hermann Rappe und der IG Chemie kompromißfähig wäre. Ich bin der Überzeugung, daß eine sozialdemokratisch geführte Bundesrepublik einen großangelegten Ausbau integrierter Netze, etwa ISDN, in der Bundesrepublik machen müßte und daß dies einen der wesentlichsten industriepolitischen Faktoren überhaupt darstellt. Ich fürchte, daß die Grünen gegen diesen ganzen Prozeß der Digitalisierung und was damit zusammenhängt losmarschieren werden. Drittens, ich glaube, daß das Bülow-Papier ein in Einzelheiten nicht ausreichend durchdachter, aber insgesamt mutiger Vorstoß in die richtige Richtung ist; ich gehe davon aus, daß in der SPD ein Kompromiß eher darin liegen wird, daß dieses Papier an einigen Punkten noch abgeschwächt wird. Die Grünen werden es an mehreren Punkten verschärfen wollen. Da geht es dann richtig um Entscheidungen, die man für die Bundeswehr treffen muß, über den Etat der Bundeswehr beispielsweise, über das Budget, über Waffenbeschaffungen, über Waffenauslegung, über vieles andere.

Kleinert: Ja, meinen Sie nicht, daß man da erheblich kürzen kann am Etat der Bundeswehr?
Glotz: Doch, das glaube ich schon. Die Bundestagsfraktion der SPD hat dies sehr deutlich gemacht. 1,9 Milliarden glaubt sie, daß man kürzen kann, das glaubt sie in der Opposition. Meine Erfahrung ist, daß die SPD wie jede Opposition immer noch etwas mutiger ist als dann anschließend in der Regierung, das ist wahrscheinlich auch Ihre Erfahrung. Aber ich gehe aus von den 1,9 Milliarden – ich fürchte, es wird nicht einfach sein, sich konkret zu einigen. Vierter Punkt: Ich nehme mal all die Äußerungen wie die Grünen den Fall Sare in Frankfurt diskutiert haben und in welcher Weise, Sie haben das eben selbst erwähnt, sie sich zur Polizei einlassen. Ich habe keinen Zweifel, daß wir beide uns letztlich darüber einigen könnten, wie das alles gedacht ist. Aber

daß die SPD, in der es auch noch ein paar Leute gibt, die ein bißchen weniger liberal sind als Peter Glotz, sich mit den Grünen, in denen es noch ein paar Leute gibt, die noch ein bißchen fundamentalistischer sind als Hubert Kleinert, etwa über die Rolle der Polizei in einer modernen Gesellschaft leicht einigen könnten – und dies eben nicht in Grundsatzpapieren von zwei Grundsatzkommissionen, sondern in der Hektik der konkreten Bedingungen einer arbeitenden Bundesregierung in einer Wirtschaftskrise –, daran habe ich meine großen Zweifel.

Kleinert: Ja, Herr Glotz, in Hessen hat das auch funktioniert oder funktioniert zumindest inzwischen...

Glotz: Landespolitik ist nicht Bundespolitik.

Kleinert: Nun gut, aber bei allem notwendig harten Streit über die Polizeieinsätze in Frankfurt existiert das rot/grüne Bündnis gleichwohl weiter. Zweite Bemerkung: Die Digitalisierung müssen Sie erst einmal in der eigenen Partei durchsetzen, dann reden wir darüber weiter. Und wenn Sie hier davon gesprochen haben, Sie „fürchten“, daß dies alles mit den Grünen nicht zu machen sei... Ich habe den Eindruck, Herr Glotz, Sie fürchten etwas ganz anderes: Sie fürchten, daß im Falle

darin bestehen würde, daß man sich in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik auch mit den Amerikanern würde anlegen müssen. Vor der Konsequenz...

Glotz: Das tun wir ja nun schon so weit, daß der Geißler uns Antiamerikanismus vorwirft!

Kleinert: ...die darin bestehen würde, daß man sich, um dem Ziel Umbau der Industriegesellschaft näher zu kommen, auch mit mächtigen Kapitalinteressen würde anlegen müssen. Ich habe eher den Eindruck, Sie fürchten diese Konsequenz, weniger die Unvereinbarkeiten mit den grünen Vorstellungen dazu. Sie fürchten, daß das, was Ihre eigene Partei zum Teil in der Opposition jetzt beschlossen hat, dann möglicherweise als Regierungsprogramm eingefordert werden könnte, nicht nur von den Grünen, sondern dann hoffentlich auch von Ihren eigenen Wählern.

Glotz: Mir geht es ja nicht um die Große Koalition, mir geht es um eine eigene Mehrheit für die Linke. Und die Frage eben ist, ob

wuselnde Miteinander und Gegeneinander von Roten und Grünen in einer rot/grünen Koalition im Bund. Und dann gibt es eine mittlere Wirtschaftskrise mit drei Millionen Arbeitslosen und dann gibt es pausenlos schwerwiegende Entscheidungen, die getroffen werden müssen, und bei allen wichtigen Punkten berufen die Grünen einen Parteitag ein mit 500 Delegierten, 1000 Zuschauern, Hunden und Kindern, 12 Fernsehanstalten dabei, die dann beobachten, daß Ihr Euch 12 Stunden lang kloppt, mit dem Ergebnis, daß sich die Reformisten einigermaßen durchsetzen und dann immer noch drei evangelische Pastoren in der Bundestagsfrak-

vistischen Kerns dieser Gesellschaft, die das ganze Problem, ob Joschka Fischer Turnschuhe tragen darf oder keine tragen soll, sehr viel ernster nehmen als ich. Ich bitte den Kollegen Kleinert, nicht vergessen zu wollen, daß mein Problem darin liegt, daß 54 % der Facharbeiter in Bayern CSU wählen, und ich bitte auch um Verständnis dafür, daß ich zuerst einmal daran denke, davon einige zur SPD zu gewinnen...

Kleinert: Unbenommen.

Glotz: ...statt daß ich mich nun gleich darauf konzentriere, die postmodernen oder postindustriellen oder postmaterialistischen, denkenden, Abiturienten oder Hochschulabsolventen für die SPD zu gewinnen. Und von daher macht also auf dem Weg zur Mehrheit, selbst wenn er mehrere Stationen umfassen müßte, und nicht 87 schon mit einer eigenen Mehrheit enden würde, ein solches Zwischenspiel mit den Grünen nur geringen Sinn.

Id: Moment, also ich glaub, wir sollten da schon einhaken. Also ich glaub, daß sich die Wertorientierung da schon ein bißchen auch in den Köpfen und Bäuchen in den produktivistischen Kernbereichen verändert, auch bei der SPD. Ich denk mir, daß es nicht das Problem ist, daß die Kapitalisten Angst bekommen, wenn jetzt eine rot/grüne Koalition kommt. Aber die Alternative lautet ja zu diesem möglichen Chaos rot/grün: SPD. Und wo sind dann die Konzepte, die dann das Kapital erschrecken lassen? Es muß jetzt der Nachweis geführt werden, daß die SPD alleine konzeptionell, strategisch stärker ist als in einem Bündnis mit zugegebenermaßen sehr stark gewandelten Grünen. Was sagt jetzt die-

tion übrig bleiben, die sagen: Aber meine Basis ist anderer Meinung und ich kann dem Beschluß dieses Bundesparteitages nicht folgen; und dies dann bei allen möglichen wichtigen Entscheidungen, die unter dem Druck einer vermutlich starken Opposition und einer ökonomischen Krise und unter der Hetze eines wesentlichen Teils der publizistischen Medien in der Bundesrepublik stattfinden. Selbstverständlich...

Kleinert: Jetzt macht der sich wieder lustig über unsere Probleme.

Glotz: Nein, ich finde, das sind ja dann eben auch meine Probleme. Sie sagen manchmal mit einem leicht durch Freundlichkeit gemilderten hämischen Unterton: Der Glotz hat ja nur Angst, daß ihm der eigene Laden auseinanderfällt. Ja, selbstverständlich habe ich die, und selbstverständlich gibt es in meiner Partei eine ganze Reihe, und Gott sei Dank gibt es die, von Kerngruppen des produkti-

eine Zusammenarbeit zwischen den Sozialdemokraten und den Grünen in ihrem heutigen Zustand und im Zustand von 1987, diese Linke stärkt oder schwächt. Nun will ich nochmal in aller Deutlichkeit sagen, was ich bisher immer so etwas vornehm und an Sachpunkten orientiert gesagt habe. Ich stelle mir vor, der deutsche Kapitalismus lehnt sich aus dem Fenster heraus – und der deutsche Kapitalismus ist wirklicher Kapitalismus, dem ist nicht das Kreuz gebrochen worden wie in Schweden und in Österreich, sondern den gibt es noch –, der lehnt aus dem Fenster raus und betrachtet gelassen das

einer rot/grünen Mehrheit und des Zustandekommens eines solchen Bündnisses – wovon ich für einen solchen Fall fest ausgehe, es sei denn, Sie wollen dann in Richtung Große Koalition abmarschieren – ich glaube, daß Sie vor der Konsequenz eines solchen Bündnisses die eigentliche Furcht haben. Vor der Konsequenz, die natürlich



ses Projekt der Moderne, wo ja auch von Sozialdemokraten noch kritisch nachgefragt wird, wo da die entscheidenden konzeptionellen Nachbesserungen zu dem Projekt der 70er Jahre sind.

Glötz: Ich glaube, daß sich das Programm der SPD, auch das Grundsatzprogramm, an dem wir ja zur Zeit arbeiten, schon in den letzten drei Jahren in einigen entscheidenden Punkten gegenüber dem Programm der 70er Jahre geändert hat. Ich halte das ganze ökologische Programm, „Frieden mit der Natur“ von 1982, für den tiefgreifendsten Veränderungsprozeß in der Programmatik der SPD. Ich glaube, daß wir uns in der Orientierung auf Begriffe wie strukturelle Nichtangriffsfähigkeit, auch in der militärstrategischen Diskussion weiterentwickelt haben, wenn auch sehr viel weniger als bei der Ökologie. Sicherlich am weitesten waren wir immer schon in der ganzen außenpolitischen Konzeption. Die zweite Phase der Ostpolitik/Entspannungspolitik schließt in ihrer Theorie relativ nahtlos an die erste Phase an, die von Brandt konzipiert worden war. Also wenn ich mal dieses Beispiel nehme, so glaube ich durchaus, daß das ein Programm ist, das mehrheitsfähig sein kann. Ob wir ihm zur Mehrheitsfähigkeit aktuell verhelfen, ob wir gut genug sind, ob wir überzeugungsfähig genug sind, ist offen. Aber ich halte das für ein Programm, das so überzeugend ist, daß es eine eigene Anziehungskraft entwickelt, daß man nicht nach schwarz oder grün spielen muß, sondern daß man schwach gebundene Randwähler beider Seiten für ein solchen Programm gewinnen kann, wenn man es überzeugend vertritt. Und das muß meiner Meinung nach die Strategie der SPD sein. Es darf überhaupt keine Koalitionsstrategie sein, sondern es muß eine Strategie sein, die auf Inhalte und mit Inhalten argumentierend, einen Kampf um die Köpfe riskiert.

Id: Stimmen Sie mit mir überein, daß diese Inhalte, die Sie eben angetippt haben, mit der Union und der FDP derzeit nicht umsetzbar sind?

Glötz: Ja, da stimme ich Ihnen zu.

Kleinert: Ein linkes und ökologisches Reformprojekt kann sich erst dann an der Wahlarithmetik orientieren, wenn man zuvor geklärt hat, was denn nun

eigentlich die Inhalte eines solchen Projektes sein sollen. Ich sehe für ein solches Projekt mit Blick auf die zweite Hälfte der 80er Jahre vor allen Dingen 5 Bereiche: Der erste Bereich ist das, was unter dem Stichwort „Ökologischer Umbau“ schon genannt worden ist. Wenn wirklich ökologische Wirtschaftspolitik möglich werden soll, dann wird es bestimmte Eingriffe in Teile der industriellen Produktion der Bundesrepublik geben müssen. Dann wird es auch die damit zusammenhängenden Konflikte mit dem Kapital geben. Dann wird es auch zu Teilkonflikten mit den Gewerkschaften kommen in dieser Frage, aus ökologischer Notwendigkeit heraus. Nun sind wir keine Phan-



tasten. Wir wissen auch, daß eine rot/grüne Mehrheit schneller wieder weg wäre als sie installiert werden konnte, wenn man innerhalb von einem Jahr eine Million Arbeitslose mehr hat. Diesem Problem hat sich natürlich eine ökologische Wirtschaftspolitik zu stellen. Von daher kann ich nur nochmal sagen: Ich sehe hier den Antagonismus nicht, aber Frage ist, ob die Bereitschaft besteht, sich in einen solchen konfliktreichen Prozeß mit unternehmerischen Interessen zu begeben. Und da zweifle ich, daß die SPD diese Bereitschaft hat. Punkt 2: Friedenspolitik, Außen- und Sicherheitspolitik. Auch da, glaube ich, muß die Substanz eines solchen Reformprojektes darin bestehen, daß das Ziel ins Auge gefaßt werden muß, auch kurz- und mittelfristig eine deutliche Reduzierung der atomaren, aber auch der konventionellen Rüstungspotentiale zu erreichen, und schließlich auch außenpolitische Initiativen, die geeignet sind, Blockkonfrontationen abzu-

bauen. Schritte in dieser Richtung sind notwendig: Atom- und chemiewaffenfreie Zonen...

Id: Das sind doch alles authentische Vorstellungen der Jusos und zum Teil auch der SPD?

Kleinert: Wenn das wirklich SPD-Positionen sein sollten, umso besser. Das zentrale Problem aber wird doch sein, ob die SPD tatsächlich bereit sein wird, zu sagen: Wir werden diese Raketen hier abziehen, wir werden dafür sorgen, daß diese Raketen hier aus der Bundesrepublik wieder verschwinden, und wir werden uns auch auf diesen Konflikt mit Herrn Shultz und Herrn Reagan oder wer immer dann da bestimmend sein wird, einlassen. Wir werden diesen Konflikt auch mit aller Kon-

sequenz annehmen. Das ist doch das zentrale Problem.

Id: Ich meine, das kann natürlich auch eine Funktion sein, im Friedensbereich das einzutreiben, was die SPD auf ihren Parteitagen beschlossen hat. Ist das die Funktion der Grünen?

Kleinert: Ich war noch nicht fertig mit den 5 Punkten. Also wenn das das Problem wäre, daß wir hier nur Forderungen der Sozialdemokraten vertreten würden, dann bräuchten wir diese ganze Diskussion gar nicht zu führen. Aber ich zweifle einfach daran, daß die SPD als Regierungspartei die Forderung „Abzug der Mittelstreckenraketen“ überhaupt wirklich ernst nehmen würde, daß ein Kanzler Rau tatsächlich in seinem Regierungsprogramm erklären würde, diese Raketen werden abgezogen. Jedenfalls dann, wenn es die Grünen nicht gäbe. Ich habe da meine Zweifel und insofern bin ich da nach meiner Meinung ein größerer Realist als manche, die SPD-Mitgliedsbücher tragen. Ich würde es als einen großen

Fortschritt betrachten, als einen ganz großen politischen Erfolg, wenn diese Forderung tatsächlich von einer anderen Bundesregierung umgesetzt würde. Die Sozialpolitik, da wurde auch vorhin wieder versucht, eine Interpretation anzubringen, nach der nicht ganz klar sein würde, wo die Grünen eigentlich stehen. Der Herr Rau hat doch gesagt, wir können das nicht alles rückgängig machen. Das kann man sehr wohl rückgängig machen. Wir haben auch Finanzierungsvorschläge dafür. Auch an diesem Punkt wird man dann sehen, wieweit die Sozialdemokratie tatsächlich die Interessen ihres traditionellen Klientels noch vertritt oder ob es selbst da der Grünen bedarf, um wirklich einen Kurswechsel in der Sozialpolitik durchzusetzen. Vierter Punkt Demokratie und Recht habe ich schon genannt. Was sich gegenwärtig abspielt, ist ja offenbar so etwas wie der Versuch des rechten Durchmarsches in der Innen- und Rechtspolitik. Mit den neuen Sicherheitsgesetzen droht tatsächlich so etwas wie der Überwachungsstaat. Hier haben wir, glaube ich, eine ganz wesentliche Funktion, und auch da habe ich Skepsis, wie die Position der SPD dann aussehen wird, denn die SPD war ja die stärkere Regierungspartei, als in den 70er Jahren die bekannten Gesetze verabschiedet wurden. Letzter Punkt, ganz wichtig: Frauenpolitik. Da zeigt ja nun die gegenwärtige Auseinandersetzung innerhalb der SPD, daß man da außer ein paar verbalen Girlanden offensichtlich nichts zu Wege bringt. Auch das wird ein zentraler Komplex sein, über den sich die Substanz eines solchen Reformprojektes definieren müßte. Um das zum Abschluß zu bringen: Ich glaube, daß das zentrale Problem weniger darin liegt, ob die Grünen sich rechtzeitig zusammenraufen können, um im Falle einer arithmetischen Mehrheit von Rot/Grün ihren Beitrag dazu zu leisten, daß die Regierung Kohl gestürzt werden kann. Die Grünen werden diese Kraft haben. Das große Problem wird sein, ob die Sozialdemokratie wirklich die Kraft und die Bereitschaft hat, sich auf so etwas einzulassen, oder ob die Sozialdemokratie letzten Endes, das wäre dann allerdings fahrlässig, die Chance verpassen wird, ein linkes Projekt in der Bundesrepublik mehrheitsfähig zu machen.

Handlanger

„Die Staatsanwaltschaften sind nicht Handlanger politischer Gruppierungen; sie sind von Gesetzes wegen zu strikter Objektivität verpflichtete Organe der Strafrechtspflege. Als solche haben sie Anspruch darauf, daß jeder Versuch Außenstehender, auf ein schwebendes Ermittlungsverfahren Einfluß zu nehmen, vermieden wird.“ Auszug aus einer Stellungnahme des Deutschen Richterbundes zu den Versuchen, auf das Ermittlungsverfahren gegen Kohl Einfluß zu nehmen.

Entschuldigung

Regierungssprecher Friedhelm Ost hat seine Kritik am ehemaligen Verfassungsgerichtspräsidenten Professor Benda zurückgenommen. Der Ökonom hatte des Juristen „Glaubwürdigkeit“ angezweifelt. Und warum das? Weil Benda 1967 als Staatssekretär im Innenministerium die § 116-Problematik anders gesehen hat als 1986 in seiner Eigenschaft als Ex-Verfassungsrichter.

Prügelknabe

Vom Schuldienst suspendiert wurde eine Frankfurter Musiklehrerin. Weil sie sich von einem 9jährigen Türken im Unterricht gestört fühlte, mußte der sich mit verbundenen Augen auf eine Bank legen, und dann forderte sie Mitschüler auf, ihn auf den Hintern zu schlagen. Immerhin: nicht alle Schüler übten Gehorsam!

Affären

Die Affären dieser Tage haben miteinander zu tun: Die „Neue Heimat“ hat zu Zeiten, als sie noch nicht pleite war, auch die Parteien geschmiert: Die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD-nahe) soll 360.000 DM bekommen haben, die CDU erheblich weniger.

Verkauf

In Hamburg hat die Neue Heimat Mietwohnungen an eine Versicherungsgesellschaft verkauft, ohne die betroffenen Mieter darüber zu informieren. Die erfuhren es erst ein gutes Jahr später aufgrund einer gepfefferten Mieterhöhung.

Verdienst

Wieder einmal wurde das Bundesverdienstkreuz unverdient vergeben: nach Dieter Thomas Heck bekam es jetzt Josef von Ferenczy, Medienmanager, der für viel Geld Menschen aus Politik und Showbusiness zusammenbringt und derlei für illustrierte Blätter vermarktet. Wenn er pfeift, kommen alle, auf daß sie gesehen und abgelichtet werden. Oft gesehen wurden z.B. Hans-Dietrich Genscher, Günter Verheugen und Peter Glotz.

Hosenlatz

„Hände weg vom Hosenlatz der Kinder“ – auf diesem Niveau wird die Auseinandersetzung um das Sexualstraftrecht geführt. Die Parole gab Justiz-Staatssekretär Benno Erhard (CDU) in der Bild-Zeitung aus, um sich damit gegen Überlegungen sozialdemokratischer Juristen zu wenden, denen zufolge homo- und heterosexuelle Kontakte mit 14jährigen nicht mehr bestraft werden sollten. Auch in der SPD hat die Tabuverletzung Entsetzenschreie ausgelöst.

Verschleppung

Ein Gericht mußte bemüht werden, um eine Selbstverständlichkeit in Erinnerung zu rufen: daß es gesetzwidrig ist, wenn die Polizei Menschen in Randgebiete von Ballungszentren „verbringt“ und dort aussetzt, seien es Stadstreicher oder Demonstranten. In Bremen waren es gleich 150 Demonstranten, die in ein 11 km entferntes Dorf verfrachtet worden waren. Selbst wenn diese Aktion der Polizei die Arbeit erleichtert hat und wenn niemand ernsthaft Schaden genommen hat, so stellte das Bremer Verwaltungsgericht jetzt erfreulicherweise fest: für einen solchen „schwerwiegenden Eingriff“ gibt es keine gesetzliche Grundlage.

Von Tag zu Tag

Anmerkungen zum Fortschritt und Rückschritt unserer Republik

von Volker Hummel

Pressefreiheit

Es bleibt dabei, hat das Bundesverfassungsgericht entschieden: laut § 353 d des Strafgesetzbuches darf vor Gerichtsverhandlungen aus amtlichen Schriftstücken nicht wörtlich zitiert werden. Nicht-wörtlich darf aber indiskretioniert werden. Der Presserat sieht im bestätigten Paragraphen eine „unnötige Einengung der Pressefreiheit“.

Beschränkt

Im Saarland sind die Nebeneinkünfte des Ministerpräsidenten und der Minister beschränkt worden. Ab Mai müssen sie an die Staatskasse abführen, was den Betrag von 10.800 Mark jährlich übersteigt. Bisher hatten der Ministerpräsident und die Minister das Recht auf Nebeneinkünfte in Form von Vorstands- oder Aufsichtsratsentschädigungen bei Unternehmen von bis zu 25.000 Mark im Jahr.

Adresse

Die rheinland-pfälzische Datenschutzkommission hat moniert, daß in einem Adreßbuch einer Stadt unter der Anschrift „Justizvollzugsanstalt“ die Namen mehrerer inhaftierter Strafgefangener aufgelistet wurden. Solche „sensiblen Daten“ dürfen nicht im Adreßbuch stehen.

Ermittlung

Die Koblenzer Staatsanwaltschaft eröffnet offiziell das Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Helmut Kohl. Das Verfahren soll klären, ob Kohl sich in einem Untersuchungsausschuß des rheinland-pfälzischen Landtags im Zusammenhang mit der Parteipendenafläre einer uneidlichen Falschaussage schuldig gemacht hat. Die Koblenzer Ermittlungen gehen auf eine Strafanzeige des GRÜNEN-Abgeordneten Otto Schily zurück, in der Kohl vorgeworfen wird, der habe wahrheitswidrig abgestritten, die eigentliche Funktion der „Staatsbürgerlichen Vereinigung Köln/Koblenz“ als „Parteipendenwaschanlage“ gekannt zu haben.

Dumpf

Keine Einigkeit im Bundestag, ob die jüngsten antisemitischen Äußerungen (Fellner, Bürgermeister Spee) Indiz sind für eine wachsende antijüdische Stimmung in der Bundesrepublik oder bedauerliche „vereinzelte Fehlleistungen“. Nicht zuletzt der Kanzler Kohl hat durch seine Äußerung von der „Gnade der späten Geburt“ zur Ausbreitung dieses dumpfen Klimas beigetragen. Erschreckend auch, etwa im Spiegel zu lesen, wie die neuen Hetzer „an der Basis“ gefeiert werden.

Polizeikosten

Die Polizei darf nur dann Gebühren für Zwangsmaßnahmen nach dem Polizeikostengesetz verlangen, wenn der Einsatz nicht zugleich zur Verfolgung von Straftaten geschieht, urteilte der Bayrische Verwaltungsgerichtshof. Wer etwa bei Sitzblockaden abtransportiert wird und wegen Hausfriedensbruch oder Nötigung zur Kasse gebeten wird, der muß nicht auch noch die Polizei bezahlen.

Mannomann

Die Reden beim Parteitag der hessischen SPD hätten einem Feministinnen-Kongreß gut angestanden. Doch nach den Wahlen sah es ganz anders aus, oder besser gesagt: so wie immer. Börner ist immer noch männlich, und der Versuch, bei den 11 Beisitzern wenigstens eine weitere Frau unterzubringen, scheiterte kläglich. Es bleibt in Hessens SPD bei der einen Alibi-Frau.

Blackout

Zum politischen Wort des Jahres könnte Heiner Geißlers TV-Formulierung werden, bei seiner Aussage vor dem rheinland-pfälzischen Parteipenden-Untersuchungsausschuß habe der CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler Helmut Kohl vielleicht einen „Blackout“ gehabt. Womöglich ist das die erfolgreichste Formulierung aus Geißlers Totschlag-Wortschöpfungs-Werkstatt.

William Borms Position zur Deutschen Frage

Von Ralf Bartz, Bundesvorsitzender der Liberalen Demokraten

Ich möchte Ihnen das vortragen, was ich als roten Faden in William Borms Äußerungen zur Deutschen Frage sehe.

Borms Gedanken und Positionen zur Deutschen Frage haben zwei Bezugspunkte: den Frieden und Europa.

Lassen Sie mich mit Europa beginnen.

Umgangssprachlich ist Europa heute auf Westeuropa reduziert. Borm betont immer wieder, daß Europa vom Atlantik bis zum Ural reicht. Durch dieses Europa geht die Grenze zwischen dem Westblock und dem Ostblock.

Im Ostblock herrscht der Kommunismus. Nun warnt Borm vor dem bei uns besonders von konservativer Seite immer wieder geschürten, vulgären, prinzipiellen Antikommunismus. Es ist sicherlich unmittelbar einleuchtend, daß die Spaltung so lange nicht beseitigt werden kann, wie die ideologische Bedrohung der anderen Seite anhält. Diese politisch instrumentelle Betrachtung beschreibt Borms Position jedoch nur unzureichend. Die Ablehnung des vulgären, prinzipiellen Antikommunismus ist auch in anderem Zusammenhang zu finden. Sie ist Ergebnis einer liberalen Geisteshaltung. Wie tragend und konsistent diese Geisteshaltung ist, mag der Hinweis erläutern, daß es ja Kommunisten waren, die ihn für 9 Jahre im Zuchthaus fest hielten.

Diese Art von prinzipiellem Antikommunismus, die heute einer vernunftbegleiteten Diskussion über Deutschland und Europa so sehr im Wege steht, ist nicht neu und auch nicht einmalig. In den USA hat ein Herr McCarthy es auf die Spitze getrieben und die Intellektuellen einer großen Nation tief verunsichert.

Bei uns hat der Antikommunismus sicherlich seine schlimmste Ausprägung in Hitlers Antibolschewismus erfahren. Doch er hat ganz ohne Frage die Nazizeit überlebt. Eine zusätzliche Komponente war die Furcht im Nachkriegsdeutschland vor einer russischen Vergeltung für die entsetzlichen Greueltaten der Deutschen im besetzten Rußland.

Mit dem Radikalenerlaß haben der Bundeskanzler – das war 1972 Willy Brandt – und die Ministerpräsidenten keinen Beitrag geleistet, der geeignet gewesen wäre, den herrschenden West-Ost-Antagonismus abzubauen.

Auch daß wir immer noch den 17. Juni 1953 als einzigen nationalen Feiertag begehen, trägt nicht zum Abbau der Spannungen bei. Dieses Datum ist vielmehr Gelegenheit, den Graben zu vertiefen, was einige Redner alljährlich auch mit Vorsatz tun.

Es gibt praktische Gründe, dem vulgären Antikommunismus abzuschwören, und es gibt die liberale Geisteshaltung, die sich mit ideologischen Positionen anderer argumentativ auseinandersetzt.



Ein erstes Fazit: Wir müssen einen Anfang machen, indem wir alles unterlassen, was den Ost-West-Antagonismus verschärft. Zuerst müssen wir mit dem vulgären, prinzipiellen Antikommunismus aufhören.

Wir müssen aber noch mehr leisten, um von einem Ost-West-Gegeneinander über die Stufe des Nebeneinanders zu einem Miteinander zu kommen.

Dazu ist ein Blick auf die westeuropäische Entwicklung hilfreich. Adenauers und de Gaulles großartige Leistung ist auch, daß der Erzfeind – aus unserer Sicht der Franzose – heute unbekannt ist. Die Unbefangenheit des Umgangs von Deutschen und Franzosen ist nicht nur im Umgang der politischen Spitzen, sondern wirklich für die Völker entwickelt worden.

Wieviel leichter müßte es sein, daß Deutsche in West und Ost unbefangen miteinander umgehen. Die Einrede, daß hier eben Demokratie und Kommunismus oder vielleicht korrekter Kapitalismus und Sozialismus sich gegenüberstehen, deckt eine besondere Komponente der deutschen staatlichen Entwicklung auf: Weder die Westdeutschen noch die Ostdeutschen haben die Staatsform, in der sie heute leben, selbst bestimmt. Deswegen gibt es für die Westdeutschen überhaupt keinen Anlaß zur Arroganz.

Borm kann das Miteinander trotz der Unterschiede in der Staatsform so unbefangen fordern, weil niemand ihn verdächtigen kann, sein republikanischer Ansatz sei nicht stabil.

Ein weiterer Blick auf die westeuropäische Entwicklung soll zeigen, daß die Kategorie des Nationalstaates in der Diskussion über die deutsche Einheit schon heute nicht mehr brauchbar ist. Ein politisch geeintes Europa, dessen Sinnhaftigkeit von keiner politischen Strömung in der Bundesrepublik bestritten wird, soll ja gerade das Europa der Nationalstaaten überwinden. Je mehr wir uns in ein geeintes Europa begeben, umso mehr verzichten wir auf der deutschen Nationalstaat.

Wir wären gegenüber den westeuropäischen Nachbarn wenig glaubwürdig, wenn wir mit der einen Hand ein politisch geeintes Europa, mit der anderen Hand die Restauration des deutschen Nationalstaates betrieben.

Dennoch geistert das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 immer noch durch die bundesdeutsche Politik. Der Anlaß für dieses Seminar war ein Streitgespräch, denn ein Friedensvertrag, der den zweiten Weltkrieg förmlich beenden würde, angestrebt werden soll. Den Weltkrieg angefa-

gen hat das Deutsche Reich von 1937. Kapitulierte hat 1945 am 8. Mai die Deutsche Wehrmacht. Hier beziehen die Anhänger des fortgeltenden Deutschen Reiches von 1937 ihre Rechtsposition.

Borm sagt schlicht und einfach: „Das Deutsche Reich ist tot. Es ruhe in Frieden. Es ist auf den Schlachtfeldern Frankreichs unter Bismarck gewonnen, es ist auf den Schlachtfeldern des zweiten Weltkrieges als Folge der deutschen Aggression endgültig verloren worden.“

Dann fügt er hinzu: „Wir müssen eine neue Zukunft bauen.“

Lassen Sie mich hier Zwischenstation machen:

1. kein prinzipieller Antikommunismus
2. kein Nationalstaatsdenken
3. das Deutsche Reich ist tot.

Die Bezugspunkte Frieden und Europa sind, an diesen drei Aussagen sichtbar, nicht zu trennen. Es ist zwar nicht sein Ausdruck, aber man kann schon ein Gebot zur Friedfertigkeit benennen, das für Borm alle Voraussetzung ist, die nationale Einheit zu erhalten und die staatliche Einheit anzustreben. In seiner Leipziger Rede aus Anlaß der Verleihung der Ehrendoktorwürde verwendet Borm den Begriff „des Lebens im gemeinsamen Haus“.

Ein großes, mutiges Engagement zeigt William Borm in der Friedensbewegung, bis hin zur Sitzblockade in Mutlangen – immerhin war er da schon 88. Für Borm ist die Abschaffung der atomaren Vernichtungspotentiale in Ost und West notwendige Voraussetzung für ein größeres geeintes Europa, in das ein geeintes Deutschland sich einbetten kann.

Nochmal zu seiner Leipziger Rede: Wir Deutschen können heute in beide Weltlagern dem Frieden dienen.

Die Westdeutschen dienen dem Frieden nicht, wenn sie die Nachrüstung zulassen, wenn westdeutsche Unternehmen und Forschungsinstitute ihren Beitrag zum SDI leisten.

Ich weiß nicht, ob Borm richtig liegt, wenn er den Overkill aus der atomaren Bewaffnung benennt, daß diese Massenvernichtungsmittel 14mal alles Leben auf der Erde auslöschen können. Der Kongreß 'Ärzte für den Frieden' (deren Nobelpreis in Deutschland viel weniger beachtet wurde als der des Physikers) schätzt den Overkill auf die Fähigkeit, das Leben auf der Erde 25mal auszulöschen. Doch eines sagt Borm mit zwingender Logik: die Vorlage von 50 % für die Genfer Verhandlungen heißt dann immer noch, daß die Atommächte alles Leben 7mal vernichten können.

Borm hat die Gelegenheit, in Leipzig zu reden, mutig und deutlich benutzt, dort die Verantwortung der Deutschen für den Frieden zu benennen. Er hat die Politiker der DDR an ihre Selbstverpflichtung erinnert, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf. Dann hat er sie ermahnt, daß das nicht nur den Griff zu den Waffen verbietet, sondern zu einer Politik verpflichtet, die sich vorzüglich an der Sicherung des Friedens orientiert.

Hier muß ich wieder eine Zwischenstation machen und als weitere Position festhalten: 4. BRD und DDR, beide Staaten, haben eine besondere Verpflichtung zur Friedenssicherung.

Ich muß jetzt noch einmal auf Europa zurückkommen. Borm warnt ausdrücklich vor deutsch-deutschen Träumereien. Noch weiter, er warnt vor einer Politik, die jetzt auf die Erlangung der staatlichen Einheit Deutschlands zielt. Er verpflichtet beide deutsche Staaten, auf eine europäische Gesamtkonstellation konstruktiv und friedenssichernd hinzuwirken, die eine Einheit Deutschlands erlaubt.

Ein sehr dauerhafter Begriff westdeutscher Politik ist die Wiedervereinigung. Borm hat diesen Begriff analysiert und, wie immer er beleuchtet wird, es sind immer Varianten einer Anschlußtheorie, die erfolglos bleiben wird. Borm bekennt sich zum Ziel der staatlichen Einheit Deutschlands, aber nur als Neuvereinigung. Die volle Anerkennung der Zweistaatlichkeit ist für ihn die zwingende Voraussetzung für die historische Öffnung zu diesem Ziel. Er ist sehr offen, welche staatsrechtliche Form diese Neuvereinigung haben mag. Er macht darauf aufmerksam, daß die staatliche Wiederherstellung von Gesamtdeutschland nicht als Nationalstaat gelingen kann, weil das für unsere Nachbarn ein unkalkulierbares und damit auch eher untragbares Risiko bedeutet. Lassen Sie mich als letztes festhalten:

5. Neuvereinigung nur im geeinten Europa. Die Botschaft von William Borm mag Ihnen utopisch erscheinen. Ich bin auch nicht sicher, daß die Geschichte diesen Weg nehmen wird. Die denkbaren Alternativen sind jedoch fürchterlich. Mir macht William Borm Mut für mein politisches Engagement. Ein geeintes Deutschland sehe auch ich nur in einem geeinten Europa in einer abgerüsteten Welt.

Die Entökonomisierung der Gesellschaft

Seit geraumer Zeit ist in die Arbeitsmarkt-, Arbeitszeit- und Sozialpolitik Bewegung gekommen. Und es sieht so aus, als ginge diese sehr eindeutig in nur eine Richtung: Abbau der erkämpften Sicherungen und Positionen, Flexibilisierung auf Kosten der Lohnabhängigen und der sozial Schwachen, Demontage des Systems sozialer Sicherung und der Weg in die Zwei-Drittel-Gesellschaft. Damit wäre dann auch schon geklärt, wer für diese Entwicklung verantwortlich ist: die Regierung der „Wende“ im Bündnis mit der großen Industrie.

Zweifelloso gibt es in Industrie und Politik außerordentlich einflußreiche Gruppierungen, die eine Veränderung der politischen und sozialen Landschaft der Bundesrepublik in dieser Richtung fördern und betreiben. Dennoch bin ich der Meinung, daß es

Von Thomas Schmid

Thomas Schmid Der Verfasser ist Lektor beim Wagenbach-Verlag, Berlin und gehört zu den Wortführern der Ökolibertären bei den GRÜNEN.

viel zu einfach wäre, in den gegenwärtig politisch und wirtschaftlich bestimmenden Kräften die alleinigen Verantwortlichen für die Diffusion von Arbeits- und Sozialpolitik zu sehen. Wer so argumentiert, verwechselt Ursache mit Wirkung und läuft Gefahr, einer sozialen Sicherungspolitik das Wort zu reden, die sich in der Negation der derzeiti-

gen Politik erschöpft und die vor allem an der Vergangenheit orientiert ist. Um es vorwegzunehmen: was heute im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik geschieht, ist nur die reaktionäre oder dem Sozialen gegenüber gleichgültige Ausformung einer sehr viel grundsätzlicheren gesellschaftlichen Tendenz, die nicht mehr umzukehren ist (und die – gerade auch aus einem emanzipatorischen Interesse heraus – auch gar nicht gebremst werden sollte). Nur wenn es gelingt, dieser Tendenz eine andere politische und gesellschaftliche Gestalt zu geben, wird sich eine erfolversprechende Alternative zur Regierung der „Wende“ abzeichnen können.

In linker oder fortschrittlicher Perspektive gelten heute nicht selten alle Errungenschaften der Arbeiterbewegung bzw. der

Gewerkschaften und alle Erfolge des politischen Kampfes um ökonomische und soziale Sicherung als per se verteidigungswert: schon weil sie angegriffen werden, müssen sie verteidigt werden. Dabei wird die Doppelgesichtigkeit dieser Errungenschaften, dieses Fortschritts übersehen: er brachte soziale und vor allem ökonomische Sicherheit in einem zuvor nicht vorstellbaren Ausmaße – aber auch Entmündigung, Uniformität, Zentralismus und Verstaatlichung. Ich spreche von dem, was *Ralf Dahrendorf* zu Recht das „sozialdemokratische Jahrhundert“ nennt. Es war geprägt von dem Kampf der lohnabhängigen Schichten und ihrer Organisationen um Partizipation am industriellen System und seinen Segnungen.

Industrialismus – der lange Pakt zwischen Arbeit und Kapital

Obgleich es zu Beginn der Arbeiterbewegung durchaus auch andere Bestrebungen gab, setzte sich in ihr bald der im industrialistischen Sinn fortschrittsorientierte Flügel durch. Es war eine in der Arbeiterbewegung weitverbreitete Überzeugung, daß überkommene Formen des Arbeitens und Lebens auf dem Weg in die lichte Zukunft verschwinden müssen, daß Technik und Industrie – die nie Gegenstand der Kritik waren – von ihren falschen, d.h. privatwirtschaftlichen Formen befreit werden müßten und daß dann die Segnungen des Industrialismus auf die gesamte Menschheit niedergehen würden. In diesem Sinne verhielten sich Kapital und Arbeit gerade **nicht** antagonistisch zueinander: sie ergänzten sich vielmehr, sie gingen vom gleichen Entwicklungsmodell aus. Die Frage nach einem **anderen** Fortschritt war in der Arbeiterbewegung so gut wie nie Thema gewesen. Aller antikapitalistischen Umsturzrhetorik zum Trotz kam es sehr bald zu einer Art Bündnis zwischen Kapital und Arbeit, beide Seiten waren aufeinander angewiesen, jede Seite war im Bündnis stärker als ohne es. In der Manchesterform hätte der Kapitalismus keine Chance zu einem Siegeszug gehabt, er wäre als gesellschaftsprägende Kraft am Widerstand von unten gescheitert. Erst indem er die Arbeiterbewegung gewissermaßen in sein Projekt mit hinein nahm, gewann er die Durchschlagskraft, deren Ergebnisse wir heute mit sehr geteilter Freude betrachten. Der Kapitalismus hat die Arbeiterklasse nicht integriert – Kapital und Arbeit haben vielmehr **gemeinsam** den Industrialismus hervorgebracht. Beide sind – wenn auch ungleichgewichtig – Nutznießer dieses Systems und beide sind – wenn auch ungleichgewichtig – verantwortlich für die Folgen. Es ist daher wenig überzeugend, wenn heute in der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Kritik z.B. an Sozialkürzungen so getan wird, als ginge es hier um den Kampf der immer gleichen Ausbeuter gegen die immer gleichen Entrechteten und Ausgebeuteten. Niemand ist aus dem langen Pakt zwischen Arbeit und Kapital „unschuldig“ hervorgegangen. Es gehört auch zu den Folgen des sozialdemokratischen Jahrhunderts, daß die Gesellschaft weithin zur Arbeitsgesell-

schaft wurde. Die Arbeit entwickelte sich zur tragenden Säule der Gesellschaft und alle anderen Formen von Tätigkeiten wurden entsprechend abgewertet und an den Rand gedrängt. Die Arbeit selbst erfuhr – vor allem im Bereich der Massenproduktion – eine Dequalifizierung und Uniformierung; letztere erfaßte auch die Regelungen der Arbeitszeit: immer ging es um einheitliche, für möglichst viele Beschäftigte gültige Regelungen, die wenig Spielraum für Abweichungen und individuelle Wege lassen. Diese Uniformität ist die Kehrseite des Kollektivismus der Arbeiterbewegung. Die Industriegesellschaft hat ein starres Arbeitszeitregiment hervorgebracht und die Vielfalt individueller Wünsche zumindest nicht gefördert. Und nirgendwo wird die Verkehrung von Ziel und Mittel deutlicher als in dem Glauben, Vollbeschäftigung sei ein Wert an sich.

Umbau der Industriegesellschaft sozial gestalten

Es scheint heute, als wäre die erste Phase der Industrialisierung, die Phase der expansiven Industrialisierung, in der sich die Ökonomie zur Herrscherin über die Gesellschaft aufschwung, allmählich abgeschlossen. Selbst im Management wird das zur Kenntnis genommen. Die ökologisch verheerenden Folgen einer aggressiven Industrialisierungspolitik sind heute sichtbar, und es ist wahrscheinlich, daß auch die Industrie dem in absehbarer Zeit in der einen oder anderen Form Rechnung tragen wird. Der Umbau der Industriegesellschaft ist eine reale Tendenz. Es kann nicht darum gehen, ihn im Interesse der Erhaltung des überkommenen sozialen und arbeitsmarktpolitischen Regelungssystems zu stoppen: es geht vielmehr darum, in ihn einzugreifen und dabei sozial ungerechte Lösungen zu verhindern.

Die Gewerkschaften, die heute meistens den Status quo verteidigen, vertreten die Meinung, eine flexible Arbeits- und Sozialpolitik würde von den abhängig Beschäftigten nicht gewünscht: diesen wäre vielmehr am Erhalt und am Ausbau des bestehenden Systems gelegen. Dem ist jedoch keineswegs so. Zahlreiche Untersuchungen zu dem, was Wertewandel genannt wird, haben in den letzten Jahren gezeigt, daß es eindeutig eine Verschiebung in Wünschen und Präferenzen gibt. Es gibt den Wunsch nach mehr Wahlmöglichkeiten, nach größerer individueller Autonomie bei der Gestaltung von Lebensentwürfen und nach einem lockeren Verhältnis zur Arbeit. Das sind vorerst sicher nur Wünsche und es sind auch keine eindeutigen Tendenzen – schon deswegen nicht, weil es keine Organisationen oder gesellschaftlichen Kräfte gibt, die diese Wünsche fördern und zu einem politischen Entwurf bündeln würden. Dennoch scheint es mir klar, daß eine emanzipatorische Arbeits- und Sozialpolitik gegen diese Wünsche nicht möglich sein wird. Wenn man nur die bestehenden Sicherungssysteme verteidigt, macht man es gerade jenen leicht, die eine Politik der generellen Flexibilisierung auf Kosten der abhängig Beschäftigten betreiben.

Bausteine einer neuen Arbeitspolitik

Eine neue Arbeits- und Sozialpolitik darf sich nicht als Bollwerk gegen Tendenzen zur Diffusion der Arbeitsgesellschaft begreifen. Sie muß, im Gegenteil, den Mut haben, aus diesen Tendenzen die Umriss einer politischen Konzeption herauszulesen, die das sozialdemokratische Jahrhundert hinter sich läßt. Mindesteinkommen, Flexibilisierung der Arbeitszeiten im Interesse der abhängig Beschäftigten, Requalifizierung der Arbeit, Dezentralisierung von Produktion, Aufwertung der Nichterwerbsarbeit, Förderung einer technologisch hochentwickelten handwerklichen Produktion: das wären einige vorläufige Bausteine zu dieser Konzeption, die das Experiment wagt, die Gesellschaft auf eine umsichtige und sozial aufmerksame Weise zu entökonomisieren.

Gewiß, es gibt auch eine rechte Variante dieses Programms. Auf besonders törichte Weise wird sie z.B. von einigen Möchtegernzampanos in der F.D.P., allen voran Martin Bangemann und Helmut Haussmann, propagiert. Doch man täusche sich nicht: der Weg zurück ins Manchesterzeitalter steht nicht zur Debatte. Der Sozialstaat und das Sozialangebot sind heute Realitäten, die im Prinzip nicht mehr revidierbar sind. Realistischer ist die Perspektive einer Segmentierung der Gesellschaft in einen arbeitenden und besitzenden Kern und eine Peripherie, die von Arbeitslosigkeit, unsicheren Arbeitsverhältnissen und relativem sozialen Elend geprägt ist. Nur muß man auch sehen, daß **beide** Großstrategien, die heute angeboten werden, zu dieser Tendenz zur Zwei-Drittel-Gesellschaft beitragen. Die gegenwärtigen Regierungsparteien nehmen sie zumindest billigend in Kauf (doch sind Alternativen vorstellbar: die Vorschläge, die Kurt Biedenkopf in seinem Buch „Die neue Sicht der Dinge“ gemacht hat, liegen keineswegs auf dem Kurs der bornierten Industriepolitik). Aber auch die sozialdemokratische Konzeption (die – radikalisiert – auch von vielen Grünen vertreten wird) weist hier keine Alternative: sie hält am Vollbeschäftigungsangebot und damit an der traditionell harschen Trennung zwischen Arbeit und allem anderen fest. Vollbeschäftigung wird aber in Zukunft, wenn überhaupt, nur bei ökologisch katastrophalen Wachstumsraten möglich sein. Da das äußerst unwahrscheinlich ist, wird auch das sozialdemokratische Modell auf eine gesellschaftliche Spaltung hinauslaufen: zwischen dem Kern der Arbeitsgesellschaft und dem stigmatisierten Rest.

Die Abkehr vom Vollbeschäftigungsangebot ist sicher ein Wagnis. Unterbliebe es aber, dann würde ein gesellschaftliches Gefüge weitertradiert, daß aus der industriellen Vergangenheit kommt und gegenwärtige Probleme nicht mehr verarbeiten kann. Nur eine Politik, die die Bindung des Einzelnen an die Erwerbsarbeit lockert, kann zu einer ökologisch verantwortlichen, freien und auch sozialen Gesellschaft beitragen.

Die Weltwirtschaftskrise, von der alle Staaten mehr oder weniger stark betroffen sind, dauert nun schon über zehn Jahre an. Ausgelöst wurde sie durch den Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods im Gefolge des Vietnam-Kriegs und der ersten Ölpreisexplosion 1973/74. Wir stehen heute – 1986 – keineswegs am Ende dieser Krise. In keinem Land. Die grundlegenden, strukturellen Ursachen der Krise währen fort. Die konjunkturzyklischen Entwicklungen überlagern die Struktur- und Anpassungskrise, beseitigen aber nicht ihre Ursachen. Es ist deshalb eine Illusion, auf die Selbstreinigungskräfte einer ungehinderten freien Marktwirtschaft zu hoffen. Krisen wie die von heute werden durch Anstöße von außen überwunden. Dies galt für die Krisen am Ende des 19. Jahrhunderts ebenso wie für die der 30er Jahre, und es gilt für die Krise von heute.

Jedem Konzept zur Überwindung der Wirtschaftskrise muß eine Ursachenanalyse vorangehen, wobei ich in 11 Thesen internationale und nationale, hausgemachte Ursachen unterscheiden möchte.

Internationale Krisenursachen

1. Die Märkte für Waren, Dienstleistungen, Technologie, Investitions- und Finanzkapital haben sich immer mehr international verflochten, die Abhängigkeit zwischen den Volkswirtschaften ist verstärkt worden, der Handlungsspielraum für nationale Wirtschaftspolitik wurde dadurch eingeengt. Gleichzeitig sind aber die früheren weltwirtschaftlichen Ordnungssysteme verfallen, die für ein Mindestmaß an Koordination der nationalen Politiken, und damit für eine Eingrenzung außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte sorgten. **In den vergangenen 15 Jahren ist es uns nicht gelungen, die entstandenen Ungleichgewichte durch eine internationale Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik zu verhindern.** Deshalb sprechen wir in unserem Programmentwurf davon, daß die kapitalistische Welt auf der internationalen Ebene in eine „Anarchie“ zurückgefallen ist, die das Recht des Stärksten begünstigt.
2. Die Weltmacht Konkurrenz der beiden Supermächte dauert nicht nur in voller Schärfe an, sie wird auch mehr und mehr auf die Dritte Welt übertragen und hat zu einer gewaltigen **Steigerung der Rüstungsausgaben** geführt. Jedes Jahr werden etwa 1000 Milliarden US-Dollar für die Rüstung ausgegeben. Diese Summe fehlt für notwendige Investitionen in den Industrieländern, sie fehlt vor allem in den Ländern der Dritten Welt. Gerade hier hat sich die ökonomische Lage in den letzten Jahren deutlich verschlechtert: Die Not in Asien, Afrika und Lateinamerika, die weltweite Beschäftigungskrise, die Instabilität der Währungsbeziehungen und die Verschuldung vieler Länder der Dritten Welt bergen einen gefährlichen Zündstoff für die Zukunft einer funktionsfähigen Weltwirtschaft.
3. Die Weltwirtschaft von heute ist gekennzeichnet durch eine tiefe **Kluft zwischen** der weit überwiegenden Zahl von Ländern mit fast 4 Milliarden Menschen, die in **Not und Armut** leben, und eine Handvoll hochindustrialisierter Staaten, die in **relativem Überfluß** leben. Hier ist in vielen Nachfragebereichen die Sättigungsgrenze erreicht worden, die nicht überschritten werden kann. Es gibt Bereiche, wo die weitere Produktion von Gütern ökonomisch wie ökologisch sinnlos, ja schädlich geworden ist. Es gibt Bereiche, wo Grundbedürfnisse befriedigt sind und nur qualitative Neuerungen zusätzliche Nachfrage hervorrufen. Aber auch in den hochindustrialisierten Staaten gibt es noch Bedürfnisse, die vor allem wegen der ungerechten Einkommensverteilung nach wie vor nicht befriedigt sind. Und es gibt neue private wie öffentliche Bedürfnisse nach Freizeit und erholungsbezogenen Dienstleistungen, nach sozialer und kultureller Kommunikation, nach besseren Umweltbedingungen.
4. Nicht nur, aber vor allem die Industrieländer, haben in den vergangenen vier Jahrzehnten mehr **Raubbau an unserer natürlichen Umwelt** betrieben als in den Jahrtausenden

Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern

von Wolfgang Roth, MdB-SPD

der Menschheitsgeschichte zuvor. Heute machen sich immer mehr Menschen klar, daß wir in der Gefahr stehen, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu untergraben: Unsere Flüsse und Seen sind vergiftet. Unser Trinkwasser ist gefährdet. Unsere Nahrungsmittel enthalten giftige Rückstände. Die Luft, die wir atmen, macht uns krank. Unsere Wälder sterben. Viele der bei uns ehemals heimischen Tier- und Pflanzenarten sind bereits ausgestorben.

Dies sind meiner Auffassung nach die vier wichtigsten Ursachenkomplexe, die für alle Länder der industrialisierten Welt, aber auch für die meisten Länder der Dritten Welt gelten. Ich benutze hier mit Bedacht den Begriff der industrialisierten Welt und nicht bloß der kapitalistischen Welt. Ich weiß, daß dem Programmentwurf vorgeworfen wird, daß eine entscheidende Ursache der Weltwirtschaftskrise, nämlich die kapitalistische Art und Weise des Produzierens, unterschlagen worden sei. Ich kann nicht sehen, daß die derzeitigen Probleme in der Weltwirtschaft primär durch die Logik des kapitalistischen Verwertungsprozesses hervorgerufen wurden. Von der Krise heute sind Länder betroffen, die noch sehr weit von kapitalistischen Produktionsverhältnissen entfernt sind, und es sind ebenso Länder betroffen, die privatkapitalistische Produktionsverhältnisse überhaupt nicht kennen. Ich will damit nicht bestreiten, daß es originär kapitalistische, krisenverschärfende Elemente gibt. Wichtig ist aber festzuhalten: Weder die ökologische Krise ist das Ergebnis einer an Profitmaximierung ausgerichteten Produktionsweise noch die gigantische Verschwendung ökonomischer Ressourcen durch die Rüstungsproduktion. Die internationale Instabilität und die weltwirtschaftlichen Ordnungsdefizite sind eher das Resultat mangelnder politischer Übereinkunft der Staaten untereinander über funktionsfähige weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen, als Ergebnis der Expansion der internationalen Waren-, Geld- und Kreditmärkte selbst.

Wie sehr wir die Realität vergewaltigen, wenn wir die Krisenursachen auf die am Profitstreben orientierte Produktionsweise zurückführen, erkennen wir, wenn wir die nationalen Krisenursachen betrachten:

Nationale Krisenursachen

5. Die **Zahl der Erwerbspersonen** ist im letzten Jahrzehnt **deutlich angestiegen**. (Seit 1970 um mehr als 1 1/2 Millionen.) Diese demographische Welle bewirkt, daß in jedem Jahr etwa 100.000 bis 200.000 mehr junge Menschen einen Arbeitsplatz nachfragen als ältere Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Hinzu kommt: Das Erwerbsverhalten der Frauen hat sich geändert. Immer mehr Frauen möchten sich nicht mit einem Hausfrauendasein abfinden und fragen einen Arbeitsplatz nach. Zwischen 1970 und 1984 ist die Erwerbsquote der Frauen von 30 % auf fast 33 % gestiegen.
6. Die Bevölkerung in der Bundesrepublik stagniert seit

Beginn der siebziger Jahre. Es machen sich seit Ende der Wiederaufbauphase zunehmend Sättigungstendenzen bei der Ausstattung der Haushalte mit Konsumgütern, auch mit langlebigen Konsumgütern, immer stärker bemerkbar. Hinzu kommt, daß die Nachfrage nach öffentlichen Infrastrukturen: Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Theater, Schwimmhallen, Rathäuser weitgehend befriedigt ist. Sind in reifen Industriegesellschaften ohnehin deutliche **Sättigungstendenzen** erkennbar, so gilt dies umso mehr für Länder, deren Bevölkerung stagniert bzw. zurückgeht. Von daher sind natürliche Grenzen des Wachstums gesetzt, die nicht künstlich hinausgeschoben werden können. Die abnehmenden Wachstumsraten von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus sprechen hier eine deutliche Sprache.

7. Als dritte nationale Krisenursache sehe ich eine **Fehlsteuerung des Arbeitskräfteangebots durch die Arbeitszeitpolitik** an. Während in den fünfziger und sechziger Jahren, gemessen an der starken Arbeitskräftenachfrage, die Arbeitszeitverkürzungsrate relativ hoch lag (bei etwa 1 % jährlich), halbierte sich die Arbeitszeitverkürzungsrate in der Zeit der sich verfestigenden Massenarbeitslosigkeit auf durchschnittlich 0,5 % jährlich. Vernünftig wäre eine entgegengesetzte Arbeitszeitpolitik gewesen.
8. Mit der zunehmenden internationalen Verflechtung traten junge Industrieländer auf unseren traditionellen Märkten als Konkurrenten auf, insbesondere im Bereich der Massenfertigung, die deutschen Unternehmen immer mehr zu schaffen machten. In der Bundesrepublik wirkte diese Konkurrenz sich um so schmerzlicher aus, als mit dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen eine langjährige Phase der Unterbewertung der DM zu Ende ging. Die Unterbewertung wirkte wie ein Schutzzaun bzw. wie eine permanente Exportförderung von Branchen und Unternehmen, die an sich international nicht mehr wettbewerbsfähig gewesen wären. In den siebziger Jahren dagegen wertete die DM ständig auf, bis auf 1,70 DM je Dollar Anfang 1980. Mit voller Wucht wurden jetzt traditionelle Industriesektoren wie Stahl, Schiffsbau, Textil-, Lederprodukte, aber auch Unterhaltungselektronik, von einer schweren **Anpassungs- und Strukturkrise** erfaßt. Da sich die Kohle-, Stahl- und Wertfindustrie auf wenige Regionen in der Bundesrepublik konzentrierte, rissen die sektoralen Krisen ganze Regionen mit in ihren wirtschaftlichen Niedergang hinein. Regionale und sektorale Krisen sind deshalb in der Bundesrepublik eng miteinander verbunden.
9. Nicht nur die verschärfte Auslandskonkurrenz, auch die Vervielfachung der Energiekosten drückte die Gewinnmargen. Hinzu kam ein tendenzieller Anstieg der Realzinsen, so daß die Finanzierungskosten für den Fremdkapitaleinsatz in den Unternehmen stieg, nicht zuletzt führte der Anstieg der Lohnquote um 2 1/2 % von 1970 bis 1975 zu einem **Rückgang der Sachkapitalrente**, die sich negativ auf die Investitionstätigkeit auswirkte.
10. Der Anteil der Bruttoinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt, also die Investitionsquote in unserer Volkswirtschaft, ist von 1970 bis 1975 von 25,5 % auf 20,4 % zurückgegangen. Kein anderes Land hat einen so starken **Rückgang der Investitionsquote** erlebt wie die Bundesrepublik. Einen entscheidenden Grund für diesen Rückgang sehe ich neben den oben erwähnten Ursachen in unserem Steuersystem. Unser Steuersystem ist gegenüber dem Steuersystem anderer Industriestaaten ausgesprochen investitionsfeindlich. Es begünstigt die Verwendung der volkswirtschaftlichen Ersparnisse für den Erwerb von Immobilien, wenn nicht gar von mehr oder weniger volkswirtschaftlich äußerst fragwürdigen Abschreibungsobjekten. Vor allem durch die de facto Steuerfreiheit von Zinserträgen wurde der Anreiz, Geld in Sachkapitalanlagen zu leiten, besonders dann unattraktiv, als die Realzinsen stiegen. Hinzu kam, daß der Einsatz von Fremdkapital steuerlich begünstigt und der Einsatz von Eigenkapital in den

Unternehmen benachteiligt wird. Folge: Die Gewinnentnahmen der Unternehmen waren hoch, die Eigenkapitalausstattung sank ständig. Durch den zunehmenden Fremdkapitaleinsatz wurden die Unternehmen anfälliger gegen Zinssteigerungen, die Investitionsfinanzierungen somit immer riskanter.

11. Die an der Lohnsumme orientierte Finanzierung der Sozialversicherungssysteme ist durch das Auswuchern der Massenarbeitslosigkeit in eine Dauerfinanzkrise geraten. In dem Maße, in dem die Zahl der Beitragszahler sinkt, und die Zahl der Transfereinkommensbezieher steigt, nicht zuletzt durch den starken Anstieg der Arbeitslosenzahl, in dem Maße steigen die Beiträge zu den Sozialversicherungssystemen. Von 1970 stieg die Sozialabgabenquote von 10,9 % auf über 16 % 1984. Der Anteil der Lohnnebenkosten an den Arbeitskosten insgesamt ist ständig gestiegen, so daß trotz relativ bescheidener Einkommenszuwächse der Arbeitnehmer die **Arbeitskosten** für die Unternehmen insgesamt weiter zunehmen. Steigende Arbeitskosten führen nicht nur zur Verdrängung der Arbeitskraft durch Maschinen, sie verhindern vor allem auch eine Beschäftigungsexpansion in lohnintensiven Bereichen, insbesondere bei den Dienstleistungen.

Bilanz der Beschäftigungslosigkeit

Die ökonomische Krise hat viele Gesichter. Nirgendwo hinterläßt sie aber so deutliche und für die Gesellschaft insgesamt so gefährliche Spuren wie auf dem Arbeitsmarkt.

- Im Jahresdurchschnitt 1985 waren **2,3 Millionen Menschen** beim Arbeitsamt als **Arbeitslose registriert**. Die Zahl derjenigen, die beim Arbeitsamt **nicht registriert** sind, wird vom Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit auf über **1,3 Millionen Menschen** geschätzt.
- Von Arbeitslosigkeit betroffen sind insbesondere Arbeitnehmer ohne Berufsausbildung, ältere Arbeitnehmer und Frauen, Schulabgänger ohne Schulabschluß, in zunehmendem Maße auch junge Arbeitnehmer nach Ende ihrer Berufsausbildung.
- Gestiegen ist vor allem der Anteil der langfristig Arbeitslosen, deren Chancen auf Wiederbeschäftigung immer geringer werden. Zwischenzeitlich hat sie eine Größenordnung von 800.000 erreicht.
- Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ohne Berufsausbildung, die die Eingliederung in das Arbeitsleben und die Einübung von Arbeitsgewohnheiten überhaupt nicht erfahren, nimmt zu.
- Mit der anhaltenden Arbeitslosigkeit ist eine neue Armut in der Bundesrepublik entstanden. Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben haben die sozialen Konflikte weiter verschärft.
- Auch die Tatsache, daß Arbeitslosigkeit vor allem zum regional unausweichlichen Schicksal geworden ist, ist politisch noch nicht verarbeitet. Die Unterschiede sind enorm: Es gibt Arbeitsamtsbezirke mit über 25 % Arbeitslosen und Arbeitsamtsbezirke mit unter 4 %.

Die Bundesregierung hat deutlich gemacht, daß sie keine Chance sieht, mittelfristig die Beschäftigungskrise zu überwinden. Es ist allerdings zu befürchten, daß bei Fortsetzung der bisherigen Politik die Beschäftigungskrise sich weiter zuspitzt. Wenn ich in einem einzigen Satz den Unterschied im wirtschaftspolitischen Konzept der Sozialdemokraten und der Konservativ-Liberalen zusammenfassen soll, so heißt er: Wir Sozialdemokraten glauben, daß es Alternativen zur Massenarbeitslosigkeit heute gibt. Wir brauchen uns nicht mit 3,5 Millionen registrierten und nicht registrierten Arbeitslosen in unserem Lande abzufinden. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat Ende der siebziger Jahre gezeigt, daß das Auswuchern der Massenarbeitslosigkeit kein Schicksal ist. Die sozialdemokratisch geführten Regierungen in **Österreich und Schweden zeigen uns heute, daß mit einer aktiven Beschäftigungspolitik eine Beschäftigungskatastrophe, wie sie in den meisten Industriestaaten des Westens zu verzeichnen ist, verhindert werden kann.**

Widersinnige Verteilung der Arbeitszeit

Es gibt eine Fülle unerledigter privater Arbeiten und öffentlicher Aufgaben. Gleichzeitig sind über 3 1/2 Millionen Menschen arbeitslos. Dieser Widerspruch ist nur politisch auflösbar. Millionen von Menschen haben einen widersinnigen Überfluß an arbeitsfreier Zeit, während es den Berufstätigen an Freizeit mangelt und trotz hoher Arbeitslosigkeit immer noch etwa 1,6 Milliarden Überstunden im Jahr geleistet werden. Dieser Widerspruch ist nur politisch auflösbar.

Wir wissen: Wenn man alle Kosten der Arbeitslosigkeit einbezieht und auch indirekte Wirkungen und längerfristige Produktivitäts- und Einkommenseffekte berücksichtigt, kosten sinnvolle Beschäftigung, Weiterbildung und Umschulung der Erwerbslosen kaum mehr als die Bezahlung und Finanzierung von Arbeitslosigkeit. Auch dieser Widerspruch ist nur politisch auflösbar.

Zentrale Herausforderungen an die Wirtschafts- und Finanzpolitik

In dem Entwurf für ein Wirtschaftsprogramm der Kommission Wirtschafts- und Finanzpolitik beim Parteivorstand gehen wir davon aus, daß die **Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und die Beseitigung der Umweltnot die beiden zentralen Herausforderungen an die Politik sind. Aber es geht auch um mehr: Es geht um die menschliche Gestaltung von Arbeit und Technik, es geht um die Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, es geht um mehr Mitbeteiligung und Mitsprache der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften.** Schließlich müssen wir internationale, insbesondere europäische Antworten auf die Krise geben. Ich möchte in **sieben Thesen die Vorschläge der Kommission Wirtschafts- und Finanzpolitik** zusammenfassen:

1. Soziales Bündnis „Arbeit für alle!“

Aus politischen, sozialen, aber auch ökonomischen Gründen ist es ein gefährlicher Irrglaube zu meinen, die Massenarbeitslosigkeit könne überwunden werden, wenn der Arbeitsmarkt der kapitalistischen Verwertungslogik – wie am Beginn des 19. Jahrhunderts – unterworfen würde. Arbeitslosigkeit ist nicht allein eine wirtschaftliche Herausforderung. Sie ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. So wie es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelungen ist, gegen den erbitterten Widerstand der allein an Profitinteressen orientierten Unternehmer den Aufbau des Sozialstaates zu beginnen, so ist es heute Aufgabe der Politik, die großen gesellschaftlichen Gruppen zusammenzuführen, um das Krebsgeschwür Massenarbeitslosigkeit herauszuschneiden. Ziel sozialdemokratischer Politik für die nächsten Jahre ist es deshalb, ein soziales Bündnis „Arbeit für alle“ zu schaffen. **Gemeinsam muß es uns gelingen, durch investitions- und strukturpolitische Maßnahmen neue Arbeitsplätze zu schaffen, den Arbeitsmarkt durch Arbeitszeitverkürzung zu entlasten, die Qualifizierungslücken der Arbeitslosen und der von Arbeitslosigkeit Bedrohten zu schließen und Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung deutlich auszubauen.**

Staat, Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen sich gemeinsam dieser zentralen Herausforderung stellen. Deswegen sagen wir: Das soziale Bündnis „Arbeit für alle“ erfordert die Zusammenarbeit von Unternehmern und ihren Verbänden, Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften, Bundesregierung, Landesregierungen, Kommunen und ihren Spitzenverbänden. Natürlich muß auch die Deutsche Bundesbank ihren Beitrag dazu leisten. **Keine der großen sozialen Gruppen oder politischen Institutionen kann allein der Massenarbeitslosigkeit Herr werden.** Dabei sagen wir aber auch: Arbeit für alle wird es nur dann geben, wenn die, die Arbeit, Einkommen und Vermögen haben, sich zu einem Solidaropfer bereitfinden, das ihrer Leistungsfähigkeit angemessen ist.

2. Ökologische Erneuerung der Wirtschaft

Wir haben die Verschmutzung der Meere, der Gewässer, der Luft, wir haben die schleichende Vergiftung der Böden, die gesundheitsgefährdenden Risiken, wir haben die Landschaftszerstörung und den Rückgang der Artenvielfalt bei

Pflanzen und Tieren viel zu lange hingenommen. Die industrielle Wirtschaftsweise wird immer mehr in die Sackgasse geraten, wenn es uns nicht gelingt, unsere Industriegesellschaft ökologisch zu erneuern. So wie nach dem Zweiten Weltkrieg der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wiederaufbau der Bundesrepublik durch eine große Gemeinschaftsanstrengung aller beseitigt werden konnte, so stellt sich für die Politik heute eine in der Größenordnung und Bedeutung vergleichbare Aufgabe, nämlich die Umweltnot zu überwinden. Dies ist die große Gemeinschaftsaufgabe der achtziger und neunziger Jahre. Als ersten und entscheidenden Schritt auf dem Wege der ökologischen Erneuerung ist die Sanierung der Umweltschäden aus der Vergangenheit vordringlich. Wir haben deshalb die Einrichtung eines **Sondervermögens „Arbeit und Umwelt“** bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgeschlagen, das die Altlasten auf unserer Umwelt beseitigen helfen soll, indem es privaten und öffentlichen Unternehmen, Gemeinden, aber auch Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie kommunalen Wirtschaftsunternehmen zinsgünstige Kredite für Umweltschutzinvestitionen von herausragender Bedeutung zur Verfügung stellt. Das Sondervermögen soll im Rahmen von 10 Jahren Investitionskredite in Höhe von 1 % des Bruttosozialprodukts pro Jahr, das sind ca. 18 Milliarden DM, zusätzlich mobilisieren. Wir gehen davon aus, daß nach einer Anlaufperiode für 400.000 Menschen zusätzliche Arbeitsplätze dauerhaft geschaffen werden. Zur Finanzierung dieses Sondervermögens wird ein steuerlicher Zuschlag auf den Verbrauch von Strom, Mineralölprodukten und Erdgas erhoben.

Das Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“ ist – wie z.B. auch die Änderung des Umwelthaftungsrechts – Teil eines ökologischen Sofortprogramms. Eines möchte ich aber unterstreichen: Unser Ziel ist es, anstelle der traditionellen Umweltpolitik, die auf die nachträgliche Reparatur eingetretener Umweltschäden ausgerichtet ist, ein umfassendes Konzept der Umweltvorsorge zu verwirklichen.

Wir wollen die ökologisch-ökonomischen Rahmenbedingungen so verändern, das umweltschädigende Produktions- und Verbrauchsgewohnheiten durch umweltverträgliche ersetzt werden. Es ist Aufgabe des Staates, die Rahmenbedingungen zu setzen für einen sparsamen und vorsorgenden Umgang mit der Natur. Er muß den rechtlichen Rahmen vorgeben, der die Bedingungen für die Inanspruchnahme von Umwelt in Form von Auflagen, Abgaben, Geboten und Verboten, Umweltverträglichkeitsprüfungen und Umweltbewirtschaftungsplänen festlegt. Richtig ist allerdings: Für den Erfolg der ökologischen Erneuerungsstrategie wird die Steuerung der Entscheidungen der Wirtschaftsobjekte über wirtschaftliche Vor- und Nachteile von ausschlaggebender Bedeutung sein. Uns geht es um die volle Nutzung des ökonomischen Potentials unserer Industriegesellschaft und um die Entfaltung der schöpferischen Kräfte einer Wettbewerbswirtschaft im Dienst der ökologischen Erneuerung. Es geht uns nicht um den Ausstieg aus der Industriegesellschaft. Deshalb ist es auch Aufgabe des Staates, ökonomische Anreize zu schaffen, nach denen es für Unternehmen und Verbraucher lohnend ist, über gesetzliche Umwelanforderungen hinauszugehen und Innovation zu entwickeln und durchzusetzen.

Ökologische Erneuerung heißt aber auch qualitatives Wachstum. Wachstum im übrigen mit langfristigen Chancen auf internationalen Märkten. Durch die zügige Sanierung der Umwelt wird unsere Wirtschaft ihren Vorsprung bei vielen Umwelttechnologien, umweltfreundlichen Produkten und Produktionsverfahren ausbauen können oder den Vorsprung anderer Länder auf diesen Feldern aufholen können. So sind die Anstrengungen zur Umweltschonung heute Wettbewerbsvorteile unserer Wirtschaft, und vor allem zukunftssichere Arbeitsplätze von morgen.

3. Arbeit und Technik menschlich gestalten.

Am Ende des 20. Jahrhunderts befinden wir uns im Übergang zu einer neuen Phase der technisch-ökonomischen Entwicklung. Vielfältige neue technische Möglichkeiten eröffnen neue Chancen für eine zugleich wirtschaftliche wie auch menschen- und umweltgerechte Erneuerung der Gesellschaft. Ob diese Chancen genutzt werden können, hängt ganz wesentlich von

politischen Entscheidungen ab. Die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen ist weder von technischen noch von ökonomischen Faktoren naturgesetzlich vorherbestimmbar. Für uns Sozialdemokraten ist es selbstverständlich, daß der Staat Mitverantwortung trägt, wenn es gilt, die technische Entwicklung und die Erneuerung der Wirtschaft in Bahnen zu bewegen, die Menschen und Natur zugutekommen. Mit Recht weisen Gewerkschaften auf den wachsenden Leistungsdruck für Arbeitnehmer hin, auf die Entwertung beruflicher Qualifikationen, auf beruflichen Abstieg und Arbeitslosigkeit. Risiken können insbesondere auch von falsch gesetzten Zielen der Technik ausgehen: Der unbeschränkte Rüstungswettlauf und die Manipulationen am menschlichen Erbgut sind Beispiele dafür. Andererseits liegen in den neuen Techniken große Chancen für mehr Wohlstand und Wohlbefinden der Menschen. Wenn es gelingt, die **Ziele der Technik im Interesse der Menschen zu bestimmen** und die Anwendung der Technik zu gestalten, eröffnen sich uns große Chancen

- den Lebensstandard zu steigern und bislang benachteiligte Gruppen am Wohlstand unseres Landes besser teilhaben zu lassen;
- die physische und psychische Belastung im Arbeitsalltag zu vermindern;
- monotone Tätigkeiten in inhaltsreichere und verantwortungsvollere Arbeit zu überführen;
- Bürgern neue Wahlmöglichkeiten zwischen Arbeit und Freizeit zu eröffnen.

Die **soziale Gestaltung des technischen Wandels** erfordert nahezu alle Politikbereiche, insbesondere die Forschungs- und Entwicklungspolitik, die Sozialpolitik, die Regional- und Strukturpolitik, die Tarifpolitik, das Arbeitsrecht, den Datenschutz, die öffentliche Einflußnahme auf die Gestaltung der Medienpolitik, wie auch die Steuerpolitik. Die soziale Gestaltung der technischen Entwicklung erfordert aber auch einen ständigen Diskussionsprozeß zwischen den Tarifvertragsparteien, Staat und Wissenschaft. **Wir halten es deshalb für nötig, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei der Einführung und Anwendung neuer Technologien durch eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes zu erweitern.** Das Forschungsprogramm zur Humanisierung des Arbeitslebens muß inhaltlich weiterentwickelt werden, insbesondere durch verstärkte Forschung auf dem Gebiet der Arbeitsorganisation und durch Langzeituntersuchungen über gesundheitliche Belastungen von Arbeitnehmern. Darüber hinaus halten wir es für notwendig, das Arbeitsrecht um normatives Schutzrecht zu erweitern und die Mindestanforderungen an Erwerbsarbeitsplätze zu erhöhen.

Schließlich halten wir es für dringend geboten, die Beratung zu den Fragen von Arbeit und Technik auszubauen und weiter zu fördern. Im Mittelpunkt dabei sollte die Bewertung aller auf Arbeit und Technik einwirkenden Faktoren stehen. Wichtig ist auch die Beratung der Tarifparteien über Gestaltungsmöglichkeiten von Arbeit und Technik im Betrieb sowie deren Vorschläge an den Gesetzgeber für eine sozialverträgliche Gestaltung von Arbeit und Technik.

4. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit steigern

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die ökologische Erneuerung unserer Volkswirtschaft und die notwendigen Struktur- und Anpassungsprozesse in unserer Wirtschaft erfordern gewaltige Zukunftsinvestitionen des Staates und mehr noch der Privaten. Deshalb – so unsere These –: **Die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft muß gestärkt werden.**

Privater Sektor

Für die privaten Unternehmungen schlagen wir Maßnahmen im wesentlichen in drei Bereichen vor:

a) Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft durch eine **aktive Wettbewerbspolitik** stärken. Wir wissen: Der Wettbewerb wirkt der Verkrustung von Märkten entgegen, er fördert die Erneuerung der Wirtschaftsstruktur, bietet Beschäftigungschancen, trägt zur Preisstabilität bei und stärkt nicht zuletzt die Position der Verbraucher. Wir haben wiederholt Initiativen zur Stärkung der Wettbewerbsordnung ergriffen. Die Kartellgesetzgebung ist wesentlich von uns geprägt worden. Seit Beginn der fünfziger Jahre gilt: Die SPD ist die Partei, die am

konsequentesten für die Sicherung und Stärkung des Wettbewerbs eintritt. Angesichts der zunehmenden Konzentration und Machtzusammenballungen in der Wirtschaft fordern wir eine Verschärfung der Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen. Das Bundeskartellamt sollte bei Fusionen bereits dann eingreifen, wenn eine wesentliche Beeinträchtigung der Wettbewerbsbedingungen zu erwarten ist. Wir halten eine Entflechtungsmöglichkeit für notwendig, damit die Existenz übermäßiger wirtschaftlicher Macht und deren Mißbrauch verhindert werden kann. Im Bereich des Handels sollte ein generelles Fusionsverbot für Großunternehmen eingeführt werden, ferner sollte hier Nachfragemacht, die durch Großunternehmen des Handels, Einkaufskontore und Genossenschaften ausgeübt wird, durch eine strikte Anwendung des Kartellverbots und die vorgesehene Entflechtungsregelung abgebaut werden. Im Einklang mit der Monopolkommission lehnen wir weitere Medienverflechtungen ab. Die Sicherung des publizistischen Wettbewerbs verlangt, daß das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen konsequent auch auf die neuen Medien angewandt wird.

Unser Programmentwurf enthält eine ganze Reihe von Maßnahmen, um den Wettbewerb im Banken- und Versicherungsmarkt zu stärken und Macht und Einfluß der Banken und Versicherungen auf die Wirtschaft zurückzudrängen. Die Banken sollten dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen uneingeschränkt unterworfen werden. Ihre Macht und ihr Einfluß, die sie durch die Besetzung von Aufsichtsratspositionen und ähnlichen Gremien und durch Kapitalbeteiligungen an Unternehmen ausüben, sollten schrittweise zurückgedrängt werden.

b) Unser geltendes Steuerrecht und seine Handhabung ist derzeit dadurch gekennzeichnet, daß Finanzanlagen und Anlagen in Immobilien rechtlich und tatsächlich günstiger behandelt werden als Anlagen in Produktivkapital. Hinzu kommt, daß die Unternehmensfinanzierung durch Fremdkapital steuerlich günstiger ist als durch Eigenkapital. Dazu hat maßgebend beigetragen, daß seit 1983 bei der Gewerbesteuer Dauerschulden und Dauerschuldzinsen nur noch zum Teil erfaßt werden. In den letzten Jahren sind hier Verzerrungen entstanden, die abgebaut werden müssen. Die **Herstellung eines finanzierungs- und anlageneutralen Steuerrechts** ist der wirksamste steuerpolitische Ansatz, die Investitionsfähigkeit und Investitionsbereitschaft der Unternehmen zu fördern. Wir schlagen deshalb vor, daß Anlagen in Geldvermögen nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich der Besteuerung unterworfen werden müssen. Die Zinseinkünfte sollen daher – wie in nahezu allen Industrieländern – durch Kontrollmitteilungen der Kreditinstitute steuerlich erfaßt werden. Darüber hinaus schlagen wir vor, daß die Begünstigung der Unternehmensfinanzierung durch Fremdkapital gegenüber der Eigenkapitalfinanzierung bei der Gewerbesteuer abgebaut wird.

Bei kleinen und mittleren Unternehmen besteht häufig das Problem, daß ihr Investitionsbedarf und ihre Gewinne stark schwanken und zeitlich auseinanderfallen. Im Vergleich zu größeren Unternehmen haben sie es deshalb schwer, zu kontinuierlicher Investitionsfinanzierung bei annähernd gleicher Steuerbelastung zu kommen. Wir schlagen deshalb vor, für kleine und mittlere Unternehmen die Möglichkeit einer befristeten Investitionsrücklage zu schaffen. Hierdurch soll diesen Unternehmen ermöglicht werden, Gewinne für größere Investitionsvorhaben steuerfrei anzusammeln. Damit wird ihre Benachteiligung gegenüber Großunternehmen, denen eine Investitions- und Gewinnplanung möglich ist, ausgeglichen und ihre Wettbewerbsfähigkeit gesteigert.

c) Um den Strukturwandel in der Wirtschaft sozial- und regionalpolitisch verantwortlich zu bewältigen, brauchen wir ein **umfassendes Strukturkonzept des Staates**, in dem Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, aber auch Forschungs- und Technologiepolitik, Berufsbildungspolitik, Verkehrs- und Energiepolitik und nicht zuletzt Arbeitsmarktpolitik zu einem schlüssigen Gesamtkonzept zusammengefügt sind. Strukturwandel in der Wirtschaft ist weder das Ergebnis blind wirkender Marktkräfte, noch das Resultat staatlicher Planung. Wir setzen auch beim Strukturwandel auf Interessenausgleich zu sozialem Dialog. Gerade weil die Bundesrepublik auf Grund ihrer internationalen Verflechtungen keine wirkliche Alternative

USA:

In den Startlöchern für '88

von Christian Walther

Das erste Jahr der zweiten Amtszeit Ronald Reagans ist vorüber; einer weiteren Amtszeit steht wohl weniger das Wahlvolk als die Verfassung der USA entgegen. Franklin Delano Roosevelt wird der einzige Präsident der USA bleiben, der mehr als zwei Amtszeiten hinter sich brachte: der 22. Verfassungszusatz aus dem Jahre 1951 gebietet, daß „keine Person in das Amt des Präsidenten öfter als zweimal gewählt werden soll“. Damit wäre Reagan abgehakt: im Januar 1989 wird ein neuer Präsident in das Weiße Haus einziehen, denn mittags um 12 Uhr am 20. Januar wird die Amtsperiode Reagan/Busch enden – so sagt es der 20. Verfassungszusatz.

Nicht in der Verfassung steht, wen die Demokratische Partei der USA am „Dienstag nach dem ersten Montag im November“ des Jahres 1989 dem Wahlvolk zu präsentieren gedenkt. Über diese Frage aber denkt man in der Partei spätestens nach der verheerenden Niederlage des Walter F. Mondale am Dienstag nach dem ersten Montag im November 1984 nach. Und erste Antworten sind schon gegeben.

Knapp 25 Jahre nach der Amtseinführung seines Bruders John F. Kennedy hat Edward, der letzte potentielle Anwärter aus dieser Generation der finanzaristokratischen Ostküsten-Dynastie das Handtuch geworfen: Er werde sich nicht um die Nominierung seiner Partei für die Präsidentschaftswahlen 1988 bewerben, erklärte der sichtlich abgespeckte Senator aus Massachusetts auf einem Videoband, das den 53-jährigen vor dem geschmückten Weihnachtsbaum zeigt. Das Video, das landauf, landab in den Fernsehnachrichten gezeigt wurde, bekundet keinen Abschied aus der Politik, aber wohl doch die Einsicht, daß der mittlerweile von seiner Frau Joan geschiedene Kennedy sich keinen Sieg in einer nationalen Wahl zutraut. Zu viele Angriffsflächen, nicht nur wegen seines Privatlebens, bietet der Mann, der seinen Sitz im Senat quasi geerbt hat, als Bruder John vom Senator zum Präsidenten aufstieg: da ist der Tod einer Mitarbeiterin, die mit einem von Kennedy gesteuerten Wagen in den Chappaquiddick-Fluß gestürzt war; Kennedy konnte sich retten, tauchte aber erst Stunden später bei der Polizei auf, die den Ablauf der nächtlichen Geschehnisse im Anschluß an eine Party nie aufzuklären ver-

mochte. Da ist aber auch die totale Konfusion, die bei ihm die in einem Fernseh-Interview gestellte Frage auslöste, warum er eigentlich Präsident der USA werden wolle. So geschehen 1980, als sich Kennedy in Konkurrenz zum amtierenden Präsidenten Carter um die Nominierung der Demokraten bemühte – er tat es vergeblich. Ob er damals gegen den republikanischen Carter-Herausforderer aus Kalifornien, eben Ronald Reagan, bestanden hätte, ist allerdings fraglich. Denn 1980 stand Kennedy noch weit mehr als heute für einen betont liberalen Kurs der Demokraten. Doch der Wind weht in den USA längst aus einer anderen Richtung.

Die nationale Demütigung des Vietnam-Krieges, der Watergate-Affäre, des Teheraner Geisel-Dramas, all dies will vergessen, verdrängt werden, will durch neues Selbstbewußtsein überstrahlt werden. Und dazu paßt der – übrigens im vergangenen Jahr in Berlin von der CDU kopierte – Slogan „Amerika ist wieder da“. Das emotionale face-lifting der Nation paßt dagegen überhaupt nicht zu der von den Demokraten in den letzten zwei Dekaden gepflegten Politik für die Unterprivilegierten. 1966 verloren die Demokraten mit dem nach Robert Kennedys Ermordung nominierten Vizepräsidenten unter Johnson, Hubert Humphrey, gegen Nixon, 1972 versuchten sie es mit dem für amerikanische Verhältnisse fast linksradikalen George McGovern – und erlitten eine Erdrutsch-Niederlage, die in ihren katastrophalen Dimensionen nur noch von Mondale im vorvergangenen Jahr übertroffen wurde. Carter gewann dann im Schatten von Watergate: als populistischer Sauerbarmann aus der Provinz, der denen im verlotterten Washington die guten, alten Werte der amerikanischen Bürgerschaft mal wieder vor die Nase halten wollte. Doch Carter blieb glücklos: unbeständig in den politischen Grundlinien; erfolglos im Umgang mit dem Kongreß, ohnmächtig gegenüber den staatlich gedeckten Geiselnehmern in der Teheraner US-Botschaft. Und dies bei wachsender Arbeitslosigkeit und Inflation, bei ansteigender Staatsverschuldung und verbreitetem Unmut über Umfang, Mißbrauch und Auswüchse des Wohlfahrtsystems.

Reagan gab dem Affen Zucker: dem zerbrochenen demokratischen Bündnis aus

Gewerkschaften, Schwarzen, Juden, Ostküsten-Intellektuellen und anderen Minoritäten setzte er das republikanische Bündnis derer entgegen, denen es ohnehin gut geht mit denen, die wollen, daß sie für ihre harte Arbeit auch harte Dollars kriegen, anstatt daß der Moloch Staat damit Faulenzer, Kriminelle und Wegelagerer durchfüttert. Reagan war der Mann der Zweidrittel-Gesellschaft, jener zwei Drittel der US-Gesellschaft nämlich, die zumindest ein leidliches Auskommen haben, die an ihren Aufstieg glauben und an die Gültigkeit des amerikanischen Traums. Dieses Bündnis der gerade noch einmal Davongekommenen mit den Reichen ist nicht unbedingt beständig, doch in zwei Wahlen hat es sich bewährt. Das Schicksal des restlichen Drittels der Gesellschaft interessierte die Reagan-Mehrheit herzlich wenig: sollte es sich doch durch eigener Hände Arbeit zum Guten wenden. Und wer sich auf dieser Seite doch für die Arbeitslosen interessierte, der war – und ist vielleicht noch immer – der festen Überzeugung, daß eine florierende Wirtschaft die beste Grundlage für neue, für mehr Jobs ist. Und daß der Abbau der Staatsverschuldung eine Voraussetzung für zusätzliche Investitionen und zusätzliche Arbeitsplätze ist. Supply-side economics, angebotsorientierte Wirtschaftspolitik als Sozialpolitik der 80er Jahre?

Die Erfolge sind nicht gerade durchschlagend. Zwar ist die offizielle Arbeitslosenzahl gesunken, doch Exaktes über die Zahl der discouraged people, der Entmutigten, die sich gar nicht mehr arbeitslos melden, weiß niemand. Hinzu kommt, daß die Job-Bilanz zwar positiv ist, daß aber viele qualifizierte Arbeitsplätze weggefallen, dafür um so mehr unqualifizierte im Dienstleistungsreich, z.B. in fast-food-Restaurants geschaffen wurden. Die Staatsverschuldung ist keineswegs abgebaut – im Gegenteil: Unter Reagan erreichte das Haushaltsdefizit einen beispiellosen Höchststand. Der Kongreß mußte Ende letzten Jahres die gesetzliche Verschuldungshöchstgrenze anheben, um die Zahlungsunfähigkeit abzuwenden.

Unter diesen Bedingungen scheint es nicht gerade attraktiv, Chef einer annähernd konkursreifen Administration zu werden. Und man mag sich fragen, warum denn die Demokraten nicht den Republikanern das Auslöffeln der eingebrockten Suppe überlassen wollen, da sie selbst doch nur in den Zwiespalt zwischen sozialen Ansprüchen und fiskalischen Möglichkeiten geraten können. Aber obwohl sich die Demokratische Partei nicht gerade in Bestform präsentiert, ein Wahlsieg also nicht gerade greifbar nahe scheint, gibt es schon einen, der „hier“ gerufen hat. Und andere sind „im Gespräch“. „Hier“ gerufen hat der Mann, der schon 1984 viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat: Gary Hart, 49, Senator aus Colorado. 1972 war er Manager des letztlich erfolglosen McGovern-Wahlkampfes, 1984 zeigte er sich als Überraschungsgewinner der Vorwahl in Iowa. Und bei weiteren Vorwahlen schnitt er so gut ab, daß Mondales Nominierung zeitweilig ernsthaft gefährdet war. Jetzt, nachdem Mondale und nun auch Kennedy aus den Rennen sind, steht er erneut in den Startlöchern.

Und die hat er sich in den Rocky Mountains graben. Dort empfing er zum Jahresbeginn einen Haufen von Journalisten, um ihnen mitzuteilen, daß er sich bei den Senatswahlen in diesem Herbst nicht erneut um einen Sitz im Senat bewerben werde. Und ohne offiziell eine Kandidatur anzukündigen, sprach er doch vom Interesse an der Präsidentschaft und den Aufgaben, die über Colorado hinausgehen. Die Absage an seine bisherige Wählerschaft ist ein Diktat seiner Finanzlage. Noch zahlt er nämlich seine Schulden aus den Vorwahlen ab. Da käme eine nicht einmal sichere Bewerbung für den Senat zu teuer, als daß er gleichzeitig ein nationales Wahlkampfelfernetz aufbauen könnte... Damit aber muß bald begonnen werden. Denn Hart kann diesmal keine Überraschungskampagne führen, die sich wie eine Lawine von Bundesstaat zu Bundesstaat stürzt, die an Kraft erst mit den Wahlerfolgen gewinnt. Diesmal muß Hart immer schon da sein, so wie Mondale immer schon da war, vor zwei Jahren, 1984. Doch Hart wird auch 1988 nicht der Kandidat des Parteiapparats sein können, wie Mondale es war.

Die Gewerkschaften, die im Apparat der Demokratischen Partei recht einflußreich sind, haben Hart bekämpft, weil der gegen die „special interests“, gegen die Gruppen-Interessen Politik machen wollte. Er sei unabhängig, hat Hart '84 gesagt, und auch jetzt mag ihm das beim Wähler nützen. Doch seine Chancen im Apparat schmälert es wie zuvor.

„Where is the beef“, wo ist die Substanz? Mit dieser Frage, während einer Fernsehdebatte von Mondale an ihn gestellt, wurde Hart vor vier Jahren bedrängt. Und tatsächlich blieben die programmatischen Konturen unscharf. Zwar hat er im Kongreß in der Regel liberal votiert, doch seine Parole von den „Neuen Ideen“, die die USA bräuchten, blieb einigermassen nebulös. Klar allerdings wurde rasch, daß Hart nicht der Mann der alten Industriearbeiterschaft war. Er setzt auf die neuen Technologien und auf die Weiterqualifizierung der Arbeiter. „Atari-Demokrat“ hat man ihn deshalb auch genannt. Doch der Bezug zur industriellen Zukunft brachte auch Unterstützung. Unterstützung von jungen, gut ausgebildeten, gut verdienenden und gut lebenden Leuten in den großen Städten – Hart war der Kandidat der young urban professionals, der yuppies. Die sind gesellschaftspolitisch eher konservativ, haben vor 15 Jahren gegen den Vietnamkrieg demonstriert und machen heute Aerobic. Und bevor sie einen wählen, der aus den USA ein protektionistisches Industriemuseum machen würde, wählen sie glatt Reagan, denn Treue zu einer Partei kennen sie nur aus Erzählungen der Eltern und Großeltern. Der Einfluß dieser Schicht wächst – nicht nur in den USA. Und Hart, der Ärger damit hat, daß er eigentlich Hartpence heißt, gelegentlich sein Alter nach unten manipuliert und seine Unterschrift in jungen Jahren auf dynamisch umgestylt hat, könnte auch wieder der Kandidat dieser Leute werden: der Joker der Demokraten im Kampf um die verlorengegangenen Wähler der Mitte. Daß dieser Kampf geführt werden muß, hat die Partei offenbar begriffen. Die meisten ihrer Reprä-



LT. GOVERNOR MARIO CUOMO

*The better you know him -
the more you know he's better for
Governor.*

Paid for by Friends of Mario M. Cuomo Committee, Inc.
William J. Stern, Pres. - Robert B. Taylor, Treas.

sentanten sind in den letzten Jahren erkennbar zur Mitte hin gerückt, Kennedy vorneweg. Das macht sich sozialpolitisch ebenso bemerkbar wie in der Außenpolitik, wo heute kaum mehr wesentliche Dissenspunkte zur Politik Reagans formuliert werden.

Immerhin: Hart kritisiert Reagans Mittelamerika- und Südafrika-Politik, plädiert in der Sicherheitspolitik für ein beiderseitiges, überprüfbares Nuklearwaffenmoratorium und gießt dann aber über alles die zuckersüße Image-Soße mit dem Etikett „new patriotism“.

Seit '84 hat Hart an Profil gewonnen, doch die Schlagkraft seiner Neue-Führerbraucht-das-Land-Kampagne von damals mochte gegen den alten Mann im Weißen Haus verfangen – gegen die Kandidaten der Republikaner von '88 wird es so einfach nicht werden: da ist zunächst einmal der gegenwärtige Vize-Präsident, der frühere CIA-Direktor George Bush, ein Mann, der seiner Nr. 1 an Sachverstand weit überlegen, an Charisma jedoch völlig unterlegen ist, ein kompetenter Bläßmann, der in der Regel auch erheblich moderater formuliert als der Präsident. Howard Baker, nach 18 Jahren zuletzt als Fraktionsführer der Republikaner aus dem Senat ausgeschieden, um ein paar Mark mehr in der Wirtschaft zu verdienen. Im Senat zu sitzen, erschien ihm auch nicht mehr als Vorteil bei einer eventuellen Bewerbung. Auch Baker hat seine Probleme mit dem rechten Flügel der Partei, auch er müßte sich anpassen oder die Gemäßigten zu den Vorwahlen mobilisieren.

Robert Dole, Senator aus Kansas, ist Bakers Nachfolger als Fraktionsführer. 1976 war er Vizepräsidentschaftskandidat Gerald Fords und der rechte „Mann für's Grobe“ im Wahlkampf. Dole wird mittlerweile ebenfalls zu den moderaten Republikanern zu zählen sein. Seine Frau, Elisabeth Dole, könnte die Antwort der Republikaner auf Geraldine Ferraro werden. Sie hat unter Reagan Kabinettserfahrung gesammelt, als Ministerin für das Transportwesen.

Der Mann der Rechten ist sicherlich Jack Kemp, Mitglied des Repräsentantenhauses für die Gegend um Buffalo im Bundesstaat New York. Kemp, der seine frühere Karriere als Football-Profi in Bekanntheit ummünzen konnte, gehört seit Jahren zu den profiliertesten politischen Vertretern der Reaganomics, der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. (Nachfrageorientierte Politik, das ist der Versuch, die Wirtschaft durch verbesserte Kaufkraft und staatliche Aufträge in Schwung zu halten; angebotsorientierte, „supply-side economics“ bemüht sich dagegen, die Kostenfaktoren der Anbieter zu reduzieren: stabile oder sinkende Lohnkosten, günstige Kreditbedingungen durch verminderte Kreditnachfrage des Staats-Etats, niedrige Steuerbelastung.) Und Kemp hat dieses Konzept schon vertreten, als Carter noch Präsident war. Zugleich ist Kemp auch gesellschaftspolitisch stark rechtslastig. Seine Handicaps: Die Rekord-Verschuldung ist eine Folge der von Kemp favorisierten drastischen Steuer-senkungen. Und zum Privatleben gibt es die immer wieder kolportierte und mindestens genauso häufig energisch dementier-

te Behauptung, Kemp sei homosexuell. Welche Auswahl haben dagegen die Demokraten. Da wäre neben Hart der Senator aus Delaware, Joe Biden. Schon '84 war er von politischen Beratern zur Kandidatur gedrängt worden, doch er lehnte ab: nachdem er Frau und Tochter durch einen Verkehrsunfall verloren hatte, wollte er für seine beiden Teenager-Söhne verfügbar sein, solange sie noch zuhause lebten. Außer Biden werden noch die Senatoren Rockefeller (West Virginia), Bumpers (Arkansas) und Bradley (New Jersey) genannt. Und aus der Reihe der Gouverneure, also quasi der Ministerpräsidenten der Bundesstaaten, ragt der Gouverneur von New York, Mario Cuomo hervor. Cuomo hatte sein Amt errungen, nachdem er in der Vorwahl 1982 den populären Bürgermeister von New York City, Ed Koch, abservieren konnte.

Cuomo hatte nicht zuletzt durch eine brillante Rede auf dem Nominierungsparteitag der Demokraten auf sich aufmerksam gemacht. Auch Cuomo war früher Profisportler: im Baseball-Team der Pittsburgh Pirates. Weitere Karriere-Stationen waren Rechtsanwalt, Jura-Professor, Ombudsmann im Staat New York, Vize-Gouverneur. Der katholische Vater von fünf Kindern ist ein klassischer Vertreter des alten demokratischen Bündnisses, ein Mann der special interests. Sein Gouverneurswahlkampf zielte präzise auf die Alten, die Juden, die Italiener (Cuomo wäre der erste italienischstämmige Präsident, so wie Kennedy der erste Ire und der erste Katholik war). Ferner umwarb Cuomo die Mieter, die Neger und natürlich die Gewerkschaften, die sich für

ihn dann auch mit der ganzen Macht ihres Apparats engagierten.

Cuomo gegen Hart – das könnte ein interessantes Vorwahl-Duell geben: Cuomo als lebenswerter Exponent einer im Absterben begriffenen Bündnis-Konstellation, die an der Ostküste, vor allem im traditionell demokratischen New York ihre Heimat hat, gegen Hart, den selten lächelnden Einzelgänger aus den kühlen Rocky Mountains, den Überraschungsgewinner einer neuen Generation von Wählern und – Maschinen. Noch aber ist alles offen, noch sind die potentiellen Bewerber keine offiziellen Bewerber, noch sind die meisten Interessenten damit beschäftigt, die Chancen zu sondieren, Geldgeber zu kontaktieren, Allianzen zu schmieden und den Lauf der Dinge zu beobachten: wer sich zu früh hervorwagt, kann auch als erster erledigt sein.

Und da wartet man besser ab, ob Regierung oder Konkurrenz nicht vielleicht einen gravierenden Fehler machen, der den richtigen Hintergrund für den eigenen Auftritt abgibt. Die Kongreßteilerwahlen im Herbst werden jedenfalls ein interessantes Stimmungsbild zeichnen.

Robert Kennedys Sohn Joseph wird sich bei dieser Gelegenheit um einen Sitz im Repräsentantenhaus bemühen – die nächste Generation übernimmt das Erbe. Onkel Edward wird erst im Jahr der Präsidentschaftswahl erneut um seinen Sitz im Senat ringen müssen. Clans wie die Rockefellers oder die Kennedys haben etwas vom Flair der Adelsgeschlechter in der Alten Welt. Nur gut, daß auch sie sich wenigstens den Wahlen stellen müssen.

aus Höflichkeit „Halbe-Zeit“ im Plenum absetzt und bei der kontroversen Diskussion durch Abwesenheit glänzt.

Wolfgang Roth, Referent der Sozialdemokraten und wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD, schlug in seinem Referat – abweichend von der Linie seiner Partei – vor, die Frage der Arbeitszeitverkürzung nach einer zweijährigen Probezeit im Hinblick auf ihre Produktivitätsrate zu überprüfen. Von diesem Ergebnis sollten die weiteren Arbeitszeitverkürzungen abhängig gemacht werden.

Darüber hinaus plädierte er für mehr „freie Arbeitszeitwahl“, die durch die Struktur unserer Wirtschaft durchaus ermöglicht werden könnte. Außerdem erläuterte er den liberalen Teilnehmern das SPD-Programm „Arbeit und Umwelt“ und skizzierte den ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft – wie er ihn sieht.

Der Referent setzte sich dann für ein neues Investitionssteuergesetz ein, da bei einer Investitionsquote von z.Zt. zwanzig Prozent die Reform des Steuersystems unabdingbar sei, um damit mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Investitionen in eigenen Unternehmungen müßten erleichtert, dafür andere „Gewinnverwendung“ steuerlich belastet werden.

Vielleicht hat diese Provokation Wolfgang Roth ja richtig Spaß gemacht. Mancher Teilnehmer schien jedenfalls den Eindruck zu haben, in einem Seminar bei „Onkel Otto“ festzusitzen.

Steuerliche Erleichterungen, die ganz sicher zu Lasten von Arbeitnehmern gingen, hätten sichtbar jedenfalls noch keine neuen Arbeitsplätze gebracht, war dann auch die Antwort aus dem Plenum...

Roths Ruf nach einem starken Staat z.B. in der Umweltpolitik löste natürlich ebenfalls sofort heftige Reaktionen aus.

Andreas von Schoeler, Staatssekretär in Hessen, versuchte zu retten, was wahrscheinlich gar nicht zu retten war.

Hans-Herbert Wilhelmi, stellvertretender Vorsitzender der LD, hatte zuvor sein Konzept einer „sozial-liberalen Arbeitspolitik – Arbeit für alle? – Szenario für die 90er Jahre“ erläutert. Vor allem die Enumeration der unterschiedlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit mit der Folge, daß die „alte Arbeit“ immer weniger werden wird, sowie die daraus resultierenden „Neuen Arbeitsfelder“ als Grundlagen oder Voraussetzungen zur 30-Stunden-Woche bis 1990 bei vollem Lohnausgleich, verblüfften – erschienen vielen von uns aber durchaus logisch.

Über die Durchsetzbarkeit der Forderung nach einem Bildungssteuer-Freijahr, wie auch nach einem leistungsunabhängigen Mindesteinkommen für jeden Bürger, waren auch LD-Mitglieder unterschiedlicher Auffassung; führten daher zu kontroversen Diskussionen.

Fazit: Noch eine Chance für Liberale? Notwendigkeit eines langen Atems? War das ein Veteranentreffen?

Wir haben z.Zt. keine Chance, uns in der Tagespolitik Gehör zu verschaffen. Das ist für manchen von uns bitter. Aber fassen wir uns in Geduld. Die Wendelei kann auch mal nach hinten ausschlagen. Bleibt vorerst nur die kontinuierliche außerparlamentarische und manchmal frustrierende Weiterarbeit.

Sozial-liberaler Gesprächskreis

Astrid Jacobsen kommentiert

Gar keine Frage: Subjektiv muß so ein Erinnerungsbericht über die dritte Sitzung des sozial-liberalen Gesprächskreises in der FES in Bonn schon bleiben.

Wie in diesem Sammelbecken von fortschrittlichen Liberalen und Sozialdemokraten nun mal üblich, hatte jeder selbst wieder mindestens zwei Erwartungen schon für sich selbst mitgebracht, was sich dann auch in den Diskussionen auswirkte.

Der Reihe nach. Neu war jedenfalls, daß es sich diesmal nicht mehr um eine Nostalgie- und Wiedersehensfeier handelte wie bei den beiden leider sehr lang zurückliegenden meetings.

Auch das Wunden-lecken und Räsionieren über die Art und Weise der Wende hat nachgelassen oder ganz aufgehört. Man hat sich arrangiert. Was bleibt sonst anderes übrig.

Die Entliberalisierung der neuen Rechts- und Wirtschaftspartei, für die wir ja alle mal mehr oder weniger intensiv gearbeitet haben, war dann auch kaum noch ein Thema. (Wendepartei nach rückwärts.)

Den laut geäußerten Unmut einiger Teilnehmer, daß die eingeladenen SPD-Größen durch Abwesenheit glänzten, kann ich nicht ganz teilen.

Inzwischen hat sich ja auch dort klar herausgestellt, daß es sich beim sozial-liberalen Gesprächskreis nicht um eine SPD-Mitglieder-Werbeveranstaltung handeln kann. Interessant sind doch vorrangig die Vorstellungen, Arbeiten, Ideen – wie auch immer –, was wir an neuen, konkreten Aussagen zu gesellschaftspolitischen Fragen ausarbeiten können.

Was bedarf es da eines mehr oder weniger abkommandierten Funktionsträgers, der

28. Internationale
FilmFest Berlin
10. - 24. Februar 1986



Filmfest Berlin '86

Frauen stark! Männer verkauft.

von Christian Walther

Gina war dagegen. Und diejenigen, die im Zoo-Palast vor der Aufführung Stinkbomben warfen, müssen wohl auch dagegen gewesen sein – nette Bündnisse, die sich da gegen den Hauff-Film **Stammheim** bildeten. Die Polizeibeamten, in Zweierreihen vor den Kinoeingängen angetreten, um Störungen abzuwehren, wirkten mit ihrer Straßenkampfmontur eher provozierend, erweckten Erinnerungen an den deutschen Herbst von 1977, den Herbst der Entführung und Ermordung Schleyers, der Ermordung seiner Begleiter, der Kaperung einer Lufthansa-Maschine voller Touristen und der Befreiung durch die GSG 9 in Mogadischu, der Herbst des Todes von Baader, Raspe, Ensslin. Der Tod, der Selbstmord Ulrike Marie Meinholds war vorausgegangen – und viele Morde und viel Terror. Verhandelt wurde dies in Stammheim, vor einem Gericht, das mit den steten Veränderungen der Strafprozeßordnung an Legitimität einbüßte, und das unter seinem Vorsitzenden Prinzing nie die der Sache angemessene Souveränität fand.

Stammheim – das ist ein Synonym für den Rechtsstaat, der sich am schwächsten zeigte, wo er am stärksten auftrat. Und **Stammheim** ist eine Gedächtnisstütze, ein semi-dokumentarischer Streifen, fast mehr abgeleitetes Theater als ein Film, spannend und bedrückend zugleich. Im Dunkel des Kinos Saals zeugen Szenenapplaus und Zurufe von der Existenz jener, die man Ende der 70er Jahre „Sympathisanten“ zu nennen pflegte. Ein solcher Film, nicht amüsant, nicht kulinarisch, er-

hält also den Goldenen Bären, nach einer notabene kontroversen Diskussion. Die Präsidentin der Jury Gina Lollobrigida, wurde 6:5 überstimmt; so knapp war es noch nie.

Verpuffte Nörgelei und spöttischer Applaus

So kalt war es auch noch nie, jedenfalls solange ich mich erinnern kann. Und prompt kommt wieder allerlei Wehklagen über dieses schreckliche Festival in Berlin mit seinen schrecklich vielen Filmen und seinen gräßlich kritischen Kritikern. So auch vor, während und nach diesen 36. Berliner Filmfestspielen. Und doch ist diese Nörgelei verpufft wie selten zuvor; viele Leute waren es einfach leid, sich wieder einmal anhören zu müssen, daß es aber in Cannes viel wärmer, viel glamouröser und überhaupt viel besser sei. Die Einheimischen jedenfalls schienen beschloßen zu haben, sich von derlei Vergleichen nicht weiter beeindrucken zu lassen. Und manch einer weiß auch die Vorteile Berlins zu sehen. Peter W. Jansen, Kritiker, sieht es als einen Vorteil für das Kino an, daß das Berliner Fest ein Festival in einer Großstadt und für ein Großstadtpublikum ist. Anders als Cannes. Und anders als in Cannes sehen in Berlin die Kritiker die Filme gemeinsam mit dem Publikum; auch dies – so Jansen – ein Vorteil. Und er meint, die Kritiker sind nicht zu kritisch, „nö – das liegt an den Filmen“. An Margareta von Trotta's Filmen konnte es diesmal

nicht liegen, denn die hatte es vorgezogen, ihr neuestes Werk nicht in Berlin zu präsentieren. Diese Vorsicht hätte besser die italienische Regisseurin Liliana Cavani walten lassen sollen: **Interno Berinese (Leidenschaften)**, eine Dreiecksbeziehung eines deutschen Diplomatenpaares mit einer japanischen Botschaftertochter, angesiedelt im Berlin der Nazi-Zeit, war in Handlung und Inszenierung so hanebüchen, daß der Film in spöttischem Applaus und Hohn gelächter unterging. Man fragte sich, was um alles in der Welt diesem Film die Einladung in einen sonst gar nicht so schlecht beleumdeten Wettbewerb eingetragen hatte, doch die Antworten blieben unbefriedigend oder unbestätigt. Unbefriedigend, wenn Festivalleiter de Hadeln sagt, ein Film von Cavani sei es immer wert, auf einem Festival gezeigt zu werden, unbestätigt, wenn es heißt, der von der Cannon-Gruppe vertretene Film habe genommen werden müssen, damit man den gewünschten Film von Lina Wertmüller – ebenfalls Cannon – bekommt. Und der, **Camorra**, war nun tatsächlich sehenswert, nicht nur wegen Harvey Keitel und Angela Molina, den Hauptdarstellern. Die neapolitanischen Banden, das Rauschgift und der Kampf der Mütter – kein politischer Film, wie Lina Wertmüller meinte, aber ein sozialer, einer über Gesellschaft. Sicherlich ist **Camorra** auch als Kriminalfilm zu etikettieren. Und die folgen bekanntlich nicht durchgängig den Gesetzen der Logik – die Widersprüchlichkeit im Handeln der Personen jedoch

trägt oft dazu bei, die Glaubwürdigkeit zu erhöhen.

Buh-Rufe gab es, aber weit mehr Beifall, durch die Pfiffe vielleicht sogar noch animiert, ziemlich lange anzuhalten. **Camorra**, das schien von Anbeginn an ein Favorit für den Goldenen Bären und ging dann doch gänzlich leer aus.

Bären-Lese und Kino-Kassen

Aber der Erfolg bei der Bären-Lese ist keine Garantie für den Erfolg an den Kino-Kassen. Nicht selten kam in Berlin ein Film groß raus, der dann trotzdem nie den Weg in die Lichtspieltheater Deutschlands fand. Gleichwohl sind die Filmhändler sich ziemlich einig, daß die Berlinale-Trophäe auch ihren kommerziellen Wert hat. Daß der Bär nicht mit dem Preis der amerikanischen Akademie für Filmkunst, vulgo: dem Oscar konkurrieren kann, ist evident, aber auch schon aus den Vergaberichtlinien abzuleiten. Denn den Oscar kann ein Film eigentlich nur erhalten, wenn er sich an den Kassen schon bewährt hat – er muß also bereits bekannt sein. Bei einem Festival aber ist es eher umgekehrt: Filme, die in einem Wettbewerb mit A-Status laufen, dürfen höchstens im Ursprungsland schon gezeigt worden sein; die internationale Premiere bleibt dem Festival vorbehalten.

So lief **Rote Küsse** schon in französischen Kinos, nicht aber hierzulande. Der Silberne Bär für die junge Charlotte Valandrey

mag helfen, dem Film später einmal Zugang zum bundesdeutschen Markt zu verschaffen. Generell sind die Äußerungen über den kommerziellen Wert des Bären aber doch recht nüchtern. Lena Enquist vom schwedischen Film-Institut: „Der Bär kann ein wenig ausmachen. Er kann zumindest Filmeinkäufer dazu veranlassen, sich einen Sieger-Film einmal anzusehen.“ Und Bernhard Otto, Export-Direktor der DEFA (DDR), meint, daß eine Auszeichnung in Berlin zwar nicht zusätzliches Publikum in der DDR bedeutet, aber doch im Außenhandel hilft, einen Film zu verkaufen. Für den kana-

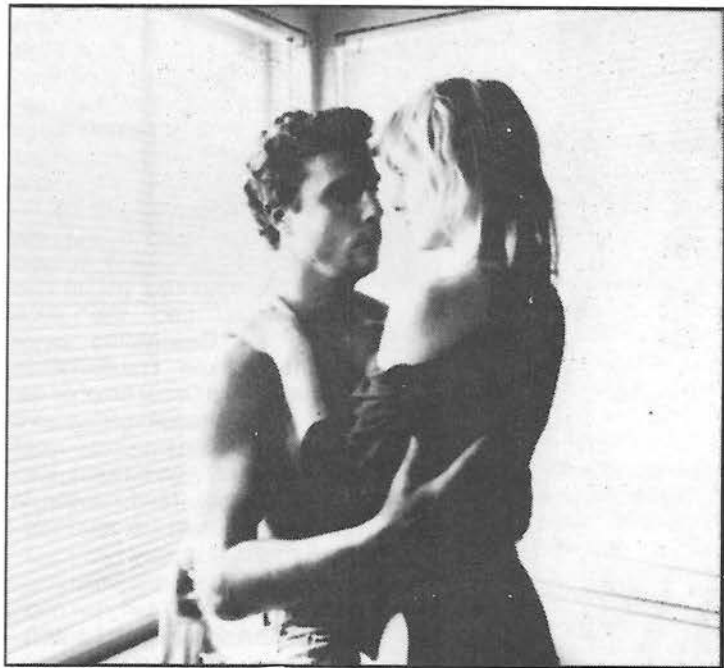
Zum Vergleich: allein schon die Nominierung der alljährlich fünf Filme für die Kategorie Bester Film mehrere Wochen vor der endgültigen Entscheidung über den Oscar-Film des Jahres führt zu einem enormen Aufschwung. Innerhalb einer Woche erhöhten sich im letzten Jahr die Einnahmen an den Kinokassen von 91 auf 102 Millionen US-Dollar. Und das wurde ermöglicht, indem von einem Wochenende zum nächsten die Zahl der Kinos, die die Nominierten zeigten, mehr als verdoppelt wurde. Das bis dahin nicht so ungeheuer erfolgreiche Kambodscha-Drama **The Killing Fields** machte auf Grund

eifrig und strickt dem Genossen Stalin ein paar schicke Socken. Aber ganz gefeiert ist auch sie nicht gegen Ami-Zigaretten und Coca-Cola. Und als Flics sie bei einer antiamerikanischen Demonstration in die Mangel nehmen, wird sie von einem Fotografen gerettet, der – ausgerechnet – für das erzbourgeoise Massenblatt Paris-Match fotografiert. Die Affäre entwickelt sich klassisch. Aus Moskau kehrt unterdessen der frühere und eigentliche Geliebte der Mutter, die später nur aus der Not den anderen geheiratet hat, zurück. Der mußte 1938 aus Paris fliehen. Doch die Erfahrungen in Stalins eigenem Land lassen ihn beim Begrüßungsempfang der alten Genossen erstmal auf die Stalin zum Opfer gefallenen Genossen trinken und dann das übergroße Stalin-Bild mit der Wodka-Flasche zerdeppern.

den fährt, eigentlich nur für ein paar Tage der Erholung, eigentlich nur, um sich auf die Arbeit im Pariser Exil vorzubereiten, eigentlich nur so. Doch dann verliebt sie sich und fährt mit diesem Mann immer weiter nach Norden. Ein sehr ruhiger Film, der in den Landschaften schwelgt, soweit er nicht immer wieder die Körper der Liebenden einfängt. Die Entfernung von Deutschland, die Ferne zu ihrer Aufgabe im Widerstand läßt auch Distanz zu Ragnar, ihrem finnischen Geliebten entstehen. Ein Telegramm – eine Todesnachricht – erzwingt eine Entscheidung.

„Männer“ nach New York

Filme werden in Berlin auf der



Außer Konkurrenz: Leben...

dischen Film sind Auszeichnungen auf internationalen Festivals kulturpolitisch sehr wichtig, sagt Jan Rofekamp von films transit aus Montreal, da ist die Goldene Palme in Cannes prima, ein Bär oder ein Löwe aus Venedig eine feine Sache. Jochem Strate von der deutschen Export Film GmbH geht soweit, den Bären für genauso wichtig zu halten wie Palme und Löwen. Und das meint er ernst, sagt er auf Nachfrage. Der Filmverlag der Autoren/Futura ist als nunmehr dreimaliger Goldbären-Sammler skeptischer: 1979, bei David von Peter Lilienthal hat der Bär nicht viel geholfen, ein paar Jahre später, als Faßbinder für **Die Sehnsucht der Veronika Voss** vergoldet wurde, war es schon besser, und **Stammheim** schließlich lief ohnehin schon als Skandal-Film in den Kinos, dürfte aber nicht zuletzt durch den Krach um die Verleihung einen weiteren PR-Schub zu verzeichnen gehabt haben.

der Nominierung den größten Sprung nach vorn. Und in diesem Jahr sind die Kandidaten allesamt kommerziell noch erfolgreicher gewesen, bevor sie nominiert wurden. Zurück nach Berlin. Schon erwähnt: **Rote Küsse** von der Regisseurin Véra Belmont.

L'Humanité versus Paris-Match

Nadia ist die Tochter zweier aus Polen stammender Eheleute jüdischen Glaubens, die aber den Talmut weniger beachten als L'Humanité, die Zeitung der Partei. Es ist eine ordentlich kommunistische Familie im Paris des Jahres 1952. Und was eine ordentlich kommunistische Familie ist, da ist die Tochter im Parteijugendverband, verkauft L'Avantgarde, das Blatt der Jungkommunisten, plakatiert



... und Sterben in L.A.

Das macht natürlich bei den Kameraden in Paris einen denkbar schlechten Eindruck. Nadia liebt Stalin weiter, aber mehr noch ihren Foto-Reporter. Das geht ideologisch natürlich nicht gut, so daß sie selbstverständlich aus der Parteijugend ausgeschlossen werden muß ... Die Frauen waren stark vertreten in Berlin. Cavani – wie schlecht ihr Film auch immer sein mag –, Wertmüller, Belmont oder auch Ingemo Engström, die die deutsch-finnische Koproduktion **Flucht nach Norden**, eine Verfilmung des gleichnamigen Romans von Klaus Mann eingebracht hatte. Katharina Thalbach in der Rolle einer jungen Kommunistin, die aus dem Berlin der Nazi-Zeit zu finnischen Freun-

Filmmesse gedealt. Und was manch einer beklagt, daß nämlich die großen amerikanischen Gesellschaften in Berlin nicht oder kaum als Verkäufer auftreten, freut den anderen umso mehr. Berlin ist der Platz, um deutsche Filme zu verkaufen, sagen die meisten Repräsentanten des deutschen Films, jedenfalls aber des neuen deutschen Autorenfilms. Logo. Der Messeplatz Berlin, weit kleiner als Cannes, weit intimer und vor allem weit besser organisiert, ist aber nicht bloß ein Heimspiel für die Deutschen. „Berlin ist vor allem ein Markt für nicht-englischsprachige Filme“, sagt Festival-Leiter Moritz de Hadeln. Und Bruno Fischli vom Schweizer Filmzentrum hebt hervor, daß Berlin der

Platz für den Autoren-Film sei. Ähnlich Carole Myer von der britischen Gesellschaft Film Four International, die zum Wettbewerb Derek Jarmans dann auch ausgezeichnetes **Caravaggio**-Portrait beisteuerte: „Wir machen viele Filme, vor allem aber künstlerische Filme. Und für solche Filme ist die Berliner Messe gut. Wer da hin kommt, der will Qualitätsfilme sehen.“ Daß in diesem Jahr der American Film Market sich erstmals mit der Berlinale überschneidet, läßt Moritz de Hadeln dann auch zumindest nach außen völlig kalt: „Da werden doch vor allem Soft-Pornos, Karate-Filme und B-Pictures angeboten.“ Wenn die Berliner Film-Messe trotz beachtlicher Wachstumsraten relativ klein ist, dann liegt das eben an der Dominanz der amerikanischen Filmgesellschaften auf dem europäischen Film-Markt: von den 285 im vergangenen Jahr für den Kino-Einsatz in der Bundesrepublik freigegebenen Filmen stammten 137 aus den USA. Und von den US-Filmen des Jahres '86 wurde eben manch einer im Hauptprogramm gezeigt, verkauft wurden sie hier nicht. Präsent waren die Amerikaner aber als Einkäufer: Der Filmverlag konnte Doris Dörries Erfolg **Männer** an eine New Yorker Company verkaufen; ein beachtlicher Erfolg.

Es hat Tradition, nicht nur die Bären in Berlin zu verleihen. Alle möglichen Jurys sind in Berlin zu Gange. Neu waren in diesem Jahr ein 1500-Mark-Preis, den Jugendsenatorin Schmalz-Jacobsen ausgelobt hatte, und der von einer autonomen Kinder-Jury dem besten Film des Kinder-FilmFestes zuzuerkennen war.

Mister Weltuntergang aus Irland bekam den Preis – und eine ganze Reihe Berliner Kinos hat hoch und heilig versprochen, künftig regelmäßig Kinderfilme ins Programm zu nehmen.

Und dann gab es erstmals auch einen Friedensfilmpreis. Und der wurde dem im Internationalen Forum des Jungen Films gezeigten australischen Dokumentarfilm **Half Life (Halbwertszeit)** verliehen: Dennis O'Rourke führt damit den Beweis, daß die 1954 von den Amerikanern auf dem Bikini-Atoll gezündete Wasserstoffbombe nicht versehentlich Menschen radioaktivem Niederschlag aussetzte. Und er zeigt die Zeugen dessen, was man dort als die Folgen der Verseuchung ansieht: Fehlgeburten z.B.

Retro: Franz Portens Tochter und JULIAS Vater

Fester Bestandteil des FilmFest ist auch die Retrospektive, diesmal gewidmet der verstorbenen Henny Porten und dem ziemlich lebendigen Fred Zinnemann. Und es gehört nun schon zu dieser Tradition, daß jeweils recht

Etappen der Filmgeschichte erlebt hat, der kann eine Menge erzählen. Tonbandabschriften, Briefe, Interviews der 1960 Verstorbenen tragen autobiographische Elemente zu dem Buch bei. Henny Porten, Tochter des Opernsängers und Tonbild-Regisseurs Franz Porten, war, so erfährt man schon in der Vorbemerkung, „politisch engagiert im engeren Sinne gewiß nicht, auch



Henny Porten in »Anna Boleyn«

gute Bücher zu diesem Anlaß produziert werden. Helga Belach hat den mit vielen, vielen Fotos illustrierten Band „Henny Porten“, ein Buch über den „ersten deutschen Filmstar“ verantwortet. Der Name Henny Porten sagt heute kaum jemandem etwas, sind doch unter den über 200 Filmen, in denen sie mitspielte, kaum unsterbliche Werke der Lichtbildkunst, wenn auch Regisseure wie Ernst Lubitsch (**Kohlhiesels Töchter**) mit ihr arbeiteten. Wer vom „Ton-Bild“, einer filmischen Inszenierung zum Ton einer Grammophonplatte, über den Stummfilm zum Tonfilm alle

zum Idol weiblicher Emanzipation läßt sie sich nicht stilisieren“. Gleichwohl: in der Nazi-Zeit lebte sie zwischen Protektion und Isolation, denn sie mochte sich von ihrem jüdischen Mann nicht trennen und tat es auch nicht. Der UFA-Star Porten war kurzzeitig auch als Produzentin tätig, geriet nach dem Krieg zunächst in Vergessenheit und drehte ihre beiden letzten Filme wieder in Babelsberg, jetzt Studiobetriebe der DEFA. Das war in den Jahren '54 und '55: **Carola Lamberti** und **Das Fräulein von Scuderi**. Fred Zinnemann, Regisseur. **Verdammt in alle Ewigkeit**,

High Noon, Julia, drei Filme, die wohl in Deutschland die bekanntesten aus dem mit 21 abendfüllenden Spielfilmen nicht einmal sonderlich umfangreichen Werk sein dürften. 1907 in Wien geboren, 1927 in Paris zum Kameramann ausgebildet, findet Zinnemann seine erste Arbeit als Kameraassistent in Berlin. Kurz danach schon geht er in die USA und schlägt sich zunächst als Statist durch. Später wird er von MGM als Kurzfilm-Regisseur fest angestellt. Obwohl er 1938 bereits einen Oscar für einen Kurzfilm erhält, kommt er erst später groß heraus. Zinnemann verfilmt Anna Seghers **Das siebte Kreuz**, von der Kritik gibt es positive Resonanz. 1951 dann wird er weltberühmt, dank **High Noon**. Im folgenden Jahr wird **Verdammt in alle Ewigkeit** realisiert und dafür gibt's dann auch wieder einen Oscar. Im Herbst 1976 spielen Jane Fonda und Vanessa Redgrave unter Zinnemanns Regie in **Julia**. **Julia**, die Geschichte zweier Frauen und ihres Widerstandes gegen den Faschismus, gab wie auch schon die **Geschichte einer Nonne** starken Frauenfiguren Gestalt. Einen Oscar brachte der Film nicht, aber immerhin eine Oscar-Nominierung und – nicht zu vergessen – vom Burda-Verlag ein Bambi. Nachzulesen in „Zinnemann“ von Goldau/Prinzler/Sinyard.

Strahlende Augen in wintergrauer Stadt

Berlinale '86: es gab viel (zu viel) zu sehen, es war kalt, es war voll. Der Geruch der Stinkbomben blieb dem Zoo-Palast erhalten bis zur Preisverleihung, die der SFB peinlich amateurhaft live im Fernsehen übertrug.

Eine Tageszeitschrift der italienischen Presse, „Reporter“ nach der FilmFest Halbzeit: „Es ist chic, es ist modern, es ist angesagt, zu behaupten, es gebe ja wieder überhaupt nichts zu sehen auf diesem Festival. Das wird bei jedem Festival gesagt. Aber es ist nicht wahr – hinterher haben doch wieder alle etwas gefunden.“

Und die Berliner Kino-Freaks, gleichermaßen kritisch wie begeisterungsfähig, kompensierten mit ihren strahlenden Augen, was der grauen Winterstadt an Glamour fehlt. Und es sind nicht wenige, die Berlin am schönsten finden, wenn in allen Cafés in allen Sprachen über Kultur parliert wird: (Film-) Metropolen-Träume.

Die Klatschkolumne

von Christian Walther



Wolfgang Petersen

Sitzen

Wolfgang Petersen, zeitweilig der einzige Landtagsabgeordnete, den die LD je zu den ihren rechnen konnte, sitzt. Petersen, der 1981 von Berlins Alternativer Liste als Nachrücker für's Abgeordnetenhaus aufgestellt worden war, hatte, noch bevor er ins Rathaus Schöneberg einziehen konnte, die Kanzlei des CDU-Abgeordneten und Rechtsanwalts **Karl-Heinz Schmitz** besucht. Allerdings außerhalb der Geschäftszeiten und unter Mißachtung bürgerlicher Umgangsformen. Der nächtliche Einbruch sollte Belastungsmaterial gegen den CDU-Anwalt mit dem südkoreanischen Ehrendoktorhut bringen. Denn dessen Beziehungen zum Chef der Ausländerbehörde waren seinerzeit ins Gerede geraten; Schmitz mußte vor einem Untersuchungsausschuß auftreten und seine politische Karriere 1985 unterbrechen. Petersens unorthodoxe Aktensichtung blieb allerdings fruchtlos: ein Berliner Gericht verurteilte ihn zu sieben Monaten Gefängnis, die auf Bewährung ausgesetzt wurden, und zur Zahlung von 5000 Mark.

Zwischen Einbruch und Urteil hatte Petersen zur Überraschung der AL, von der er sich entfremdet hatte, sein Nachrückermandat angenommen. Die AL schloß ihn aus und er sich –

nach einiger Zeit völliger Isolation im Rathaus – den LD an. Die bildeten sofort eine „Parlamentarische Arbeitsgemeinschaft“ um den Krankenpflegehelfer, zu der auch der über lange Zeit starke Mann der Berliner LD, **Hans-Ulrich Riedel**, gehörte. Und der wurde Generalbevollmächtigter des nicht glänzend organisierten Petersens. Als es aber daran ging, die Geldstrafe zu zahlen, war auch die Ernennung eines Generalbevollmächtigten keine Sicherheit. Denn der – so heißt es – verbaselte schließlich die entscheidende Frist. Daraufhin wurde die Bewährung rechtskräftig widerrufen. Anfang des Jahres hat der inzwischen nach Schleswig-Holstein Umgezogene seine Haft angetreten: er sitzt in der Justizvollzugsanstalt Neumünster. Die verspätet angezahlte Geldstrafe geht übrigens an die **Liga für Menschenrechte**.

Sitz

In Neumünster sitzt auch **Gerd-M. Achterberg**, allerdings in der Ratsversammlung. Das ist für den 37jährigen Rechtsanwalt an sich nichts Neues, hat er doch von '74 bis '82 dort die FDP vertreten. Seit 2. März allerdings ist der bundesweit durch seine glänzenden Auftritte als Leiter von LD-Bundesparteitagen bekannt gewordene Kommunalpolitiker zurück an seine frühere

Wirkungsstätte: mit 53% der Stimmen besiegte er seinen christdemokratischen Gegenkandidaten, den amtierenden Stadtpräsidenten **Christian Friedrich Peter**. Mit dem hat Achterberg gemeinsam, daß beide früher mal Kreisvorsitzende der FDP waren. Während Peter direkt zur CDU wechselte, legte Ex-Taxifahrer Achterberg eine längere Strecke zurück. Nach dem Austritt aus der FDP Beteiligung am Aufbau der LD. Austritt dort, weil die LD zwar „lieb und inhaltlich richtig“ lagen, aber keine Aussicht boten, „auf absehbare Zeit ausreichend politisch wirksam“ zu werden. Darum also 1984 Eintritt in die SPD Neumünster, Ortsverband Gadeland. Mitarbeit dort, Mitarbeit auch in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen. Eigentlich hätte sein Aufstieg nun durch zehnjähriges, gezieltes Plakatekleben eingeleitet werden sollen, doch der Ortsverband West sah die Sache anders und bot dem mittlerweile verheirateten Vater einer gut einjährigen Tochter namens **Lonny** einen Wahlkreis an. Den hat er – wie gesagt – mit satter Mehrheit geholt. Knapper war kurz darauf seine Wahl in den fünfköpfigen Fraktionsvorstand, aber immerhin.

Viel Arbeit also für den Strafverteidiger, der seit zehn Jahren auch Vorsitzender von Norderhelp, einer Hilfsorganisation für Strafgefangene ist. Kein Wunder, daß Achterberg sich nun auch um Wolfgang Petersen kümmern will. Die FDP in Neumünster, angeführt vom früheren Jungdemokraten-Bundesvorstandsmitglied **Dr. Karl Lademann**, kam übrigens bei der Kommunalwahl, die der SPD die absolute Mehrheit eintrug, selbst auf irgendwas über 2% und blieb bei der Ratsversammlung draußen vor.

Vorsprung

Miese Wahlergebnisse gab es für die FDP bei den Kommunalwahlen im Norden fast überall. Aber eben nur fast. Im Kreisverband Segeberg, schon immer ei-

ne Hochburg dieser Partei, kam man diesmal auf 7,1 Prozent, genug, um im Kreistag zu bleiben. Das gelang der FDP nur in 4 der 15 Kreise. **Jürgen Koppelin**, seit 16 Jahren Fraktionschef in der Stadtvertretung von Bad Bramstedt und noch immer sozialliberal, kann sich allerdings auf mehr als 7,1% stützen: 15,8% wurden für Bad Bramstedts Liberale ausgezählt. Das sind zwar fast 2% weniger als vor vier Jahren, aber mehr als 6½% Vorsprung vor den lokalen GRÜNEN. Wo die FDP sozialliberal ist, hat sie in der Regel besser abgeschnitten, meint Koppelin, der auch Schatzmeister der komatösen Liberalen Vereinigung ist. Der 40jährige Leiter einer Musikabteilung beim NDR in Kiel hat keine weiteren Posten in der FDP.

Pressesprecher I

„Was ist der Judaslohn, Herr Brandt, für den Verrat am Vaterland?“ fragte 1970 ein Plakat beim „Tag der Heimat“ in der Berliner Waldbühne. Und einer, der sich mit Gasballons um Auftrieb für die rechtsradikale Agitation bemühte, war **Axel Lutze**, dessen damaliger Auftritt heute niemanden berühren würde, hätte nicht Berlins NPD ein Foto der Aktion dieser Tage an die Presse versandt. Anlaß: die FDP hatte Herrn Lutze zum Pressesprecher bestellt. Der entstehende Wirbel berührte die Partei peinlich. Doch dann stellte sich alles ganz anders dar. Lutze war zwar tatsächlich Mitglied der NPD, war sogar Funktionär, dies aber als Mitarbeiter beim Landesamt für Verfassungsschutz. Und für den zu arbeiten, sei schließlich nicht ehrenrührig, meint FDP-Chef **Walter Rasch**. Axel Lutze jedenfalls schreibt sich die Bedeutungslosigkeit der NPD als eigenes Verdienst zu. Zunächst hätte er Anfang der 60er Jahre rechtsradikale Einflüsse in Fluchthelfergruppen aufzuklären gehabt, später dann war er bei NPD und Aktionsgemeinschaft 17. Juni. Die FDP erfuhr es zumeist aus der Presse. Das Lutze all dies bei der Einstel-

lung verschwiegen hatte, das war es, was Rasch übelnahm. Ob Lutzens Darstellung, er habe mit dem Rechtsradikalismus nie etwas am Hut gehabt, glaubhaft ist, sei dahingestellt. Immerhin ist nicht bekannt, daß der Verfassungsschutz die linke Szene je mit V-Leuten aus dem konservativ-bürgerlichen Milieu ausgeforscht hatte.

Die FDP jedenfalls mochte sich nicht gleich festlegen, ob Lutze nun eine Jugendsünde oder Vertrauensbruch begangen habe. Nur von Probezeit, nicht von Rausschmiß war zunächst die Rede. Nach einem Wochenende Bedenkzeit trennte man sich doch – im gegenseitigen Einverständnis, wie es so schön heißt.

Pressesprecher II

Mehr Glück hatte Berlins FDP mit einem anderen Pressesprecher, nämlich dem der Alternativen Liste. Allerdings dem vom Wahlkampf 1981. **Ernst Hoplitschek**, zeitweilig sogar Mitglied im Bundesvorstand der GRÜNEN und dem Selbstverständnis nach Ökolibertärer, hat nach einem gescheiterten Versuch, in Berlin GRÜNE gegen Alternative Liste auszuspielen, von beiden Abstand genommen. Und weil der gelegentlich als Hopplaschreck Verbalhornte unlängst Wohnung im Bezirk Steglitz genommen hatte, suchte er eben dort um die Mitgliedsrechte in der FDP nach. Erfolgreich. Um sein Wirken im neuen Umfeld auch ordentlich zu legitimieren, veröffentlichte er in der neuesten Ausgabe der mittlerweile zur Vierteljahresschrift degenerierten Berliner Liberalen Zeitung einen Text unter dem bunten Titel „Als ein Grüner bei den Blau-Gelben“. Darin plädiert er unter anderem dafür, daß die FDP im Hinblick auf die in Berlin geplanten massiven Bettenreduzierungen im Krankenhauswesen „am liberalen und für Experimente aufgeschlossenen Gesundheitssenator ansetzen“ solle, statt zwischen koalitionsgemäßem Ja und gewerkschaftlichem Nein zu schwanken. Jenseits der geplanten Großlösung will der promovierte Weltkunde-Lehrer einen „echten, dezentral und ... subsidiär angelegten Modellversuch, der den Zielen der Selbsthilfegruppen im Gesundheitswesen entsprechen würde“. Daß da am CDU-Gesundheitssenator **Ulf Fink** gut anzusetzen wäre – Hoplitschek muß es wissen, arbeitet er doch gegenwärtig in dessen Verwaltung: bei der Verwaltung des szenemäßig

„Staatsknete“ gerufenen Millionen-Etats für Berlins Selbsthilfegruppen.

Ökolibertärer

Gar nicht gut fand liberale-drucksachen-Beirat **Thomas Schmid** den Abgang seines früheren Kampfgefährten Hoplitschek in die FDP. Schmid war von Hoplitschek in den Berliner Landesverband der GRÜNEN gelotst worden, hatte sich aber nach dem fehlgeschlagenen Versuch, die Alternative Liste mittels der GRÜNEN zu undogmatischeren Diskussionen zu drängen, direkt in die AL begeben. Schmid bezeichnet sich ebenso wie das FDP-Neumitglied als „ökolibertär“. Aber das nutzt ihm gar nichts: das US-Generalkonsulat in Berlin scheint in ihm trotzdem – oder vielleicht gerade deshalb? – einen gefährlichen Aufrührer zu sehen, dem guten Gewissens nicht die Einreise in die USA zu gestatten ist. Einem im Oktober gestellten Visums-Antrag ist jedenfalls bislang nicht stattgegeben worden. Dabei versichert Wagenbach-Verlags-Lektor Schmid, daß er in den USA nur ein paar Autoren aufsuchen wollte. Aber möglicherweise ist ja alles nur ein Mißverständnis. Da ihm das Streben nach Glück in den USA also verwehrt ist, tut er es hier. Damit er nicht länger schlechte Manuskripte ablehnen muß, gibt er seinen festen Lektoren-Job auf und arbeitet künftig freiberuflich – auch als Lektor für Wagenbach. Daneben wird der engagierte Befürworter eines garantierten Mindesteinkommens wieder an eigenen Büchern arbeiten.

Stern

Heiner Bremer (44), der sich nicht mehr recht erinnern kann, wie lange er stellvertretender Landesvorsitzender der schleswig-holsteinischen FDP war, hat auch ohne Politik genug zu tun. Ein lokaler Konflikt in der Pinneberger FDP hatte für ihn 1983 den Punkt auf's i gesetzt und seinen Austritt bewirkt. Bei den Kommunalwahlen hat die Partei die Quittung gekriegt, sagt Bremer und zitiert die Ergebnisse: von 8,1% im Jahre 82 runter auf 4,7% diesmal. Der jetzt parteilose Bremer, der schon zwei – inzwischen logischerweise ziemlich ausgewachsene – Kinder hatte, als er nach **Wolfgang Lüder** und vor **Ingrid Matthäus** zwei Jahre

Bundesvorsitzender der DJD war, ist heute einer von drei geschäftsführenden Redakteuren beim STERN und Leiter der Redaktion deutsche Innen- und Außenpolitik. Die durch die Tagebuch-Affäre intern geschlagenen Wunden sind verheilt, und extern ist das auch kein Thema mehr, sagt Bremer. Und: „Die Auflage ist seit Monaten im Griff“. Das würden wir auch gerne über die **liberalen drucksachen** behaupten können.

Nachrichten für die Klatsch-Kolumne bitte (möglichst mit Foto) an Christian Walther, Machelstr. 13, 1000 Berlin 41. Danke.

Nachtrag Klatsch

Die Wahlen zur Nationalversammlung in Frankreich sind für

jene 2,2%, die der frühere Parteichef Michel Crepeau im 1. Durchlauf der Präsidentschaftswahl von 1981 erhalten hatte, jetzt in 2,2% der Sitze in der Nationalversammlung umzusetzen, gab es also kaum. Eigenständigkeit hat die Partei mithin nicht unter Beweis stellen können. Über die Kandidaturen des MRG war eine Vereinbarung mit der Parti Socialiste getroffen worden, die allerdings nicht immer respektiert wurde: MRG-Präsident **Francois Doubin** (52) fiel durch, weil der Rocardianer Michel Lambert unabhängig von der PS einen – erfolgreichen – Wahlkampf führte. Und auch **Jean-Michel Baylet**, Staatssekretär im Außenministerium, konnte eine Hochburg des MRG nicht halten, weil ein weiterer bisheriger PS-Abgeordneter als Parteidissident erfolgreich um seine Wiederwahl rang.



Wieder im Parlament: Michel Crepeau, noch immer ein Star des Mouvement des Radicaux de Gauche

die Linksliberalen ein Flopp geworden. Das **Mouvement des Radicaux de Gauche** sammelte im gesamten Wahlgebiet 0,38% der Stimmen ein. Das ist nicht nur angesichts der angepeilten 6% recht mager – es ist auch das vorläufige Ende der Hoffnung, zum Kristallisationspunkt der linken Mitte zu werden. Die Bewegung der linken Radikalen hatte bei den vorangegangenen Wahlen 1981 noch 13 Mandate, jetzt sind es nur sieben. Die Einführung des Verhältniswahlrechtes hatte das MRG zwar grundsätzlich befürwortet, doch der konkrete Wahlmodus mit 5%-Hürde und departementbezogenen Wahllisten war kritisiert worden. Chancen, etwa

Michel Crepeau, fast schon legendärer Bürgermeister von La Rochelle, langjähriger Präsident des MRG und seit 1981 nacheinander Minister für Umwelt, für Handwerk und schließlich – nach des Sozialisten Robert Badinters Abgang in den Verfassungsrat – für Justiz, hat im Departement Charente-Maritime wieder einen Sitz erkämpft. Neben verschiedenen Sitzen, die verloren gingen, gab es – immerhin – auch zwei Zugewinne: der Lyoneser Rechtsanwalt **Dominique Saint-Pierre** und der Pariser Politik-Professor **Roger-Gérard Schwartzberg**, der kurzzeitig Präsident des MRG und zuletzt Staatssekretär für die Universitäten war.

zur ständigen Erneuerung ihres Produktivkapitals hat, gerade weil sie sich dem technologischen Wettbewerb stellen muß, wäre es verhängnisvoll, wenn die gleichberechtigte und gleichgewichtige Mitwirkung aller gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, bei den Entscheidungen über den Strukturwandel, über technologische Innovationen und neue Investitionen unterbliebe. Wir schlagen deshalb vor, im Bund, in Ländern und Regionen **Kommissionen für Wirtschafts- und Sozialfragen** einzurichten, die paritätisch sich aus einer gleichen Zahl von Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände zusammensetzen. Sie erhalten gegenüber Parlamenten, Regierungen und Verwaltung Informations-, Beratungs- und Initiativrechte in wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten. In Sektoren mit äußerst schwierigen Anpassungsproblemen sind Branchenausschüsse zu bilden – z.B. für die Stahlindustrie und die Textilindustrie –, um Lösungen zur Bewältigung besonderer Beschäftigungskrisen zu beraten und vorzuschlagen.

Öffentlicher Sektor

Seit Beginn der achtziger Jahre sind die öffentlichen Investitionen in erheblichem Maße zurückgegangen. Die Krise auf dem Arbeitsmarkt wurde dadurch unmittelbar verschärft. Allein in der Bauwirtschaft sind Hunderttausende von Arbeitsplätzen verlorengegangen. Besonders drastisch gingen die Investitionen in den Gemeinden zurück, die etwa zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen tätigen. Sie kürzten von 1980 bis 1985 ihre Investitionshaushalte um mehr als 30 %. Das bedeutet einen Investitionsausfall von etwa 40 Mrd. DM. Gleichwohl besteht gerade bei den Gemeinden ein erheblicher Investitionsbedarf. Mittlerweile ist die Qualität der öffentlichen Infrastruktur bedroht, weil Modernisierungsinvestitionen, Instandsetzungen und Ersatzmaßnahmen fehlen. Vieles von dem, was ökologisch notwendig gewesen wäre, unterblieb, z.B. die Sanierung von Altdeponien und des Abwassersystems oder die Modernisierung der Abfallbeseitigung. Dringende andere Investitionen mußten ebenfalls zurückgestellt werden: im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, beim Straßenbau, bei Ortsumgehungen, bei der Verbesserung des Wohnumfeldes. Dieser aufgestaute Investitionsbedarf der Gemeinden muß so schnell wie möglich befriedigt werden. Darüber hinaus muß die Investitionsquote der Kommunen mittelfristig deutlich erhöht werden. Wir halten es deshalb für dringend erforderlich, die Finanzkraft der Gemeinden schnell und deutlich zu stärken, z.B. durch Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer. Kurzfristig halten wir es für erforderlich, die Gemeinden von einem Teil ihrer Sozialhilfeausgaben zu entlasten. Die Lohnersatzleistungen der Bundesanstalt für Arbeit müssen den notwendigen Lebensbedarf decken. Es ist nicht Aufgabe der Sozialhilfe, soziale Standardrisiken abzudecken.

5. Demokratisierung der Wirtschaft

Grundforderung sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik ist und bleibt die Demokratisierung der Wirtschaft. Sie ist für uns ein Teil unseres Kampfes für eine umfassende soziale Demokratie. Staatliche Steuerung und private Unternehmensautonomie reichen nicht aus, um die notwendige soziale und ökologische Erneuerung unserer Gesellschaft zu erreichen. Unternehmerische Funktionen sind im Rahmen einer Wettbewerbswirtschaft ebenso notwendig wie die Aktivierung der Kreativität der Arbeitnehmer innerhalb des Unternehmens durch den Ausbau der Mitbestimmungsrechte. Die Alternative „Staat oder privater Sektor“ beschreibt eine reife Volkswirtschaft nicht hinreichend. Zwischen staatlicher Steuerung und privater Unternehmensautonomie gibt es einen wachsenden und in seiner Bedeutung zunehmenden Zwischenbereich, der durch Mitbestimmung, Mitwirkung und Teilhabe der Arbeitnehmer, wie auch durch neue Formen dezentralen Wirtschaftens bestimmt wird. Wir wollen die Wirtschaftsdemokratie deshalb auf drei Wegen verwirklichen:

- durch den Ausbau der Mitbestimmung in ihren verschiedenen Ebenen,
- durch Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen,

– durch die genossenschaftlich organisierte Selbstverwaltungswirtschaft.

Beim **Ausbau der Mitbestimmung** legen wir besonderen Wert auf die Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung auf alle großen Unternehmen und Konzerne. Die Montan-Mitbestimmung ist für uns das bewährte Modell einer qualifizierten Mitbestimmung. Darüber hinaus wollen wir Arbeitnehmer und ihre Betriebsräte an der Planung und Einführung technischer Erneuerungen beteiligen. Wir wollen den Mitbestimmungskatalog bei der Einführung neuer Techniken und Verfahren, bei neuen Organisationsstrukturen, neuen Kontroll- und Überwachungssystemen, bei der Planung und Gestaltung der Arbeitsorganisation, der Gestaltung der Qualifikationsprozesse sowie allen Fragen des Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutzes erweitern.

Wenn es richtig ist, daß die Überwindung der Arbeitslosigkeit und die ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft eine Steigerung der Investitionstätigkeit erfordert, also eine stärkere Neubildung von Produktivkapital, dann darf dies nicht wie in der Vergangenheit zu einer weiteren Vermögenskonzentration führen, die die bisherigen Besitzer von Produktivkapital begünstigt. Gerade deshalb halten wir eine Initiative für eine neue Politik zur Bildung von Produktivkapital in Arbeitnehmerhand für notwendig. Neben betrieblichen Beteiligungsformen setzen wir ganz besonders auf überbetriebliche **Produktivkapitalbeteiligung der Arbeitnehmer**. In der **Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens** sehen wir eine Chance für solidarische Wirtschafts- und Gesellschaftsreformen in einer demokratischen Organisationsform. Wir wollen die neu entstandene Selbstverwaltungswirtschaft fördern, z.B. durch den Aufbau von regionalen Förder- und Beratungseinrichtungen oder durch die Verbesserung der Kapital- und Finanzierungsbasis für selbstverwaltete Betriebe und Projekte.

6. Antworten auf das wachsende weltwirtschaftliche Konfliktpotential

Ich komme am Schluß auf den Beginn meiner Ausführungen zurück, zu den Problemen der Weltwirtschaft heute und zu unseren Antworten auf das wachsende weltwirtschaftliche Konfliktpotential. Ich hatte eingangs auf die Gegensätzlichkeit in der Entwicklung der Weltwirtschaft hingewiesen: auf die wachsende Verflechtung der nationalen Volkswirtschaften einerseits und auf den zunehmenden Verfall der weltwirtschaftlichen Ordnungssysteme. Hinzu kommt, daß der Widerspruch zwischen der politischen Macht, den technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Industrieländer einerseits und den berechtigten Souveränitätsansprüchen einer entkolonialisierten Welt, vor allem der Not und der Armut in der Dritten Welt, andererseits sich zuspitzt und sich immer häufiger in gewaltsamen Konflikten entlädt. Wir streben eine internationale Ordnung an, in der alle Menschen in Frieden miteinander leben können und die allen Völkern faire Chancen bietet, sich angemessene Lebensbedingungen zu erarbeiten. Wir wollen die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der Dritten Welt stärken. Vordringlich ist zur Zeit die **Entschärfung der Verschuldungsprobleme vieler Staaten der Dritten Welt**: Der Schuldendienst muß ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angepaßt werden. Er darf nicht ihre mittel- und längerfristigen Entwicklungschancen zerstören. Das geht nur, wenn die Industrieländer und die internationalen Banken dabei Opfer bringen.

Für uns steht außer Frage, daß der Rüstungswettlauf zwischen Ost und West, aber auch das Niveau der Rüstungsausgaben in der Dritten Welt, nicht nur den Frieden bedroht, der **Rüstungswettlauf ist zugleich mitverantwortlich für wirtschaftliche und soziale Not in der Welt**. Wir schlagen vor, zwischen Ost und West sowie zwischen Nord und Süd ein internationales Sonderprogramm zu vereinbaren, das aus Rüstungseinsparungen gespeist wird, und das die bisher bestehenden finanziellen Möglichkeiten der Entwicklungspolitik erweitern soll. Durch eine Minderung der weltweiten Rüstungsausgaben um nur 1 % könnte ein solches „Zukunftsprogramm Dritte Welt“ um 10 Mrd. Dollar jährlich ausgestattet werden.

Auch muß die Gefahr eines protektionistischen Wettlaufs und eines krisenhaften Einbruchs des Welthandels gebannt werden. Das internationale Handelssystem des

GATT muß so umgestaltet werden, daß alle Länder an der internationalen Arbeitsteilung teilnehmen und wirtschaftliche und soziale Fortschritte erreichen können.

Wir befürworten ein tragfähiges **internationales Währungssystem**, das unserer Auffassung nach auf drei Säulen beruhen könnte: dem Dollar, der europäischen Währungseinheit und dem japanischen Yen. Durch die Zusammenarbeit zwischen den großen Währungsblöcken soll eine stabile Entwicklung der Wechselkurse und eine Steigerung der internationalen Liquidität erreicht werden, die eine inflationsfreie weltwirtschaftliche Entwicklung ermöglicht.

7. Neue Aufgaben der EG

Wir wissen, daß nationale Strategien zur Überwindung der Krise, insbesondere der Beschäftigungskrise, auf Grenzen stoßen. Ein enger Zusammenschluß der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten brächte allen europäischen Partnern mehr Handlungsspielraum bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und zur wirtschaftlichen und ökologischen Erneuerung.

Wir schlagen deshalb vor,
– einen **europäischen Beschäftigungspakt** zu schließen. Es gibt genügend Möglichkeiten in Europa für produktive Investitionen, im öffentlichen wie im privaten Bereich. Gemeinsame Investitionsanstrengungen zur Verbesserung der europäischen Infrastrukturen und Anstrengungen im Umweltbereich können Arbeit schaffen und dringende Bedürfnisse der Menschen befriedigen.

– **den europäischen Binnenmarkt zu verwirklichen.** Versteckte Handelshemmnisse, wie nationale Normen und Zulassungsbeschränkungen, Beschaffungspolitiken der öffentlichen Körperschaften und unzählige Behinderungen im Dienstleistungsbereich bilden immer noch Barrieren, die die Entfaltung des europäischen Industrie- und Wirtschaftspotentials nachhaltig hemmen. Wir treten für eine Überwindung dieser Barrieren ein und unterstützen das Ziel der Europäischen Kommission, den europäischen Binnenmarkt nach einem

festen Zeitplan bis 1992 durchzusetzen. Der Ausbau des europäischen Binnenmarktes muß aber Hand in Hand gehen mit der **Schaffung eines europäischen Sozialraumes**, der gemeinsame Mindestnormen für die Organisation der Arbeit einschließlich der Arbeitszeit, für soziale Standards und für Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften vorsieht.

– Wir wollen eine **europäische Forschungs- und Technologiepolitik** zur industriellen Erneuerung betreiben. Ein europäischer Binnenmarkt wird den Wettbewerb in Europa stärken und der Innovationstätigkeit der europäischen Unternehmen neue Impulse geben. Dies allein reicht aber nicht, um der wissenschaftlich-technischen Herausforderung durch die USA und Japan zu begegnen. Wir wollen in Europa auf eine Forschungskooperation solcher Technologien hinarbeiten, die den Rohstoff- und Energieeinsatz reduzieren, die Umwelt entlasten und die Arbeitsbedingungen verbessern. Mit dieser Zielsetzung befürworten wir **gemeinsam finanzierte Forschungszentren** und die engere Kooperation zwischen den nationalen Zentren, einen **stärkeren Austausch von Wissenschafts- und Forschungspersonal** sowie europaweite Anstrengungen für den Aufbau moderner Infrastrukturen, wie etwa eines Informations- und Kommunikationsnetzes.

– Schließlich wollen wir das **europäische Währungssystem ausbauen.** Die Ausweitung der innereuropäischen Arbeitsteilung setzt stabile Währungsbeziehungen in Europa voraus. Mit dem europäischen Währungssystem wurde ein Raum relativer Währungsstabilität geschaffen. Diese Stabilität hat mit dazu beigetragen, daß die europäische Währungseinheit ECU auf den internationalen Kapitalmärkten akzeptiert wird. Diese Entwicklung gilt es nun voranzutreiben. Unser Ziel ist eine gemeinsame europäische Währung. Wir wollen damit eine Alternative zum amerikanischen Dollar schaffen, um neue politische Spielräume für Europa zu schaffen.

** Der Verfasser ist wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.*

Neue Arbeit

Von Hans Wilhelmy

Vor neun Jahren begann der Arbeiterdichter Max von der Grün einen Aufsatz in den Frankfurter Heften so: „Großgeworden bin ich mit dem Satz: Wer nicht arbeitet, der braucht auch nicht zu essen.“ Seine Mutter hielt sich offenbar ans Neue Testament. In einem Heft des Stern vom Januar 1981 konnte man dagegen folgenden Witz zur heutigen Generation der „Aussteiger“ lesen:

„Warum arbeiten Sie nicht?“

„Warum sollte ich?“

„Um Geld zu verdienen.“

„Und dann?“

„Das Geld bringt Ihnen Zinsen.“

„Und dann?“

„Dann haben Sie so viel, daß Sie nicht mehr arbeiten müssen.“

„Wo ist die Logik? Ich arbeite doch jetzt auch nicht.“

Arbeit für alle?

Die frühere unumgängliche Mühsal des Alltags, sie scheint heute quasi abwählbar. Ist das „Recht auf Arbeit“ überholt? Kommt gut 100 Jahre nach seiner ersten Proklamation durch Paul Lafargue das „Recht auf Faulheit“ zum Zuge?

Nein, so sind die Verhältnisse im Abendland nicht, jedenfalls noch nicht. Vor allem in Deutschland ist „Arbeit“ nach wie vor eine jener Kategorien des Denkens, mit deren Hilfe sich das jeweilige Gesamtsystem der Anschauungen und Deutungen des Menschen in seiner Rolle in der Welt entfalten läßt. Wir leben, so pflegen viele zu sagen, die vorrangig den Erwerbscharakter von Arbeit vor Augen haben, in einer „Arbeitsgesellschaft“. Daran ist wahr, daß „Arbeit“ ein zentrales Element westeuropäischer, industriell geprägter Kultur darstellt. Ich nenne hierzu sieben Aspekte. Arbeit gegen Entgelt

- sichert die materielle Existenz von einzelnen und Familien einschließlich des Schutzes bei Unfall, Arbeitslosigkeit und Alter;
- formt die soziale Identität des Individuums durch Berufswahl, gesellschaftlichen Status und Kontakte;
- prägt von Jugend an die Entfaltung von Fähigkeiten, Tugenden und Verhaltensweisen;
- teilt mehr als jeder andere Faktor die Zeit von Tag, Woche und Jahr ein;
- grenzt Pflichtzeit und Freizeit voneinander ab, ebenso den Alltag von Feiern und Festen;
- begründet neue Funktionsbereiche wie Arbeitsmedizin, Arbeitsrecht, Arbeitswissenschaft, Arbeitsverwaltung;
- bildet, und das nicht zuletzt, den zweiten Hauptfaktor der Volkswirtschaft.

Dies alles gilt, obwohl nur eine Minderheit aller Bürger im Erwerbs- und Arbeitsprozeß steht. Von 61,2 Millionen Deutschen und Ausländern zählten 1984 26,6 Millionen als „Erwerbspersonen“, also gut 43 Prozent.

Kulturfaktor Arbeit

Der Kulturfaktor Arbeit erklärt auch die weitreichende Bedeutung des Problems Arbeitslosigkeit. Große Kongresse gänz-

lich außerwirtschaftlicher Gruppen haben seit 1982 das Thema aufgegriffen: Der Deutsche Soziologentag, die Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, die Kulturpolitische Gesellschaft. Ganz zu schweigen von der nun schon jahrelang anhaltenden aktuellen öffentlich-politischen Diskussion. Verbirgt sich hier etwa – entfernt von allen Fragen sozialer Not – auf eine gut deutsche Weise, doch unterhalb der Ebene von Religion, Philosophie oder Ästhetik, die Angst vor dem Verfall gewohnter Ordnung, zugespitzt mit einem Buchtitel des Zwangsemigranten Joachim Schumacher von 1937 „Die Angst vor dem Chaos“? In welchem Licht erscheint dann die Formel „Arbeit für alle“, die ich heute begründen will?

„Alte Arbeit“

Ich versuche es mit einer Unterscheidung, nämlich derjenigen zwischen „alter“ Arbeit und „neuer“ Arbeit. „Alte“ Arbeit, das ist Erwerbs- und Lohnarbeit, Besitz oder Nichtbesitz eines Arbeitsplatzes, Ziel gesetzlicher Arbeitsförderung, abhängige Variable ökonomischer Konjunktur etc. Von ihr soll jetzt die Rede sein.

Zunächst ein paar Zahlen aus 1984: Drei Viertel aller Erwerbstätigen arbeiten in vier Wirtschaftsbereichen, im verarbeitenden Gewerbe (8,5 Millionen = 32,2 Prozent), im Dienstleistungsbereich von Unternehmen und Freien Berufen (5,2 Millionen = 19,6 Prozent), im Handel (3,3 Millionen = 12,4 Prozent) und in Gebietskörperschaften/Sozialversicherungen (2,7 Millionen = 10 Prozent). Manchen mag es überraschen: Nur gut jeder Fünfte arbeitet in der Industrie. Der Anteil der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen beträgt 12,5 Prozent, der Anteil abhängig Beschäftigter mithin 87,5 Prozent (vor 100 Jahren waren es erst 62 Prozent).

Und nun das zentrale Faktum: „**Alte Arbeit wird knapp.**“ Daß dem so ist, zeigen die statistischen Monats- und Jahreszahlen der Bundesanstalt für Arbeit zur Genüge. Dabei geht es der Wirtschaft seit Jahren gut. Das Ausland kauft deutsche Waren ebenso wie deutsche Aktien. Die Unternehmerrgewinne steigen und steigen. Die Inflationsrate sinkt. Woran liegt es dann, daß mehr als 2 Millionen Bürger keinen Arbeitsplatz erhalten? Mindestens **fünf Ursachen** sind zu bedenken:

1. Die **Produktivität** steigt ununterbrochen, das heißt, die gleiche Menge an Gütern kann mit immer weniger Personen hergestellt werden.
2. In großen Teilen der Wirtschaft ist das Wachstum zum Stillstand gekommen, weil die **Bedürfnisse** der Abnehmer mehr oder weniger **gesättigt** sind.
3. **Mehr Menschen als früher suchen den Zugang zur Erwerbsarbeit**, nämlich mehr Frauen und die Angehörigen der großen Jahrgänge aus den Jahren 1957 bis 1966.
4. Die **neuen Technologien**, vor allem die Anwendungen der Mikroelektronik und die Computeranwendung, führen zu verstärkter Automatisierung und Rationalisierung; Maschinen ersetzen Menschen.
5. **Arbeit ist in beachtlichem Maß ungleich verteilt**, die einen leisten vielfache Überstunden, die anderen bleiben ausgeschlossen.

Die gemeinsam erstellten Modellrechnungen des IAB und von PROGNOSE „Arbeitsmarktperspektiven der 80er und 90er Jahre“ lassen keinen Raum für Zweifel mehr übrig: Die Zahl der registrierten Arbeitslosen fällt bei keiner der neun durchgerechneten Varianten unter 2 Millionen und steigt in einigen Varianten auf über 3,5 Millionen. Wer bei dieser Sachlage glaubt, durch ständiges wirtschaftliches Wachstum „Vollbeschäftigung“ wie Ende der 50er Jahre zu erreichen, der mag als Illusionist seinen Träumen nachhängen. Dieser Zug der „alten“ Arbeit ist ein für alle Mal abgefahren. Man bedenke nicht zuletzt die Arbeitslosenquoten in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, aber auch in Skandinavien und in den USA.

„Neue Arbeit“

Die Forderung nach „Arbeit für alle“ meint die „neue“ Arbeit. Dieser Begriff nimmt zur Erwerbsarbeit den längst vorhandenen, aber nicht anerkannten „informellen Sektor“ hinzu. Stichworte sind: Schwarzarbeit, Schattenwirtschaft, Bürgerengagement, Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegedienste, Ehrenamt in gemeinnützigen Einrichtungen, Nachbarschaftshilfe,

Selbsthilfe, Eigenarbeit, Hausarbeit. Diese Formen der „neuen“ Arbeit umschließen die große Mehrzahl der kollektiven und individuellen Bedürfnisse, die innerhalb einer Gesellschaft in geregelter Weise zu erfüllen sind. Außen vor gelassen sind aus guten Gründen Selbstbedienung, Hobby, Muße und Erholung. Über die „neue“ Arbeit haben schon manche nachgedacht, leider noch mit recht verschiedenen Begriffen. Eine erste Annäherung bedeutet derjenige der „Dualwirtschaft“, also des Nebeneinanders von formellen und informellen Wirtschaftsstrukturen.

Das Konzept der „neuen“ Arbeit ist kein definitorischer Trick, um einer Krisensituation zu entkommen und möglichst vielen Menschen das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses bestätigen zu können. Das Konzept ist vielmehr die Konsequenz aus dem gesamten sozialen Wandel seit Beginn der Industrialisierung. Seither haben sich die Produktivkräfte des Menschen in einer Weise entfaltet, die manche Abhängigkeiten alter Tage aufhebt. **Das Motto „Arbeit für alle“ steht daher unter einem gänzlich anderen Vorzeichen, nämlich der nunmehr ermöglichten Verbindung von Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Verantwortlichkeit.**

„**Arbeit für alle**“ ist somit auch kein Imperativ, sondern ein **soziales Grundrecht**. Dieses Grundrecht ist in einer offenen Gesellschaft mit mündigen Bürgern, die sich in labilen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Zusammenhängen behaupten will, auch unverzichtbar. **Dafür sprechen fünf Hauptgründe:**

1. In **individueller Sicht**: Arbeit ist – nach einem Wort von Sigmund Freud – die wichtigste Begegnung mit der Realität; und diese Realität ist eben eine ganzheitliche und nicht nur der Ausschnitt der Ökonomie.
2. In **gesellschaftlicher Sicht**: **Armut und Not, Krankheit und Leid, Hunger und Obdachlosigkeit, die negativen Folgewirkungen der Natur-Ausbeutung und der Verletzung ökologischer Gleichgewichte – diese und viele andere Probleme harren noch der Lösung; es gibt also mehr als genug zu tun; jeder wird gebraucht.**
3. In **historischer Hinsicht**: Massenarbeitslosigkeit kann den inneren und den äußeren Frieden gefährden. Gerade die deutschen Erfahrungen aus dem Anfang der 30er Jahre sollten schrecken.
4. In **kultureller Hinsicht**: Zentrale Elemente einer Kultur lassen sich nur in langen Zeiträumen ablösen oder auswechseln; die Ersetzung von Arbeit durch Freizeit, wie es manche propagieren, ist ein Irrweg.
5. In **ökonomischer Hinsicht**: Es mit dem Rückgang der „alten“ Arbeit bewenden lassen, hieße, eine unumkehrbare Gewichtverschiebung zugunsten des Faktors Kapital herbeizuführen.

Da nun soziale Grundrechte sich nicht von selbst verwirklichen – schon gar nicht im „freien Spiel der Kräfte“, wie bestimmte Interessenten Glauben machen wollen –, kann das Fazit nur heißen: Es ist eine Arbeitspolitik notwendig, die die Begrenzungen einer noch gängigen Arbeitsmarktpolitik schnell abstreift und statt dessen die Dimensionen der „neuen“ Arbeit zugrunde legt.

Neue Arbeitspolitik

Der Handlungsbedarf für diese Arbeitspolitik ist groß. Gesellschaft und Staat können und dürfen sich dieser Entwicklung nicht entziehen. Daraus ergibt sich der Auftrag an die politischen Instanzen als Inhabern der demokratisch kontrollierten Macht, Ziele und Mittel für diese Arbeitspolitik zu entwickeln und die nötigen Entscheidungen herbeizuführen. Doch muß das verfügbare Instrumentarium sorgsam bedacht werden. Geht man vom Status quo aus, dann bestehen relativ wenige Einflußmöglichkeiten auf folgenden Feldern:

- Der Tarifhoheit der Sozialpartner;
- den Marktstrategien der Unternehmen;
- der technischen Entwicklung;
- der Verbesserung der Produktivität;
- dem internationalen Lohngefälle;
- dem Wertewandel in der Gesellschaft.

Relativ mehr Einflußmöglichkeiten sind gegeben bei:

- Ordnungs- und Schutzmaßnahmen durch rechtliche Regelungen (Arbeitsrecht);

- der Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben;
- Bildungszielen, Bildungswegen, Anerkennung von Bildungsabschlüssen im Bezug zum Arbeitsleben;
- der quantitativen und qualitativen Gestaltung des Arbeitsbedarfs durch öffentliche Aufträge wie auch durch steuerliche Regelungen unter Einbeziehung weiterer gesellschaftlicher Aufgaben;
- der Regulierung der Verteilung von Arbeit;
- der sozialen Anerkennung nicht bezahlter Arbeit.

Die öffentliche Debatte wird zeigen, ob und welche weiteren handhabbaren Ansatzpunkte für eine **Politik zugunsten der „neuen“ Arbeit** entwickelt werden können. Soweit staatliche Entscheidungen gefordert sind, kommen vier Kategorien in Betracht: Gebote, Verbote, Anreize und Leistungen. Darauf muß es also stets hinauslaufen, wie viel drumherum an Planung, Programm, Aktion und anderem geschieht.

Qualitative Aspekte der Arbeitspolitik

Im folgenden skizziere ich ein Sachkonzept, das in vielen Teilen noch unvollkommen ist, aber, wie ich hoffe, die Zielrichtung ebenso erkennen läßt wie es einige konkrete Wirkungen herbeizuführen vermag.

Zunächst die Grundsätze:

1. **Wahlfreiheit**
Wer bezahlte Arbeit leisten will, muß dazu Möglichkeiten vorfinden. Dabei muß geleistete Arbeit
 - so entlohnt sein, daß sie die materielle Existenz/den sozialen Standard angemessen sichert,
 - so beschaffen sein, daß sie die geistig-seelische Persönlichkeit des einzelnen erhält und fördert sowie seine Gesundheit nicht unverhältnismäßig beeinträchtigt.
2. **Gleichrangigkeit**
Die herkömmliche Abgrenzung von bezahlter und nichtbezahlter Arbeit muß relativiert werden. Die Erfüllung von Aufgaben zugunsten anderer, ob Krankenpflege zu Hause oder Kfz.-Wartung in der Werkstatt, verdient gleichermaßen soziale Anerkennung.
3. **Ganzheitliches Leben**
Jeder muß Gelegenheit haben, aus Arbeit, Muße und Genuß sein individuelles Leben zu gestalten, und zwar nicht auf Kosten anderer. Eine Reduzierung des Menschen auf eine Arbeitskraft ist inhuman. All dies muß auch in den Bildungszielen, vor allem der Pflichtschule, zum Ausdruck kommen.
4. **Differenzierungsverbot**
Unterschiede zwischen Frau und Mann auf dem Arbeitsmarkt müssen beseitigt werden. Dies gilt für die Entlohnung ebenso wie für die Beförderung auf höherwertige Stellen und die Wiedereingliederung nach vorübergehendem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis.
5. **Abgabepflicht**
Wo Maschinen menschliche Arbeit ersetzen, entfällt nicht die Notwendigkeit der Erhebung von Steuern und Sozialabgaben. Ein verändertes Erhebungssystem, das an investiertem Kapital, an Wertschöpfung oder an Gewinn anknüpfen könnte, soll jedoch aufkommensneutral gestaltet werden.

Quantitative Aspekte der Arbeitspolitik

Nun zu einigen quantitativen Aspekten. Am Anfang steht der Ausgleich zwischen Angebot von und Nachfrage nach Arbeitsleistungen im Sinne der Erwerbsarbeit. Der richtige Weg ist hier die Verminderung des Angebots. Hierzu kommen vor allem anderen in Betracht die Verkürzung der Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit:

1. **Verkürzung der Tages- und Wochenarbeitszeit**
Für die nächsten Jahre ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Produktivität der Arbeit weiter ansteigt. Außerdem steigt die Zahl der Arbeitssuchenden. Da die Produktion von Gütern und Dienstleistungen nicht in gleichem Maß gesteigert werden kann, entsteht zusätzliche Arbeitslosigkeit. Erforderlich ist daher eine Neuverteilung der Arbeit durch

Arbeitszeitverkürzung. Diese Verkürzung muß ein Ausmaß erreichen, das das Absinken des Bedarfs an Arbeitsleistungen durch den Produktivitätsfortschritt ausgleicht, Arbeitsmöglichkeiten für die starken Jahrgänge freimacht und zur Aufnahme der bisher Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß beiträgt. Dies kann nur in einem großen Schritt geschehen. Vorgeschlagen wird die Einführung des 6-Stunden-Tags und der 30-Stunden-Woche. Sie sollen bis zum Ende des Jahres 1990 in Kraft treten, und zwar durch Gesetz, falls sich die Tarifparteien nicht auf einen schrittweisen Übergang zum neuen Zustand durch Tarifverträge einigen. Der Übergang zum 6-Stunden-Tag schafft außerdem für Berufstätige weitere Möglichkeiten, sich im privaten Bereich zu engagieren. Damit werden Wege geöffnet für eine Aufgabenverteilung im privaten Bereich, die dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Frau und Mann entsprechen.

Ein voller Lohnausgleich kommt nicht in Betracht, auch wenn die Arbeitszeitverkürzung zusätzliche Produktivitätsfortschritte auslösen dürfte, sei es durch gesteigerte Arbeitsintensität, sei es durch Mehrschichtbetrieb der Anlagen.

2. **Jahresarbeitszeit**
Der Mindesturlaub für alle abhängig Beschäftigten soll künftig 30 Arbeitstage im Jahr betragen. Davon gelten 20 Tage für den Erholungsurlaub. Jeweils 10 Urlaubstage können angespart werden und nach einer Reihe von Jahren für eine Unterbrechung des Arbeitslebens verwendet werden (Freijahr).
3. **Lebensarbeitszeit**
Die Lebensarbeitszeit kann verringert werden, wenn der Berufseinstieg später beginnt, wenn die Berufstätigkeit unterbrochen werden kann und wenn der Eintritt ins Rentenalter vorverlegt wird. Hierfür existieren bereits einige Lösungen. Es erscheint – mit Ausnahme möglicherweise des Elternurlaubs – nicht nützlich, auf diesem Feld weitere Ansatzpunkte zu suchen. Einerseits sind diese Lösungen in ihrer quantitativen Dimension nicht allzu bedeutsam, andererseits wird damit eine Lebensführung für den einzelnen Menschen vorgegeben, die ihn eher in einen festen Rahmen einzwängt, anstatt ihm Spielräume zur eigenen Gestaltung zu geben.

Steigerung der Arbeitskräftenachfrage

Da die Senkung des Angebots allein nicht ausreichen wird, muß gleichzeitig eine Steigerung der Nachfrage nach Arbeitsleistungen ins Auge gefaßt werden. Hierzu kommen sowohl der öffentliche als auch der private Bereich in Betracht.

1. **Die öffentlichen Investitionen** sollen ausgeweitet werden, vor allem in Richtung Umweltschutz und zur Einsparung von Energie und Rohstoffen. Hinzu kommt die Sanierung der Wälder und der Böden sowie die Rekultivierung zerstörter Landschaften.
2. **Die private Investitionsbereitschaft** kann grundsätzlich durch eine kongruente Steuerpolitik, ferner insbesondere durch eine Reduzierung zu hoher Zinssätze gefördert werden. Eine Politik niedriger Zinsen kann die Neugründung selbständiger Existenzen erleichtern; auch dies wirkt entlastend auf den Arbeitsmarkt. Zugleich verringern niedrige Zinsen die Last der Staatsverschuldung. Eine gleichmäßigere Verteilung der Vermögen, z.B. durch eine Reform des Erbrechts, ferner eine Neugestaltung der Bodenpolitik und nicht zuletzt ein Auslaufen der Sparförderung können je für sich Beiträge zu mehr Beschäftigung darstellen. Im übrigen schaffen sie zusätzliche Möglichkeiten zu selbständiger Lebensgestaltung.

Verbesserung der Arbeitsqualität

Neben den quantitativen haben die qualitativen Aspekte gleichermaßen Gewicht, mithin die Arbeitsqualität. Dies ist in den vergangenen 15 Jahren vielfach unter dem Stichwort „Humanisierung der Arbeitswelt“ erörtert, erforscht und in kleineren Teilen realisiert worden. Zur aktuellen Situation seien nur drei Stichworte genannt: **Mitbestimmung**, **Flexibilität der Arbeitszeit** und **Mobilität** im Hinblick auf den Arbeitsort. Demo-

kratie als Lebensform – nach einer Formulierung des Politologen Carl Joachim Friedrich – verlangt, daß der Mensch nicht nur im Staat, sondern auch an seinem Arbeitsplatz, im Betrieb und Unternehmen mitbestimmen kann. Ein Ausbau der Mitbestimmungsrechte des einzelnen Arbeitnehmers und seiner Vertreter über den jetzigen Rahmen hinaus ist erforderlich. Das zielt zum einen auf eine echte paritätische Mitbestimmung in Unternehmen, zum anderen auf Regelungen zur Mitbestimmung unmittelbar am Arbeitsplatz.

Flexibilität der Arbeitszeit hat einiges für sich, wenn man an die Bedürfnisse des einzelnen in der Lebensführung denkt. Soweit jedoch aus ökonomischen Gründen daran gedacht ist, die Regelungen zur Schicht-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit auszuweiten, muß dem rechtzeitig vorgebeugt werden.

Ganz überwiegend geht der Mensch zur Arbeit und kommt von seinem Arbeitsplatz nach Hause. Manche neue Techniken werden es in Zukunft gestatten, bestimmte Arbeitsvorgänge mit Maschinen zu erledigen, die „zu Hause“ aufgestellt werden. Diese Heimarbeit neuer Art birgt große Gefahren in sich, zum Beispiel Lohndruck, Leistungskontrolle, Entsolidarisierung, Ausbeutung, nicht zuletzt aber die Vermischung von Privatleben und Erwerbsleben. Wo immer diese Art der Heimarbeit eingeführt wird, muß mindestens dafür gesorgt werden, daß der erreichte Standard des Schutzes von Arbeitnehmern nicht unterschritten wird.

Das so umrissene Konzept ist, wie schon gesagt, unvollkommen. Es hat darüber hinaus zwei gravierende Mängel. Zum einen markiert es noch nicht die wichtigen Anschlußstellen der Arbeitspolitik zu benachbarten Politikbereichen wie Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik, Forschungspolitik, Bildungspolitik, Familienpolitik, Jugendpolitik und andere. Zum anderen hat es mehr mit der „alten“ als mit der „neuen“ Arbeit zu tun. Was den ersten Mangel angeht, so handelt es sich um eine nachholbare Denkarbeit. Es geht um ein stimmiges Gesamtkonzept, was dann auf ein größeres politisches Programm hinausläuft.

Den Umbruch der Wirtschaft ernst nehmen

Was nun den zweiten Mangel angeht, so beruht er in erster Linie auf der Unzulänglichkeit der bisherigen Diskussion. Zwar finden sich an verstreuten Stellen sehr wohl Darstellungen zur Schattenwirtschaft oder zur Eigenarbeit. Aber aus all dem ergibt sich noch kein Brückenschlag zwischen dem formellen und dem informellen Sektor. Erst recht fehlt es an einem Umdenken in der Richtung, daß die scheinbare Krise der Arbeitsgesellschaft begriffen wird als die Chance zu einer Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Eine Neugestaltung, die den erreichten Stand der Produktivkräfte nutzt, um den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt zu stellen. Das klingt nach „neuem Menschen“ oder „neuer Gesellschaft“, also Utopien, die allenfalls von Ernst Blochs Prinzip „Hoffnung“ getragen werden, kaum aber von den Realitäten des Lebens, was immer man alles darunter fassen mag. Eine solche abgehobene Betrachtung liegt mir fern. Aber Wirtschaftshistoriker dürften es nicht schwer haben, all die Erwartungen und Verheißungen ans Licht zu holen, die vor 150 und mehr Jahren von den Verfechtern der Mechanisierung, der Dampfmaschine, der Fabrikarbeit, kurz der Industrialisierung ins Feld geführt worden sind. Dies alles sollte unter dem Vorzeichen des Fortschritts die Phantasie der Menschen beschäftigen und ihre Bereitschaft wecken oder stärken, den vor allem ökonomisch gewollten sozialen Wandel mitzutragen. War das anderes als eine Aufforderung aus vordemokratischer Zeit zur „Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse“? – die sich ja dann auch in tiefgreifender Weise vollzogen hat. Polemisch oder akademisch streiten mag man noch über die jeweiligen Anteile der Einflußfaktoren Wirtschaft und Politik an dieser Entwicklung.

Worauf ich hinaus will, das ist, vom Umbruch der Wirtschaft ernsthaft Kenntnis zu nehmen. Wenn die Produktion künftig mehr und mehr auf den arbeitenden Menschen verzichten kann, um doch mindestens die gleiche Summe an Gütern zu erzeugen wie bisher, dann besteht der gesellschaftliche Reichtum nicht nur in diesen Gütern, sondern auch in dem wachsenden Volumen nicht arbeitsgebundener Zeit. Oder mit einem Zitat von Karl Marx: „Auf Schaffen disponibler Zeit beruht die

ganze Entwicklung des Reichtums.“ Und noch einmal Karl Marx: „Das Reich der Freiheit beginnt erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört.“ Die „neue“ Arbeit, wie ich sie im Ansatz umrissen habe, wird die Hülle der „alten“ Arbeit, also „Not und äußere Zweckmäßigkeit“ nicht völlig abstreifen können. Aber auch sie kann sich auf solide ökonomische Tatbestände stützen: Den Ertrag der Volkswirtschaft und den hierzu notwendigen Zeitaufwand. In groben Zahlen heißt das: **Zur Erzielung eines Brutto-Sozialprodukts von annähernd 2.000 Milliarden DM werden gut zwei Fünftel der Mitglieder der Gesellschaft mit etwa einem Fünftel ihres Jahres-Stunden-Volumens benötigt.**

Übergang von der Arbeitsmarkt- zur Arbeitszeitpolitik

Ich weiß, es handelt sich hier um besondere Rechengrößen und nicht um einen riesigen, aber doch physisch vorhandenen Kuchen, den man mit einigen Messerschnitten so oder anders verteilen könnte. Die genannten Größenordnungen sind sehr vereinfachter Ausdruck höchst komplexer ökonomischer Strukturen. Diese Strukturen jedoch sind keine Naturkonstanten in dem Sinne, daß sie jeglicher politischer Gestaltung entzogen wären. Eine triviale Aussage? Nun, sie erlaubt immerhin, zwei Gedanken zu erwägen, die der Verwirklichung der „neuen“ Arbeit als der „Arbeit für alle“ zugute kommen müßten:

1. Die Trennung von Arbeit und Einkommen, anders gesagt die Garantie eines Grundeinkommens;
2. die Verbindung von Geldgewinn und Zeitgewinn als Arbeitsentgelt, anders gesagt verbesserte Möglichkeiten zu Zeitdispositionen stehen auf gleicher Ebene wie Lohnerhöhung.

Wer nun hofft, sogleich die konkrete Ausarbeitung dieser Gedanken nebst Vorschlägen zu ihrer praktischen Umsetzung zu erfahren, den enttäusche ich mit Absicht. Denn man sollte den zweiten Schritt nicht vor dem ersten tun.

Zunächst gilt es, von der „alten“ Arbeit Abschied zu nehmen, von Wachstum, Vollbeschäftigung und ähnlichem mehr. Zugleich aber sind die schon vorhandenen Pflänzchen der „neuen“ Arbeit zu pflegen und zu mehrern, bis ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Anerkennung gesichert ist. Beides zusammen kennzeichnet den Übergang von der Arbeitsmarkt- zur Arbeitspolitik. Er dürfte schwer genug fallen und könnte leicht den Zeitraum einer Generation dauern.

Diese Behauptung wird vielleicht noch eher einsehbar, wenn ich das Szenario – wenn auch nur in Stichworten – um **drei Komponenten** ergänze, die die **politische Dimension der Forderung „Arbeit für alle“** erweitern und vertiefen:

1. Der unaufhaltsame Weg in die Informationsgesellschaft.

1978 ist in Frankreich ein Buch erschienen mit dem Titel „Die Informatisierung der Gesellschaft“. Es beschreibt eindringlich und umfassend den Prozeß, wie die Produktion, Verarbeitung und Verteilung von Information immer mehr den Charakter eines eigenständigen Wirtschaftsfaktors neben Arbeit und Kapital annimmt und welche Einflüsse davon auf die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche ausgehen. Die Frage, inwieweit Erwerbstätigkeit informationsorientiert ist, wurde zuerst in den USA untersucht. Eine neue Studie aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg zeigt, daß der Anteil der Erwerbstätigen mit dem Schwerpunkt Information in der Bundesrepublik Deutschland heute bei etwa 40 Prozent liegt und jährlich um etwa ein Prozent steigt.

Noch sind es nicht 50 Prozent. Noch trägt der Informationssektor weniger als 50 Prozent zum Brutto-Sozialprodukt bei. Doch nehmen Informationen immer weniger Raum ein (z.B. der Chip im Vergleich zum Buch), sind sie schneller abrufbar und werden billiger, während die Verarbeitung von Materie und die Erzeugung von Energie eher teurer werden. In einigen Jahren wird der Kulminationspunkt überschritten sein. Dann gilt der Begriff der Informationsgesellschaft uneingeschränkt. In ihr werden nicht nur Maschinen die Kraft des Menschen verstärken, sondern auch Computer seine Intelligenz. Diese Tendenz ist aufgrund der von Japan und den USA ausgehenden Dynamik vorgezeichnet. So wird die Informatisierung, und das heißt Digitalisierung, Automatisierung, Robotisierung, Standardisie-

rung und Rationalisierung, die Lebensbedingungen des einzelnen ebenso verändern wie die meisten gesellschaftlichen Teilbereiche. Diese Trasse in die Zukunft verläuft „auf Gedeih und Verderb“, wie es im Titel eines Berichts an den Club of Rome vom Jahr 1982 heißt.

2. Das unvermeidliche Ende der europäischen Nachkriegsprosperität

Ich beziehe mich hier auf „eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts“. Es handelt sich um ein Buch von Burkhard Lutz, Direktor des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung in München, aus dem Jahre 1984. Um seine sehr komprimiert und wenig anschaulich formulierten Aussagen nicht zu verzerren, muß ich ihn wörtlich zitieren: „Vieles spricht dafür, daß mit der Absorption des traditionellen Sektors (also im wesentlichen der Landwirtschaft) durch den industriell-marktwirtschaftlichen Sektor menschengeschichtliche Leistungen hohen Werts zerstört wurden, für die bisher kein auch nur einigermaßen gleichwertiger Ersatz entstanden ist. Hierzu gehört ein über Jahrhunderte bewährter und entwickelter schonender Umgang mit der Natur, der sicherlich in den meisten Fällen nicht bewußtem Willen zur Bewahrung ökologischer Gleichgewichte entsprang, sondern nur durch die Beschränkung der verfügbaren technischen Mittel erzwungen, aber dennoch hoch effizient war. Hierzu gehören auch sozialisatorische Effekte, Formen der Persönlichkeitserziehung und -bildung, deren Borniertheit, ja vielfach Gewalttätigkeit offenkundig ist, deren im weitesten Sinn kultureller Reichtum jedoch erst in dem Maß sichtbar wird, in dem er vor unseren Augen verloren geht. Die Expansion des industriell-marktwirtschaftlichen Sektors in den europäischen und überseeischen Industriestaaten, das Wachstum ihrer Wirtschaft und der steigende Lebensstandard ihrer Bevölkerung gemäß den Kriterien der 'neuen Lebensweise' geschahen in einer Art und Weise, die ein historisch beispielloses Konfliktpotential zwischen reichen und armen Ländern heranreifen ließ: Während einerseits unmittelbarer Einfluß und erdrückendes Vorbild der Industrienationen das Gleichgewicht der traditionellen Kulturen und Wirtschaftsformen in den Entwicklungsländern zerstörten, wurden ihnen andererseits über vielfältigste Formen ungleichen Tausches die Mittel genommen, mit denen sie vielleicht in der Lage gewesen wären, nach dem Vorbild der Industrienationen die Grundlagen für ein neues Gleichgewicht aus eigener Kraft zu schaffen. Im industriell-marktwirtschaftlichen Sektor selbst haben sich

im Laufe der Prosperitätsperiode fundamentale Ungleichgewichte und Konfliktpotentiale aufgebaut, die in dem Maße zutage treten, in dem die mit der Absorption des traditionellen Sektors verbundenen Prozesse sozialen Wandels zu Ende gehen und die bislang von Wirtschaftswachstum für Befriedigung und Konfliktschärfung zur Verfügung gestellten Ressourcen schwinden.

Nunmehr scheinen ... die Wachstumsimpulse verbraucht, aus denen offenkundig die historisch beispiellose Prosperität der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Schubkraft bezogen hatte.“

3. Die Kalamität einer entschiedenen Reformpolitik in der Demokratie.

„Reform ist, wenn es weh tut“ – So hat es anfangs der 70er Jahre der heutige Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi auf den Punkt gebracht. Aber wenn einer schreit, zum Beispiel ein Verbandsvertreter, dann heißt das noch lange nicht, daß irgendein politisches Organ wirklich eine schmerzhaft Entscheidung gefällt hätte. Das Frühwarnsystem und die Verhinderungsstrategien der Gruppen organisierter Interessen funktionieren, zum Teil im gekonnten Zusammenspiel mit der staatlichen Exekutive, so vorzüglich, daß die politischen Parteien den Prozeß einer zielbewußten Willensbildung und parlamentarischen Entscheidung nach Jahr und Tag nur selten mit dem gewünschten Erfolg abschließen. Die Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit sind ebenso zahlreich wie leicht erinnerlich, etwa die Kostendämpfung im Gesundheitswesen oder die Luftreinhaltung durch Abgasnormen. Am absurdesten wird es, wenn der Konsens der Bürger zu bestimmten Veränderungen vorhanden und größer ist als die Handlungsbereitschaft einer Mehrheit, die dann einmal nicht auf Wählerstimmen, sondern auf anderes Rücksicht nimmt. Beispiel: Tempo 100.

Reformen nur durch Dekrete sind undemokratisch, Reformen im demokratischen Prozeß sind unwägbar. Eine Gesellschaft ohne Reformen aber erstarrt und wird anfällig sogar für eine Revolution.

Nach alledem komme ich um die Schlußbemerkung nicht herum: Wenn Arbeit, alt wie neu, aus den verschiedensten Gründen zentrales Element unserer Kultur sein und bleiben soll, dann bedarf es zur Überwindung der vielfältigen Hindernisse und Schwierigkeiten der Konzentration aller Kräfte in symbolischer wie realer Weise: Die Politik „Arbeit für alle“ muß Rang 1 auf der Prioritätenskala der Innenpolitik erhalten.

* Der Verfasser ist stv. Bundesvorsitzender der LD

Zwei Buchstaben

von Niclas Pronsfeld

1 Er schrieb das Wort immer korrekt: Wissenschaftler. Er war selber ein junger Naturwissenschaftler und ärgerte sich stets über das Gschafthuber-L in der gebräuchlichen Schreibweise seiner Berufsbezeichnung.

2 Nach vielen Jahren der Forschung und der Bekanntschaft mit vielen Kollegen, ging er dazu über, das Gschafthuber-L in seine eigene Diktion aufzunehmen. – Er hatte eine schlechte Meinung von seinem Berufsstand gewonnen.

3 Merkwürdigerweise verlief diese das ganze Wort entwertende Ergänzung um einen Buchstaben zeitgleich mit dem Verlust eines Buchstabens in einem anderen Wort. Das Ausbleiben des ersten T im Fortschritt war nicht das Ergebnis bewußter Tilgung, sondern das anfangs eher ärgerliche Resultat eines hartnäckigen Tippfehlers.

4 Mit der Zeit erkannte unser Naturwissenschaftler den Sinn dieser eigentümlichen Parallele: Sein Unbehagen am allzu forschen Ritt seiner engstirnigen Profession in die Zukunft unseres Geschlechts hatte sich mit knappestem Mitteln zum Ausdruck gebracht.

5 Unser Forscher wäre sich selber untreu geworden, hätte er nicht die persönliche Konsequenz gezogen. Heute betreibt er – stellenlos und als „Privatgelehrter“ – die weitaus brotlosere Philosophie. War er früher materiell saturiert, aber doch häufig entmutigt, so ist er heute zwar eine Existenz am Existenzminimum, aber nicht mehr zu entmutigen.

Operation „Wende“ gelungen

Ein Bericht von Thomas Hetzer

Die Jungdemokraten haben sich daran gewöhnt, daß ihre Existenz auch bei politisch interessierten und informierten Zeitgenossen Überraschung auslöst: Was, die gibt es noch?

Zwar haben die Jungdemokraten bewiesen, daß ein politischer Jugendverband auch ohne Parteienbindung überleben kann, doch der Beweis für die Notwendigkeit des Verbands muß noch erbracht werden. Oder reicht die Reisetatistik von Roland Appel, Mitarbeiter der grünen Bundestagsfraktion, der zwanzig seiner fünf- und zwanzig Referate in Sachen „Sicherheitsgesetze“ vor Jungdemokraten hielt? Ist die Zahl der internationalen Gäste Gradmesser der eigenen politischen Bedeutung oder ist sie abhängig von der Medienpräsenz?

Die Jungdemokraten beschäftigten sich auf ihrer diesjährigen Bundesdelegiertenkonferenz mit solchen Selbstzweifeln nur am Rande. Waren doch wieder über zwanzig offizielle Gäste zu begrüßen, zu denen auch ein Vertreter der Jungen Liberalen zählte, und daß das gewohnte Kamerateam vom DDR-Fernsehen gestellt wurde, fiel nur den wenigsten auf.

Im Scheinwerferlicht der „Aktuellen Kamera“ schloß die Bundesvorsitzende Dagmar Everding ihren Rechenschaftsbericht mit dem Verzicht auf eine erneute Kandidatur. Damit war bereits am Freitag die Luft raus, und hätte nicht ein Grußwort den Delegierten Gelegenheit gegeben, sich auf die neue Situation einzustellen, die Aussprache wäre mangels Wortmeldungen ausgefallen. Die erwartete Auseinandersetzung mit dem Gegenkandidaten Ernst-Christoph Stolper fiel aus, der Antragsdiskussion fehlte der Zündstoff des vergangenen Jahres, als Dagmar Everding und ihr damaliger Gegenkandidat Hartmut Aden mit ihren Anhängern die Arbeitskreise als Wahlkampfforen im Kampf um den Bundesvorsitz nutzten.

So entzündeten sich 1986 die Gemüter lediglich an Anträgen der Berliner Jungdemokraten und dem Arbeitskonzept für den Bereich Emanzipation – der gleichnamige Arbeitskreis gilt als Domäne der alten Mehrheit. Die neue Mehrheit, getragen von den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, mußte hier manche Kröte schlucken, um nicht neue Gräben aufzureißen.

So sollen, auf Antrag der Berliner Jungdemokraten, Einreiseverbote bei künftigen Gesprächen mit osteuropäischen Jugendverbandsfunktionären angesprochen werden. Eine Kompromißformulierung – die

Forderung, von Einreiseverboten Betroffenen für Jungdemokraten delegationen zu benennen, wurde gestrichen –, die, aus Rücksicht auf die anwesenden internationalen Gäste, vom Plenum ohne weitere Diskussion und Gegenstimme beschlossen wurde.

Zwei weitere umstrittene Themen, im vergangenen Jahr bereits Gegenstand mehrerer Seminare und Arbeitskreistreffen, sollen vor der endgültigen Beschlußfassung auf Seminaren und Arbeitskreistreffen ausdiskutiert werden:

- Die Stellungnahme der Jungdemokraten zum „Vorläufigen Entwurf eines Anti-Diskriminierungsgesetzes“ der Grünen wird auf dem beschlossenen Treffen der Jungdemokratinnen wahrscheinlich wieder dem Entwurf der Grünen angepaßt, damit aus dem Anti-Diskriminierungsgesetz für die Frauen kein Gesetz für Frauen und Männer wird. Die Quotierung soll bis auf weiteres nur zugunsten der Frau angewandt werden.
- Ebenfalls vertagt wurde der Beschluß über ein Garantiertes Mindesteinkommen (GME), das, besser als jede Auseinandersetzung über „liberal“ oder „radikaldemokratisch“, Spannweite und Spannungen innerhalb des Verbandes aufdeckte. Von den einen abgelehnt als Hindernis auf dem Weg zur revolutionä-

ren Situation, wird das GME dagegen von den Antragstellern als möglicher Ausweg aus entwürdigender Sozialhilfepraxis und der Abhängigkeit von McDonalds Niedriglöhnen angesehen. Ob das GME den Kampf der Gewerkschaften für die 35-Stunden-Woche untergräbt oder unterstützt, die ökonomischen Auseinandersetzungen überdeckt und von der Rolle des Kapitals ablenkt oder die Arbeitnehmer durch ein Grundeinkommen im Kampf um ihre Rechte unabhängiger werden, wird wohl kaum im Rahmen eines Seminars geklärt werden können. Eher werden die beiden Flügel „liberal“ und „radikaldemokratisch“ mit einem Bindestrich vereinen.

Die Diskussion über die richtige Zeile unter dem Verbandsnamen wurde in Köln nicht geführt. Die Jungdemokraten scheinen solcher Grundsatzdiskussionen müde geworden. Lediglich zwei Beiträge zur Programmdiskussion erschienen 1985 im Verbandsorgan „tendenz“, und der entsprechende Bundesarbeitskreis tagte noch seltener. Der Verband konzentrierte sich auf die Tagesgeschäfte und interne Grabenkämpfe.

War der Arbeitskreis Emanzipation im vergangenen Jahr die Domäne der alten Mehrheit, so war und ist es der Bereich Internationale Solidarität für die neue. Die einen



Ernst-Christoph Stolper (rechts), der neue Bundesvorsitzende der DJD, mit dem Vorsitzenden der Radikal-demokratischen Studentengruppen Klaus-Henning Flores (32)

glänzten mit einer Flugblattaktion zu den Themen Onanie, Homosexualität, Frauenärzte und Verhütung – letzteres wurde von einem Weihnachtsmann zusammen mit Probe-Kondomen verteilt –, so reisten die anderen mit einem Diavortrag durch die Republik und sammelten Geld für eine Kinderkantine in Nicaragua. Hinter der Hand wurden derlei Aktivitäten schon mal von der jeweiligen Gegenseite als „purer Aktionismus“ abgetan.

Hand in Hand wollen alle Jungdemokraten aber gegen Sicherheitsgesetze und Volkszählung aktiv werden. Gleich zwei der acht Bundesvorstandsmitglieder sollen sich der Grund- und Freiheitsrechte annehmen, um bereits bestehende regionale Aktivitäten zu koordinieren und zu unterstützen. Die Arbeit in diesem traditionellen Bereich jung-

demokratischer Aktivitäten bleibt der gemeinsame Nenner. Hier fanden die Delegierten in der Aussprache eine Bestätigung ihrer Funktion im links-alternativen Spektrum, hier wollen sie (auch?) künftig eine Vorreiterrolle einnehmen.

Eine ähnliche Rolle wollte „der einzige eigenständig organisierte Träger radikaldemokratischer Politik“ (Bundesvorstandsantrag) „als Hoffnungsträger des fortschrittlichen Liberalismus in der Bundesrepublik“ übernehmen. Doch auch dies ein Grundsatz-Antrag, der nicht beschlossen wurde. Das Plenum beschäftigte sich am Sonntag lieber mit der Geschäftsordnung und Mißtrauensanträgen gegen das BDK-Präsidium. Ob zur Wahl der ohne Gegenkandidaten gekürten Bundesvorstandsmitglieder die Mehrheit der abgegebenen Stim-

men ausreicht oder ob es die Mehrheit der möglichen Stimmen, wie schon im vergangenen Jahr, sein muß, wird das Schiedsgericht entscheiden. Das wurde übrigens, ebenso wie die Mandatsprüfungskommission, die in diesem Jahr die Mitgliederzahlen und -karteien gründlich überprüfen soll, von der neuen Mehrheit „durchgewählt“. Damit wird der Bestätigung des neuen Bundesvorsitzenden Ernst-Christoph Stolper, der nach kurzem LD-Aufenthalt jetzt Mitglied der Grünen ist, nichts mehr im Wege stehen. Desweiteren sind im Vorstand Klaus Marbold für Finanzen, Imke Rübken (Emanzipation), Eva Schaab (Drogen/Jugend), Friedhelm Wachs (Internationales), Andrea Arcas (Internat. Solidarität), Wolfgang Raab (Grund- und Freiheitsrechte), Hartmut Aden (Grund- und Freiheitsrechte).

Jungdemokraten unter „Grüner“ Leitung?

– Roland Appel kommentiert –

Auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz vom 7.-9. März 1986 in Köln wählten die Deutschen Jungdemokraten in diesem Jahr erstmalig ein Mitglied der GRÜNEN zum Bundesvorsitzenden. Der Duisburger Student Ernst-Christoph Stolper, seit gut einem Jahr Mitglied der Ökologiepartei, betonte allerdings nach seiner Wahl, daß diese Entscheidung nicht als eine generelle Hinwendung der Jungdemokraten an die GRÜNE Partei zu verstehen sei, sondern daß an der Parteiunabhängigkeit des Jugendverbandes festgehalten werde. Daß für die Jungdemokraten die außerparlamentarische Basisarbeit an Bedeutung gewonnen hat und diese den Hauptschwerpunkt ihrer Arbeit darstellt, wurde nur zum Teil in den beratenen Anträgen und Resolutionen deutlich. Zwar lagen deren Schwerpunkte klar in aktionsbezogenen Arbeitsfeldern wie der Fortsetzung aktiver Entspannungspolitik durch den traditionell gepflegten Jugendaustausch mit den sozialistischen Ländern, Beschlüssen zum Boykott der Volkszählung 1987 sowie die Unterstützung des außerparlamentarischen Widerstandes gegen den maschinenlesbaren Personalausweis und die Überwachungsgesetze der Bundesregierung. Konkrete Solidar-

itätsarbeit für eine Kinderkantine in Nicaragua und die Unterstützung des oppositionellen Südafrikanischen ANC, die Durchführung eines offenen Bundesfrauentreffens der Jungdemokratinnen und Teilnahme an den „Muttertagsaktionen“ der Frauenbewegung gerieten schon fast zum Routineprogramm des in der außerparlamentarischen Arbeit für Beobachter unerwartet lebendigen Jugendverbandes. Trotzdem kamen an einigen Stellen gewohnte Rituale eines ehemaligen Partei-Jugendverbandes zum Vorschein, als es um die Frage der Wahlkampfunterstützung 1986/87 ging oder um Themen wie das „garantierte Mindesteinkommen“ oder ein „Antidiskriminierungsgesetz“, wo man sich eindeutig in Beziehung zum Programm der GRÜNEN Partei setzte, sei es zustimmend oder kritisch. Auch das Jonglieren mit Satzung und Geschäftsordnung haben die Judos noch nicht verlernt, wie sich nach der Wahl des Vorsitzenden am Sonntagmorgen zeigen sollte. So muß die „Parteiunabhängigkeit“ in erster Linie wohl dahingehend verstanden werden, daß es derzeit keine eindeutige „Partnerorganisation“ der Jungdemokraten im parlamentarischen Raum geben kann. Das bedeutet jedoch nicht, daß

nicht nach wie vor zahlreiche Jungdemokraten/innen in Parteien aktiv sind. Allein in Nordrhein-Westfalen rückten über Grüne oder Grün-Alternative Listen um die 20 Mandatsträger/innen in die Kommunalparlamente, die Mitglieder der Jungdemokraten sind und ungefähr 15-20 % der Delegierten dieser BDK waren Mitglieder der GRÜNEN, weitere der Liberalen Demokraten, sowie der SPD und Unterstützer der Friedensliste. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß traditionell von den fünfziger Jahren bis zur „Wende“ nur ca. 40 % der Judo-Mitglieder in der FDP organisiert waren, hat sich somit zwar das Parteienspektrum verbreitert, die Nutzung des parlamentarischen „zweiten“ Weges hat jedoch nicht so stark abgenommen wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Insofern ist es konsequent, daß auf die Frage des Wahlauftrufs für die Bundestagswahl 1987, für die der Landesverband Bremen eine bedingte Unterstützung eines rot-grünen Bündnisses vorgeschlagen hatte, auf dieser BDK noch keine Antwort gefunden wurde. Der entsprechende Antrag soll nun vom Bundeshauptauschuß des Jugendverbandes im Mai entschieden werden.

Zur politischen Kultur

Es ist einer der Ansprüche, die wir Jungdemokraten an uns selbst stellen, daß wir Jungendliche an die außerparlamentarischen Bewegungen heranführen und daß wir innerhalb dieser Bewegungen ihre spezifischen Interessen einbringen.



Dagmar Everding

Sicherlich werden wir diesem Anspruch bisher nur in Ansätzen gerecht, aber das macht ihn nicht weniger richtig. Auch die anderen Ansprüche, die ich nach meinem Verständnis von Jungdemokraten an die Verbandsarbeit herantrage, sind nicht von heute auf morgen zu erfüllen, sie gehören jedoch zu dem umfassenden Bild von einem liberalen und radikaldemokratischen Jugendverband, das wir als Orientierung für unsere Alltagsarbeit brauchen:

Die Jungdemokraten leisten vorrangig Basisarbeit mit emanzipatorischem Anspruch. Damit wird die Zwei-Wege-Strategie zwar nicht aufgehoben, jedoch auf **machtpolitische Strategien wird bewußt verzichtet**. Der zweite Weg, der mal aus politischer Vor- und Zuarbeit für die Linksliberalen in der FDP bestand, konzentriert sich heute auf die Formulierung radikaler gesellschaftspolitischer Alternativen. Hier liegt auch der Anknüpfungspunkt für die weiter-

hin notwendige Auseinandersetzung innerhalb des **fortschrittlichen Liberalismus**. Allerdings tun wir uns mit beidem offensichtlich schwer: der emanzipatorische Anspruch wird bei offenen und versteckten Rängeleien auf allen Verbandsebenen immer wieder mit Füßen getreten, oder mal für einen Abend schnell vor die Tür gestellt.

Bei theoretischen Diskussionen führt die frustrierte Sinnfrage: „wofür das ganze Reden, damit erreichen wir doch gar nichts“, häufig zu einem abrupten Ende.

Die Ursache für beide und ähnliche Erscheinungen sind genereller Art, sie liegen nicht allein bei uns Jungdemokraten, nur daß wir sie uns als Verband nicht in dem Maße leisten können.

Allgemein ist festzustellen, daß die **politische Kultur** in der Bundesrepublik an Tiefe, Differenziertheit und Qualität verliert. Einfache und schnelle Antworten werden bevorzugt, Probleme können auf amerikanische Art mit dem gesunden Menschenverstand gelöst werden, Lernen und Aneignung von Wissen sollen möglichst ohne eigene Mühe und Aufwand geschehen, für Disziplin und Motivation hat derjenige zu sorgen, der etwas sagen will.

Wir Jungdemokraten können diese allgemeinen Erscheinungen nicht ignorieren, wir müssen jedoch lernen, mit ihnen im eigenen Verband umzugehen, nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern auch in Verantwortung für diejenigen, die zu sperrig für die kleinen bequemen Raster sind: sensible Jungendliche, die mit Drogen in Scheinwelten flüchten, widerspenstige Jugendliche, deren Ausbruch- oder Protestversuche kriminalisiert werden oder auch Jugendliche, die, weil sie nicht leistungsgerecht funktionieren, mit reduzierten sozialen Chancen abgespeist werden.

Wenn wir als Jungdemokraten in dieser politischen Kultur unsere Verantwortung wahrnehmen wollen, werden wir allen Konsumgewohnheiten zum Trotz, Jugendliche für das Lernen von Selbstbehauptung und gesellschaftlichen Zusammenhängen gewinnen müssen.

aus: Politischer Bericht zur Bundesdelegiertenkonferenz 1986, 7. März, gehalten von Dagmar Everding, Bundesvorsitzende.

WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.



Nr. 28, Februar 1986

Schwerpunkt: Äußerer Zwang - Innere Einstellung - Industriearbeit im Wandel * Vom blauen Montag zum freien Samstag * Synchronisierung der Arbeit * Frauenarbeit: Die andere Seite der Industrialisierung * Zur Geschichte der Automobilarbeiter * Kein Ende der Arbeitsteilung * Thesen von Kern/Sthumann * Rationalisierungsverlierer - und wer gewinnt? *

Weitere Themen: Physik in Nicaragua * Norddeutsche Affinerie * Führt die moderne Physik zu Magie und Astrologie? * Bildungsarbeit mit jungen Angestellten * Personalinformationssysteme à la Zuse * Von Pufferküssern und anderen Eisenbahnfans *

Bitte kostenloses Probeheft anfordern!

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG
Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
DM 6,- Einzelheft (+ Versandkosten)
DM 24,- Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten) erscheint vierteljährlich

Im Zweifel für die Sicherheit

Die Überwachungsgesetze der Regierung Kohl/Bangemann

Von Norbert Mann*

Der 2. Februar 1986 ist ein schwarzer Tag für die freiheitliche Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. An diesem Freitag beschlossen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN den ersten Teil der sog. Sicherheitsgesetze. Zum 1. April 1987 wird ein fälschungssicherer und maschinenlesbarer Personalausweis und zum 1. Januar 1988 ein entsprechender maschinenlesbarer Reisepass eingeführt. Mitte Januar hat die Koalition im Schnellverfahren ohne Erste Lesung in den ersten Teil des sog. Sicherheitspaketes noch die sog. Schleppnetzfahndung eingefügt.

Nach einem neu in die Strafprozeßordnung (StPO) eingefügten § 163 d wird erstmals für das strafrechtliche Ermittlungsverfahren eine massenhafte Datenerhebung und Datenspeicherung durch die Polizei zugelassen. Bei dem Verdacht einer Reihe von schwerwiegenden Straftaten darf nunmehr Kommissar Computer an den Grenzen sowie an Kontrollstellen nach § 111 StPO die Daten über die Identität von Personen sowie Umstände, die für die Aufklärung der Straftat oder für die Ergreifung des Täters von Bedeutung sein können in einer Datei speichern. Die Speicherung darf bis zu sechs Monaten erfolgen. Sie muß grundsätzlich vom Richter angeordnet werden, bei Gefahr im Verzuge kann die Anordnung jedoch auch durch die Staatsanwaltschaft und ihre Hilfsbeamten erfolgen. Das grundsätzlich NEUE an dieser Schleppnetzfahndung ist die Tatsache, daß persönliche Daten unbeteiligter Dritter allein aufgrund des Umstandes, daß sich diese Personen an einer Kontrollstelle aufhalten, gespeichert werden dürfen. Der Computer sucht aus der Masse der Daten Merkmale aus, die für sich allein unbedeutend erscheinen, in der Häufung und Zusammensetzung jedoch das Persönlichkeitsbild eines Straftäters ergeben. Die Schleppnetzfahndung ermöglicht auch den Aufbau von sog. Bewegungsbildern, d.h. es wird möglich zu speichern, wer wann wo wie gefahren ist, Grenzen überschritten hat, und in wessen Begleitung er sich befand. Die Geschwindig-

keit der Personenkontrolle erhöht sich durch den maschinenlesbaren Ausweis auf das Fünffache. Wer zweifelt da nicht an der Richtigkeit der Behauptung des Bundeskanzlers Kohl, an den Grenzen werde weniger kontrolliert. Immerhin erklärte der frühere Chef des Bundeskriminalamtes, das SPD-Mitglied Horst Herold, 1979: „Wenn wir einen solchen Ausweis schaffen, ist es konsequent und logisch seine Benutzung häufig vorzusehen.“ Und: „Der neue Ausweis wird sich als ‚Sesam-öffne-Dich‘ erweisen.“ Das Fatale an der neuen Überwachungstechnologie ist der Umstand, daß die gesetzliche Unschuldsvermutung geradezu auf den Kopf gestellt wird. Angesichts der Möglichkeit massenhafter Datenspeicherung wird in bestimmten Notsituationen jede Bürgerin und jeder Bürger im Zweifel verdächtig werden. Es überrascht nicht, daß bis zum Schluß des Gesetzgebungsverfahrens alle Datenschutzbeauftragten und übrigens auch die Gewerkschaft der Polizei die Notwendigkeit des maschinenlesbaren Personalausweises angesichts der Risiken für die Freiheit des Bürgers abgelehnt haben. So sprach die Beauftragte für den Datenschutz in Baden-Württemberg Ruth Leutze in der Anhörung des Innenausschusses des Bundestages am 20. Mai 1985 im Zusammenhang mit der Möglichkeit verstärkter innerstaatlicher Personenkontrollen von einer qualitativen Veränderung unseres Staatswesens. Natürlich soll keinem verantwortlichen Politiker unterstellt werden, er wolle den Überwachungsstaat. Wir sollten uns jedoch darüber klar sein, daß mit den technischen Möglichkeiten der modernen Datenverarbeitung durch den maschinenlesbaren Ausweis außerordentlich große Risiken für die Freiheit des Bürgers begründet werden. Wer gibt uns denn die Gewähr dafür, daß künftige Regierungen von der Möglichkeit schnellerer und dichter Kontrollen der Bevölkerung nicht in bestimmten Situationen umfassend Gebrauch machen? Der Gesetzgeber hätte nach den Grundsätzen des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichtes zwingende Gründe des Allgemeinwohls für die Maschinenlesbar-

keit darlegen müssen. Dies ist bis heute nicht geschehen. Gegenüber den Aposteln der inneren Sicherheit ist auf einen höchst unverdächtigen Zeugen, nämlich den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei Günter Schröder, hinzuweisen. Er führte in der Anhörung des Innenausschusses vom 12. Februar 86 hinsichtlich der Maschinenlesbarkeit u.a. aus: „Kurzum: Einem zweifelhaften oder bestenfalls minimalen Nutzen steht ein unbezweifelbarer Vertrauens- und Sicherheitsverlust gegenüber.“ Und der Präsident des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Christian Lochte (CDU), nannte den Ausweis in einem Stern-Interview Ende Februar 1986 einen Schildbürgerstreich, der für die Verbrechensbekämpfung unbedeutend sei und neue Dateien von zweifelhaftem Wert erzeuge. Die Maschinenlesbarkeit bezeichnete er als „Sicherheitsfetisch“ und zur Schleppnetzfahndung erklärte er, er kenne kein Beispiel, bei dem Entführer oder Terroristen im Schleppnetz hängengeblieben seien. Schließlich läßt sich heute – anders als am Anfang der Diskussion über den maschinenlesbaren Ausweis Ende der 70er Jahre – auch nicht damit argumentieren, ein solcher Ausweis sei international üblich. Außer in England und Belgien ist nämlich nirgendwo in der Europäischen Gemeinschaft geplant, ein vergleichbares Ausweispapier einzuführen. Der hessische Datenschutzbeauftragte Simitis stellt denn auch in seiner Stellungnahme vom 22. Januar 1986 zu den sog. Sicherheitsgesetzen fest, die Bundesrepublik würde nach Verabschiedung der Gesetze vom unbestrittenen Vorreiter des Datenschutzes zum Nachzügler.

Das zweite und dritte Teilpaket der Überwachungsgesetze

Entgegen einer in der Öffentlichkeit weit verbreiteten Auffassung hat der Bundestag am 28. Februar 1986 erst den ersten Teil der sog. Sicherheitsgesetze verabschiedet. Der Kern des Angriffs auf unsere freiheitliche und demokratische Rechtsordnung, von dem Kritiker der Gesetze häufig sprechen, liegt in dem Gesamtzusammenhang

aller Gesetze. Nach über einjährigen koalitionsinternen Beratungen legten CDU/CSU und FDP am 28. Januar 1986 den Entwurf eines MAD-Gesetzes sowie den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes, des Verwaltungsverfahrensgesetzes und des Bundesverfassungsgesetzes vor. Der Bundestag mußte sich bereits drei Tage später, am 31. Januar, in erster Lesung mit diesem Gesetzespaket beschäftigen. Ende April 1986 führt der Innenausschuß des Bundestages zu diesen Gesetzen drei Sachverständigenanhörungen durch. Abgesehen von der Geschwindigkeit des Gesetzgebungsverfahrens ist zu kritisieren, daß höchst unterschiedliche Regelungsgegenstände in einem Artikelgesetz zusammengefaßt werden. So wäre es bei der Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes dringend erforderlich, im privaten Bereich höhere Anforderungen für die Verarbeitung von Daten aufzustellen. Die gegenwärtige öffentliche Diskussion zeigt jedoch, daß durch die Verengung auf den Sicherheitsbereich eine solche, lange überfällige Diskussion nicht stattfindet. Entgegen dem Volkszählungs-



Norbert Mann

urteil bleibt der Schutz personenbezogener Daten auf Dateien beschränkt und wird nicht auf Akten ausgedehnt, ein vor allem im privatwirtschaftlichen Bereich untragbarer Zustand. Geradezu skandalös ist die Tatsache, daß die Nachrichtendienste generell von dem Auskunftsrecht des Bürgers ausgespart bleiben. Der Entwurf eines MAD-Gesetzes entledigt sich einer Bestimmung der Aufgabe dieses 1956 durch einen Organisationsakt des Bundesministeriums für Verteidigung ins Leben gerufenen Geheimdienstes durch einen allgemeinen Verweis auf die Aufgaben des Verfassungsschutzes. Der MAD wird mithin zu einer bereichsspezifischen Verfassungsschutzbehörde

erklärt. Zusätzlich erhält der MAD mit seinen z.Z. etwa 2.000 festen Mitarbeitern die Aufgabe, die „Einsatzbereitschaft der Streitkräfte“ zu sichern. Der MAD kann nunmehr mit gesetzlicher Grundlage überall im „zivilen“ Bereich tätig werden, wenn er geltend macht, daß Belange der Bundeswehr berührt sind. Die vorgelegte Regelung wird z.B. dazu führen, daß die bisher illegale „Zersetzer-Kartei“ rechtlich nicht mehr beanstandet werden kann und daß bei Sicherheitsüberprüfungen, die im Zusammenhang mit der Affäre Wörner/Kießling in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten sind, in Zukunft auch die Ehegatten, Verlobten oder in der Wohnung des Betroffenen lebenden Freundinnen mit einbezogen werden dürfen. Im Gesetzentwurf über den Bundesverfassungsschutz finden sich keinerlei Einschränkungen, Begrenzungen oder eine nähere Beschreibung dessen, was nachrichtendienstliche Mittel sind. Die Pflicht zur Weitergabe personenbezogener Daten der öffentlichen Verwaltung an den Verfassungsschutz wird erweitert. Der Verfassungsschutz darf gewonnene Erkenntnisse auch an private Dritte, NATO-Dienststellen und ausländische Geheimdienste weitergeben. Der Aufbau von Dateien über Personen mit „Textauszügen“ aus Akten wird zulässig, ohne daß der Bürger von solchen Bewertungen etwas erfährt und dagegen unternehmen kann. So wird z.B. aus einer Fundstellenkartei, die wie bisher NADIS lediglich darauf verweist, an welcher Stelle Akten geführt werden, eine Bewertungsdatei. Dazu stellt der hessische Datenschutzbeauftragte Simitis in seiner am 22. Januar 1986 veröffentlichten Stellungnahme fest, daß die Gefahr einer Informationsverzerrung ebenso wie die einer Vervielfältigung von Fehlern zunimmt, und daß es sich dabei nach den bisherigen Prüfungen der Datenschutzbeauftragten um eine reelle Gefahr handele. Die Novellierung des Straßenverkehrsgesetzes zielt vor allem auf eine Legalisierung von ZEVIS, dem Zentralen Verkehrs-Informations-System des Kraftfahrtbundesamtes in Flensburg, ab. Ohne rechtliche Grundlage wurde seit Mitte der 70er Jahre im Widerspruch zu verschiedenen Beanstandungen des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und der betroffenen Landesdatenschutzbeauftragten vom Kraftfahrtbundesamt unter Mitwirkung des Bundeskriminalamtes ein Zusammenschluß der beim Kraftfahrtbundesamt gespeicherten personenbezogenen Dateien und ein Verbund mit dem polizeilichen Informationssystem INPOL hergestellt. Im automatisierten Abrufverfahren ist „On-Line“ in Sekundenschnelle ohne vorherige Kontrolle der die Daten bereithaltenden Behörde ein Abruf des Datenbestandes möglich. Schon 1983 erfolgten nach einer Pressemitteilung des Kraftfahrtbundesamtes etwa 550.000 On-Line-Anfragen im Monat. Die Protokollierung der Anfragen ermöglicht die Gewinnung von Bewegungsbildern. Von besonderer Brisanz ist die sog. P-Anfrage, durch die alle über den Halter vorhandenen persönlichen Daten an die anfragende Polizeidienststelle geliefert werden. Durch ZEVIS wird sozusagen ein bundesweites Adressregister von 23 Millionen Bundesbürgern, die ein Kraftfahrzeug besitzen, hergestellt.

Durch die Personenanfrage wird die Möglichkeit geschaffen, auch die Anschrift zu erfragen, eine klassische Funktion eines zentralen Melderegisters, das nach allgemeiner Meinung verfassungswidrig wäre. ZEVIS ist ein trauriges Beispiel dafür, wie im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung am Parlament und der Öffentlichkeit vorbei ein technisches System installiert und nachträglich legalisiert wird, ohne daß die soziale Verträglichkeit von den dafür gewählten Volksvertretern je festgestellt worden wäre.

Das dritte Teilpaket der Überwachungsgesetze ist der Entwurf eines Gesetzes über die informationelle Zusammenarbeit der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes und nachrichtendienstlicher Tätigkeit, das sog. Zusammenarbeitsgesetz, abgekürzt ZAG. Durch dieses Gesetz würde der Datenverbund zwischen Geheimdiensten einerseits und Polizei und Strafverfolgungsbehörden andererseits zulässig. Damit wird in der praktischen Auswirkung die aus den bitteren Erfahrungen mit einer geheimen Staatspolizei aus dem Dritten Reich entstandene und zu materiellem Verfassungsrecht erhobene Trennung zwischen Geheimdiensten und Polizei aufgehoben. Zugelassen wird das durch den Zauberbegriff der „Übermittlung auf Ersuchen“ in § 7. Durch diese Vorschrift wird es dem Verfassungsschutz faktisch uneingeschränkt erlaubt, die bei den Polizeien der Länder, dem Bundeskriminalamt und dem Bundesgrenzschutz gesammelten Daten anzufordern, soweit das zur eigenen Aufgabenerfüllung erforderlich scheint. Obwohl der Bundesgesetzgeber dafür eigentlich keine Kompetenz besitzt, wird in dem Gesetzentwurf die „Zusammenarbeit zwischen den Ländern“ mit geregelt. In § 15 des Entwurfs wird erstmals eine gesetzliche Grundlage für die Tätigkeit des Bundesnachrichtendienstes geschaffen.

Perspektiven der öffentlichen Diskussion der Überwachungsgesetze

Der hessische Datenschutzbeauftragte Simitis spricht in seiner ersten Stellungnahme zusammenfassend davon, das Sicherheitspaket in seiner gegenwärtigen Form widerspreche „dem Selbstverständnis einer Verfassung“ ..., „die sich zu den Grundrechten der Bürger bekennt und in deren Fähigkeit, über sich selbst zu bestimmen, die elementare Voraussetzung für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft liegt“. Simitis erinnert dann an die Mahnung des Bundesverfassungsgerichts, Bürger, „die nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß“, verzichten letztlich auf ihre Grundrechte. Die Gesellschaft der Bundesrepublik steht mit den Sicherheitsgesetzen vor einer zentralen Weichenstellung. Unter den Vorzeichen der technischen Modernisierung und des Einsatzes moderner Kommunikation droht der freiheitlichen Ordnung des Grundgesetzes schleichender Zerfall, ein Orwellscher

Die sieben »Sicherheitsgesetze« der Koalition

NOTSTANDSGESETZE für den täglichen Gebrauch



Überwachungsstaat autoritärer Prägung wird möglich. Gegen diese Entwicklung hilft nicht allein die Wahl einer neuen Regierung, wie es der SPD-Jurist Werner Holtfort unlängst vorgeschlagen hat. Der schlechende Verfall unserer Verfassungsordnung durch den nahezu ungehemmten Abbau innerstaatlicher Sicherheitsinstrumentarien ist wesentlich eine Folge verfehlter sozial-liberaler Innenpolitik der 70er Jahre. Gegenüber der nunmehr von den Konservativen durchzusetzenden Legalisierung dieser Fehlentwicklung gibt es letztlich nur eine überzeugende Perspektive: das Versprechen der sozial-liberalen Koalition, mehr Demokratie zu wagen, muß endlich eingelöst werden. Auch für die innere Sicherheit gilt der Grundsatz „Im Zweifel für die Freiheit“. Nicht law and order, sondern ein Höchstmaß an Freiheit der Bürger gewährt den Schutz unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung am besten. Allerdings setzt der aufrechte Gang des Bürgers ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit voraus. Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau sowie Ausbau des innerstaatlichen Sicherheitsbereichs nach obrigkeitstaatlichem Muster sind Kehrseiten einer Medaille. Die GRÜNEN setzen der Gefahr des autoritären Überwachungsstaates und der Vision des gläsernen Bürgers die konkrete Utopie einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft entgegen.

*Der Verfasser ist MdB der GRÜNEN.

Ein anderes Staatsverständnis

Zum neuen „Verfassungsschutzgesetz“

Von Andreas von Schoeler

Der Siegeszug der neuen Informationstechnik hat die Machtverhältnisse in unserem Staat geändert. Die Arbeitsmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden haben sich dadurch verbessert. Das ist gut für die Verbrechensverbeugung und Verbrechensbekämpfung. Damit sind aber auch die Gefahren für Bürger gewachsen, die mit Extremismus, Terrorismus und anderen Verbrechen nichts zu tun haben. Die bisherigen rechtlichen Bestimmungen waren für eine Zeit konzipiert, als Polizei und Verfassungsschutz noch ohne Computer arbeiteten. Sie reichen nicht mehr, um dem Bürger heute die Gewißheit zu geben, daß seine Grundrechte so gut geschützt sind, daß er nicht völlig unberechtigt in die Mühlen von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz gerät.

Vor diesem Hintergrund einer veränderten Wirklichkeit ist das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichtes zu sehen. Es geht vom informationellen Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen aus. Dieses Recht dient nicht nur seinem privaten und individuellen Wohl. Es ist darüber hinaus die unerläßliche Voraussetzung für das Funktionieren eines freiheitlich demokratischen Gemeinwesens, das auf die Handlungs- und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger angewiesen ist. Deshalb sollte es eigentlich ein Grundanliegen der Politik in einer freiheitlichen Demokratie sein, zu gewährleisten, daß ihre Bürger am Leben in dieser Demokratie teilnehmen, ohne Angst haben zu müssen, daß sie von Staats wegen benachteiligt werden, wenn sie einmal eine andere als die Mehrheitsmeinung vertreten. Daher hat das Bundes-

verfassungsgericht die Einschränkung des informationellen Selbstbestimmungsrechts an sehr enge Bedingungen geknüpft: Es muß ein praktisches Bedürfnis für den Eingriff bestehen. Es muß eine gesetzliche Grundlage geben. In dem Gesetz ist der Eingriff klar und präzise auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Und er muß mit organisatorischen bzw. verfahrensrechtlichen Vorkehrungen zum Persönlichkeitsschutz verbunden werden.

Widerwille zum informationellen Selbstbestimmungsrecht

Und was hat die Bonner Koalition daraus gemacht? Die Bonner Regierungskoalition erhebt den Anspruch, daß ihre sieben Gesetzentwürfe zum Datenschutz und zur Sicherheit voll den Forderungen entsprechen, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Volkszählungsurteil erhoben hat. Tatsächlich ist das ganze umfangreiche Gesetzespaket ein einziger Ausdruck des Widerwillens der Bonner Koalition gegenüber dem Staatsverständnis, das dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zugrunde liegt. Es wird in Gesetzesform gegossen, was bisher ohne gesetzliche Grundlage praktiziert wurde, in manchen Bereichen eröffnet man sogar neue Perspektiven für neuen Datenhunger der Behörden. Belege dafür finden sich zuhauf. Hier das Beispiel des Verfassungsschutzes.

„Personeller Sabotageschutz“

Alte Fehler werden ungeprüft weitergeschleppt. Bisher können Wasserwerker oder Gaswerker vom Verfassungsschutz überprüft werden, weil sie angeblich in einem lebens- und verteidigungswichtigen Bereich arbeiten. Von dieser Möglichkeit wurde gottlob in der Vergangenheit kaum Gebrauch gemacht. Jetzt hätte man die Gelegenheit gehabt, den Verfassungsschutz von einer Aufgabe zu befreien, für die es offenbar auch keinen Bedarf gibt. Doch der sog. „personeller Sabotageschutz“ steht trotzdem weiter im Gesetz. Es wird versäumt, skandalösen Praktiken endgültig die rechtliche Grundlage zu entziehen. Jetzt wäre die Chance da, „Lauschangriffe“ auf Wohnungen – also einen neuen Fall „Traube“ – ein für alle mal unmöglich zu machen. Zwar halte ich eine solche Aktion jetzt schon für unzulässig, solange das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) nicht ausdrücklich gesetzlich eingeschränkt wird. Eingeweihte wissen jedoch, daß auch die Meinung vertreten wird, ein Eingriff in das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung könne mit einem übergesetzlichen Notstand gerechtfertigt werden (§ 34 StGB). Das ist bereits einmal geschehen, und es sind ohne viel Phantasie Sicherheitslagen vorstellbar, in denen sich die Exekutive erneut darauf berufen könnte. Wer dies verhindern will, der hat jetzt noch die Gelegenheit dazu. Oder besser: Wer die Gelegenheit nicht nutzt, muß sich fragen lassen, ob er sich die

Hintertür des § 34 StGB für künftige „Lauschangriffe“ offen halten will.

Keine Informationen zur Erschließung von Akten

Neuen Gefahren wird der Boden geebnet. Ein alter Plan der Verfassungsschützer zum weiteren Ausbau ihres Informationssystems NADIS könnte nun Gesetz und Wirklichkeit werden. Bisher sind sie damit an Politikern und Datenschützern gescheitert. Es geht um neue Dateien, die nicht nur wie bisher Personenangaben und Hinweise auf Akten enthalten, in denen dann der Benutzer genauere Informationen finden kann.

Sie sollen daneben auch Textzusätze enthalten, also sozusagen Kurzinformationen über die Gründe für die Registrierung. Mancher Verfassungsschützer wird sich künftig nicht mehr die Mühe machen, die Akten zu lesen, um ein vollständiges und damit genaues Bild zu erhalten. Verkürzte Informationen sind allzu oft gleichzeitig verfälschte Informationen. Wie leicht kann in Zukunft aus einem harmlosen Bürger ein gefährlicher Terrorist werden. Wir haben noch allzu



Andreas von Schoeler

gut in Erinnerung, wie aus dem Kürzel „Sympathisant“ ein gefährliches Kennwort geworden ist. Deshalb muß auf solche Textzusätze verzichtet werden. Gemeinsame Datenbestände der Verfassungsschutzbehörden dürfen nur Informationen zur Erschließung von Akten enthalten.

„Zersetzerdateien“ ohne Lösungsfristen

Es wird zum Gesetz, daß Demokraten und Extremisten ohne Unterschied künftig erfaßt und gespeichert werden. Dafür reicht völlig aus, wenn jemand an einer Veranstaltung teilnimmt, zu der auch als extremistisch eingestufte Organisationen eingela-

den haben. Allein dadurch macht sich jedermann verdächtig. Das sind dann die Wege, auf denen Politiker wie Helga Schuchardt oder Wissenschaftler wie Walter Jens in eine „Zersetzerdatei“ geraten. Und diese Bestimmung läßt es auch in Zukunft zu, daß Mitglieder der GRÜNEN beim Verfassungsschutz registriert sind, nur weil Kommunisten im Rahmen ihrer Bündnisstrategie versuchen, auf ihre Partei Einfluß zu nehmen. Herr Spranger wird also wohl auch in Zukunft Auskünfte beim Verfassungsschutz erhalten, wenn er sich nach der demokratischen Zuverlässigkeit seiner Kollegen im Bundestag erkundigt. Nun können sich Politiker im allgemeinen noch recht gut wehren. Was aber ist mit dem unbekannten Herrn Meyer, der wegen eines attraktiven Themas an einer politischen Veranstaltung teilnimmt, ohne zuvor im Verfassungsschutzbericht nachgelesen zu haben, was Geistes Kind die Veranstalter sind? Gerade er muß sich darauf verlassen können, daß ihm sein staatsbürgerliches Interesse von seinem Staat nicht damit entgolten wird, daß er anschließend in den Computern des Verfassungsschutzes landet. Und um das Maß voll zu machen: Wenn Herr Meyer einmal auf solche Weise in den Computer gelangt ist, dann darf er sich auf lange Verweildauer einrichten, selbst wenn er künftig zu Hause bleibt. Denn Lösungsfristen sieht der Entwurf der Bundesregierung leider nicht vor.

Die Speicherung von Demokraten muß verhindert werden. Die bloße Teilnahme an öffentlichen Versammlungen darf nicht zur Speicherung in Dateien des Verfassungsschutzes führen. Wir sollten zusätzlich im Gesetz festschreiben, daß gegen Personen, die selbst keinen Anlaß zur Beobachtung gegeben haben (z.B. Zielpersonen extremistischer Beeinflussung), keine nachrichtendienstlichen Mittel eingesetzt werden dürfen.

Gebot der Zweckbindung wird mißachtet

Das neue Verfassungsschutzgesetz verstößt gegen das Gebot der Zweckbindung. Nach dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts dürfen personenbezogene Daten grundsätzlich nur für den Zweck verwendet werden, für den sie erhoben wurden. Abweichungen von diesem Grundsatz sind nur bei strengen Schutzvorkehrungen zulässig. Der Entwurf der Bundesregierung kümmert sich um diese Vorgabe nicht. Danach erhält der Verfassungsschutz auch Informationen von anderen Behörden, darunter auch von solchen, die nicht zum Sicherheitsbereich gehören. Sie sind verpflichtet, den Verfassungsschutz zu informieren, wenn sie z.B. etwas über Bestrebungen zur Vorbereitung von Gewalttätigkeiten meinen erfahren zu haben; und zwar ohne Rücksicht darauf, wo und wie sie es erfahren haben. Dabei genügt es schon, wenn sie nur vage Anhaltspunkte dafür haben, daß ihre Informationen für den Verfassungsschutz erforderlich sein könnten. Das heißt also: Im

Zweifel ist zu ermitteln. Wenn es um Extremismus geht, enthält das geplante Verfassungsschutzgesetz sogar recht scharfe Eingrenzungen. Es müssen „Tatsachen“ aufgefallen sein. Und selbst dann „müssen“ sie nicht in jedem Fall weitergegeben werden, die „dürfen“ es nur. Das liest sich gut, man merkt, es wurde um Formulierungen gerungen. Doch selbst hier klaffen datenschutzbedenkliche Lücken. Schauen wir uns an, was gleichwohl praktisch möglich ist. Da fällt z.B. bei einer Anhörung zur Wehrdienstverweigerung eine Formulierung auf (eine Formulierung ist auch eine „Tatsache“), die sehr nach Sympathie für eine zwar friedensbewegte, aber gleichwohl als extremistisch eingestufte Organisation klingt. Schon ist der Übermittlungsfall gegeben. Und auch der Student im Hochschulseminar kann sich nicht sicher wähnen. Dabei gelten die genannten Eingrenzungen nur für Fälle, in denen diese Behörden von sich aus den Verfassungsschutz informieren. Auf Ersuchen des Verfassungsschutzes müssen die Behörden alles herausgeben, was der Verfassungsschutz verlangt, ohne daß dies im einzelnen begründet werden muß.

Solche Übermittlungen sollten künftig auf jeden Fall ausgeschlossen werden, wenn es sich um Behörden handelt, deren Aufgabenerfüllung von einem besonderen Vertrauensverhältnis zwischen den Angehörigen der Behörde und den betroffenen Bürgern abhängt. Ich denke zum Beispiel an das Bundesamt für den Zivildienst, an Hochschulen oder auch an öffentliche Drogenberatungsstellen.



Zimmermanns Idealbürger

Das neue Verfassungsschutzgesetz ist symptomatisch für die Art und Weise, wie die Bonner Koalition mit dem richtungweisenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgegangen ist. Das ganze Gesetzespaket ist ein Beleg für ihr grundsätzlich anderes Staatsverständnis. Die Bonner Regierung hat ein eigenes Bild vom idealen Staatsbürger. Ihr geht es offenbar primär um die Frage, wie man den Staat am wirkungsvollsten vor seinen Bürgern schützt. Denn ihr eigener Idealbürger nimmt nicht an Demonstrationen und staatskritischen Veranstaltungen teil. Sein staatsbürgerliches Gewissen ist insoweit rein. Er braucht deshalb weniger den Schutz vor den Sicherheitsbehörden als den Schutz vor seinen Mitbürgern durch die Sicherheitsbehörden. Der Staatsbürger der Koalition würde auch in einen monarchistischen Rechtsstaat passen. Den Schutz des Staates vor dem Bürger und den Schutz des Bürgers vor seinem Mitbürger muß jeder Staat leisten, freiheitlich demokratisch oder nicht. Unsere freiheitliche Demokratie braucht aber zusätzlich den Schutz des Bürgers vor staatlicher Macht, damit der Bürger kritikfähig und demokratiefähig bleibt. Die jetzt vorliegenden Gesetze leisten dies nicht. Im Gegenteil, die Bonner Koalition beschädigt mit ihnen die freiheitliche und demokratische Substanz unseres Staates.

* Der Verfasser ist Staatssekretär beim Hessischen Minister des Inneren.

FALL X IN DER SCHLEPPNETZ FAHNDUNG

Szenario von Jürgen Seifert, Bundesvorsitzender der Humanistischen Union, bei Einfügung des § 163d in die Strafprozeßordnung

X besucht einen Verwandten, der im Wendland wohnt. Dabei gerät er, ohne es zu merken, in die Kolonne einer Gruppe, die mit militanten Mitteln versucht, einen Transport nach Gorleben zu verhindern. Bei einer Personenkontrolle werden von der Polizei Daten über seine Identität sowie über die Begleitumstände aufgenommen. Da Straftaten der militanten Gruppe gegen die öffentliche Ordnung geschehen sind (Hausfriedensbruch), wurde diese Maßnahme gemäß § 163d StPO angeordnet. Die Polizei ist der Auffassung, daß die Speicherung und Verarbeitung der Daten zur Ergreifung der Täter oder zur Aufklärung der Straftat führen können und daß die Maßnahmen nicht außer Verhältnis zur Bedeutung der

Sache stehen. Der Vorgang wiederholt sich. Das führt zu weiteren Ermittlungen gegen X. Doch ein Ermittlungsverfahren gegen X wird nicht eingeleitet, da die Zahl der erfaßten Personen zu groß ist und X nichts nachzuweisen ist. Eine Benachrichtigung gemäß § 163d Abs. 5 StPO erfolgt nicht, da die Polizei weitere Störaktionen der militanten Gruppe erwartet, der X zugerechnet wird (der „Untersuchungszweck“ wäre sonst gefährdet bzw. „andere gewichtige Gründe“ stehen einer Benachrichtigung entgegen).

Die Daten von X bleiben jedoch gespeichert, da die Strafverfolgungsbehörden weitere Störaktionen (d.h. Straftaten im Sinne von § 163d Abs. 4,3 StPO) von der militanten Gruppe erwarten, der X zugerechnet wird. Deshalb werden die Daten von X gemäß § 163 Abs. 4 Satz 3 StPO auch dem Bundesamt für Verfassungsschutz übermittelt. Die Strafverfolgungsbehörden sehen auch den Fall des § 3 Abs. 1 BVerfSchG als erfüllt an. Die militante Gruppe ist in ihren Augen eine „Bestrebung“, die darauf gerichtet ist, „Gewalt anzuwenden oder Gewaltanwendung vorzubereiten“. Die personenbezogenen Daten von X wer-

den vom Bundesamt für Verfassungsschutz in eine Datei aufgenommen. Auch der Verfassungsschutz rechnet X der militanten Gruppe zu (möglicherweise deshalb, weil – wie er feststellt – das Auto von X in der Nähe der Veranstaltung der militanten Gruppe geparkt wurde und X über ZEVIS als Halter ermittelt worden ist). Auch der Verfassungsschutz ist der Auffassung, daß es sich um eine Bestrebung handelt, die darauf gerichtet ist, „Gewalt anzuwenden oder Gewaltanwendung vorzubereiten“ (§ 4 Abs. 2 BVerfSchG); aus diesem Grund wird ein entsprechender „Textzusatz“ in der Datei zu seinen Daten hinzugefügt. Selbst dann, wenn dieser Textzusatz mit der Einschränkung versehen ist, daß es sich nur um einen Verdacht handelt, kann dieser Textzusatz dazu führen, daß X bei Überprüfungen jeglicher Art unter dem Aspekt betrachtet wird: Verdacht, an gewaltsamen Aktionen beteiligt zu sein. Ohne daß er es weiß, wird X bewertet. Er wird durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt. Da die Bewertung geheim bleibt, ist er faktisch gehindert, den ihm nach Art. 19 Abs. 4 GG zustehenden Rechtsweg zu beschreiten.

40 Jahre Freie Demokraten

von Carl Sund

Vor 40 Jahren, am 7. Januar 1946, gründeten Vertreter liberaler Gruppen und Parteien in Opladen die FDP in der britischen Besatzungszone. Der FDP-Zonenverband bildete die organisatorische Vorstufe der späteren Bundespartei und hat entscheidend ihr Profil als Wirtschaftspartei geprägt. Ein historischer Rückblick zeigt, daß sich die FDP auch vierzig Jahre nach ihrer Gründung nur sehr wenig von der Stelle bewegt hat.

Als sich im Herbst 1945 in allen Teilen der britischen Besatzungszone (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und kurze Zeit Bremen) wieder die politischen Parteien zu bilden begannen, rührten sich auch die Liberalen wieder. Zahlreiche Grüppchen und liberale Zirkel beeilten sich im Herbst 1945, den organisatorischen Anschluß an die bereits bestehenden Parteien SPD, CDU, KPD und

Tagungsort verständigen können, so gelang im Vorfeld des Treffens eine Einigung über Personal- und Programmfragen ebenso wenig wie über die zu regelnde Namensgebung. Ein Dortmunder Delegierter beklagte sich brieflich darüber bei Wilhelm Külz, dem Ostzonen-Vorsitzenden der „Liberal-Demokratischen Partei“ (LDP): „Wir sehen im Geiste hier schon wieder die alten Flügelschläge der sich selbst zersplitternden Demokratie.“ Diese Befürchtung sollte sich denn früher als erwartet bestätigen.

Die FDP in der britische Zonen in Opladen

In traumatischer Erinnerung an die organisatorische Schwäche der liberalen Parteien in der Weimarer Republik reisten vor 40 Jahren rund 100 Vertreter von lokal und regional agierenden Gruppen im Januar nach

Vorsitzenden, bevor weder über einen formellen Zusammenschluß der liberalen Parteien noch über ein gemeinsames Programm sowie über den Parteinamen abgestimmt wurde. Zum Vorsitzenden „dieses Vereins“ (Teilnehmer Tanten) wurde der ehemalige DDP-Reichstagsabgeordnete und Landrat aus Syke (Bremen), Wilhelm Heile, gewählt. Dieser gab nun auf der zweitägigen Veranstaltung mehrfach beredtes Zeugnis seiner politischen Auffassungen ab. Wilhelm Heile, der sich oft in penetranter Weise als begnadeter Historiker bezeichnete, ließ das liberale Publikum, laut Protokoll, folgendes wissen: „Er bezeichnete das vergangene Jahrzehnt als eine Periode, in der asiatischer Despotismus geherrscht habe. Der zweite Weltkrieg sei ein preußisch-asiatischer Sündenfall gewesen. Es gelte nun, den deutschen Menschen davon zu überzeugen, daß nicht die Menschen für den Staat, sondern der Staat für die Menschen da sei, und daß es im Grunde in Deutschland nur zwei Parteien gäbe: uns und die Sozialisten als Sklaven des Staates.“ Heiles Reden, „oft durch lebhaftes Beifallskundgebungen unterbrochen“, erwärmte die liberalen Gemüter im ungeheizten Hotelsaal. Pathos ersetzte eine kritische Analyse der Vergangenheit, an sachlicher Aufarbeitung bestand kein Interesse.

Was Heile stattdessen seinen Zuhörern als Zukunftsmusik empfahl: „Wir wünschen, daß ein religiöses Dröhnen durch unser Volk geht. Wir vertreten keine persönlichen Interessen. Politik ist beinahe dasselbe wie Religion.“ Der liberale Polit-Missionar Heile hielt auch in den folgenden Wochen und Monaten sein weitschweifiges Pathos für ein ausreichendes Programm der Liberalen. Doch damit manövrierte er die FDP schon bald in ihre – erste – Krise. Auch am zweiten Verhandlungstag ging man wenig liberal miteinander um. Die Auseinandersetzungen über die Namensfrage drohten die Zusammenkunft mehrfach zu sprengen. Ein waren sich die Nachkriegs-Liberalen nur in dem Bestreben, nicht den Eindruck zu erwecken, man wolle an die Traditionen der alten demokratischen Parteien wieder anknüpfen. Beispielsweise Dr. Walther Hasemann, ehemaliges NSDAP-Mitglied: „Wir wollen uns nicht mit den alten demokratischen Parteien identifizieren.“ Mit welcher anderen Tradition sich die Liberalen identifizieren wollten, blieb vorerst noch unklar. Aus pragmatischen Gründen und weil die Zeit drängte, billigten die Vertreter der Hamburger Vorschlag, die liberale Partei bis zur endgültigen Festlegung „Freie Demokratische Partei“ zu nennen.

Noch vor dem Kofferpacken erledigten die angereisten Liberalen die restlichen Punkte: Sie übertrugen dem geschäftsmäßig gewählten Vorstand die Ausarbeitung von Satzung und Programm. Denn diese mußten bei den Briten zur Erlaubnis der politischen Betätigung auf Zonenebene beigelegt werden.

Von Opladen wieder ins heimliche Syke „mit einer schweren Bronchitis heimgekehrt und nun für einige Tage in die Matratzengruft gebannt“, erledigte Wilhelm Heile im Eilverfahren die übriggebliebenen Aufgaben. Am 19. Januar gingen die Unterla-



„Hotel zur Post“ in Opladen (inzwischen abgerissen)

Zentrum zu finden. Die untereinander konkurrierenden Gruppen aus Norddeutschland und dem Rheinland konnten sich erst nach zähem Taktieren auf den Versammlungsort Opladen einigen. Besonders eifrig bemühte sich der Opladener Buchhändler und Verleger Friedrich Middelhaue, der bereits eine „Deutsche Aufbaupartei“ gegründet hatte, den Haufen versprengter Liberaler nach Opladen zu dirigieren. Hatte man sich schon mit größter Mühe auf den

Opladen. Die Überwindung der Organisationsschwäche war denn auch das primäre Ziel dieser Zusammenkunft.

Leutnant Forster als Vertreter der britischen Militärregierung bot sich am 7. Januar ein eher betrübliches Bild: 100 Teilnehmer stritten im Hotel „Zur Post“ über Aufbau, Organisation, Programme und Personen der zu bildenden liberalen Partei. Und auf keiner demokratischen Tradition fußend, beschloß die Versammlung die Wahl eines

gen des Gründungsakts an die britische „Control Commission“ nach Lübbecke.

Konflikte um liberale Führungspersonen

Vier Wochen später war die Erlaubnis der Briten da. Allerdings enthielt der Brief auch eine Überraschung: Das in den Vorstand gewählte niedersächsische Mitglied Dr. Walther Hasemann mußte aufgrund seiner braunen Vergangenheit („a member of the Nazi-Party since 1932“) umgehend aus dem Vorstand entfernt werden. Vorerst verschwand der Fabrikant von der liberalen Bildfläche, mischte aber im niedersächsischen Landesverband unverdrossen mit, so daß ihn die Briten ein zweites Mal von seinen Parteiämtern im Jahre 1947 suspendierten. Sie konnten aber nicht verhindern, daß er für die FDP dann 1949 im Deutschen Bundestag saß.

Der Aderlaß im FDP-Zonenvorstand ging schon im März 1946 weiter. Diesmal traf es den Sohn des oldenburgischen Ministerpräsidenten, Theodor Tantzen jun., der von den Briten verhaftet wurde, weil er einen ehemaligen Mitarbeiter aus Goebbels' Propagandaministerium auf dem der Familie Tantzen gehörenden Hof versteckt hatte. Erst ein Jahr später durfte Tantzen jun. sich wieder politisch melden. „Ob ich das tue“, ließ er Parteifreunde wissen, „weiß ich noch nicht, denn es ist sehr fraglich, ob ich mich dazu hergebe, bei einem Satyrspiel mitzuwirken. Ich weiß ja nicht, ob man nicht nach einem Jahr längst verscharrt ist und auch hier Moskau regiert.“ Die Zonen-Liberalen waren froh, auf die Mitarbeit dieses Cholerikers, der „durch seine fleghaften Bemerkungen“ beinahe die Opladener Gründungsversammlung gesprengt hätte, verzichten zu dürfen.

Der frühzeitig gelichtete Zonenvorstand der FDP mußte sich bald mit den Extra-Touren seines Vorsitzenden Heile beschäftigen. Dieser war mit dem Erreichten nicht zufrieden und glaubte, das verschwindend kleine Lager der Liberalen durch parteipolitischen Anhang verstärken zu müssen. Der niedersächsische Alt-Liberale wollte eine große bürgerliche Sammlungsbewegung auf die Beine stellen – und stolperte schließlich darüber. Kaum vier Wochen als geschäftsführender Vorsitzender im Amt, wandte er sich an die CDU und wollte mit Adenauer die Modalitäten des Zusammenschlusses unter der FDP-Fahne besprechen. „Wir müssen zusammengehen, dann werden wir auch sicher die große, die Massen fortreibende Partei sein, die Deutschland jetzt braucht, wenn die Wiedergeburt Deutschlands aus einer Wiedergeburt des wahren deutschen Wesens erwachsen soll“, schrieb Heile an Dr. Theodor Steltzer (CDU), den damaligen Oberpräsidenten und späteren Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein.

Doch Konrad Adenauer zeigte sich zurückhaltend und dachte höchstens daran, die paar Liberalen zum Übertritt zur CDU zu bewegen. Ein Treffen zwischen Heile und Adenauer in Rhöndorf (auch Friedrich Middelhaue war zugegen) verlief dann auch ergebnislos. Nicht aber folgenlos für den

rastlosen Agitator einer bürgerlichen Sammlungsbewegung. Seine Parteifreunde wurden zunehmend mißtrauischer, als sie zudem erfuhren, daß er auch mit der „alten Separatisten- und Welfen-Partei“, der „Niedersächsischen Landespartei“ und ihrem Vorsitzenden Heinrich Hellwege fast konspirativ Zusammenschlußverhandlungen geführt hatte. Diese waren fast unterschriftsreif. Doch den Liberalen um den alerten Bankier Franz Blücher platzte schließlich der Kragen, als Heile im Mai 1946 auf dem NLP-Parteitag in Celle, „wohl als erster Parteiführer in der deutschen Geschichte, vielleicht sogar der Menschheitsgeschichte, das Wagnis unternommen (hatte), in einer anderen Partei zu sprechen“ (Heile). Dort warb Heile mit vollmundigen Worten für einen Zusammenschluß beider Parteien.



Wilhelm Heile, Franz Blücher, Wilhelm Hermes – im Hintergrund: Bild von Naumann

Als Heile auch noch so unverfroren war, in seinem Heimatwahlkreis auf einer gemeinsamen Listenverbindung mit der NLP zu erscheinen, war sein politisches Schicksal in der FDP besiegelt. Es kam zu einem intrigenreichen Parteiausschlußverfahren gegen den „Präsidenten“ der westdeutschen Liberalen, der seine Vorstandskollegen immer wieder als „engstirnige Zersplitterungsfanatiker“ verunglimpft hatte. Enttäuscht über seine liberalen Freunde, veröffentlichte Heile, „dessen Name einst Klang über den ganzen Erdball hatte“ (Heile über Heile), eine polemische Rechtfertigungsschrift seiner politischen Vorstellungen. Der von ihm erhoffte Aufstand in der FDP blieb aus, das Echo auf sein Pamphlet blieb gering. Theodor Heuss teilte ihm lapidar mit: „Die Lektüre der Broschüre war ziemlich quälend für mich. Ich glaube, ich gebe ein Exemplar der Broschüre in unsere Landesbibliothek in das Fach querelles allemandes.“

Zusammen mit Heile verließ im Januar 1947 auch der inzwischen kaltgestellte Generalsekretär der Partei, der Mönchengladba-

cher Schnaps-Fabrikant Wilhelm Hermes, die FDP. Heile schloß sich der „Niedersächsischen Landespartei“ an und blieb auch dort glücklos.

Ein Jahr später – 1948 – verabschiedete sich ein weiteres Vorstandsmitglied aus der liberalen Partei. Der Leiter des „Politischen Büros“ der FDP, Dr. Otto Heinrich Greve, verließ im Frühjahr 1948 die Partei wegen ihres inzwischen deutlich gewordenen Rechts-Kurses. „Der von dieser Partei geführte Klassenkampf von oben hat einen durchaus realen Wert, nämlich für diejenigen, denen das Los einer ökonomisch gesicherten Oberschicht und ihrer Spießgesellen alles und das Schicksal des übrigen Volkes nichts bedeutet.“ Und da die FDP „eben nur ein Behelfsheim der Reaktion“ ist, blieb ihm keine andere Wahl, als dieser Partei den Rücken zu kehren. Greve schloß sich den Sozialdemokraten an.

Altes Programm in neuem Gewand

Es sei „unnötig, eine neue Wirtschaftsform einzuführen, wie berechtigt der Wunsch nach Reformen auch immer sein mag. Wir müssen heute aufbauen und können das nur auf dem Grund der alten Formen, ohne auf eine Verbesserungsbedürftigkeit sofort einzugehen“, empfahl der hanseatische Freidemokrat Eduard Wilkening als liberales Wirtschaftsprogramm. Die alten Formen wieder herstellen, das war das Programm. Jede Form von Planwirtschaft lehnten er und seine westdeutschen liberalen Mitstreiter kategorisch ab, weil sie „unvereinbar mit Demokratie (ist), weil Planwirtschaft Zwangswirtschaft ist“. Folglich sollte liberal verstandene Sozialpolitik sich nach den Möglichkeiten freiwirtschaftlicher Rahmenbedingungen ausrichten. Auf dem FDP-Zonenparteitag im Mai 1946 in Bad Pyrmont forderte der „Sozialexperte“ der FDP, Hermann Demel, denn auch in frühkapitalistischer Mentalität: „... wir müssen zur liberalen Wirtschaftsordnung so, wie sie zu Anfang war, nämlich die Konkurrenz für alle, die zwar sehr brutal aber ehrlich war, wieder zurückfinden. (Bravo!)“ (Parteitag protokolliert). Dieses Bekenntnis liberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik hat die Nachkriegszeit fast unbeschadet bis in die unmittelbare Gegenwart überdauert.

Die Liberalen in der britischen Besatzungszone bemühten sich nach Heiles „Abschied von der FDP“ (Heiles Pamphlet) und dem von ihm maßgeblich formulierten „Syker Programm“ rasch, ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen zu präzisieren. Es tagten zahlreiche Arbeitskreise und Zonenausschüsse, die von dem Essener Bankier und seit Mitte 1946 auch als Zonenvorsitzender fungierenden Franz Blücher beeinflusst wurden. Im Frühjahr 1947 standen nach zähem Feilschen um Formulierungen die „Wirtschaftspolitischen Richtlinien“, die eine Sozialisierung kompromißlos ablehnten. Und das zu einer Zeit, als die CDU ihr Ahlener Programm unter das Wahlvolk brachte. Zwar lehnte das FDP-Wirtschaftsprogramm Wirtschaftskonzentrationen ab, doch bekannte es sich zur Unantastbarkeit des Privateigentums so deutlich, daß das

Programm als überaus unternehmerfreundlich galt. „Nicht Verschiebung der Eigentumsverhältnisse, sondern Sicherung der sozialen Handhabung des Eigentums ist die richtige Form der Neuordnung“, erklärte Franz Blücher. Die kapitalistische Struktur sollte wieder hergestellt, nur sollten die Unternehmer künftig etwas sozialer sein, lautete der Schluß aus den liberalen Stellungnahmen zur Wirtschaftspolitik. Die Presse sah das auch so. In der ZEIT (28.8.1947) schrieb Gerd Bucerius, der spätere CDU-MdB: „Die FDP will zu den frühen Formen liberaler Wirtschaftsweise zurückkehren, das Unternehmertum aber zu sozialer Verantwortung des ihm anvertrauten Eigentums anhalten.“ Dabei ist es bis heute geblieben.

Wangerooger Programm

Anfang Januar trafen sich westdeutsche liberale Führungszirkel auf der Insel Wangerooge und brachten ein weiteres wirtschaftspolitisches Programm zu Papier. Das „Wangerooger Programm“ stellte mit seinen 18 Forderungen ein klares Bekenntnis zur Durchsetzung ein reinen marktwirtschaftlichen Bekenntnis zur Durchsetzung eines reinen marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems dar. Einmal mehr wurde jegliche Form von Sozialisierung verworfen, die Förderung des Mittelstandes gefordert, eine Anpassung der Löhne und Gehälter an die marktwirtschaftlichen Bedingungen verlangt, das freie Unternehmertum bedingungslos bejaht und insgesamt einem marktwirtschaftlichen Bewältigungsoptimismus das Wort geredet. Es war das klare Programm einer Partei, die sich seit jener Zeit immer offener als antisozialistische Plattform-Partei verstand. Dieses Image hat die FDP kontinuierlich bis heute gepflegt.

Rückhaltlos setzte sich die FDP auch in den ersten parlamentarischen Gremien für die Durchsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Ziele ein. Das bekannteste, personalpolitische Signal lieferte die FDP mit ihrer Entscheidung, Anfang März 1948 den parteilosen Ludwig Erhard zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft wählen zu lassen. Einige Zeit schwankte der spätere CDU-Wirtschaftsminister und Bundeskanzler, zur CDU zu gehen. Doch diese Entscheidung nahm ihm die FDP ab: Sie konnte ihm keinen sicheren Wahlkreis bieten. Zudem war die FDP dem neoliberalen Wirtschaftsprofessor zu wenig sozial. Im Frankfurter Wirtschaftsrat legten die Freien Demokraten zusammen mit der CDU den Grundstein der wirtschaftspolitischen Verfassung der Bundesrepublik. Die FDP wandte sich gegen jede staatliche Reglementierung, widersetzte sich allen Enteignungs- und Sozialisierungsmaßnahmen und lehnte daher im Dezember 1948 auch das (erste) Lastenausgleichsgesetz ab. Bis zur Gründung der Bundesrepublik hatten die Liberalen ihren Einfluß erfolgreich genutzt, alle richtungsweisenden Weichenstellungen in ihrem Sinne zu beeinflussen.

(Es folgt Teil II: Sozialpolitik nach Gutsherrenart; Unorthodoxe Parteienfinanzierung; Sammelbecken der Rechten)

Hellmut von Gerlach Kämpfer für Frieden und soziale Gerechtigkeit

Von Friedrich Henning

Am 2. Februar jährte sich der 120. Geburtstag des 1935 im Pariser Exil verstorbenen linksliberalen Politikers und Publizisten Hellmut von Gerlach. In seiner menschlichen Geradlinigkeit und Kompromißlosigkeit bleibt er uns auch heute noch unvergessen.

Wer war Hellmut von Gerlach? Beschäftigen wir uns hier zunächst etwas mit seinem Lebenslauf. Am 2. Februar 1866 auf Schloß Monschmotschelnitz im schlesischen Kreis Wohlau, nordwestlich von Breslau geboren, entstammte er einer spätadelten preußischen Beamtenfamilie, die im 19. Jahrhundert teilweise in Berlin und in der Mark Brandenburg und teilweise in Schlesien ansässig war. Einige Verwandte Gerlachs waren schon im 19. Jahrhundert als Politiker, Militärs und Publizisten in Preußen hervorgetreten, so besonders die Brüder Leopold und Ernst Ludwig v. Gerlach, die in der Mitte des Jahrhunderts in Berlin als enge konservative Berater König Friedrich Wilhelm IV. zu seiner „Hofkamarilla“ gehört hatten. Gerlachs Vater war selbst schlesischer Rittergutsbesitzer und Landedelmann und ließ seinem Sohn – es war nicht der Einzige – zunächst eine sehr standesgemäße *gouvernante* Erziehung zuteilwerden. Dabei war der Vater gewiß wenig richtungsweisend für die geistige und politische Zukunft seines Sohnes, der nach einem Gymnasialabschluß in Wohlau zwischen 1884 und 87 zunächst in Genf, dann

in Straßburg, Leipzig und endlich Berlin ein juristisches Studium absolvierte und anschließend das übliche juristische Referendariat in Preußen ableistete.

Christlichsoziale Arbeiterpartei

Dabei entdeckte Gerlach, daß die Tätigkeit eines preußischen Beamten doch nicht seinen Neigungen und seinem Wesen entsprach, sondern daß mehr ein freies publizistisches und politisches Wirken seinen Entfaltungsmöglichkeiten näherkam. Er quittierte 1893 den Staatsdienst und beschloß, sich künftig ganz der Journalistik und Publizistik zu widmen. Dazu kam ihm 1892/93 sehr die Verbindung zu dem Berliner Hofprediger Adolf Stoecker und der von ihm 1878 gegründeten Christlichsozialen Arbeiterpartei gelegen. Er schloß sich Stoecker und seiner Partei an und war an dem Versuch Stoeckers beteiligt, die Christlichsoziale Arbeiterpartei mit der Deutschkonservativen Partei zu verbinden. Ein kurzer Aufenthalt in England hatte ihn in der Vorstellung bestärkt, für eine Verbindung zwischen konservativen und sozialen Forderungen einzutreten und den preußischen Konservatismus der damaligen Zeit sozialpolitisch „aufzufrischen“ – wie es Theodor Heuss später in seiner Naumann-Biographie bezeichnet hat. Für diese politischen Bestrebungen wirkte Gerlach vor allem in der christlichsozialen Parteizeitung „Das

Volk", deren Redaktion er 1893 – zusammen mit dem früheren Lassalleaner Heinrich Oberwinder – übernommen hatte. In der Christlichsozialen Partei und Umgebung Stoeckers kam Gerlach auch mit Friedrich Naumann in engere Berührung, der sich damals ebenfalls Stoecker und seinen Christlichsozialen angeschlossen hatte, um hier an der Lösung sozialpolitischer Fragen mitzuarbeiten.

National-sozialer Verein

Aber sehr bald traten zwischen Stoecker und Naumann doch erhebliche politische Spannungen auf, die 1895 zur Trennung Naumanns von Stoecker und den Christlichsozialen führten. Auch zwischen Gerlach und Stoecker war es immer mehr zu einer politischen Entfremdung gekommen, die vor allem in einer Ablehnung des Stoeckerschen Antisemitismus durch Gerlach seine Ursachen hatte. Auch die Haltung Stoeckers zum Sozialistengesetz in der Wilhelminischen Ära war an dieser Entfremdung Gerlachs von Stoecker beteiligt. Als Friedrich Naumann 1896 den „National-sozialen Verein“ gründete, schloß sich ihm auch Gerlach an und übernahm zusammen mit Heinrich Oberwinder die Redaktion der neuen nationalsozialen Berliner Tageszeitung „Die Zeit“. Bereits im August 1895 hatte Gerlach noch die Chefredaktion einer eigenen parteiunabhängigen Wochenzeitung „Welt am Montag“ in Berlin übernommen. „Welt am Montag“, die er bis zum Februar 1933 redigierte, und „Die Zeit“ wurden zunächst die wichtigsten Publikationsorgane, in denen Gerlach seine politischen Ansichten publizierte. Mit großem Ernst setzte sich Gerlach in beiden Organen vor allem auch für die sozialen Interessen der unteren Bevölkerungsschichten ein und stritt zusammen mit Friedrich Naumann für eine Versöhnung der Arbeiterschaft mit dem Staat. Zusammen mit Naumann kämpfte er 1898 und 1903 um den Einzug der Nationalsozialen in den Reichstag.

Marburg

Nachdem er 1898 in Marburg an der Lahn die seit 1885 bestehende „Hessische Landeszeitung“ hatte kaufen und sie zu einem nationalsozialen Sprachorgan ausbauen können, gelang Gerlach auch 1903 als einzigem nationalsozialen Kandidaten der Einzug in den Reichstag.

Freisinnige Vereinigung

Im Reichstag schloß sich Gerlach als Hospitant der linksliberalen „Freisinnigen Vereinigung“ unter deren Fraktionsvorsitzendem Karl Schrader an. Die „Freisinnige Vereinigung“ hatte sich 1893 aus einer Abspaltung von der linksliberalen „Deutschen Freisinnigen Partei“ in einer Auseinandersetzung um die Militärvorlage des Jahres 1892/93 gebildet. Gegenüber der Deutschfreisinnigen Partei, die unter der Führung Eugen Richters 1893 die Militärvorlage befürwortet hatte, vertrat die Freisinnige Ver-

einigung eine mehr pazifistische Haltung und bekämpfte unter Führung Theodor Barths entschieden die Rüstungs- und Expansionspolitik des Deutschen Reiches. Als Friedrich Naumann in tiefer Resignation über die mangelnden Erfolge der Nationalsozialen 1903 die Auflösung des „Nationalsozialen Vereins“ betrieb und den Anschluß der Nationalsozialen an die Freisinnige Vereinigung empfahl, gehörte Gerlach verständlicherweise zu den Hauptbefürwortern dieses Anschlusses. Hatte er nicht schon längst als Reichstagsabgeordneter diesen Anschluß vollzogen? Dabei fand Gerlach als Reichstagsabgeordneter dann doch nicht die Befriedigung und den Erfolg, die er sich erhofft hatte. Je länger je mehr blieb er als Hospitant in der Fraktion der „Freisinnigen Vereinigung“ ein Einzelgänger und war auch kaum bereit, sich der von ihm geforderten Fraktionsdisziplin zu unterwerfen. Sehr bald wurde ihm auch die sehr beschränkte Wirkungsmöglichkeit im Reichstag bewußt. Trotzdem war er – ähnlich wie Theodor Barth, mit dem er sich politisch sehr verbunden wußte – recht ent-



Hellmut von Gerlach

täuscht, als es ihm 1907 nicht mehr gelang, sein Abgeordnetenmandat zu halten und mitansehen zu müssen, daß die neue Fraktion der „Freisinnigen Vereinigung“ im sogenannten „Bülow-Block“ die nationale Rüstungs- und Expansionspolitik des Reichskanzlers Bernhard v. Bülow weitgehend unterstützte und mittrug.

Demokratische Vereinigung

Diese politische Haltung der neuen Fraktion, der auch Friedrich Naumann erstmalig angehörte, führte 1907/08 zur Entfremdung Gerlachs von Naumann und der „Freisinnigen Vereinigung“. Nach einigen erregten Auseinandersetzungen verließ Gerlach zusammen mit Theodor Barth die „Freisinnige Vereinigung“ und gründete im April/Mai

1908 zusammen mit Barth und Rudolf Breitscheid eine neue politische Partei, die „Demokratische Vereinigung“. Die neue Partei, zunächst unter dem Vorsitz von Rudolf Breitscheid, dann ab 1912 unter dem Vorsitz Gerlachs, blieb zwar im Parteiensystem des Reiches eine Splitterpartei. Sie erreichte nie ein Abgeordnetenmandat und erreichte mit ihrem Höchststand von 1911 nur etwa 10 Tausend Mitglieder. Aber sie vertrat in ihrer Programmatik eine sehr klare, entschiedene politische Linie und Haltung. Im Mittelpunkt des Programms stand vor allem ein entschiedenes Bekenntnis zur Volkssouveränität und Demokratie – für eine bürgerliche Partei damals etwas neues. In der Wahlrechtsreformfrage setzte sich das Programm für ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlsystem für alle Parlamente ein und wandte sich gegen die weitere Rüstung des Reiches. Die Wochenzeitung Gerlachs „Welt am Montag“ wurde zum wichtigsten Sprachrohr der Partei.

Pazifist im 1. Weltkrieg

Mit dem Ausbruch des 1. Weltkriegs verlor jedoch 1914 die Partei und Parteiarbeit völlig jegliche Bedeutung, da ihr trotz einer antiimperialistischen und antimilitaristischen Konzeption nun jede weitere Möglichkeit genommen war, ihre Ziele zu verwirklichen. Es kam sogar noch zu innerparteilichen Spannungen und Querelen, in deren Verlauf Gerlach zudem völlig isoliert wurde. Sein Wirkungsbereich blieb im wesentlichen auf seine Publizistik in seiner „Welt am Montag“ beschränkt. Während des Krieges engagierte sich Gerlach noch sehr in der 1892 gegründeten „Deutschen Friedensgesellschaft“ und in dem im November 1914 gegründeten „Bund Neues Vaterland“, der Bestrebungen förderte, die auf eine Beendigung des Krieges und auf eine Verbindung zwischen Bürgertum und sozialdemokratischer Arbeiterschaft hinzielten. An den meisten Verlautbarungen beider Organisationen war Gerlach führend beteiligt. Dabei geriet er allerdings auch wiederholt in Schwierigkeiten mit staatlichen Stellen. Nicht selten hatte er unter Repressalien von Polizei und Militär zu leiden. Nicht selten war seine publizistische Arbeit von Zensurmaßnahmen des Staates beeinträchtigt.

Ausgleich mit den Polen

Nach Ausbruch der Revolution und dem Ende der Monarchie kehrte Gerlach Ende 1918 bis zum März 1919 noch einmal in den Dienst des preußischen Staates zurück. Sein alter politischer Freund, Rudolf Breitscheid, mit dem er 1908–12 in der „Demokratischen Vereinigung“ eng zusammengearbeitet hatte und der 1912 der Sozialdemokratischen Partei beigetreten war, berief ihn als Unterstaatssekretär ins Innenministerium und übertrug ihm im November 1918 als Staatskommissar die Untersuchung von Unruhen unter der polnischen Bevölkerung im Raume der damals noch preußischen Provinz Posen. Gerlach versuchte hier zu vermitteln und zur Mäßigung

in Berlin anzuraten, stieß aber dort auf taube Ohren. Enttäuscht erklärte er im März 1919 seinen Rücktritt als Unterstaatssekretär.

Deutsche Demokratische Partei

Schon bald nach Ausbruch der Revolution und Neuordnung der deutschen Parteien in einem republikanischen Deutschland war Gerlach am 16. November 1918 der neuen „Deutschen Demokratischen Partei“, der Nachfolgeorganisation der von ihm früher bekämpften „Fortschrittlichen Volkspartei“, beigetreten und hatte den Gründungsauftrag der neuen Partei mitunterschrieben. Er hoffte, daß die „Deutsche Demokratische Partei“ ein entschiedeneres demokratisches, antimilitarisches Gepräge haben würde als die frühere „Fortschrittliche Volkspartei“ und daß er hier eine neue, endgültige parteipolitische Heimat finden würde. Und tatsächlich schienen sich diese Hoffnungen im Anfang der Weimarer Republik auch zu erfüllen. Aber in dem zunehmenden Rechtskurs der Partei sah sich Gerlach in seinen Erwartungen bald wieder enttäuscht. In der Parteiarbeit fand er wenig Resonanz, und so verließ er schon 1922 wieder die Partei, als er namentlich die Politik des demokratischen Reichswehrministers Otto Geßler nicht mehr mittragen zu können meinte.

Radikaldemokratische Partei

Künftig betätigte er sich in Organisationen vornehmlich nur noch in der „Deutschen Friedensgesellschaft“ und in der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ (früher Bund Neues Vaterland) – verschiedentlich als Vortragsredner, in erster Linie als politischer Publizist. Nur noch einmal betätigte er sich parteipolitisch: im August 1930 mit Ludwig Quidde in der „Vereinigung Unabhängiger Demokraten“, die sich damals aus Protest gegen die Vereinigung der „Deutschen Demokratischen Partei“ mit dem „Jungdeutschen Orden“ zu einer neuen „Deutschen Staatspartei“ von der Deutschen Demokratischen Partei getrennt hatte und sich dann in „Radikaldemokratische Partei“ umbenannte. Führend betätigte sich Gerlach außerdem nur noch im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, in dem zwischen 1924 und 33 Demokraten verschiedener Richtungen zur Verteidigung der Weimarer Republik zusammenwirkten.

Flucht nach Paris

Als am 30. Januar 1933 mit der Reichskanzlerschaft Hitlers die Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland Wirklichkeit wurde, wurde aus der politischen Oppositionsrolle Gerlachs gegen konservative, nationalistische und undemokratische Kräfte in Deutschland die persönliche, direkte persönliche Bedrohung durch das neue Regime. In der Nacht nach den Reichstagswahlen vom 9. März 1933 gelang Gerlach in letzter Minute – ohne Paß, den man ihm vorher schon abgenommen

hatte – über München die Flucht nach Prag und von dort über Österreich und die Schweiz nach Paris.

In Frankreich wurde Gerlach vor allem von der „Französischen Liga für Menschenrechte“ betreut, die hier seine publizistische Tätigkeit und sein Wirken als Vortragsredner ermöglichte. Auf einer solchen Vortragsreise wurde der inzwischen 69 Jahre alt gewordene Gerlach im Mai 1935 von einem schweren Herzanfall überrascht, der sich dann am 1. August 1935 wiederholte. Der zweite Anfall führte zu seinem Tode. Wie es sich Gerlach immer gewünscht hatte, hielt sein Freund Rudolf Breitscheid, der ebenfalls nach Frankreich hatte emigrieren können, an seinem Grabe eine Grabrede, in der er die Verdienste Gerlachs um die Demokratie in Deutschland sowie sein sozialpolitisches und pazifistisches Engagement eingehend würdigte.

Fazit eines Lebens

Worin liegt nun – so fragen wir uns am Ende unserer Betrachtung des Gerlachschen Lebensweges – seine eigentliche zeitliche und dann seine überzeitliche Bedeutung für uns? Als Politiker, Abgeordneter und Parteivorsitzender ist Gerlach zweifellos gescheitert und von sehr geringen Erfolgen begleitet. Seine Hauptbedeutung in seiner Zeit liegt gewiß in seiner Rolle als Publizist, als Chefredakteur der „Welt am Montag“ zwischen 1918 und 33, als Leitartikler und Verleger etwa der Hessischen Landeszeitung in Marburg. Hier, in der publizistischen Einflußnahme auf die Zeit liegt das Wesentliche seines Lebens. Theodor Heuss, der ihm persönlich und politisch später recht fern stand, hat das journalistische Talent Gerlachs sehr treffend in seinen Lebenserinnerungen und seiner Naumann-Biographie beschrieben. Er hat die sehr deutliche journalistische „Verve“ Gerlachs gerühmt, „der auch ohne von Sentimentalitäten frei zu sein, die Schnoddrigkeit als handwerkliches Zubehör betrachtete, als Leitartikler gewandt, schmissig, auf die Tagespointe eingestellt ohne journalistischen Reiz, doch leicht verwendbar.“ Oder die Dynamik, mit der „er“ – Gerlach – „die Dinge anging und die Polemik brauchte. Alles war Tempo. Der schriftstellerische Glanz, die literarische Durchgestaltung fehlten, die journalistische Verve aber schlug durch.“

Aus überzeitlicher, heutiger Sicht bestehen bei Gerlach noch einige andere Momente: vor allem seine enorme politische Gradlinigkeit und Kompromißlosigkeit, die er immer wieder an den Tag legte, wenn es sich um grundsätzliche Fragen – etwa der Demokratie, der Wehrpolitik und des Friedens, des Verhältnisses des liberalen Bürgertums zur Arbeiterschaft und zur Sozialdemokratie oder um die Bekämpfung von Imperialismus, Konservatismus oder Nationalismus handelte. Als Politiker war er gewiß kein bequemer, zu Verblindlichkeiten neigender Weggefährte und Mitarbeiter – das zeigen seine sehr wechselnden Freundschaften von Stoecker zu Naumann, von Naumann zu Barth und Breitscheid oder seine sehr vielfach wechselnden Engagements in einer Reihe von Organisatio-

nen und Parteigruppen. Er war ein Mann, der scharfe Konturen und Unnachgiebigkeiten liebte, ein Politiker, der die Oppositionshaltung und das kritische Neinsagen mehr bevorzugte als ein konstruktives politisches Handeln und das Jasagen zu bestimmten Unvollkommenheiten des Lebens. Heuss hat in seinen Lebenserinnerungen die Neigung des späten Gerlach zu einem „rigorosen Doktrinarismus“ hervorgehoben, und gewiß hat diese Neigung Gerlach mehrfach geschadet und an äußeren Erfolgen gehindert. Andererseits liegen aber in der radikalen doktrinarischen Geradlinigkeit und Kompromißlosigkeit Gerlachs auch einige sehr positive Momente, die ihn für uns und unsere Zeit gerade zum Vorbild machen. Krankte nicht der heutige etablierte politische Liberalismus zu sehr an Kompromißfreudigkeit, an zuviel Nachgiebigkeit gegenüber illiberalen und undemokratischen Koalitionspartnern? Möchte man nicht den heutigen deutschen Liberalen und Demokraten mehr Mut zum Neinsagen und zur Opposition wünschen? Man fragt sich unwillkürlich, wo, in welchem Lager Gerlach etwa heute stünde mit seiner radikaldemokratischen, pazifistischen Haltung. Wäre es nicht besser um den deutschen Liberalismus und die deutsche Demokratie bestellt, wenn wir heute noch mehr solche Gerlache hätten, Politiker ähnlicher Geradlinigkeit und Kompromißlosigkeit? Fragen, auf die es sicher keine schlüssige Antwort gibt, Fragen aber, die zum Nachdenken anregen sollten.



Hans-Joachim Schabedoth

BITTSTELLER ODER GEGENMACHT?

Perspektiven gewerkschaftlicher
Politik nach der Wende

Mit einem Vorwort von Franz Steinkühler



Hans-Joachim Schabedoth
**BITTSTELLER
ODER
GEGENMACHT?**

Perspektiven gewerkschaftlicher
Politik nach der Wende

Ein Buch über die Zukunft der
Gewerkschaften unter den
Bedingungen der 'Wende' und
des neuerlichen industriellen
und gesellschaftlichen Umbruchs.
Mit einem Vorwort von
Franz Steinkühler.

252 Seiten, DM 19,-
ISBN 3-924800-32-4

SP-Verlag, Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg

Zum Zwiespalt des Liberalismus in Deutschland - gestern, heute

Von Leonhard Froese (Marburg)

„Liberales Denken wurzelt, nach wie vor, in Kants Imperativ vom Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit, in der Abkehr vom Untertanengeist...“ (William Borm)

Es ist üblich, den Ursprung des „Liberalismus“ auf die ideengeschichtlichen Wurzeln der Neuzeit zurückzuführen. Liberale Gedanken und Praktiken haben jedoch eine wesentlich ältere Geschichte. Sie reichen nicht nur zurück bis in „unsere“ Antike; sie sind – jedenfalls partiell – bereits in den vorhellenischen wie auch in einigen primären Kulturen aufweisbar. So beispielsweise im Verhältnis der Generationen und Geschlechter allgemein, aber auch konkret hinsichtlich religiöser, pädagogischer, sozialer Aspekte. Es greift daher, prinzipiell gesprochen, nicht zu weit, wenn Thomas Dehler, den man zu den Kronzeugen eines aufgeklärten Liberalismus im Nachkriegsdeutschland zählen kann, feststellt: „Die Geschichte der Freiheit des Menschen ist die Geschichte der Menschheit. Ihr Weg hat sich niedergeschlagen in dem Ringen um die Menschenrechte, um die Grundrechte, um die Freiheitsrechte.“¹

Der „moderne Liberalismus“, wie ihn GUIDO DE RUGGIERO² versteht, hat seinen Ursprung in der Neuzeit. Doch nicht erst, wie es bei ihm erscheint, seit dem 18. Jahrhundert. Die normativen Forderungen dieses neu aufkommenden rechtspolitischen Bewußtseins schlagen sich seit Beginn des 17. Jahrhunderts in einer Reihe von Dokumenten von historischem Rang nieder:

Erklärungen in der Versammlung der Generalstände (1614),
Petition of Rights (1628), Charta von Rhode Island (1647),
Habeas-Corpus-Akte (1679), Declaration of Rights (1689).

Ihnen folgen im 18. Jahrhundert Proklamationen von historischer Tragweite: die von JOHN LOCKE inspirierte Deklaration der „Bill of Rights of Virginia“ (12. Juni 1776), die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten (4. Juli 1776), die „Erklärung der Menschenrechte“ (1789), die von ROBESPIERRE entworfene französische Verfassung (1793), DE MAISTRES' „Considération sur la France“ (1797).

Das 18. und 19. Jahrhundert warten auch mit den Werken namhafter deutscher Philosophen, Dichter, Wissenschaftler auf, die –

inspiriert von der englischen und französischen Aufklärung bzw. Revolution – ein prononciertes Bekenntnis zum liberalen Gedankengut ablegen. Vor dem Hintergrund der Schriften von ROUSSEAU, LOCKE, MONTESQUIEU, VOLTAIRE u. a. entwickeln sie in engagierten, differenzierten Abhandlungen die geistigen Grundlagen für das dann in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen praktisch werdende liberale Gedankengut: CHRISTIAN WOLFFS „Vernünftige Gedanken von dem gesellschaftlichen Leben des Menschen“ (1712), IMMANUEL KANTS „Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung“ (1784), JOHANN GOTTLIEB FICHTES „Die Zurückforderung der Denkfreiheit von den Fürsten Europas“ (1792), FRIEDRICH SCHILLERS „Don Carlos“ (1782), WILHELM VON HUMBOLDS „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ (1792) – um nur einige besonders bekannte und wirksam gewordene Beispiele liberaler Geistesverfassung aus deutschen Landen anzuführen. In diesem Kontext stehen dann auch konkrete ökonomische und soziale, politische und kulturelle Reformen in dem vom liberalen Geist der Zeit inspirierten Preußen: die „Bauernbefreiung“ (1807), die Städteordnung (1808), die Heeresreform (1809), die Universitätsreform (1810), die Gewerbefreiheit (1811) sowie die Judenemanzipation (1812).

Es kommt – wenngleich zuletzt in Preußen – zur Bildung von Landesverfassungen: Baden und Bayern (1818), Württemberg (1819), Hessen-Darmstadt (1820) usw. 1830 sind es schon 15 von 39 Mitgliedstaaten des Deutschen Bundes, der in seiner „Bundesakte“ die Einführung solcher Verfassungen beschlossen hatte. Man kann mit FRIEDRICH HENNING die liberale Komponente in und mit diesen Konstitutionsakten wie folgt bewerten:

„In jedem Fall bargen diese landständischen Verfassungen und Standesvertretungen in den einzelnen deutschen Staaten, obwohl sie zunächst nur fürstlich oktroyierten Gnadenerlassen und nicht etwa echten Mitsprache- und Beschlußrechten des Volkes entsprungen waren, in ihrem Kern die wichtigsten Keimzellen zur Entwicklung des späteren liberalen Verfassungsstaates.“²

Als sich endlich Preußen bereit fand, einen „Vereinigten Landtag“ (1847) ins Leben zu rufen – Kurhessen war inzwischen auf-

grund eines Entwurfs des Marburger Rechtsgelehrten SYLVESTER JORDAN gleichfalls zu einer Verfassung gekommen –, bildete sich dort eine „liberale Fraktion“. Obwohl in Opposition zu den Konservativen stehend, sind die „preußischen“ Liberalen doch nicht mit jenen „radikalen“ bzw. „ganzen“ Liberalen zusammenzubringen, die sich in Baden unter FRIEDRICH HECKER in Opposition zu ihrer Fraktion, unter Leitung von FRIEDRICH DANIEL BASSERMANN, begeben hatten. Kernpunkt der Auseinandersetzung war die Frage „Regierungsunterstützung oder Opposition?“, wobei es vor allem um die Rolle des Innenministers ging. Die Radikalen, die sich auch (liberale) „Demokraten“ nannten, trafen sich am 12. September 1847 in Offenburg und verabschiedeten ein Aktionsprogramm: „Dieses 'Offenburger Programm' einer radikalen Minderheit des deutschen Liberalismus enthielt bereits alle jenen innenpolitischen Programmpunkte, die in den kommenden Revolutionsjahren noch Schlagzeilen machen sollten.“³

Doch kam der Widerstand gegen dieses Aktionsprogramm zuallererst von innen, nicht von außen. Denn bereits am 10. Oktober 1847 versammelten sich die „anderen“ badischen Liberalen mit den rheinisch-preußischen Liberalen, um die eigene Vorgehensweise abzustimmen. Worin sich jedoch beide liberale Flügel einig waren, war die Doppelintention: Nationalversammlung und Reichsverfassung.

Trotz Revolution und Reaktion war der Fortschritt des politischen Liberalismus auch in Deutschland nicht aufzuhalten, und so bildete sich aus einer Fraktionsabspaltung im preußischen Landtag eine „Partei“, die sich den Namen „Fortschritt“ zulegte. Streng genommen ist die Konstituierung dieser „Deutschen Fortschrittspartei“ am 6. Juni 1861 in Berlin die Geburtsstunde des parteipolitisch organisierten Liberalismus in Deutschland. Mit der klaren demokratischen Perspektive, „eine feste Regierung, welche ihre Stärke in der Achtung der verfassungsmäßigen Bürger sieht“⁴, wurde sie zum Sammelbecken der aufgeklärten politischen Liberalen in Preußen und zur stärksten Fraktion im Landtag. Als der König wegen des liberalen Widerstandes gegen seine verschärfte Militärpolitik die liberale Regierung absetzte und den Landtag auflöste, kehrte diese mit überwältigender Mehrheit in den neu gewählten Landtag zurück. Im Affront gegen diese liberal-demokratische Willensbekundung des Volkes berief

Liberalismus in heute und morgen

der König BISMARCK, der seinem Namen als „Eiserner Kanzler“ von Anfang an Ehre machte: Gerade auch und nicht zuletzt mit seiner Feststellung, „nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse“, sondern „durch Blut und Eisen“ regieren zu wollen. Um ein bekanntes Wort THEODOR MOMMSENS in unseren Themenzusammenhang zu stellen, kann man sagen: Als der Lotse an Bord kam, wurde der „Nation“ das liberale „Rückgrat gebrochen“.⁵ Die taktische Fähigkeit OTTO VON BISMARCKS, durch Akkordierung eben jener nationalistisch-militaristischen Politik die Liberalen zu verunsichern und schließlich für sich einzunehmen, spiegelt fokushaft jene erfolgreiche Strategie der „Rechten“ wider, mittels der Liberalen an die Macht zu gelangen und über sie ihre Machtpolitik durchzusetzen. Diese hat das WILHELMINISCHE REICH hervorgebracht, die WEIMARER REPUBLIK behindert, das DRITTE REICH ermöglicht und die ZWEITE, die BONNER REPUBLIK in alte Fahrgräber geführt. Die Abspaltung der „Nationalliberalen“ von den „Fortschrittlichen“ (1866) sowie die Existenz einer dritten, der „Liberalen Reichspartei“, schwächte die Liberalen nicht so sehr zahlenmäßig, wohl aber hinsichtlich der Durchsetzungskraft irreversibler liberaler Prinzipien, der Grundrechte, die in deutschen Ländern bereits zu den „Märzerrungenschaften“ zählten.

Die Zwischenbilanz sieht am Ende des Kaiserreiches – mit den Worten WERNER STEPHANS, milde beurteilt – so aus:

„Fast alle Liberalen – die süddeutschen Demokraten ausgenommen – waren in den 60er Jahren Herolde, dann Mitbegründer des von Preußen geführten kleindeutschen Reiches gewesen... Die Gestalt, die der Hohenzollernstaat unter Bismarcks Führung angenommen hatte, entsprach gewiß nicht den liberalen Vorstellungen... Es fehlte der preußischen Führungsschicht an Verständnis für die Lebensvoraussetzungen eines modernen Staates. Sie blieb stecken in den Vorurteilen der ostelbischen Grundbesitzer, der Militär- und Beamtenkaste...“⁶ Die gesplante, kontroverse Politik der deutschen Liberalen setzte sich im Prinzip in der Weimarer Republik – wenngleich unter anderen Namen und veränderter Besetzung – fort: die Nationalliberalen unter dem Firmenschild „Deutsche Volkspartei“, die Fortschrittliberalen unter dem Titel „Deutsche Demokratische Partei“. Während die Linkliberalen – trotz großer Namen wie HUGO PREUSS, FRIEDRICH

NAUMANN, WALTHER RATHENAU, GERTRUD BÄUMLER – zu schwach waren, gemeinsam mit den Sozialdemokraten ihre Vorstellung von der Ersten Republik als „Volks- und Rechtsstaat“ durchzusetzen, verhalfen die Rechtsliberalen, mit STRESEMANN im Bunde, durch die „Inthronisierung“ HINDENBURGS als Reichspräsident der Republik zur „Wende rückwärts“, zum Konservatismus und Nationalismus. Der Verlierer war die WEIMARER REPUBLIK, die Gewinner waren die Rechtsextremisten in Gestalt der Nationalsozialisten. In ihrem DRITTEN REICH war – nicht nur für jüdische – für Liberale kein Platz mehr. Der politische Liberalismus in Deutschland lag völlig am Boden, wenn man von vereinzelten Aktivitäten absieht: So beispielsweise durch THEODOR HEUSS und WALTER GOETZ in Fortführung der Naumannschen Zeitschrift „Die Hilfe“ oder durch GERTRUD BÄUMLER und HELENE LANGE mit dem Blatt „Die Frau“.

Die mit der „Potsdamer Erklärung“ von allen vier Besatzungsmächten bekundete Absicht, Deutschland zur Demokratie zurückzuführen, eröffnete auch den politischen Liberalen die Chance, sich neu zu organisieren und zu konstituieren. Sie taten dies – wie die großen Parteien – relativ früh: zuerst in der SBZ in Gestalt der Liberal-Demokratischen Partei (5.7.1945); in den Westzonen starteten sie 1945 in Baden-Württemberg mit der alten Bezeichnung Demokratische Volkspartei und in Hamburg als Partei Freier Demokraten. 1946 folgten in Südbaden die Demokratische Partei, in Bayern schon die Freie Demokratische Partei. Schließlich kommt es am 12. Dezember 1948 zum Zusammenschluß der westdeutschen liberalen Gründungen unter dem Vorsitz von THEODOR HEUSS und mit der Bezeichnung Freie Demokratische Partei. Doch der „Rechts-Links“-Konflikt war diesem fragwürdigen Versuch, zwei unvereinbare Positionen unter ein Dach zu bringen, von Anfang an auf den Partei-Körper geschrieben. Die symbolträchtige Entscheidung, nicht in der Mitte, sondern auf der rechten Seite des Bundestages Platz zu nehmen, wirft im voraus die Schatten auf eine Politik, die stärker in der Tradition der Nationalliberalen, denn der Liberal-Demokraten zu sehen ist.

Deutlicher noch als zunächst im Gesamtverband, zeigt sich dies in einigen Landesverbänden: So vor allem in Hessen unter AUGUST MARTIN EULER, aber auch in Nordrhein-Westfalen, wo man sich zur

„Nationalen Rechten“ hin geöffnet hatte, um eine „Rechtspartei“ zu verhindern. Unter ihnen waren engagierte Nationalsozialisten, wie z. B. GOEBBELS' Staatssekretär WERNER NAUMANN. Gegen diese politische Zielsetzung, „alle Kräfte rechts von der CDU“ für die FDP zu gewinnen, gab es Widerstand nicht nur im Süden, sondern auch im Norden, vor allem in den beiden großen Hansestädten. So wurde 1952 in Hamburg ein „Liberales Manifest“ proklamiert, das die Partei zur Mitte hin orientieren sollte. Doch man einigte sich im selben Jahr im Wege eines, die beiden Flügel beschwichtigenden Kompromisses und mußte später mehrfach bitter dafür bezahlen. Immer wieder haben ausgesprochen rechtsgerichtete FDP-Politiker in entscheidenden Situationen ihre Stimme gegen die beschlossene Parteimarschroute in die Waagschale geworfen und schließlich sogar die Partei verlassen. Unter ihnen sind zwei ehemalige Parteivorsitzende: FRANZ BLÜCHER und ERICH MENDE. Dies gilt auch für eine Reihe anderer rechtsorientierter und in führenden Positionen stehender „Liberaler“: NEUMEYER, PREUSKER, SCHÄFER, die gegen den Willen der Fraktion in der Regierung blieben, oder wie V. KÜHLMANN-STUMM, HELMS, ZOGELMANN u. a., die ihre Mandate mitnahmen und z. B. so wichtige Abstimmungen wie die über die Ostverträge maßgeblich beeinflussten. Dies gilt im übertragenen Sinne auch für das koalitionspolitische „Wende“-Manöver von LAMBSDORFF, GENSCHER, MÖLLEMANN u. a., das die Partei nun vollends auf Rechtskurs gebracht hat. Die Folge war, daß es auf dem Höhepunkt der Krise, dem Berliner Parteitag der F.D.P. 1982, zum überfälligen Bruch kam. Diejenigen Liberalen, die die Partei verließen, gründeten 1983 die Partei der LIBERALEN DEMOKRATEN. Ihr Vorsitzender wurde der hessische Landtagsabgeordnete ULRICH KRÜGER, unterstützt durch den bisherigen Vorsitzenden der Jungdemokraten, THEO SCHILLER. Mit der Ablösung GENSCHERS durch BANGEMANN hat die F.D.P. ihren von langer Hand vorbereiteten Rechtsruck besiegelt. (Es ist übrigens derselbe MARTIN BANGEMANN, der als ehemaliger „forscher“ Jungdemokrat seinerzeit mit 50 Delegierten den „Kopf“ ERICH MENDES forderte.)

Betrachtet man die inhaltlichen Zielvorgaben der beiden gegenwärtigen liberalen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, so sind diese bei den LIBERALEN DEMOKRATEN stringenter als bei den FREIEN DEMOKRATEN. Denn diese haben die gemeinsame Basis des „FREIBURGER PROGRAMMS“ von 1971, das die Partei bis zur „Bonner Wende“ zusammenzuhalten vermochte, weitgehend verlassen, ja dieses zum Teil in sein Gegenteil verkehrt. Waren bisher schon Positionen, wie sie in der damaligen Parteiführung durch Personen wie FLACH und MAIHOFFER auf der einen, FRIEDRICH und LAMBSDORFF auf der anderen Seite vertreten wurden, im wortwörtlichen Sinne völlig unvereinbar, so wurden sie es bei dem von langer Hand durch GENSCHER und KOHL ins Auge gefaßten „Wendemanöver“ nunmehr vollends. Spätestens seit dem Ersatz des

sozial- und wirtschaftspolitischen Teils des FREIBURGER PROGRAMMS durch die bekannten „KIELER THESEN“ von 1977 war klar, in welche politische Richtung die Weiterreise der FDP gehen sollte: zurück zur vermeintlichen „reinen Marktwirtschaft“ à la LUDWIG ERHARD. Im programmatischen „Bermuda-(Drei)-Eck“ der FDP wirkt nicht nur ihr zu Beginn des Jahres 1985 in Saarbrücken verabschiedetes „LIBERALES MANIFEST“ wie ein mixtum compositum aus Freiburger, Kieler und anderen Elementen. Es wirkt sich im politischen Alltag der Freien Demokraten destruktiv aus, weil es die gegenwärtige Koalition mit unvereinbaren Positionen konfrontiert. Deshalb vor allem die ständigen Querelen mit STRAUSS und der CSU. Mit dem entscheidenden programmatischen Kriterium, das den imaginären Einzelnen zum „Maß aller Dinge“ macht, vollziehen die Freien Demokraten eine historische „Wende rückwärts“, eine Art Salto mortale zum „Ordo-Liberalismus“, der das Prinzip der rückhaltlosen Konkurrenz auf alle gesellschaftlichen Lebenslagen überträgt: So unterschiedlich auch im Bildungswesen, von dem es im „Liberalen Manifest“ heißt, es „brauche“ den „freien Markt der Ideen.

Insofern irren jene fundamental, die sich und anderen Glauben machen, die beiden ehemaligen politischen Flügel und heutigen Parteien des politischen Liberalismus in Deutschland müßten und könnten sich wiedervereinen. Denn so unbestreitbar die Prämisse sein dürfte, daß in der heutigen wählerpolitischen Landschaft der Bundesrepublik für zwei liberale Parteien kein Platz ist, so unbezweifelbar ist, daß die heutige FDP nur durch eine erneute „Wende“ – diesmal vorwärts – für engagierte Bürger bei den Liberalen Demokraten, der Liberalen Vereinigung, dem Sozial-Liberalen Gesprächskreis, den Liberalen Hochschulgruppen usw. eine politische Heimat abgeben könnte.

Es ist und bleibt ein vom „Prinzip Hoffnung“ genährter Wunschtraum, wenn RALF DAHRENDORF in der Stuttgarter Rede „DIE ZUKUNFT DES LIBERALISMUS“ (1983) den „Abtrünnigen“ (diese fair einschätzend) ernsthaft die Offerte unterbreitet: „Hüten wir uns davor, zu frohlocken oder früheren Freunden Fußtritte nachzuschicken. Viel wichtiger ist, daß wir uns fragen, warum sie gegangen sind... sie definieren sich aus einer Tradition heraus, ohne die es keine Zukunft gibt. Vielleicht können wir sie ebenso wiedergewinnen wie diejenigen, die in eine Art innere Emigration gegangen sind.“⁷

Denn zwischen denjenigen, die innerhalb von Fraktion und Führung der FDP weiterhin mitwirken, den „Sozial-Liberalen“, wie BAUM, FUNCKE, HAMM-BRÜCHER, HIRSCH, FELDMANN u. a., und denjenigen, wie BORM, MEYER, v. SCHÖLER, SCHUCHARDT, VERHEUGEN u. a., die die FDP im Zusammenhang mit dem Koalitionswechsel verlassen haben, stehen mehr als personelle, strukturelle und gewisse ideelle „Korrekturen“ am politischen Soll und Haben der heutigen FREIEN DEMOKRATEN. Es geht vielmehr um das, was man als eine Art „PRINZIPIENVERRAT“, an der Sozial-Liberalen Programma-

tik FREIBURGS empfindet. Und gerade in dieser Beziehung kennen die LIBERALEN DEMOKRATEN und ihnen politisch „Gleichgesinnte“ keinen Pardon: „FREIBURG BLEIBT FREIBURG!“ und soll in dem Sinne weiterhin Freiburg bleiben, daß es keine Zurücknahme, nur eine Weiterentwicklung und Ergänzung der dort bezogenen sozial-liberalen Positionen und Konzeptionen geben darf. Diese politische Grundhaltung, die Bewahrung des FREIBURGER PROGRAMMS als Ausgangspunkt weiterer inhaltlicher Überlegungen, spiegelt sich in den zentralen politischen Aussagen der LIBERALEN DEMOKRATEN wider. Denn ihr Slogan: „Ohne Zweifel für die Freiheit“ wird hier beim Wort genommen: „Liberalismus – das heißt die größtmögliche Freiheit für die größtmögliche Zahl von Menschen.“ Und das heißt konkret, bezogen auf unsere Gesellschaftsform: „Die LIBERALEN DEMOKRATEN wollen die Reform des Kapitalismus: mehr



Mitbestimmung, größere Flexibilität der Arbeitszeit, Humanisierung des Arbeitsplatzes.“ Und: „Ökologie und Ökonomie dürfen kein Gegensatz sein.“ Und: „Staatliche Politik ... muß den Menschen Möglichkeiten geben, sich zu verwirklichen.“ Und vor allem: „Diesen liberalen Prinzipien entspricht Vorurteilslosigkeit und Toleranz im gesellschaftlichen Diskussionsprozeß.“⁸ Proklamationen, Programmatik, Postulate – gewiß. Doch haben die LIBERALEN DEMOKRATEN in ihrer bisherigen Politik inzwischen auch praktisch – und an verschiedenen Stellen auch sehr konkret – unter Beweis stellen können, wie ernst sie es mit ihren Ankündigungen, Vorstellungen, Forderungen meinen.

Fragt man nach der Zukunft des politischen Liberalismus in der Bundesrepublik Deutschland – in der DDR führt die LDP seit dem Zusammenschluß von Sozialdemokraten und Kommunisten eine mehr marginale, die Politik der SED stützende Funktion –, so ist diese durch die F.D.P. in ihrer heutigen Verfassung eher gefährdet als gefördert. Der Rest an namhaften Abgeordneten,

die von Fall zu Fall liberal-demokratische Positionen einbringen, erfüllen aus der Sicht der Partei bzw. ihrer Führung eine Art Alibi-Funktion, um das „liberale Image“ der Partei zu wahren. Das Engagement vieler FDP-Politiker auf Bundes-, Landes- oder Kommunal-Ebene zur Verteidigung früher als progressiv angesehener Postulate in Ehren – die Mehrheits-Klientel erwartet von ihnen etwas anderes: die Begründung und Durchsetzung interessenpolitischer Positionen. Auch insofern hat sie die Tradition wieder eingeholt. Denn als bürgerliche Erscheinungsform sah sich der parteipolitisch organisierte Liberalismus immer genötigt, sich den verschiedenen Interessenlagen seiner unterschiedlichen Gruppierungen anzupassen: dem gewerblichen Mittelstand, der Beamtenschaft, den Freiberuflern usw. Aber auch dem Druck von Seiten der kleineren und mittleren Landwirte, des Adels und der Großindustrie waren sie ausgesetzt, sofern diese durch ihre Mitglied- oder auch Lobby-schaft Einfluß auf die Parteipolitik zu nehmen wußten! Die Frage nach der Zukunft des Liberalismus in der Bundesrepublik stellen, heißt auf der Ebene der politischen Macht jedoch weniger die Frage nach deren Programmatik als vielmehr die nach ihrer „Pragmatik“, d. h. ihrer Klientel zu stellen. Diese war früher im wesentlichen schichtenspezifisch verankert: Oberschicht gleich konservativ, Mittelschicht gleich liberal, Arbeiterschaft gleich sozialdemokratisch. Wir wissen, daß diese stereotype Zuordnung in dieser Form nur noch dem Schwerpunkt nach stimmt; in Zukunft wird sie erst recht in Bewegung kommen. Dann nämlich, wenn die traditionellen Wahlverhaltensmuster überwunden und durch ein flexibleres Wahlverhalten abgelöst werden. Das heißt, wenn die beiden großen Parteien sich – ähnlich wie die kleinen – nicht mehr im gleichen Maß wie bisher auf ihre Stammwähler verlassen können: wenn nämlich Berufsgruppe, Konfession, Altersgruppe, Geschlecht usw. nicht mehr den Ausschlag geben, sondern VERSPRECHEN und VERHALTEN, ANGEBOT und HANDELN, mit einem Wort die GLAUBWÜRDIGKEIT und damit WAHLWÜRDIGKEIT der betreffenden Partei. DIE GRÜNEN haben – wie bisher keine andere Partei – bewiesen, wie man durch Themen, die die Bürger bewegen, die zu BÜRGERINITIATIVEN UND BÜRGERBEWEGUNGEN führen, WÄHLER-BEWEGUNGEN erzeugen kann. Die GRÜNEN haben aber auch bewiesen, daß man solche gewonnenen Wählergruppen nicht auf die Dauer an sich binden kann! Geht es letztlich doch um das WÄHLER-STAMMKAPITAL?

Solange die PARTEIEN- und WÄHLERLANDSCHAFT sich nicht grundlegend verändert, gewiß. Dies beweist, aufgrund ihres langen Vorlaufs, wie keine andere Partei die F.D.P. Denn sie selber weiß am besten, wo sie heute wäre, wenn ihr nicht allzu oft, manchmal ihr Überleben entscheidende Zweit- und Leihstimmen von „An-sich-nicht-FDP-Wählern“ zugeflossen wären. Hier erweist sich die Fünfprozentklausel – worauf der Staatsrechtler FROTSCHER zuletzt in Marburg hingewiesen hat – als im hohen Maße fragwürdig, um nicht zu sagen: als verfassungswidrig. Ihre Schwelle ist

einerseits zu hoch, weil sie auf Dauer von keiner der kleinen Parteien aus eigener Kraft überwunden werden kann. Sie ist andererseits aber auch zu niedrig, um eine solche Manipulation zu verhindern. Hier ist in der Tat guter Rat teuer, und da die an die Macht gelangenden Parteien in der Bundesrepublik nicht nur „an der WILLENSBILDUNG DES VOLKES mitwirken“ – wie es das GRUNDGESETZ vorschreibt –, sondern diese weitestgehend usurpiert haben, steht die BUNDESREPUBLIK für die ZUKUNFT vor der klaren ALTERNATIVE: entweder sie mausert sich zur ZWEIPARTEIEN-GESELLSCHAFT oder sie nimmt eine Verfassungsreform vor, die die Fünf-Prozent-Hürde senkt!

Ergo: KEINE ZUKUNFT FÜR DEN POLITISCH ORGANISIERTEN LIBERALISMUS IN DEUTSCHLAND OHNE ABHÄNGIGKEIT VON DEN GROSSEN PARTEIEN? Nein, vorderhand nicht, jedenfalls nicht in Gestalt einer PARTEI, die aus eigener Kraft in die PARLAMENTE kommen und damit an der MACHT partizipieren könnte. Längerfristig sähe ich eine solche CHANCE für „Unabhängige politische Liberale“ unter zwei Voraussetzungen: Entweder es kommt zu der erwähnten VERFASSUNGSÄNDERUNG, die es den 'politischen Liberalen' erlaubt, ohne Hilfe der großen Parteien die – dann kleinere – Wahlhürde zu nehmen. Oder es kommt zum ZWEIPARTEIEN-SYSTEM und die Bürger vermissen eines Tages das „liberale Moment“ in Gestalt einer politischen Kraft, wie man dies beispielsweise in ENGLAND erfahren und feststellen konnte. Eine dritte Möglichkeit sehe ich nur dann, wenn die beiden großen Parteien, sei es mit, sei es durch die CSU, zerfallen oder durch stärkere Wählerabstinenz wesentlich kleiner werden sollten.

Wir möchten schließen mit einem Wort Friedrich C. Sells aus dem Jahre 1953 aus seinem Buch, das von der „Tragödie des deutschen Liberalismus“ handelt, jedoch nicht entmutigen will:

„Die Möglichkeiten zu einer liberalen Haltung, die das Wesen, vielleicht auch das Schicksal der deutschen Demokratie bestimmen könnte, sind trotz der Ungunst von Tradition und jüngster Vergangenheit vorhanden. Ob und unter welchen Bedingungen sie sich auswirken werden oder welche materiellen und politischen Faktoren dem im Wege stehen, ist eine ganz andere Frage.“⁹

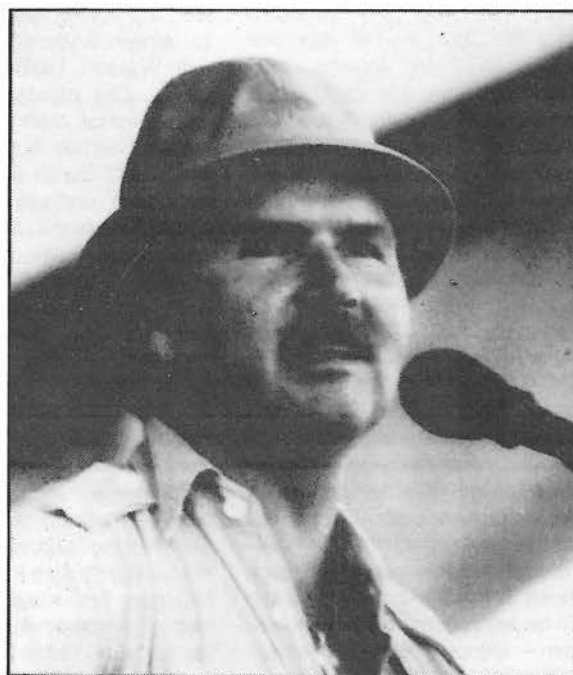
Anmerkungen

- 1) Thomas Dehler: Das liberale Leitbild. In: Das liberale Gewissen, hrsg. v. H. Schuchardt u. G. Verheugen, Reinbek 1982, S. 172
- 1a) Guido de Ruggiero: Geschichte des Liberalismus in Europa, München 1930
- 2) Friedrich Hennig: Frühgeschichte des deutschen Liberalismus. In: Geschichte des deutschen Liberalismus, 2. Aufl., Bonn 1976, S. 33
- 3) Friedrich Hennig: a. a. O., S. 43
- 4) Cit. a. a. O., S. 61
- 5) Cit. a. a. O., S. 67
- 6) Werner Stephan: 100 Jahre liberale Parteien: In: Geschichte des deutschen Liberalismus, hrsg. v. W. Dorn u. H. Hofmann, 2. Aufl., Bonn 1976, S. 102 f.
- 7) Ralf Dahrendorf: Die Zukunft des Liberalismus. In: liberal, hrsg. v. H. W. Rubin, H. Hamm-Brücher u. a., Jg. 25 (1983), S. 14
- 8) Aus: Faltblatt der Liberalen Demokraten Hessen, Bad Homburg 1984
- 9) F. C. Sell: Die Tragödie des deutschen Liberalismus, 2. Aufl., Baden-Baden 1981, S. 448

Newport Folk Festival

von Michael Kleff

Die Rückkehr des Folk-Festivals nach Newport – Mit den Großen der Szene sollte an vergangene Zeiten angeknüpft werden



Tom Paxton

Es ist schon lange her, daß Folkmusik in den USA fast überall unüberhörbar und Newport/Rhode Island Gastgeber eines auch in Europa bekannten Folk Festivals war. Angefangen hatte alles, als in einer heißen Julinacht des Jahres 1959 eine junge Frau auf die Bühne stieg und einen Gospel Song vortrug. Ihr Name war Joan Baez. Kaum jemand kannte sie seinerzeit. Sie war genauso wenig in aller Munde wie Bob Dylan, Doc Watson, Arlo Guthrie oder Tom Paxton. Und doch sollte nicht zuletzt durch ihren Auftritt in Newport eine neue Tradition der Folkmusik begründet werden. Newport wurde für zwölf Jahre so eine Art Talentschuppen für Neulinge auf dem Weg zum erfolgreichen Folkmusiker. Diese glorreiche Zeit war 1971 vorbei, als sich die Tore des Newport Folk Festivals erst einmal schlossen. Das vorläufige Ende kam, als beim Newport Jazz Festival randalierende Jugendliche die Eingangstore stürmten und Stühle in Brand setzten. Das für den Sommer geplante Folk Festival wurde abgesagt. Was blieb, war die Erinnerung an zwölf politisch und musikalisch bewegte Jahre. Jetzt hat man im August des vergangenen Jahres das Revival versucht. Mit den Großen der Szene sollte an vergangene Zeiten angeknüpft werden. Und fast alle kamen: Joan Baez, Tom Paxton, Judy Collins, Arlo Guthrie, Doc Watson, Dave van Ronk, Mimi Fariña, die Schwester von Joan Baez, Taj Mahal und viele

andere. Dazu gesellten sich eine Handvoll Musiker, die heute an der Spitze des gegenwärtig scheinbar neu erwachten Interesses an der Folkmusik stehen. Leider war der Mann, der gemeinsam mit Theodore Bikel 1959 die Anregung zu dem Folk Festival gegeben hatte, nicht dabei: Pete Seeger, der eigentliche „Vater“ des amerikanischen Folk Revivals.

Trotz der vielen „alten“ Namen und zahlreicher Zuschauer, die schon in den Sechzigern nach Newport gepilgert sein dürften, war nicht nur an den leicht ergrauten Haaren einiger Musiker erkennbar, daß sich über die Jahre doch einiges verändert hat. Am Anfang spielten noch alle für 50 „Bucks“, das sind 50 Dollar, sowie gegen Erstattung der Reise- und Übernachtungskosten. Dahinter stand die Idee, Stars und noch unbekannte Musiker ohne Rücksicht auf Rang und Namen gleichberechtigt zu behandeln. Ganz so „preiswert“ läßt sich allerdings ein Festival dieser Größenordnung heute nicht mehr organisieren.

Es sind auch nicht mehr nur die rein politischen Themen, die von den Songwritern aufgegriffen werden, auch wenn einige der sogenannten „Topical“-Sänger der frühen Jahre, wie beispielsweise Tom Paxton, ihrem Stil und ihrer Musik treu geblieben sind. Und wirklich: So wie Paxton vor rund 20 Jahren in seinem Lied „What did we learn in school today“ den Unsinn vom „Washington-lügt-niemals-Kirschbaum“ darstellte, nahm er beim diesjährigen Festival in seiner gewohnt ironischen Art die Pläne der Reagan-Administration aufs Korn, die Postzustellung in den USA bereits wenige Tage nach einem Atomkrieg wieder sicherzustellen: „They can drop the big bomb, but the mail will go through“. In der Einleitung zu diesem Lied berichtete der 44jährige, daß ihm eigentlich jede Pressekonferenz Anlaß zum Arbeiten gebe. In bitterer Ironie wird daher auch über Tom Paxton berichtet, er habe für Ronald Reagan gestimmt, damit ihm die Themen nie ausgehen können. Allerdings weiß auch Paxton nicht, was das Newport Festival letztendlich jetzt in Bewegung setzen wird. Er sieht einen entscheidenden Unterschied zur politischen Situation von vor 20 Jahren, als sich in Newport viele Musiker wie der viel zu jung gestorbene Phil Ochs an die Spitze einer neuen, politisch orientierten Bewegung innerhalb der amerikanischen Gesellschaft stellten. Die dama-

lige Bürgerrechtsbewegung habe mehr oder weniger Erfolg gehabt, und der Vietnam-Krieg sei vorbei, meint Tom Paxton. Natürlich müsse man sich auch heute ständig mit der politischen Entwicklung des Landes kritisch auseinandersetzen, nur, die „existentielle Notfallsituation“ der sechziger Jahre sei nicht mehr gegeben.

Ähnlich sieht es auch Joan Baez, die „ungekrönte Königin“ der Folkmusik. Bei der Frage nach der politischen Ausstrahlung des Newport Festivals weist sie darauf hin, daß Newport nie nur ein Ort des „Protestes“ gewesen sei. „Selbst als der Vietnam-Krieg tobte, kamen aus den Bergen viele Fiddler und Banjo- und Gitarrenpicker, die mit Politik überhaupt nichts zu tun hatten.“



Arlo Guthrie, Joan Baez und Pete Seeger

Das werde in der Rückschau leider immer wieder vergessen. Dennoch standen auch bei Joan Baez die eher politischen Lieder im Mittelpunkt: Dazu gehörten „Klassiker“ wie „Oh freedom“ oder das Lied „Joe Hill“, das von einem früheren Arbeiterführer erzählt, ebenso wie die Themen Aufrüstung oder Nicaragua.

Mit dabei in Newport war auch ihre Schwester, Mimi Farina. Sie gehörte in den sechziger Jahren zusammen mit ihrem Mann Richard „Dick“, der 1966 bei einem Motorradunfall ums Leben kam, zu den richtungsweisenden Musikern der Folkszene. Heute ist sie so eine Art musikalische Direktorin der von ihr 1974 gegründeten Organisation „Bread and Roses“, die kostenlose Konzerte für Drogenabhängige in psychiatrischen Krankenanstalten, Gefängnissen oder Obdachlosenheimen organisiert. Ihr Auftritt in Newport – gerade ist nach vielen Jahren „Abstinenz“ auch ein neues Album von ihr erschienen – wurde ebenso zu einem Höhepunkt des Festivals wie der von Arlo Guthrie, dem „letzten

Cowboy aus Brooklyn“, so ein LP-Titel. Erneut bejubelten die Zuhörer seinen über 20 Minuten langen Talking Blues „Alices Restaurant“, den er dieses Mal mit bissigen Kommentaren über die Politik der Reagan-Administration aktualisierte.

Die Tradition von Bluegrass und Blues wurde in Newport von vielen „guten alten Bekannten“ vertreten. Einer von ihnen, Ramblin' Jack Elliott, fuhr sogar fünf Tage mit seinem riesigen Wohnmobil von einem Hobo-Treffen in Oregon im äußersten Nordwesten der Staaten in einem Stück durch, um das Newport Festival eröffnen zu können. Elliott gehört zu den nur noch wenigen ursprünglichen „Straßenmusikanten“. Der heute auch schon 54 Jahre alte Elliott war einer der er-

sik verbunden sind. Dazu gehört auch Tom Rush. In den sechziger Jahren war er in den kleinen Clubs und Kaffeehäusern im Bostoner Studentenstadtteil Cambridge zuhause, wo eigentlich fast alle der heute großen Namen der Folkmusik ihre ersten musikalischen Schritte gemacht haben. Nicht ohne Grund meinte denn auch Dave van Ronk, der „rauhe, mürrische Bürger aus Greenwich Village“, wie ihn seine Freunde liebevoll nennen und der selber Folkgeschichte von Anfang an geschrieben hat, daß Newport 1985 so eine Art Wiedersehensfeier für die meisten Akteure gewesen sei.

Zu den neuen Songautoren, die sich in Newport dem Publikum stellten, gehörten hierzulande noch unbekannte oder nur als Geheimtipps gehandelte Namen wie David Massengill, Greg Brown, das Duo Buskin und Batteau oder auch Peter Rowan, der zwar schon viele Jahre im Geschäft ist, aber erst in den letzten Jahren angefangen hat, sich verstärkt als Autor zu betätigen. Sie alle widmen sich in ihren Liedern mehr den alltäglichen Problemen des menschlichen Zusammenlebens.

Die Chronisten unter den Newport-Fans dürften auch an eine Anekdote aus den Sechzigern erinnert worden sein: Bob Dylan war 1965 noch von den Puristen unter den Folkfreunden ausgebuht worden, als er mit einer Elektrogitarre auf die Bühne kam. Doch verstärkte Musik ist jetzt schon lange kein Tabu mehr in der Folkmusik, wie der begeisterte Empfang für wahrlich „elektrische“ Beiträge von „Altmeister“ Taj Mahal und von der Country- und Folk-Rockerin Bonnie Raitt zeigte.

Letztendlich hat sich in Newport vielleicht doch nicht gar soviel verändert. Die „Glut“ der sozialen Bewegung mag mit den Jahren schwächer geworden sein, die Ausstrahlung der Folkmusik war in Newport jedoch so stark wie schon seit vielen Jahren nicht mehr. Für alle, Künstler und Publikum, waren es zwei Tage voll mit Musik und Sonne, die nicht nur die Erinnerung an vergangene Zeiten aufwärmten. Dennoch wird sich erst noch zeigen müssen, ob es ein neues Folk Revival in den USA geben wird. Sicher ist bislang nur, daß auch 1986 wohl ein Newport Folk Festival stattfinden wird: Die Stadtväter haben die Organisatoren des Folk-Ereignisses bereits eingeladen, auch im kommenden Jahr wieder in die Narragansett-Bucht von Newport zu kommen.

Dem Freisinn eine Chance

Gutschein

Der/die Empfänger/in dieses Gutscheins über
DM 30

Frau/Herr

erhält von

ein Geschenkabonnement der liberalen drucksachen über sechs Ausgaben

Geschenkabonnement

Herr, Frau

hat von mir

ein Geschenkabonnement der liberalen drucksachen über sechs Ausgaben (DM 30,-) erhalten. Der/die Empfänger/in ist zur Abnahme weiterer Ausgaben nicht verpflichtet. Ein Scheck über DM 30,- liegt bei.

Datum

Unterschrift

Einsenden an:
liberale drucksachen, Deutschhausstr. 31
3550 Marburg

*liberale
drucksachen
abonnieren*

Abonnement

Ich möchte die liberalen drucksachen mit einem Abonnement unterstützen. Ich nehme Ihre Garantie zur Kenntnis, daß ich diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen schriftlich widerrufen kann

Vorname, Name

Straße

PLZ/Ort

Ich möchte Werbeexemplare zum Stückpreis von DM 1,50

Datum

Unterschrift

Einsenden an:
liberale drucksachen, Deutschhausstr. 31
3550 Marburg

Ratgeber für kritische Leser

Andrea Ernst
Kurt Langbein
Hans Weiss

Gift-Grün

Chemie in
der Landwirtschaft
und die Folgen

Kiepenheuer & Witsch

Andrea Ernst / Kurt Langbein /
Hans Weiss

GIFT-GRÜN

Chemie in der Landwirtschaft
und die Folgen

270 Seiten. Broschur DM 22,-

ISBN 3-462-01744-6

Auslieferung: März 1986

Anhand von konkreten Reportagen in der Bundesrepublik und Österreich, in Kenia, Brasilien und Kolumbien sowie vertraulichen Firmenunterlagen gibt GIFT-GRÜN ein umfassendes Bild über die Folgen des Einsatzes von Chemie in der Landwirtschaft.



Kiepenheuer & Witsch

Umwelt-Lexikon

2000 Stichworte aus den Gebieten:
Arbeit / Boden / Chemikalien / Energie
Freizeit / Gesundheit / Industrie / Lärm
Landwirtschaft / Luft / Müll / Öko-
logie / Strahlung / Umweltpolitik
Verkehr / Wald / Wasser / Wohnen
Herausgegeben
von der Katalyse Umweltgruppe

Kiepenheuer & Witsch

Ein Ratgeber

Umwelt-Lexikon

Herausgegeben von der
Katalyse-Umweltgruppe Köln
544 Seiten. Broschur DM 32,-
ISBN 3-462-01730-6

Nach dem kritischen Medikamentenbuch *Bittere Pillen* liegt nun mit dem *Umwelt-Lexikon* ein Nachschlage- und Ratgeberbuch vor, das den gesamten heutigen Wissensstand über Umweltzerstörung, Gesundheitsgefährdungen, Schutzmaßnahmen und Umweltpolitik leicht zugänglich für jedermann zusammenfaßt.